

Daniel Marc Segesser, Wolfgang Weber  
und Sacha Zala (Hg.)

# Sehr geteilte Meinungen

Dokumente zur Vorarlberger Frage 1918–1922



Daniel Marc Segesser, Wolfgang Weber und Sacha Zala (Hg.)

**Sehr geteilte Meinungen**

Dokumente zur Vorarlberger Frage 1918–1922

Diplomatische Dokumente der Schweiz

Die Quaderni di Dodis sind eine Publikationsreihe der Forschungsstelle  
Diplomatische Dokumente der Schweiz (Dodis). Weitere Informationen zur Reihe  
finden sich unter [dodis.ch/quaderni](http://dodis.ch/quaderni).

Herausgeber der Reihe: Sacha Zala

Redaktion: Dominik Matter

Lektorat: Daniel Stalder und David Bisang [pentaprim.ch](http://pentaprim.ch)

Grafisches Konzept & Layout: Erik Dettwiler [dewil.ch](http://dewil.ch)

Wissenschaftlicher Beirat: Prof. Dr. Madeleine Herren (Präsidentin, Universität Basel), Prof. Dr. Sacha Zala (Sekretär, Universität Bern), Prof. Dr. Sébastien Guex (Universität Lausanne), Prof. Dr. Claude Hauser (Universität Freiburg), Prof. Dr. Matthieu Leimgruber (Universität Zürich), Prof. Dr. Julia Richers (Universität Bern), Prof. Dr. Davide Rodogno (Institut de Hautes Études Internationales et du Développement), Prof. Dr. Kristina Schulz (Universität Neuenburg), Prof. Dr. Matthias Schulz (Universität Genf), Prof. Dr. Brigitte Studer (Universität Bern)

Diese Publikation ist Open Access online im Volltext verfügbar: [dodis.ch/q17](http://dodis.ch/q17).

1. Auflage

© 2021 Diplomatische Dokumente der Schweiz (Dodis)

Archivstrasse 24, 3003 Bern

Internet: [www.dodis.ch](http://www.dodis.ch)

E-Mail: [quaderni@dodis.ch](mailto:quaderni@dodis.ch)



Institut der Schweizerischen Akademie  
der Geistes- und Sozialwissenschaften  
[www.sagw.ch](http://www.sagw.ch)

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung  
4.0 International Lizenz – [CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/).



ISBN 978-3-906051-85-7 (.pdf)

ISBN 978-3-906051-86-4 (Print)

ISBN 978-3-906051-87-1 (.epub)

ISBN 978-3-906051-88-8 (.mobi)

ISSN 2235-509X

DOI 10.5907/Q17

Titelbild: Ausschnitt aus dem von Emil Baumann gestalteten Briefkopf der Vereinigung Pro Vorarlberg aus dem Jahre 1919 (Schweizerische Nationalbibliothek).

## **Inhaltsverzeichnis**

7	<b>Vorwort</b>
11	<b>Editorische Notiz</b>
13	<b>Die Schweiz und die Vorarlberger Frage 1918–1922: Eine Einleitung</b>
63	<b>Dokumentenverzeichnis</b>
73	<b>Dokumente</b>
199	<b>Appendix / Appendice</b>



Am Ende des Ersten Weltkrieges stellte sich mit dem Zusammenbruch der Donaumonarchie für deren deutsch-österreichische Teile die Frage nach der künftigen staatlichen Zugehörigkeit. Für den westlichsten Teil, Vorarlberg, bestanden dabei nach der definitiven Loslösung von der Statthalterei in Innsbruck mehrere Optionen: 1.) der Verbleib in der neu entstehenden Republik Deutsch-Österreich; 2.) der Anschluss an die Schweiz; 3.) der Anschluss an die Deutsche Republik; 4.) die Bildung einer Alpenrepublik mit Bayern, Liechtenstein und Tirol sowie schliesslich 5.) die vollkommene Selbständigkeit. Obschon sich in einer Konsultativabstimmung am 11. Mai 1919 fast 80 Prozent der abstimmenden Vorarlberger Bevölkerung für die Aufnahme von Verhandlungen über einen prospektiven Beitritt zur Schweiz aussprach, war die Stimmungslage im Land differenzierter. Insbesondere die lokalen – teilweise auch die regionalen – Verflechtungen sind bisher eher wenig erforscht.

Mit diesen Zeilen begann im Herbst 2018 die Ausschreibung eines forschungsfokussierten Seminars am Historischen Institut der Universität Bern. Es trug den Titel *Zwischen Hilfe an «Brüder in der Not» und «Kanton Übrig»: Die Schweiz und Vorarlberg am Ende des Ersten Weltkrieg 1918–1922*. Als Leistungskontrolle sollten die Studierenden im Rahmen einer Quellenrecherche in Schweizer und Vorarlberger Archiven sowie Bibliotheken kommentierte Quellendossiers zu von ihnen ausgewählten Aspekten des Themas zusammenstellen und auf einem Workshop, der im Oktober 2019 an der Universität Bern stattfand, präsentieren. Mit dem Projekt haben wir die zwei für die Wissenschaft zentralen Elemente von Forschung und Lehre verknüpft. Dieser Aufgabe stellte sich eine motivierte Gruppe von Studierenden, von welchen die Mehrheit bis zur nun vorliegenden Publikation aktiv am Projekt mitarbeitete. Patrick Maître, Céline Rüttimann, Sandra Feuz-Nyffenegger, Nicola Schiess und Melanie Sommer schrieben auch an der Einleitung mit, während Rahel Friedauer, Nico Pedrolì und Mathieu Simon für die vorliegende Edition die von ihnen recherchierten Quellen zur Verfügung stellten. Diesen Studierenden gehört unser erster und grösster Dank.

Bei der Umsetzung dieses komplexen Projektes konnten wir auf vielfältige Unterstützung zählen. Als erstes zu nennen ist dabei das Vizerektorat Lehre der Universität Bern, welches das Projekt im Rahmen der Initiative zur Förderung innovativer Lehre mit Personalmitteln unterstützte. Namentlich Vizerektor Prof. Dr. Bruno Moretti, Dr. Etna Krakenberger, Claudia Buser und Thomas Tribelhorn waren zu Beginn des Projekts wichtige Stützen und haben das Projekt bis zum Schluss mit grossem Wohlwollen begleitet. Das gilt ebenso für viele Angehörige des Historischen Instituts und der Philosophisch-Historischen

8 Fakultät namentlich dem damaligen Dekan Prof. Dr. Stefan Rebenich, dem damaligen Geschäftsführenden Direktor, Prof. Dr. Christian Büschges, und deren Nachfolgerinnen Prof. Dr. Elena Mango und Prof. Dr. Julia Richers. Auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ausserhalb der Universität Bern liessen sich im weiteren Verlauf auf das Projekt ein. Namentlich zu nennen sind Prof. em. Dr. Carlo Moos von der Universität Zürich, PD Dr. Hannes Leidinger vom Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien und dem Ludwig Boltzmann Institut für Kriegsfolgenforschung in Graz sowie PD Dr. Oswald Übergger von der Freien Universität Bozen, die am bereits genannten Workshop im Oktober 2019 intensiv mit den Studierenden über ihre Ergebnisse diskutierten und sich auch am Verfassen der Einleitung beteiligten. An besagtem Workshop durfte das Projekt auch auf die Unterstützung des Österreichischen Kulturforums Bern zählen, namentlich von dessen Leiter Florian Groder und seiner Stellvertreterin Monika Wagner.

Weder das Seminar noch die vorliegende Quellenedition hätten sich jedoch ohne die breite Unterstützung von Archiven und Bibliotheken so erfolgreich durchführen lassen. Als erstes zu nennen ist dabei der Leiter des Stadtarchivs Dornbirn, Werner Matt. Es waren Gespräche mit ihm, welche wesentlich zur Entstehung des Projekts beitrugen, in dessen weiteren Verlauf er sowie seine Mitarbeitenden, Philipp Wittwer und Harald Rhomberg, wichtige Ansprechpartner blieben. Gleiches gilt für das Archiv der Marktgemeinde Lustenau, wo insbesondere Oliver Heinzle eine wichtige Stütze war. Seine Mithilfe beim Verfassen der Einleitung zu dieser Edition war von ebenso grossem Wert wie seine Mitarbeit am Workshop im Oktober 2019. Unterstützung erfuhr das Projekt ebenfalls durch das Vorarlberger Landesarchiv, wo Dr. Markus Schmidgall dem Projektteam für Auskünfte und Anfragen zur Verfügung stand und das Projekt zudem durch das Erstellen der Reproduktionen für die Edition unterstützte. Die Vorarlberger Frage der Jahre 1918–1922 betraf nicht nur dieses Land, sondern auch dessen Nachbarn. Der Kanton St. Gallen spielte ebenso eine wichtige Rolle wie dessen namengebende Stadt, so dass wichtige Quellen auch aus dem dortigen Staatsarchiv und dem Stadtarchiv der Politischen Gemeinde St. Gallen stammen. Unterstützung erhielt das Projekt dort namentlich von Patric Schnitzer, Dr. Marcel Mayer und Gitta Hassler. Weitere Quellen fanden sich im Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien, wo David Fliri eine grosse Hilfe war; im Archiv der Cumün da Val Müstair, wo das Projekt auf die Unterstützung von Claudio Gustin zählen konnte, der auch bei der Übersetzung aus dem romanischem Idiom Jauer half; im Stadtarchiv Kempten, wo sich besonders Franz-Rasso Böck und Ursula Dekker-Sturm engagierten; im Archiv der Gemeinde Mittelberg, wo das Projekt auf die Unterstützung von Stefan Heim zählen konnte sowie im Schweizerischen Bundesarchiv und im Staatsarchiv des Kantons Graubünden. In der Schweizerischen Nationalbibliothek waren besonders Daniel Burkhard, Sandro Contin, Regula Cosandey, Martin Kurz und Matthias Weichelt eine grosse Hilfe.

Die Umsetzung einer Quellenedition wie der vorliegenden ist selbstredend ein finanzieller Kraftakt. Hier durfte das Projekt auf die Unterstützung der Vorarlberger Landesregierung, namentlich von Landeshauptmann Markus Wallner und der Leiterin der Abteilung Wissenschaft beim Amt der Landesregierung Gabriela



9 Dür, sowie der UniBern Forschungsstiftung zählen, die das Projekt jeweils mit einem namhaften Betrag unterstützt haben.

Ein grosser Dank geht zudem an die Forschungsgruppe Dodis, welche die Dokumente in die Online Datenbank Dodis mit allen ihren quellenkritischen Metadaten, insbesondere auch zu den involvierten Personen und Körperschaften sowie der geografischen Entitäten aufgenommen, die Transkriptionen und den wissenschaftlichen Apparat der edierten Dokumente überprüft und gemäss den Editionsrichtlinien der *Diplomatischen Dokumente der Schweiz* (DDS) standardisiert und schliesslich die gesamte Produktion des Buchdruckes, der e-Book-Auflagen sowie der XML- und HTML-Transkripte besorgt hat. Dank gebührt dabei insbesondere Dominik Matter und Franziska Ruchti sowie Lelia Ischi und allen wissenschaftlichen Hilfskräften, die mitgearbeitet haben. Unterstützt wurden sie zeitweise auch von Patrick Maître und Céline Rüttimann, die in ihrer Funktion als Hilfsassistierende wichtige Vorarbeiten in der Bereitstellung der Quellen leisteten. Eine wesentliche Hilfe war schliesslich Gabriele Jordan, die sich an der Professur für Neueste Geschichte am Historischen Institut der Universität Bern um die finanziellen Belange im Umfeld des Archivbesuchs in Vorarlberg sowie im Rahmen der Publikation kümmerte.

Bern, im Juni 2021

Daniel Marc Segesser,  
Wolfgang Weber und  
Sacha Zala



Die Forschungsstelle *Diplomatische Dokumente der Schweiz* (Dodis) ist ein Institut der *Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften* (SAGW) und entsprechend eine Institution der freien Forschung. Dodis ist die Kompetenzstelle für die Geschichte der internationalen Beziehungen und der Aussenpolitik der Schweiz, deren Auftrag auf dem Bundesbeschluss zur Forschungsförderung basiert. Die Edition *Diplomatische Dokumente der Schweiz* wird seit einigen Jahren durch thematische Quelleneditionen, die in der Reihe *Quaderni di Dodis – fonti* publiziert werden, ergänzt. Durch Kooperationen und die Zusammenarbeit mit anderen Forschenden können mit den Bänden der Reihe *Quaderni di Dodis* einzelne Themen vertieft behandelt und als Open-Access-Publikationen der Forschungsgemeinschaft und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

Der vorliegende Band zur Vorarlberger Frage ist das Ergebnis eines Forschungsprozesses, der mit einem Seminar und einem Workshop am Historischen Institut der Universität Bern begonnen hatte. Basierend auf den Forschungsarbeiten der Studierenden und der Dozenten in verschiedenen Archiven in der Schweiz und in Vorarlberg entstand eine Selektion von knapp 120 Dokumenten, welche die Vorarlberger Frage aus unterschiedlicher Perspektive beleuchten. Die ausgewählten Dokumente wurden quellenkritisch präzise erschlossen und in der frei zugänglichen Online-Datenbank Dodis ([www.dodis.ch](http://www.dodis.ch)) als Faksimile mit allen relevanten Metadaten veröffentlicht. Aus diesem Fundus wurden 55 besonders zentrale Dokumente ediert und mit einem weiterführenden wissenschaftlichen Apparat versehen. Diese Dokumente sind der Hauptbestandteil der vorliegenden Quellensammlung.

Die Dokumente werden nach Verfassungsdatum in strikt chronologischer Reihenfolge präsentiert. Zur Erleichterung der Benutzung führt der Band ein *Dokumentenverzeichnis* mit Regesten in der entsprechenden Sprache der Dokumente. Auszüge und weggekürzte Textpassagen sind immer durch Auslassungszeichen in eckigen Klammern [...] gekennzeichnet und mit einer Anmerkung versehen. Anrede- und Grussformeln werden stillschweigend weggelassen, ausser in Fällen, wo ihnen eine besondere Bedeutung zugebracht werden kann. In der Datenbank Dodis ist das jeweilige Faksimile immer in ganzer Länge konsultierbar. Durch die Implementierung neuer Editionsprozesse erfolgen die Transkriptionen nach den Standards der Text Encoding Initiative (TEI) und können somit auch im Internet im HTML-Format konsultiert oder im maschinenlesbaren XML-Format heruntergeladen und weiterverwendet werden.

Der redaktionelle Teil umfasst den Kopf der Dokumente sowie den Anmerkungsapparat und ist in der Sprache des Dokuments abgefasst. Er setzt sich deutlich (*kursiv*) vom Text des Dokuments (aufrecht) ab. Kursivsatz innerhalb des

Dokuments gibt originale Hervorhebungen an (Zwischentitel, Unterstreichungen, Sperrungen, etc.). Eingriffe der Herausgebenden in den Dokumenten sind kursiv in eckige Klammern gesetzt. Orthografie und Interpunktion wurden bei offensichtlichen Fehlern stillschweigend bereinigt und die Schreibweise innerhalb der Texte vereinheitlicht.

Der Kopf der Dokumente enthält den Permalink (z. B. [dodis.ch/55220](https://dodis.ch/55220)) für das Auffinden des Faksimiles und der Metadaten in der Online-Datenbank Dodis, den redaktionellen Titel, eventuell vorhandene Klassifikations- und Dringlichkeitsvermerke (z. B. vertraulich, geheim, etc.) sowie den Ort und das Datum der Entstehung der Quelle (z. B. das Datum eines Protokolls). Das allfällige Datum des Ereignisses, auf das sich das Aktenstück bezieht (z. B. das Datum der protokollierten Sitzung), wird entweder im Originaltitel oder im redaktionellen Titel erwähnt. Wörtlich wiedergegebene Originaltitel sind in VERSALIEN gesetzt.

In der ersten Anmerkung jedes Dokuments werden immer die Quellengattung und ggf. dessen Ordnungsnummer angegeben. Ebenso befinden sich dort die Archivsignatur sowie die *Aktenzeichen* der Dossiers, so wie sie in den Findmitteln erscheinen (z. B. (B.14.211.P.21.2)), was das Auffinden der entsprechenden Dokumente sichern sowie weiterführende Recherchen erleichtern soll. Ferner enthält die erste Anmerkung auch mögliche Hinweise auf die Autorschaft, die Adressaten und den Entstehungskontext sowie weitere relevante quellenkritische Informationen. Im wissenschaftlichen Apparat werden zudem zahlreiche Hinweise zu weiterführenden Dokumenten, Themen, Zusammenstellungen oder Archivbeständen angegeben. Soweit möglich, werden Dokumente, die in den veröffentlichten Transkriptionen erwähnt sind, ebenfalls erschlossen. Konnte ein referenziertes Dokument trotz gründlicher Nachforschungen nicht gefunden werden, ist die Formel «*nicht ermittelt / pas retrouvé / not located*» angegeben.

Der *Appendix* des Bandes führt zu dynamischen Online-Verzeichnissen und Registern, welche die hier edierten Dokumente mit zahlreichen Informationen der Datenbank Dodis verbinden. Als hilfreicher Ausgangspunkt für weitere Forschungen liefert das Verzeichnis der benutzten Dossiers Informationen zur Auffindbarkeit der Dokumente in den Archiven. Die Liste aller Abkürzungen sowie die Register zu *Personen*, *Körperschaften* und *geografischen Bezeichnungen* ermöglichen das rasche Auffinden der gesuchten Information.

Ich möchte mich ganz herzlich bei Daniel Marc Segesser und Wolfgang Weber für die Initiative und ihre wertvolle Forschungsarbeit bedanken. Ich bin sehr froh, dass diese Verbindung von Forschung und Lehre zu einem äusserst spannenden Ergebnis geführt hat.

Bern, im Juni 2021

Sacha Zala

## Die Schweiz und die Vorarlberger Frage 1918–1922: Eine Einleitung

Das Centenaire des Ersten Weltkriegs hat eine grosse Vielfalt von neuen Forschungen hervorgebracht, die sich einerseits mit globalen Aspekten beschäftigen, andererseits aber auch lokale und spezifische Themen aufgreifen.<sup>1</sup> Am Ende des Weltkriegs stellten sich plötzlich Fragen, die noch im Sommer 1918 kaum als Option im Raum gestanden waren, weil sie jenseits des damals Vorstellbaren lagen. Dazu gehörte auch die Frage nach der Zukunft des Vorarlbergs. Sollte es Teil eines neuen, republikanischen österreichischen Staatswesens bleiben? Sollte es eine Zukunft in Verbindung mit süddeutschen Teilstaaten wie Württemberg oder Bayern innerhalb oder ausserhalb des Deutschen Reichs suchen? Oder einen Beitritt zur schweizerischen Eidgenossenschaft anstreben? Wie sollte das Verhältnis zum Fürstentum Liechtenstein gestaltet werden und welche Auswirkungen hatten diese Fragen auf kommunaler Ebene?

Vorarlberg, das Fürstentum Liechtenstein und die Schweiz standen im Oktober und November 1918 wie viele andere Teile der Welt vor grossen Herausforderungen. Neben der Frage der staatlichen Zugehörigkeit ging es sowohl um die Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung als auch um die politische, wirtschaftliche und soziale Ausgestaltung des Gemeinwesens.<sup>2</sup> Das erkannte auch der schweizerische Gesandte in Wien, Charles Daniel Bourcart, in seinem politischen Bericht an den Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departements, Felix Calonder, von Mitte Oktober 1918. Darin beschäftigte er sich mit den Auseinandersetzungen zwischen *Österreich-Ungarn* und seinen Nachbarländern, der inneren politischen Lage, der gedrückten Stimmung in Wien und den Ängsten vor einem bolschewistischen Umsturz. Bourcart zweifelte daran, dass es der neue cisleithanische Ministerpräsident Heinrich Lammasch<sup>3</sup> schaffen werde, «die von einem Unabhängigkeitstaumel erfassten Nationalitäten noch durch irgendein Band zusammenzuhalten»,<sup>4</sup> auch wenn ein Auseinanderfallen Österreich-Ungarns nicht

1 Eine erste Übersicht ermöglicht die Online-Enzyklopädie «1914–1918 online. International Encyclopedia of the First World War», <https://encyclopedia.1914-1918-online.net>.

2 Siehe dazu exemplarisch den Bericht von Wilhelm Beck, Mitglied des provisorischen Vollzugsausschusses in Liechtenstein, vom 11. November 1918, Dok. 4, [dodis.ch/55318](https://dodis.ch/55318). Vgl. auch Benedikt Bilgeri: *Kanton oder Bundesland. Untergang und Wiederkehr (Geschichte Vorarlbergs, Bd. 5)*, Wien 1987, S. 15–33; Peter Geiger: «Der Kleinstaat in der Ära der Weltkriege», in: Dieter Langewiesche (Hg.): *Kleinstaat in Europa (Liechtenstein Politische Schriften, Bd. 42)*, Schaan 2007, S. 137–174, hier S. 154; Georg Kreis: *Insel der unsicheren Geborgenheit. Die Schweiz in den Kriegsjahren 1914–1918*, Zürich 2014, S. 260–281; Hannes Leidinger: *Der Untergang der Habsburgermonarchie*, Innsbruck 2017, S. 205–297 sowie Daniel Marc Segesser: *Der Erste Weltkrieg in globaler Perspektive*, Wiesbaden 2014, S. 178–206.

3 Heinrich Lammasch, [dodis.ch/P38404](https://dodis.ch/P38404).

4 Politischer Bericht des schweizerischen Gesandten in Wien, Charles D. Bourcart, an den Vorsteher des Politischen Departements, Felix Calonder, Dok. 1, [dodis.ch/55207](https://dodis.ch/55207).

im Interesse der Entente liege, wie Bourcart weiter betonte. Beiläufig fügte er an, dass in Vorarlberg «für den Fall, dass die Monarchie ganz in die Brüche gieng[e] [sic!], eine Stimmung zu Gunsten eines Anschlusses an die Schweiz vorhanden» sei. Ob eine solche im Interesse der Schweiz sei, wollte Bourcart nicht beurteilen, aber er unterliess es nicht, auf die Möglichkeit hinzuweisen, dass im Fall, dass Vorarlberg zur Schweiz kommen sollte, Italien sich gedrängt sehen könnte, das Tessin als Kompensation zu verlangen.<sup>5</sup>

Die Schweiz wurde seit 1815 als «staatlich-territoriale Raumeinheit innerhalb klarer und stabiler Grenzen» betrachtet.<sup>6</sup> Nun stand sie unvermittelt vor einer nationalen Herausforderung, die nicht nur auf politischem und diplomatischem Parkett für Diskussionen sorgte, sondern in wesentlichen Teilen auch von Akteurinnen und Akteuren geprägt wurde, die primär auf lokaler Ebene oder innerhalb privater Vereinigungen aktiv waren oder es noch wurden. Dass ein Konsens und eine einheitliche Linie im Rahmen einer solchen Grassroot-Bewegung<sup>7</sup> schwierig zu erreichen waren, liegt auf der Hand und wurde auch schon früh von der Presse erkannt. So schrieb der *Allgemeine Anzeiger* für das Unterrheintal und die angrenzenden appenzellischen Gemeinden am 5. November 1918, dass es zunehmend Stimmen gebe, welche sich in Vorarlberg angesichts des Auseinanderbrechens der Habsburgermonarchie für einen Anschluss an die Schweiz aussprechen würden, dass die Meinungen aber «noch sehr geteilt» seien.<sup>8</sup>

Diese Feststellung, die sich auch im Verlauf der Diskussionen um einen Beitritt des umgangssprachlich als «Ländle» bezeichneten Vorarlbergs zur Schweiz nie änderte, kann auch auf die Forschung zum Thema übertragen werden. Den Anfang machten zwei Protagonisten der Bewegung, nämlich Paul Pirker<sup>9</sup> und Otto Ender.<sup>10</sup> Während Pirker in seinen Erinnerungen seine Tätigkeit als Gymnasiallehrer deutlich umfassender thematisierte als seinen Einfluss in der Anschlussfrage,<sup>11</sup> zögerte Ender nicht, seine eigene Rolle ins Zentrum zu rücken.<sup>12</sup> Den eigentlichen Initiator der Bewegung für einen Beitritt Vorarlbergs zur Schweiz und Obmann des Werbeausschusses,<sup>13</sup> Ferdinand Riedmann,<sup>14</sup> konnte Ender auch deshalb in den Hintergrund drängen,<sup>15</sup> weil dieser 1924 «schuldig erkannt des Verbrechens der Notzucht und Schändung» mit einem damals noch nicht 14-jähriges Mädchen worden war, die als Schülerin seine Schule besuchte.<sup>16</sup> Er wurde zu neun Monaten

<sup>5</sup> Ibid.

<sup>6</sup> André Holenstein: *Transnationale Schweizer Nationalgeschichte. Widerspruch in sich oder Erweiterung der Perspektiven?* (Swiss Academies Communications 13 (6)), Bern 2018, S. 6.

<sup>7</sup> Wolfgang Weber: «Vorarlberg Referendum», in: 1914–1918 online. International Encyclopedia of the First World War, <http://dx.doi.org/10.15463/ie1418.10838>.

<sup>8</sup> «Aus dem Vorarlberg», in: *Allgemeiner Anzeiger. Publikationsmittel für das Unterrheintal und die angrenzenden appenzellischen Gemeinden* Nr. 131 vom 5. November 1918, S. 2, [dodis.ch/55484](http://dodis.ch/55484).

<sup>9</sup> Paul Pirker, [dodis.ch/P38804](http://dodis.ch/P38804).

<sup>10</sup> Otto Ender, [dodis.ch/P38315](http://dodis.ch/P38315).

<sup>11</sup> Paul Pirker: *Erinnerungen eines Schulmannes*, Bregenz 1947.

<sup>12</sup> Otto Ender: *Vorarlbergs Schweizer-Anschluss-Bewegung von 1918 bis 1924* (Schriften zur Vorarlberger Landeskunde, Bd. 5), Dornbirn 1952.

<sup>13</sup> Lustenauer Werbeausschuss für den Anschluss an die Schweiz, [dodis.ch/R34377](http://dodis.ch/R34377).

<sup>14</sup> Ferdinand Riedmann, [dodis.ch/P59162](http://dodis.ch/P59162).

<sup>15</sup> Ender erwähnte Riedmann in seiner Publikation «Vorarlbergs Schweizer-Anschluss-Bewegung» nur auf drei Seiten (S. 7, 21 und 36).

<sup>16</sup> HistA Lustenau, *Miszellen* 15/5, Kopien der Akten des Prozesses gegen Ferdinand Riedmann.

15 schwerem Kerker verurteilt und vom Schulbetrieb suspendiert. Zudem verlor er seinen Posten als Gemeinderat und Vizebürgermeister.<sup>17</sup>

Ender trauerte dem verpassten Anschluss an die Schweiz nicht nach, er nutzte allerdings den Schluss seiner Ausführungen dazu, um für Österreich und seine Länder mehr Föderalismus zu fordern.<sup>18</sup> Es ist deshalb wenig erstaunlich, dass eine regionalistische Initiative in den 1970er- und 1980er-Jahren auf das Label «Pro Vorarlberg» – die Bezeichnung des Vereins der Befürworter eines Beitritts des Landes zur Schweiz in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg – zurückgriff, um dem Vorarlberg mehr Rechte innerhalb des österreichischen Bundesstaates zu sichern.<sup>19</sup> Die Tatsache, dass Ethnizität und Nationalismus, basierend «auf Symbolen historischer, kultureller, sprachlicher und auch rassischer Eigenart, die tendenziell klassenübergreifend [sein] und allgemeine gesellschaftliche Erfahrungen wiederzugeben beanspruch[t]en»,<sup>20</sup> spielte sicherlich eine wichtige Rolle, als sich das Interesse an den Bemühungen für einen Beitritt zur Schweiz anfangs der 1980er-Jahre erneut zu artikulieren begann.

Den Anfang machten zwei Überblicksdarstellungen zur Geschichte Vorarlbergs aus der Feder von Karl-Heinz Burmeister und Benedikt Bilgeri, die beide die engen Verflechtungen zwischen der Schweiz und Vorarlberg zu betonen suchten. Während Burmeister dem Thema nur vier Seiten widmete und Mentalität wie Identität der Bevölkerung, die jenen der Schweizer nicht fernstünden, in den Vordergrund rückte,<sup>21</sup> bemühte sich Bilgeri auf 53 Seiten aufzuzeigen, wie eng die ethnischen und ökonomischen Verbindungen zwischen Vorarlberg und der Schweiz über die Jahrhunderte gewesen waren.<sup>22</sup> Burmeister wie Bilgeri griffen bei ihren Darstellungen auf die akribische Dissertation von Daniel Witzig zurück, der im Anschluss an die Ausführungen seines Doktorvaters Edgar Bonjour<sup>23</sup> die Vorarlberger Frage sehr detailliert untersucht hatte. Auf der Grundlage von Akten aus dem Schweizerischen Bundesarchiv und einer vertieften Zeitungsanalyse analysierte er die Entstehung der Bewegung und die Motivationen in der Schweiz und Vorarlberg. Dabei legte er den Fokus auf wichtige Persönlichkeiten, auf die Rolle der Friedensverhandlungen in Paris und auf die Gründe für das Scheitern der Bemühungen um den Beitritt Vorarlbergs zur Schweiz.<sup>24</sup>

In der Publikation des Arbeitskreises für regionale Geschichte zum 70. Jahrestag der Abstimmung über die Aufnahme von Verhandlungen über den Beitritt Vorarlbergs zur Schweiz dominierten weiterhin Artikel, die Nationalismus oder Ethnizität ins Zentrum rückten, auch wenn einige Beiträge zunehmend Räte-

---

17 Wolfgang Scheffknecht: 100 Jahre Marktgemeinde Lustenau 1902 bis 2002. Eine Chronik, Lustenau 2003, S. 153.

18 Ender: Vorarlbergs Schweizer-Anschluss-Bewegung, S. 62–65.

19 Markus Barney: Pro Vorarlberg. Eine regionalistische Initiative (Beiträge zu Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs, Bd. 3), Bregenz 1983, S. 8.

20 Ibid., S. 90.

21 Karl Heinz Burmeister: Geschichte Vorarlbergs. Ein Überblick, Wien 1980, S. 182.

22 Bilgeri: Kanton oder Bundesland, S. 34–88.

23 Edgar Bonjour: Geschichte der schweizerischen Neutralität, 8 Bände, Basel 1970–1975, Bd. 2, 1970, S. 292–314.

24 Daniel Witzig: Die Vorarlberger Frage. Die Vorarlberger Anschlussbewegung an die Schweiz, territorialer Verzicht und territoriale Ansprüche vor dem Hintergrund der Neugestaltung Europas 1918–1922 (Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft, Bd. 132), Basel 1974.

bewegungen oder wirtschaftliche Aspekte in den Blick zu nehmen begannen.<sup>25</sup> Letzteres und vor allem die Hoffnung auf materielle Besserstellung stellten Werner Dreier und Meinrad Pichler in ihrer im gleichen Zeitraum erschienen Studie in den Vordergrund. In ihren Augen wurde die Bewegung für den Beitritt Vorarlbergs zur Schweiz von einem «leeren Bauch diktiert» und von «einem weniger wohlklingenden Magenknurren begleitet», das von «kleinbürgerlichen Ängsten und Vorurteilen» geleitet war, «die später im Faschismus fatale Grundlage für das konkrete politische Handeln wurden.»<sup>26</sup> Die materielle Hilfe aus der Schweiz, die auch mit Unterstützung der französischen Behörden geleistet wurde,<sup>27</sup> war angesichts der desaströsen wirtschaftlichen Verhältnisse und der schlechten Versorgungslage in Vorarlberg sehr willkommen.<sup>28</sup> Die schlechte ökonomische Lage war allerdings nicht allein bestimmend, wie Gerhard Wanner es richtigerweise betont hat. Die Angst vor der eher virtuellen denn realen Gefahr des Bolschewismus spielte eine nicht unwichtige Rolle. Auch die katholische Kirche unterstützte die Forderung nach Ruhe und Ordnung. Diese schien in der Schweiz nach dem von einer zielbewusst vorgehenden Exekutive erzwungenen frühen Ende des Landesstreiks im November 1918 für viele am besten gewährleistet. Schliesslich sei es, so Wanner, die Summe von Erscheinungen, Fakten, Ängsten und Hoffnungen gewesen, die eine Mehrheit der Vorarlbergerinnen und Vorarlberger dazu bewogen hatte, sich quer durch Parteien, Klassen und Schichten dafür auszusprechen, dass Verhandlungen über einen Beitritt zur Schweiz aufgenommen werden sollten.<sup>29</sup>

Brachten Autorinnen und Autoren in den 1980er- und 1990er-Jahren der Schweiz und damit auch den Anschlussbemühungen der Jahre 1918–1922 noch viel Sympathie entgegen, so wurde zwanzig Jahre später die Kritik an diesem Vorhaben innerhalb der historischen Zunft lauter. Die Debatten drehten sich aber weiterhin um Optionen Vorarlbergs und die Wahrnehmungen der Schweiz,<sup>30</sup> um die Rolle der Friedensverhandlungen in Paris<sup>31</sup> oder die Landesverfassung Vorarlbergs.<sup>32</sup> Daran änderten auch die jüngsten, primär zusammenfassenden Dar-

<sup>25</sup> Arbeitskreis für regionale Geschichte: «Eidgenossen helft Euren Brüdern in der Not!» Vorarlbergs Beziehungen zu seinen Nachbarstaaten 1918–1922, Feldkirch 1990.

<sup>26</sup> Werner Dreier und Meinrad Pichler: Vergebliches Werben. Misslungene Vorarlberger Anschlussversuche an die Schweiz und an Schwaben, Bregenz 1989, S. 38.

<sup>27</sup> Vgl. die Bundesratsprotokolle vom 15. und 27. November 1918, [dodis.ch/43757](http://dodis.ch/43757) bzw. [dodis.ch/43774](http://dodis.ch/43774).

<sup>28</sup> Dies belegen Dok. 24, [dodis.ch/55336](http://dodis.ch/55336); Dok. 38, [dodis.ch/55387](http://dodis.ch/55387), und Dok. 44, [dodis.ch/55226](http://dodis.ch/55226) ebenso wie die Diplomarbeit von Ingrid Böhler und Norbert Schnetzer: Hunger in Vorarlberg. Die Ernährungskrise während und nach dem Ersten Weltkrieg, Diplomarbeit Innsbruck 1990, S. 123–142.

<sup>29</sup> Gerhard Wanner: «Liberi e Svizzeri» – die Liebe ging nicht durch den Magen», in: Arbeitskreis für regionale Geschichte (Hg.): «Eidgenossen helft Euren Brüdern in der Not!», S. 147–157.

<sup>30</sup> Alois Niederstätter: «Die Schweiz – Wahrnehmungen, Projektionen und Klischees aus der österreichischen Nachbarschaft», in: Tobias G. Natter (Hg.): Kanton übrig. Als Vorarlberg zur Schweiz gehören wollte, Bregenz 2008, S. 27–35 sowie Marco Ratschiller: «Vorarlbergs höfliche Stammesbrüder. Schweizer Standpunkte in der Anschluss-Frage», in: *ibid.*, S. 98–107.

<sup>31</sup> Margarethe Lang: «Die Friedensverhandlungen in Paris und die Haltung der Alliierten», in: Natter (Hg.): Kanton Übrig, S. 67–77.

<sup>32</sup> Arnulf Häfele: Die Schweiz als Vorbild für die Vorarlberger Landesverfassung von 1919, Frankfurt a. M. 2006 sowie ders.: «Eine Landesverfassung als Eintrittskarte in die Eidgenossenschaft», in: Natter (Hg.): Kanton Übrig, S. 37–43.



stellungen von Meinrad Pichler<sup>33</sup> und Markus Schmidgall<sup>34</sup> wenig. Lokale und regionale Verflechtungen wurden mit wenigen Ausnahmen<sup>35</sup> kaum erforscht und auch bei den Akteuren standen Persönlichkeiten im Vordergrund, die wie Felix Calonder<sup>36</sup> oder Otto Ender<sup>37</sup> aufgrund ihrer Funktion von Bedeutung waren, oder Akteure, die wie Ferdinand Riedmann<sup>38</sup> oder Gonzague de Reynold<sup>39</sup> eine wichtige Rolle im Rahmen der Bewegung für einen Anschluss des Vorarlbergs an die Schweiz gespielt hatten.

Die vorliegende Quellenedition baut auf diesem Forschungsstand auf, thematisiert aber bis anhin vernachlässigte Themen wie die Rolle des Selbstständigkeitsrechts, die kommunale Ebene oder die Rolle der Frauen.<sup>40</sup> Ausserdem nimmt sie die Akteure in den Fokus, die wie Paul Pirker,<sup>41</sup> Georg Bösch,<sup>42</sup> Raduolf Ruinatscha<sup>43</sup> oder Charles L. E. Lardy<sup>44</sup> im Zusammenhang mit der Vorarlberger Frage bisher nur marginal beachtet wurden. Sie bettet die Quellen in die allgemeine Geschichte am Ende des Ersten Weltkriegs und zu Beginn der 1920er-Jahre ein, behält aber die lokale Perspektive sowie die gegenseitige Wahrnehmung diesseits und jenseits der Grenze im Blick, deren Bedeutung für die Menschen hüben wie drüben sich ebenso während wie nach dem Ersten Weltkrieg stetig veränderte und keineswegs nur trennenden Charakter hatte.<sup>45</sup>

Am Ende des Ersten Weltkriegs veränderten sich die Grenzen in Europa.<sup>46</sup> Dass dies auch die Politiker und Diplomaten beschäftigte, zeigt das Schreiben des Vor-

**33** Meinrad Pichler: *Das Land Vorarlberg 1861–2015 (Geschichte Vorarlbergs, Bd. 3)*, Innsbruck 2015.

**34** Markus Schmidgall: «Die »legalistische« Revolution 1918/19 und ihre Auswirkungen», in: Alois Niederstätter (Hg.): *Epochengrenze 1918? Beiträge zum Jubiläum 100 Jahre selbständiges Land Vorarlberg*, Innsbruck 2018, S. 119–169.

**35** Wolfgang Scheffknecht: «»Houptsach an ar Gränz«. Grenze und Grenzbewusstsein in Lustenau während des 1. Weltkrieges», in: Natter (Hg.): *Kanton Übrig*, S. 109–121.

**36** Felix Calonder, [dodis.ch/P333](https://dodis.ch/P333). Vgl. auch Jürg Simonett: «Bundesrat Felix Calonder», in: *Arbeitskreis für regionale Geschichte* (Hg.): «Eidgenossen helfe euren Brüdern in der Not!», S. 33–39.

**37** Otto Ender, [dodis.ch/P38315](https://dodis.ch/P38315). Vgl. auch die überzeugende, mikrohistorisch angelegte Biografie von Peter Melichar: *Otto Ender 1875–1960. Landeshauptmann, Bundeskanzler, Minister. Untersuchungen zum Innenleben eines Politikers*, Wien 2018.

**38** Ferdinand Riedmann, [dodis.ch/P59162](https://dodis.ch/P59162). Vgl. auch Meinrad Pichler: «Ferdinand Riedmann – der Prophet vom gelobten Land Helvetia», in: Natter (Hg.): *Kanton Übrig*, S. 45–53, der allerdings den Grund für das Ausscheiden Riedmanns aus dem politischen Leben und seiner Position als Lehrer falsch darstellt.

**39** Gonzague de Reynold, [dodis.ch/P14566](https://dodis.ch/P14566). Vgl. auch Aram Mattioli: *Zwischen Demokratie und totalitärer Diktatur. Gonzague de Reynold und die Tradition der autoritären Rechten in der Schweiz*, Zürich 1994.

**40** Neben der Studie von Ulrike Ebenhoch: *Die Frau in Vorarlberg 1914–1933 (Vorarlberg in Geschichte und Gegenwart, Bd. 3)*, Dornbirn 1986 wird die Frage kurz thematisiert bei Schmidgall: *Die »legalistische« Revolution*, S. 162–164.

**41** Paul Pirker, [dodis.ch/P38804](https://dodis.ch/P38804). Vgl. hierzu Sandra Feuz-Nyffenegger: *In zweiter Reihe und doch an vorderster Front. Paul Pirkers Rolle in der Anschlussbewegung von Vorarlberg an die Schweiz in den Jahren 1918–1921 (Berner Studien zur Geschichte, Reihe 5)*, Bern in Vorbereitung.

**42** Georg Bösch, [dodis.ch/P59030](https://dodis.ch/P59030).

**43** Raduolf Ruinatscha, [dodis.ch/P59319](https://dodis.ch/P59319).

**44** Charles L. E. Lardy, [dodis.ch/P5288](https://dodis.ch/P5288).

**45** Vgl. auch Scheffknecht: «»Houptsach an ar Gränz«, S. 109–121.

**46** Jörn Leonhard: *Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918–1923*, München 2019<sup>2</sup>, S. 476–503 sowie Helmut Konrad und Wolfgang Maderthaler (Hg.): *... der Rest ist Österreich. Das Werden der Ersten Republik*, 2 Bände, Wien 2008, Bd. 1, S. 65–186.

stehers des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements Edmund Schulthess an den schweizerischen Gesandten in Paris, Alphonse Dunant, vom 6. November 1918:

«Die katastrophalen Verhältnisse die sich in Wien, aber auch in Tirol und Vorarlberg entwickeln, und deren Folgen unabsehbar sind, werden höchst wahrscheinlich nach Deutschland und zwar gerade nach Süddeutschland überschlagen. [...] Der Zersetzungsprozess ist heute, wie mir mitgeteilt wird, schon sehr weit gediehen. Jede Kleinigkeit kann Anlass zum Ausbruch von blutigen Konflikten geben. Selbst in Singen stehen die Verhältnisse ganz schwierig.»<sup>47</sup>

Ähnliches galt für das Fürstentum Liechtenstein, dessen staatliche Unabhängigkeit angesichts der bis 1918 bestehenden engen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verbindungen zur Habsburgermonarchie nicht überall anerkannt wurde. Am 9. November 1918 bemühte sich eine Delegation des provisorischen Vollzugsausschusses in Bern um eine Klarstellung der Situation und bat um Unterstützung bei der Versorgung mit Lebensmitteln und der Sicherstellung des Grenzschutzes durch die Polizei. Die Delegation betonte zudem, «daß die Zeitungsmeldungen, wornach [sic] Liechtenstein den Anschluß an Deutsch-Österreich nachgesucht habe, vollständig unbegründet seien.»<sup>48</sup>

Auch die Situation in der Schweiz war angesichts von Streikdrohungen unsicher.<sup>49</sup> Inwiefern dies in der Gemeinde Taufers im Münstertal damals bekannt war, ist nicht klar, sicher ist aber, dass die Gemeindebehörden trotz der Flucht der letzten Soldaten der Habsburgermonarchie angesichts der bevorstehenden italienischen Besetzung des Dorfes<sup>50</sup> nichts unversucht lassen wollten, um ihre staatliche Zukunft in die eigene Hand zu nehmen. Noch am Tag des Einmarsches, dem 6. November 1918, beschloss der Gemeindeausschuss auf Antrag des Gemeindevorstehers Josef Eberhard einstimmig, «um die Aufnahme der Gemeinde Taufers in der [sic] Republik Schweiz zu bitten».<sup>51</sup> Bis dieser Wunsch allerdings erfüllt werden konnte, sollte es noch einige Zeit dauern. Erst in der Nacht vom 21. auf den 22. Januar 1919 gelang es zwei nicht identifizierten Männern aus der Gemeinde, ein Schriftstück<sup>52</sup> nach Müstair zu bringen. Der Grenzzoffizier der schweizerischen Bewachungstruppen im Münstertal, Leutnant Louis Möhr, fertigte die Personen ab<sup>53</sup> und liess sie nach Müstair reisen, wo sie mit den Gemeindebehörden in Kontakt traten. Diese beriefen auf den 26. Januar eine Gemeindeversammlung ein, an der einstimmig beschlossen wurde, das Dokument an die zuständigen Behörden des Kreises Val Müstair und an die Bündner Kantonsregierung mit einer positiven Empfehlung weiterzusenden.

Da es in der Gemeindeversammlung gemäss Protokoll keine Diskussion gab,<sup>54</sup> ist es schwierig zu eruieren, welche Verbindungen zwischen den beiden Gemein-

47 Schreiben des Vorstehers des Volkswirtschaftsdepartements, Edmund Schulthess, an den schweizerischen Gesandten in Paris, Alphonse Dunant, Dok. 3, [dodis.ch/55214](https://dodis.ch/55214).

48 Bericht von Wilhelm Beck, Mitglied des provisorischen Vollzugsausschusses in Liechtenstein, vom 11. November 1918, Dok. 4, [dodis.ch/55318](https://dodis.ch/55318).

49 Vgl. Roman Rossfeld, Christian Koller und Brigitte Studer (Hg.): Der Landesstreik. Die Schweiz im November 1918, Baden 2018.

50 Serafin Heinrich Schgör: Taufers i. M. im Wandel der Zeit, Taufers i. M. 1988, S. 159.

51 Protokoll der Sitzung des Gemeindeausschusses der Gemeinde Taufers vom 6. November 1918, Dok. 2, [dodis.ch/55213](https://dodis.ch/55213).

52 Ibid. sowie Dok. 10, [dodis.ch/55325](https://dodis.ch/55325); Dok. 11, [dodis.ch/55326](https://dodis.ch/55326); Dok. 14, [dodis.ch/55328](https://dodis.ch/55328) und [dodis.ch/55537](https://dodis.ch/55537).

53 Schreiben von Louis Möhr an den Vorsteher des Politischen Departements, Felix Calonder, vom 30. Januar 1919, Dok. 12, [dodis.ch/55217](https://dodis.ch/55217).

54 Redunanza comünala di Jenner 1919, Dok. 10, [dodis.ch/55325](https://dodis.ch/55325).

den bestanden. Dass die historischen Verflechtungen im Tal<sup>55</sup> sehr wohl bekannt waren und dass der Präsident (Landammann) des Kreises Val Müstair, Raduolf Ruinatscha, während des Ersten Weltkriegs einen längeren Beitrag über den Untergang der romanischen Sprache in Taufers und im Obervinschgau auf Deutsch und Romanisch publiziert hatte,<sup>56</sup> zeigt allerdings, dass trotz «gut kontrollierter Grenze» weder die grenzüberschreitenden Kontakte verloren gingen noch der Verkehr ganz eingestellt wurde.<sup>57</sup> Vor dem Krieg bestehende Verbindungen wurden weiterhin gepflegt und dafür genutzt, eine Anpassung der Grenzen zu erreichen.

In ähnlicher Weise nutzten auch die Initianten einer Bewegung in den drei Gemeinden des Rheindeltas, Höchst, Gaissau und Fussach, ihre Kontakte in das benachbarte sankt-gallische Unterrheintal, um eine Petition für den Anschluss an den entsprechenden sankt-gallischen Bezirk und damit die Schweiz zu starten. In ihrem Aufruf für die Einberufung einer Gemeindeversammlung betonten sie, dass die Menschen ihrer Gemeinden angesichts der herrschenden Unordnung in der ehemaligen Habsburgermonarchie den Anschluss an die Schweiz suchen sollten:

«Schon unsere Lage im Verhältnis zur Schweiz ist günstiger als die Lage gegen Vorarlberg. Gegen die Schweiz haben wir Verbindung. Für Höchst und Gaissau und eigentlich auch für Fussach sind Bahnhöfe (St. Margrethen und Rheineck) in der Nähe. Rheineck und St. Margrethen sind Orte, wo wir das Meiste bekommen, was wir sonst in Bregenz holten, manches auch billiger und besser. Viele von uns arbeiten und verdienen in der Schweiz und gerade dadurch pflegen wir mit der Schweiz engere Beziehungen als mit Vorarlberg.»<sup>58</sup>

Die Versammlung fand schliesslich am Sonntag, 8. Dezember 1918 in Höchst statt. Diese beschloss, einerseits einen Ausschuss aus vier Personen aus Höchst und je zwei Personen aus Gaissau und Fussach zu bilden und sie mit der Aufgabe zu betrauen, eine Lösung für den Anschluss an die Schweiz zu finden. Andererseits sollten Unterschriften gesammelt werden, um das Gesuch zu bekräftigen.<sup>59</sup> Die entsprechende Petition war an die Regierung des Kantons St. Gallen gerichtet und übermittelte den Wunsch, dass «die rheintalische Schweizergrenze bis an den neuen Rhein hinaus verlegt und das Rheindelta in den Bezirk Unterrheintal und damit in den Kanton St. Gallen und in die Schweiz aufgenommen werde.»<sup>60</sup> Unterstützt wurde diese Petition von den Gemeindebehörden der Nachbarge-

---

**55** Jakob Bott: Die Losreissung des Gerichts Untercalven und der Gemeinde Taufers von dem Freistaat der drei Bünde. Eine historische Untersuchung, Chur 1860. Diese Abhandlung findet sich auch im Dossier CH-BAR#E2001B#1000/1501#532\* (B.14.211.P.21.6), in welchem alle Dokumente zu den Bemühungen von Taufers zur Aufnahme in die schweizerische Eidgenossenschaft aufbewahrt werden.

**56** Raduolf Ruinatscha: «Über den Untergang der romanischen Sprache in Taufers und im Obervinschgau», in: *Der Freie Rätier* Nr. 61 vom 12. März 1916, S. 1 und Nr. 62 vom 14. März 1916, S. 1–2 sowie ders.: «Notizias supra l'extirpaziun della lingua romantscha a Tuor e nel Vuost superiuor», in: *Dumengia Saira. Supplamaint al Fögl d'Engiadina* 13 (1), 1916, S. 4–7 und 13 (2), 1916, S. 11–15.

**57** Scheffknecht: «Houptsach an ar Gränz», S. 118.

**58** «Die Anschlussfrage in Vorarlberg», in: *Allgemeiner Anzeiger. Publikationsmittel für das Unterrheintal und die angrenzenden appenzellischen Gemeinden* Nr. 146 vom 7. Dezember 1918, S. 2, [dodis.ch/55487](https://dodis.ch/55487).

**59** «Lokales: Die Anschlussfragen im Vorarlberg – Volksversammlung in Höchst», in: *Allgemeiner Anzeiger. Publikationsmittel für das Unterrheintal und die angrenzenden appenzellischen Gemeinden* Nr. 147 vom 10. Dezember 1918, S. 2–3, [dodis.ch/55229](https://dodis.ch/55229).

**60** Petition der Gemeinden Gaissau, Höchst und Fussach an die Regierung des Kantons St. Gallen vom 20. Dezember 1918, Dok. 8, [dodis.ch/55215](https://dodis.ch/55215).

meinden Rheineck, Thal und St. Margrethen<sup>61</sup> sowie vom Landwirtschaftlichen Bezirksverein Unterrheintal, der wie folgt argumentierte:

«Das Rheindelta gehört wirtschaftspolitisch heute schon zu der Schweiz. Ein grosser Teil dessen Bevölkerung hat seinen Arbeitsverdienst in der Schweiz und deckt seinen Konsumbedarf ebendasselbst. Andererseits ist ein grosser Teil ihres Bodens in Schweizerbesitz. Durch Zollseuchen und kriegspolitische Schranken ist dessen Bewirtschaftung aber vielfach erschwert. Der Boden kann daher nicht genügend intensiv und sorgsam bewirtschaftet werden. Obschon von vorzüglicher Qualität, liefert er daher nur relativ bescheidene Erträge. Im Falle eines Anschlusses des Rheindeltas an die Schweiz würde dessen Bewirtschaftung eine bedeutend bessere werden.»<sup>62</sup>

Während die Bemühungen in Gaissau, Fussach und Höchst rasch konkret wurden, formierte sich die Bewegung im übrigen Vorarlberg nur langsam. Zentral war dabei ein «Werbeausschusses für einen Anschluss Vorarlbergs an die Schweiz», der sich am 13. November 1918 rund um den Lustenauer Lehrer und Kinobesitzer Ferdinand Riedmann aufbaute. Der Werbeausschuss lud am 22. November 1918 zu einer ersten grossen Werbeveranstaltung im Lustenauer Kronensaal ein.<sup>63</sup> Diese wies mit rund 1500 Besuchern «einen Massenbesuch auf, wie ihn wohl kaum eine Versammlung im Lande gesehen haben dürfte. Saal und Galerie zum Erdrücken voll, vertreten alle Parteien, Stände und Geschlechter [sowie] liebe Gäste» aus diversen anderen Vorarlberger Gemeinden.<sup>64</sup> An diesem Abend fanden sich durchaus auch gewichtige Stimmen, die dem Ansinnen des Werbeausschusses nicht allzu positiv gegenüberstanden und dies auch artikulierten.<sup>65</sup> Ein Flugblatt, das wohl zwei Tage später, am 24. November 1918, dem Lustenauer Gemeindeblatt beigelegt<sup>66</sup> und von der 1913 gegründeten Buchdruckerei Lustenau gedruckt wurde, rief alle Vorarlberger auf, sich für den Anschluss an die Schweiz zu engagieren, Ortsgruppen zu bilden, Vorträge zu halten und Flugblätter zu verteilen. Das wurde nicht immer positiv aufgenommen, wie die Reaktion des Mittelberger Gemeindevorstehers Franz Josef Felder gegenüber Ferdinand Riedmann zeigt:

«Wir sind bekanntlich im deutschen Zollanschluss und nur auf deutsche Lebensmittelversorgung angewiesen und im Bezirksamte Sonthofen wurde mir bedeutet, dass bei günstigen Resultaten für den Schweizeranschluss wofür bei uns, was ich aus allem ersehe, zu Tage treten würde, die Lebensmittellieferung eingestellt würde, was die Gemeindevorstellung zumal nicht riskieren kann.»<sup>67</sup>

Neben Ferdinand Riedmann, eine treibende Kraft der Bewegung, waren sämtliche Personen, die das Flugblatt unterzeichnet hatten, Lustenauer. Bei dem im Flugblatt erwähnten Obmann-Stellvertreter Georg Bösch<sup>68</sup> handelte es sich wohl um

<sup>61</sup> Schreiben des Gemeinderates von Rheineck an den Regierungsrat des Kantons St. Gallen vom 23. Dezember 1918, [dodis.ch/55488](https://dodis.ch/55488), das ebenfalls von den Gemeindepräsidenten und Gemeindevorstehern von St. Margrethen und Thal unterschrieben wurde.

<sup>62</sup> Der Landwirtschaftliche Bezirksverein Unterrheintal an die Regierung des Kantons St. Gallen, Rheineck 17. Dezember 1918, Dok. 7, [dodis.ch/55323](https://dodis.ch/55323).

<sup>63</sup> Scheffknecht: 100 Jahre Marktgemeinde Lustenau, S. 148.

<sup>64</sup> *Vorarlberger Volksblatt* Nr. 271 vom 24. November 1918, S. 3.

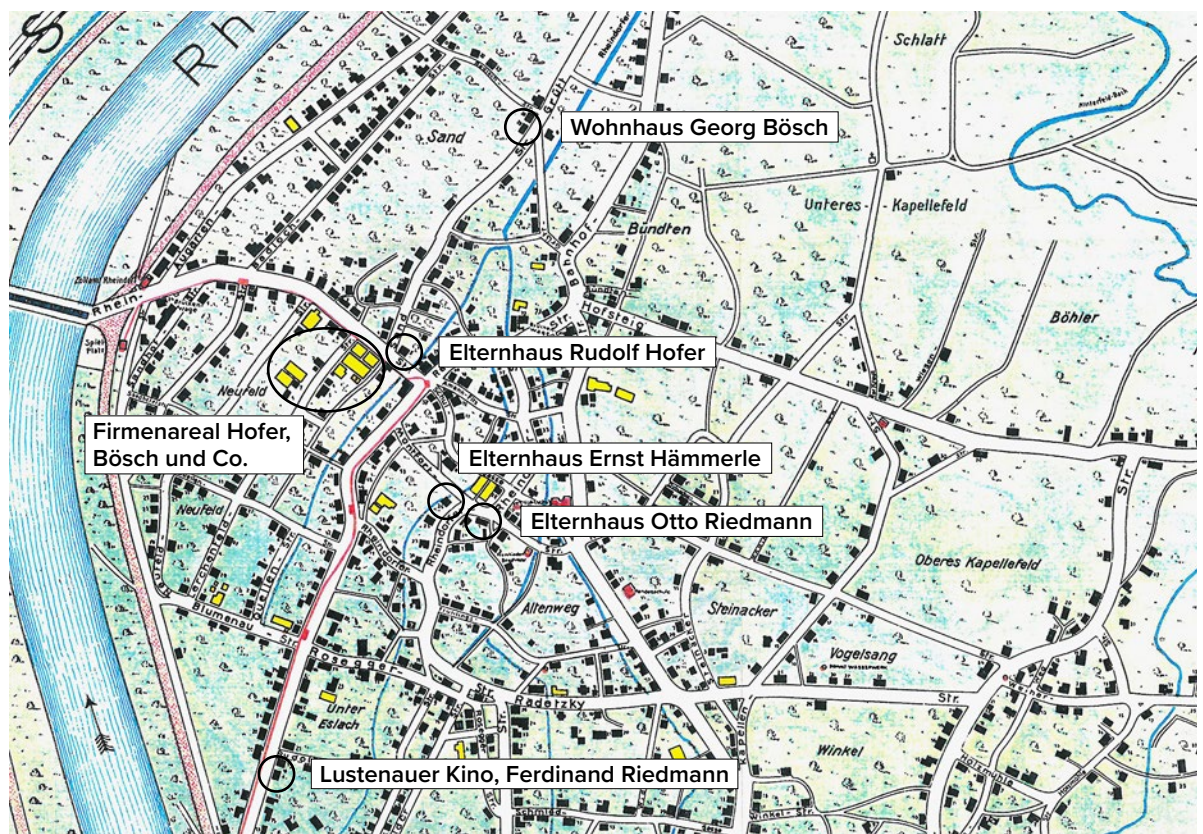
<sup>65</sup> Ibid.

<sup>66</sup> Flugblatt des Werbeausschusses für den Anschluss Vorarlbergs an die Schweiz, eingebunden in das *Lustenauer Gemeindeblatt* vom 24. November 1918. Dok. 5, [dodis.ch/55320](https://dodis.ch/55320). Vgl. ferner Adolf Bösch: *Geschichten aus dem alten Lustenau (Lustenau und seine Geschichte, Bd. 4)*, Lustenau 1996, S. 46.

<sup>67</sup> Schreiben des Mittelberger Gemeindevorstehers, Franz J. Felder, an den Lustenauer Lehrer, Ferdinand Riedmann, vom 9. Februar 1919. Dok. 13, [dodis.ch/55327](https://dodis.ch/55327). Die Flugblätter wurden dennoch verteilt.

<sup>68</sup> *Lustenauer Familienbuch*: Georg Bösch, *bo657*. Zum damaligen Zeitpunkt lebten noch weitere Männer mit dem Namen Georg Bösch in Lustenau. Die Wahrscheinlichkeit, dass es sich um den glei-





Karte 1: Wohnhäuser von Angehörigen des Werbeausschusses in Lustenau

einen der führenden Köpfe der Lustenauer Sozialdemokraten. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs schrieb er das Buch *Krieg dem Kriege*. Darin schildert er seine Erlebnisse als Soldat in der Etappe, aber auch die damaligen Lebensumstände in Lustenau. Das Buch dokumentiert seine pazifistische Grundhaltung und kann als eindringlicher, didaktisch gestalteter Friedensappell gelesen werden.<sup>69</sup> Auch bei den Sozialdemokraten engagiert war Otto Riedmann, der laut Flugblatt ebenfalls Vorstandsmitglied des Werbeausschusses war.<sup>70</sup> Der mit einer Tochter von Georg Bösch verschwägte Wirt und Bauunternehmer übernahm nach dessen Rücktritt das Amt des sozialdemokratischen Gemeinderats.<sup>71</sup> Sein Nachbar Ernst Hämmerle<sup>72</sup>, der aus einer reichen Fabrikantenfamilie stammte, war ebenso wie sein Cousin, der Fabrikant Rudolf Hofer<sup>73</sup>, im ersten Vorstand des Werbeausschusses tätig. Rudolf Hofer war einerseits der Schwiegersohn von Georg Bösch und andererseits der Sohn des politisch und wirtschaftlich einflussreichen Johann Hofer<sup>74</sup>,

chen Georg Bösch handelt, ist aufgrund seiner verwandtschaftlichen Beziehungen zu anderen Mitgliedern und seines sonstigen politischen Engagements sehr hoch, konnte allerdings bislang nicht belegt werden.

69 Martin Bösch (Hg.): *Krieg dem Kriege. Kriegserinnerungen 1915/18 von Georg Bösch*, Lustenau 1998, S. 146. Es wurden damals nur wenige Exemplare des Buches für einige Familienmitglieder gedruckt.

70 [Lustenauer Familienbuch](#): Franz Otto Riedmann, *ri240*. Vgl. ferner [dodis.ch/P59315](http://dodis.ch/P59315).

71 *Lustenauer Gemeindeblatt* vom 25. Dezember 1921, S. 461. Der Vater von Otto Riedmann war der Bruder der Mutter von Rudolf Hofer.

72 [Lustenauer Familienbuch](#): Eduard Ernst Hämmerle, *he922*, geboren am 29. Juni 1888.

73 [Lustenauer Familienbuch](#): Gebhard Rudolf Hofer, *hf115 – 6*, geboren am 20. Mai 1887.

74 [Lustenauer Familienbuch](#): Johann Hofer, *hf115*, geboren am 21. Februar 1852.

der die bedeutende Stickerei *Hofer, Bösch und Co.* mitgegründet<sup>75</sup> und für die Liberalen in Lustenau diverse wichtige politische Ämter bekleidet hatte.<sup>76</sup> All diese Personen wohnten damals nahe beieinander im Ortsteil Rheindorf.

Neben Gebhard Kremmel<sup>77</sup>, dem Leiter der Schule, an der Ferdinand Riedmann als Lehrer tätig war, gehörte dem Komitee auch der Sattler – und damit ein gewerblicher Handwerker – Lorenz Walter<sup>78</sup> an. Zusammen mit Bösch bildeten die beiden die Gruppe der etwas älteren Mitglieder des Werbeausschusses. Walter war mit einer Enkelin des langjährigen Gemeindevorstehers Josef «Amann» Fitz<sup>79</sup> verheiratet, der das liberale Lager in Lustenau prägte. Die Cousins seiner Ehefrau<sup>80</sup> betrieben bis 1913 mit der Firma *Brüder Fitz* eine der grössten Stickereien in Lustenau, die im Juli 1919 in Konkurs<sup>81</sup> ging und in diesem Verfahren von einem führenden Vertreter der Gegner des Vorarlberger Anschlusses an die Schweiz, Anton Zumtobel,<sup>82</sup> vertreten wurde.

Die Lustenauer Keimzelle der Anschlussbewegung scheint, wie ein Blick auf die biografischen Details ihrer Gründer zeigt, durch nachbarschaftliche und vor allem starke verwandtschaftliche Bande geprägt gewesen zu sein. Dabei ist es Ferdinand Riedmann gelungen, bei der Zusammenstellung der ersten Repräsentanten des Werbeausschusses in Lustenau einen breiten Querschnitt der männlichen Bevölkerung zu finden. Die Repräsentanten gehörten unterschiedlichen politischen Lagern an, waren in verschiedenen wirtschaftlichen Bereichen und Berufen tätig und deckten auch ein breites Altersspektrum ab. Dass Lustenau zum Kernort der Anschlussbewegung wurde, war allerdings kein Zufall. Die seit Beginn der 1880er-Jahre im Ort eingeführte Maschinenstickerei<sup>83</sup> boomte und spülte bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs viel Kapital in die Gemeinde. Hauptabnehmer der Stickerei-Produktion waren anfangs Schweizer Fabrikanten, die überwiegend in St. Gallen beheimatet waren. Neben einigen wenigen grossen Produktionsstätten entstanden in Lustenau viele kleine Familienbetriebe, die als Lohnsticker am damaligen Aufschwung teilhatten.<sup>84</sup> Viele dieser Sticker betrieben, wie der ebenfalls zum Komitee gehörende August Hämmerle, auch eine kleine Landwirtschaft.<sup>85</sup> Mit der Errichtung einiger Stickereien ging auch der Bau von prächtigen

75 Oliver Heinzle: «Über die Anfänge der Stickereigeschichte in Lustenau», in: *Neujahrsblätter des Historischen Archivs der Marktgemeinde Lustenau* 7/8 (2017/18), S. 32–75, hier S. 53.

76 *Ibid.*, S. 71–72.

77 [Lustenauer Familienbuch](#): Gebhard Kremmel, *kr82*, geboren am 30. Juli 1861.

78 [Lustenauer Familienbuch](#): Lorenz Walter, *walter*, geboren am 25. Juni 1863.

79 [Lustenauer Familienbuch](#): Josef Fitz, *fi169*, geboren am 5. September 1794.

80 [Lustenauer Familienbuch](#): Albert Fitz, *fi268*; Gottfried Fitz, *fi273* und Robert Fitz, *fi300*.

81 Vgl. Dok. 32, [dodis.ch/55384](#) und Wolfgang Scheffknecht: «Die Sticker der Firma Brüder Fitz in Lustenau um 1907», in: Sabine Wüst (Hg.): *Schätze der Welt aus landeshistorischer Perspektive – Festschrift zum 65. Geburtstag von Wolfgang Wüst*, Sankt Ottilien 2018, S. 359–370, hier S. 361 und S. 369.

82 Anton Zumtobel, [dodis.ch/P38871](#).

83 Vgl. die Karte «Maschinenstickerei in der Schweiz, Vorarlberg und Liechtenstein 1920», [dodis.ch/55542](#).

84 Vanessa Hämmerle, Oliver Heinzle und Wolfgang Scheffknecht: *Lustenau 1914–1918. Eine Gemeinde im Ersten Weltkrieg*, Ausstellungskatalog Lustenau 2014, S. 46.

85 [Lustenauer Familienbuch](#): August Hämmerle, *he808*. Hämmerle ist bis heute der häufigste Nachname in Lustenau. Dass sich August Hämmerle im Gegensatz zu seinem Namensvetter Ludwig identifizieren lässt, liegt daran, dass er in einem Protokoll des Werbeausschusses als August Hämmerle Küblers bezeichnet wurde. Vorarlberger Landesarchiv (AT-VLA): Nachlass Ferdinand Riedmann 30–33.

Villen durch die Lustenauer Fabrikanten einher. Viele der alten Holzhäuser wurden durch gemauerte Steinhäuser ersetzt.<sup>86</sup>

Während in Gaissau, Fussach, Höchst, Lustenau und Taufers konkrete Pläne für einen Anschluss an die Schweiz ihren Anfang nahmen, blieben die Regierungen in Bern und Wien zumindest gegen aussen zurückhaltend. So beklagte der liquidierende k. u. k. Geschäftsträger in Bern, Léon Freiherr de Vaux, in seinem Wochenbericht von Ende November 1918 an das noch aktive k. u. k. Ministerium des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Äussern, dass die Schweiz «allen Ernstes ihren Anteil aus der allgemeinen Liquidation Mitteleuropas herausnehmen zu wollen» scheine.

Die Presse – de Vaux nahm dabei auch auf einen Artikel im *Berner Tagblatt* Bezug, der sich kritisch zu möglichen Gebietserweiterungen äusserte<sup>87</sup> – betone zwar, dass die Schweiz keine Angliederung ausländischer Gebiete wünsche, dies zumindest nicht ohne eine klare Willenskundgebung der Bevölkerung. Gleichzeitig verwies de Vaux allerdings auch darauf, dass es in der Schweiz Sympathien für das benachbarte Vorarlberg gebe und dass die Verbindungen gerade in der Stickerei-Industrie eng seien.<sup>88</sup> Auch dem Diplomaten Charles L. E. Lardy entgingen die Berichte nicht. In einem internen Memorandum für Bundesrat Calonder vom 7. Dezember 1918 betonte er, dass sich die Schweiz diesen Fragen stellen müsse, gleichzeitig aber jeden Anschein vermeiden solle, dass das Land Expansionsabsichten hege, «qui ressemble de près ou de loin à de l'impérialisme.»<sup>89</sup> Die Schweiz dürfe sich allerdings territorialen Anpassungen auch nicht verschliessen. Dies müsse jedoch im Einklang mit den siegreichen Entente-Mächten erfolgen und mit Sicherheit nicht gegen sie. Vorarlberg allein sei dabei nicht von Interesse, könnte allerdings relevant werden, falls die Entente-Mächte der Schweiz mit einer Erweiterung bis nach Tirol die Kontrolle über weitere Alpenübergänge übertragen würden. Lardy erachtete eine solche Lösung allerdings angesichts der Versuche Italiens, auch in Tirol nördlich des Brenners Fuss zu fassen, als wenig wahrscheinlich. Dennoch müsse sich die Schweiz dieser Frage stellen, falls damit ihr internationales Prestige gesteigert werden und eine Abtretung von eigenen Gebieten, vor allem des Tessins, vermieden werden könne.<sup>90</sup>

<sup>86</sup> Ibid.

<sup>87</sup> «Eine grössere Schweiz», in: *Berner Tagblatt* Nr. 512 vom 19. November 1918, S. 1, [dodis.ch/55485](https://dodis.ch/55485).

<sup>88</sup> Wochenbericht des liquidierenden k. u. k. Geschäftsträgers in Bern, Léon Freiherr de Vaux, an das k. u. k. Ministerium des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Äussern vom 30. November 1918, Dok. 6, [dodis.ch/55321](https://dodis.ch/55321).

<sup>89</sup> Bericht von Charles Lardy an den Vorsteher des Politischen Departements, Felix Calonder, vom 7. Dezember 1918, DDS Bd. 7-I, Dok. 50, [dodis.ch/43795](https://dodis.ch/43795), ebenfalls in: Sacha Zala und Marc Perrenoud (Hg.): Die Schweiz und die Konstruktion des Multilateralismus, Bd. 2. Diplomatische Dokumente der Schweiz zur Geschichte des Völkerbunds 1918–1946 (Quaderni di Dodis, Bd. 14), Bern 2019, Dok. 2.

<sup>90</sup> Eine mögliche Abtretung des Tessins auf Kosten Vorarlbergs stand in gewissen Kreisen in Italien zur Debatte. Die schweizerische Gesandtschaft in Rom verfolgte diese Diskussionen mit Besorgnis und setzte das Politische Departement und den Bundesrat regelmässig über den Stand der Dinge in Kenntnis. Gleichzeitig intervenierte die schweizerische Gesandtschaft in Rom bei der italienischen Regierung und liess sie wissen, dass die Schweiz kein Interesse an einem Anschluss Vorarlbergs an die Schweiz habe und eine Abtretung des Tessins unter keinen Umständen erfolgen würde. Inwiefern diese regelmässige Berichterstattung der schweizerischen Gesandtschaft in Rom zwischen Ende November 1918 und Dezember 1919 die Behörden in Bern beeinflusste, bleibt vorläufig ein Desiderat. Vgl. dazu das Dossier CH-BAR#E2200.19-01#1000/1708#23\* (I.C.22).



Sich einer solchen Diskussion nur aus Angst vor einer Gebietserweiterung zu verweigern, wie dies das *Berner Tagblatt* tue,<sup>91</sup> war für Lardy kein überzeugendes Argument.<sup>92</sup>

In der Presse waren die ersten Berichte vorerst allgemeiner Natur, wie der bereits erwähnte Bericht aus dem *Berner Tagblatt* zeigt, in dem mit Blick auf Vorarlberg nur davon die Rede war, dass von dort die «Kunde gekommen [sei], ein Teil der dortigen Bevölkerung wünsche den Anschluss dieses Alpenlandes an die Schweiz».<sup>93</sup> Allgemein äusserten sich auch andere Schweizer Zeitungen über die Möglichkeit eines Beitritts von Vorarlberg zur Schweiz.<sup>94</sup>

In den östlichen Teilen der neu entstehenden Republik Deutsch-Österreich war die Situation im Westen des Landes ebenfalls ein Thema, dies allerdings primär in Form von Kurznotizen, die schlaglichtartig die lokalen Verhältnisse beleuchteten. In Wien, Graz und anderen urbanen Zentren des zerfallenden Habsburgerreiches erfuhren die Menschen fast gleichzeitig von der Selbstständigkeitserklärung Vorarlbergs vom 3. November 1918 wie von einer «seit einigen Tagen» laufenden Unterschriftenaktion: einer «Volkspetition» für den Anschluss des «Landes von Bregenz bis zum Arlberg» an die Schweiz.<sup>95</sup> Die Meldungen beriefen sich auf Informationen der *Schweizerischen Telegraphen-Agentur* beziehungsweise der *Schweizerischen Depeschen-Agentur* vom 7. und 8. November 1918. Darin fand sich unter anderem folgende Verlautbarung:

«Die in Bern eingetroffene Abordnung der vorarlbergischen Landesversammlung hat einzig und allein die Aufgabe, durch Vermittlung des schweizerischen Bundesrates die notwendigen Nahrungsmittel von den Alliierten zu verlangen. Die Abordnung stellt ausdrücklich fest, dass die Frage des Anschlusses Vorarlbergs an die Schweiz weder von maßgebenden Stellen noch von der Bevölkerung ernsthaft besprochen wurde.»<sup>96</sup>

Gleichlautende Beiträge im *Pester Lloyd* und im *Prager Tagblatt* fügten hinzu, dass sich der «Vertreter Frankreichs» in Bern zum Vorarlberger Ansinnen positiv verhalte. Einem ähnlichen Vorstoss von Tiroler Delegierten stehe er hingegen ablehnend gegenüber. Mit dem Waffenstillstand zwischen der k. u. k. Armee und den Entente-Truppen waren nämlich Verbände des mit Österreich-Ungarn verbündeten Deutschen Reiches, das die Kampfhandlungen noch nicht eingestellt hatte, zur Sicherung der Italien- beziehungsweise Südwestfront nach Salzburg und Tirol verlegt worden. Für Vorarlberg war eine Stationierung deutscher Truppen angedacht, sie wurde aber nicht vollzogen.<sup>97</sup> Auf «feindliches Gebiet», so stellte

91 «Eine grössere Schweiz», in: *Berner Tagblatt* Nr. 512 vom 19. November 1918, S. 1, [dodis.ch/55485](https://dodis.ch/55485).

92 Bericht von Charles Lardy an den Vorsteher des Politischen Departements, Felix Calonder, vom 7. Dezember 1918, [dodis.ch/43795](https://dodis.ch/43795).

93 «Eine grössere Schweiz», in: *Berner Tagblatt* Nr. 512 vom 19. November 1918, S. 1, [dodis.ch/55485](https://dodis.ch/55485).

94 Vgl. *Der Freie Rätier* Nr. 260 vom 5. November 1918, S. 2; *Journal de Genève* Nr. 309 vom 7. November 1918, S. 1; *Journal et Feuille d'Avis du Valais* Nr. 125 vom 7. November 1918, S. 2; *La Suisse Libérale* Nr. 264 vom 8. November 1918, S. 1; *Neue Zürcher Nachrichten* Nr. 306 vom 5. November 1918, S. 2; *Tagblatt der Stadt Thun* Nr. 260 vom 6. November 1918, S. 1.

95 *Neues Wiener Tagblatt* Nr. 302 vom 5. November 1918, S. 5; *Neuigkeits-Welt Blatt* Nr. 254 vom 6. November 1918, S. 2; *Grazer Tagblatt* Nr. 305 vom 6. November 1918, S. 2; *Illustrierte Kronen-Zeitung* Nr. 6771 vom 8. November 1918, S. 3.

96 *Wiener Zeitung* Nr. 259 vom 9. November 1918, S. 6 sowie *Reichspost* Nr. 518 vom 9. November 1918, S. 4.

97 Bilgeri: Kanton oder Bundesland, S. 17.



vor allem Paris klar, könnten die «Grande Nation» und ihre Alliierten gewünschte Hilfsaktionen nicht ausweiten.<sup>98</sup>

Mit den Loyalitätsbekundungen der Länder gegenüber der Wiener Regierung und deren Bemühungen um einen Zusammenschluss mit dem Deutschen Reich verschwand das Thema Vorarlberg vorübergehend aus der österreichischen Presse. Erst kurz vor Weihnachten 1918 brachten Diskussionen über eine Hilfeleistung aus der Schweiz zugunsten von Ostösterreich und der bisherigen k. u. k. Haupt- und Residenzstadt das Thema wieder auf die Agenda. Primär ging es allerdings um die Ernährungslage und die Presse rapportierte, dass der Bundesrat mit der schon erfolgten «Hilfeleistung» sowohl für Vorarlberg als auch für das mittlerweile von deutschen Truppen freie Tirol zufrieden sei.<sup>99</sup> Schon am 13. Dezember 1918 hatte die *Wiener Zeitung* konstatiert, dass die «Ernährungsfrage in Vorarlberg» nun «wesentlich günstiger» sei als «vor einigen Wochen».<sup>100</sup>

Erste Entscheidungen über eine mögliche Gebietserweiterung für die Schweiz traf am 24. Dezember 1918 der Regierungsrat des Kantons St. Gallen. Grundlage war die am 23. Dezember von Vertretern der drei Deltagemeinden eingereichte Petition,<sup>101</sup> bei deren Übergabe die Petenten betont hätten, sie wünschten sich unabhängig von der zukünftigen staatsrechtlichen Zugehörigkeit Vorarlbergs eine Angliederung an den Kanton St. Gallen.<sup>102</sup> Auf Antrag von Landammann Albert Mächler<sup>103</sup> beschloss der Regierungsrat, der Petition stattzugeben und sich beim Bundesrat für die drei Rheindelta-Gemeinden einzusetzen. Die St. Galler Regierung machte deutlich, dass sie sich sehr wohl auch der Risiken bewusst war, die «der Verwirklichung des Projektes möglicherweise vom Standpunkte der internationalen Beziehungen unseres Landes entgegenstehen» könnten. Dennoch sei sie der Meinung, «dass wir es vom Standpunkt unseres Kantons lebhaft begrüßen würden, wenn dem Gesuche Rechnung getragen werden könnte.» Die persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen seien eng und die sankt-gallischen Gemeinden, Korporationen und Privatpersonen hätten in den drei Gemeinden «in nicht unbeträchtlichem Umfang landwirtschaftliches Grundeigentum». Die Verlegung der Landesgrenze an den Fussacher Durchstich würde allerdings wohl zur Folge haben, dass «die Unterhaltskosten für die Rheinregulierung über die bisherigen Verpflichtungen hinaus, noch auf einer weiteren Strecke von zirka 8 Kilometern von schweizerischer Seite übernommen werden müssten.» Dennoch würden die ideellen und wirtschaftlichen Vorteile überwiegen. Deshalb befürwortete die Regierung des Kantons St. Gallen eine Angliederung des Rheindeltas an den eigenen Kanton und damit an die Eidgenossenschaft.<sup>104</sup>

<sup>98</sup> *Pester Lloyd* Nr. 263 Morgenblatt vom 9. November 1918, S. 7; *Prager Tagblatt* Nr. 261 Morgenausgabe vom 9. November 1918, S. 3 sowie *Wiener Zeitung* Nr. 259 vom 9. November 1918, S. 6.

<sup>99</sup> *Neue Freie Presse* Nr. 19513 vom 20. Dezember 1918, S. 2–3.

<sup>100</sup> *Wiener Zeitung* Nr. 288 vom 13. Dezember 1918, S. 10.

<sup>101</sup> Petition der Gemeinden Gaissau, Höchst und Fussach an die Regierung des Kantons St. Gallen vom 20. Dezember 1918, Dok. 8, [dodis.ch/55215](https://dodis.ch/55215).

<sup>102</sup> Beschlussprotokoll Nr. 3386 des Regierungsrates des Kantons St. Gallen vom 24. Dezember 1918, [dodis.ch/55490](https://dodis.ch/55490).

<sup>103</sup> Albert Mächler, [dodis.ch/P34685](https://dodis.ch/P34685).

<sup>104</sup> Schreiben von Landammann und Regierungsrat des Kantons St. Gallen an den Bundesrat vom 24. Dezember 1918, Dok. 9, [dodis.ch/55216](https://dodis.ch/55216).

Eine ähnliche Entscheidung traf am 26. Januar 1919 auch die Gemeindeversammlung der Gemeinde Müstair. Diskussionslos entschied die Versammlung «d'inviar la dumonda con recommendaziun allas autoritats competentas»<sup>105</sup> Die nächste Hürde war der Circul (Kreis) Val Müstair, der von Raduolf Ruinatscha in seiner Funktion als «Landammann» des Tals präsiert wurde. Ruinatscha stammte selber aus Müstair und hatte also dem Anliegen seiner Nachbargemeinde Taufers am 26. Januar zugestimmt. Gleichzeitig war er aber Lehrer im benachbarten Sta. Maria, welches im Unterschied zu Müstair und Taufers nicht katholisch, sondern wie die übrigen Talgemeinden reformiert war. Dort waren die Vorbehalte gegenüber dem katholischen Taufers grösser als in Müstair. Daraus resultierte eine lebhaft Diskussion, in der die Anwesenden übereinkamen, die Unterlagen aus Taufers an die Bündner Kantonsregierung weiterzuleiten, dies allerdings – entgegen dem Wunsch der Gemeinde Müstair – ohne eine Empfehlung vorzunehmen.<sup>106</sup> Dabei spielte wohl nicht zuletzt eine Rolle, dass die Gemeinde Taufers gemäss dem *Bündner Tagblatt* eine Einwohnerzahl von 800 aufwies, während das gesamte restliche Tal zusammen nur auf ungefähr das Doppelte kam. Für viele Gemeinden im oberen Val Müstair hätten sich die Gewichte im Tal damit zu sehr verschoben, auch wenn der Redakteur im *Bündner Tagblatt* meinte, dass sich die Tauferser «unseren Verhältnissen anpassen müssen und auch wollen.»<sup>107</sup> Dass die Angelegenheit so lange nicht weitergeleitet wurde, hielt der in Bern wohnhafte und in Sta. Maria als Grenzzoffizier stationierte Bündner Louis Möhr für nicht haltbar. Er verfasste deshalb ein Schreiben auf offiziellem Briefpapier der Schweizer Armee, das er direkt an Bundespräsident Calonder schickte. Dass er es wagte, das Schreiben vorbei am ordentlichen Dienstweg direkt an den Vorsteher des Politischen Departements zu schicken, lässt vermuten, dass sich die beiden persönlich kannten. Möhr schrieb dem Bundesrat, dass er dem Gemeindevorstand von Müstair erklärt habe, «er müsse an unsere politischen Behörden Mitteilung ergeben lassen», und dass er es als seine Pflicht erachte, «Ihnen den Fall zur Kenntnis zu bringen, da es die zuständigen Stellen unterliessen».<sup>108</sup>

Die Bündner Kantonsregierung beschäftigte sich nur kurz mit dem Anliegen von Taufers und übernahm die Argumentation des Circul Val Müstair.<sup>109</sup> Danach wurde das Dokument an die Bundesbehörden weitergeleitet.<sup>110</sup> Die Regierung in Bern begegnete dem Anliegen von Taufers im Unterschied zu demjenigen der Gemeinden Gaisau, Fussach und Höchst eher kühl. In seiner Zusammenstellung für Bundesrat Calonder betonte Charles L. E. Lardy zwar, dass «[a]ucune raison ethnique ni géographique ne s'oppose à l'incorporation de Taufers [et la] question religieuse ne joue pas de rôle non plus.» In Italien gebe es allerdings Stimmen, die

<sup>105</sup> Redunanza comünala di 26 Jenner 1919, Dok. 10, [dodis.ch/55325](https://dodis.ch/55325), Tagungspunkt 3.

<sup>106</sup> Circul Val Müstair Protokol administrativ 30 Jenner 1919, Dok. 11, [dodis.ch/55326](https://dodis.ch/55326).

<sup>107</sup> *Bündner Tagblatt* Nr. 69 vom 22. März 1919, S. 3.

<sup>108</sup> Louis Möhr war Offizier der Bewachungs-Truppen Münstertal und Teil des Kommandos der in St. Maria stationierten Kompanie IV/91. Vgl. das Schreiben von Möhr an den Vorsteher des Politischen Departements, Felix Calonder, vom 30. Januar 1919, Dok. 12, [dodis.ch/55217](https://dodis.ch/55217).

<sup>109</sup> Protokoll der Sitzung des Kleinen Rates des Kantons Graubünden vom 15. Februar 1919, Dok. 14, [dodis.ch/55328](https://dodis.ch/55328).

<sup>110</sup> Schreiben des Kleinen Rates des Kantons Graubünden an den Bundesrat vom 15. Februar 1919, [dodis.ch/55537](https://dodis.ch/55537).

sich nicht nur für eine Annexion des Südtirols (inklusive Taufers) aussprechen würden, das im Vertrag von London Italien zugesagt wurde,<sup>111</sup> sondern die das gesamte Val Müstair annectieren wollten. Lardy schloss daraus:

«il nous paraît bien dangereux d'ouvrir, à propos de cette petite commune qui ne nous apporte guère d'avantages, la question de nos frontières avec l'Italie. [...] Si nous émettions la moindre prétention tendant à des modifications de territoire, le flot des polémiques avec l'Italie ne manquerait pas déborder et nous nous lancerions ainsi dans une série de difficultés dont rien ne saurait faire prévoir l'issue.»<sup>112</sup>

Im Unterschied dazu sprachen sich Lardy und das Politische Departement früh dafür aus, für die Angliederung der drei Rheindelta-Gemeinden einzutreten. Lardy übernahm dabei weitgehend die Argumentation der St. Galler Kantonsregierung: Er forderte den Bundesrat auf, nachdem dieser am 9. Januar 1919 auf einen ersten Vorschlag des Politischen Departements ohne Begründung nicht eingegangen war, die Gemeinden dazu zu drängen, «de la manière la plus discrète mais la plus claire, à porter leur désir à la connaissance de la Conférence de Paris».<sup>113</sup>

In Vorarlberg hatte sich unterdessen eine neue Dynamik entwickelt. Der Lustenauer Werbeausschuss hatte nun auch Mitglieder aus anderen Teilen Vorarlbergs aufgenommen und begonnen, in allen Gemeinden Unterschriften für eine Volksabstimmung über einen möglichen Beitritt zur Schweiz zu sammeln. Die Zustimmung war gross: In etlichen Gemeinden unterschrieben zwischen 85 % und 95 % der Bevölkerung die Petition,<sup>114</sup> was auch in Wien nicht unbemerkt blieb.<sup>115</sup> Am 1. März konnten Riedmann und der Werbeausschuss Landeshauptmann Otto Ender und dem Vorarlberger Landesrat das Ergebnis ihrer Unterschriftensammlung kommunizieren. Insgesamt hatten 40 334 Vorarlbergerinnen und Vorarlberger das Anliegen des Werbeausschusses mit ihrer Unterschrift unterstützt, was 70,82 % der stimmberechtigten Bevölkerung entsprach.

Dementsprechend forderten Riedmann und der Werbeausschuss die Landesregierung dazu auf, in der Angelegenheit tätig zu werden und eine offizielle Abstimmung anzusetzen.<sup>116</sup> Landeshauptmann Otto Ender entsprach diesem Wunsch und äusserte sich in einer Landtagsdebatte am 15. März erstmals selber direkt zum Thema. Unmittelbarer Anlass war nicht die von Riedmann und dem Werbeausschuss lancierte Unterschriftensammlung, sondern eine Anfrage von deutschfreiheitlichen Abgeordneten des Landtages, die aufgrund einer Berichterstattung im *Tiroler Anzeiger* vom 21. Februar 1919 eingereicht worden war. Darin ging es den Interpellanten darum, von Landeshauptmann Otto Ender zu erfahren, wie sich die Landesregierung dazu stelle, dass hier eine Bewegung über «die Köpfe der Landesregierung und der Landesversammlung hinweg» aktiv ge-

<sup>111</sup> Luigi Rusca: «Una rettifica del confine retico», in: *Il Resto del Carlino* vom 8. Februar 1919, S. 11, [dodis.ch/56939](http://dodis.ch/56939).

<sup>112</sup> Notiz des Chefs der Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departements, Charles L. E. Lardy, an den Bundesrat vom 7. März 1919, Dok. 17, [dodis.ch/55218](http://dodis.ch/55218).

<sup>113</sup> Ibid.

<sup>114</sup> Bilgeri: Kanton oder Bundesland, S. 38–40; Witzig: Die Vorarlberger Frage, S. 27–28.

<sup>115</sup> *Neue Freie Presse* Nr. 19548 vom 26. Januar 1919, S. 2 sowie *Wiener Zeitung* Nr. 22 vom 28. Januar 1919, S. 5.

<sup>116</sup> Abschrift eines Schreibens des Landeswerbeausschusses an den Landesrat des Landes Vorarlberg vom 1. März 1919, AT-VLA: Nachlass Ferdinand Riedmann 27.

28 worden sei und «den Anschluss Vorarlbergs an die Schweiz» anstrebe.<sup>117</sup> Ender anerkannte zu Beginn seiner Ausführungen, dass es nun an der Zeit sei, dass sich die Landesversammlung mit dem Thema beschäftige. In der Folge sei es dann aber die Sache des eben neu gewählten Landtages, eine Entscheidung zu treffen, ob Vorarlberg, wie es das derzeit provisorisch getan habe, bei der Republik Deutsch-Österreich verbleiben oder sich für eine andere Option entscheiden wolle. Falls der Entscheid nicht für Deutsch-Österreich ausfalle, sei in seinen Augen eine Volksabstimmung zwingend.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen vermied es Ender, sich festzulegen, und hob stattdessen die Vor- und Nachteile eines möglichen Anschlusses an die Schweiz, an Württemberg oder an Bayern hervor. Mit Blick auf die Schweiz betonte er, dass die Meinungen dort sehr geteilt seien.<sup>118</sup> Aufgabe der Landesregierung und eines zu schaffenden Prüfungskomitees sei es nun, «den Weg zu suchen, wie man dem Volk eine vernünftige Entscheidung ermöglicht.»<sup>119</sup> Weil Ender in seinen Ausführungen nicht Stellung bezog, in welche Richtung ein Entscheid gehen solle, wurde er von allen Fraktionen in der Landesversammlung unterstützt. Einzig Bruno Karrer von der *Deutschfreiheitlichen Partei* erhob eine ergänzende Forderung, dass der «wichtigen Gruppe der Industriellen Gelegenheit geboten [werde], zu der Anschlussfrage Stellung zu nehmen, bevor die Verhandlungen in Bern beendet werden.»<sup>120</sup> Interessant daran ist einerseits, dass Karrer nur von Verhandlungen mit Bern sprach, obwohl Ender selber ausdrücklich auch solche mit Bayern oder Württemberg als Option genannt hatte,<sup>121</sup> und andererseits, dass er einer bestimmten Berufsgruppe das Vorrecht der Vertretung bei den Verhandlungen einräumen wollte. Diese hatte nämlich bereits am 8. März 1919 in einer Eingabe an den schweizerischen Bundesrat deutlich gemacht, dass sie einen Beitritt zur Schweiz ablehne. Sie betonte dabei, dass die Textilindustrie in Vorarlberg von besonderer Bedeutung sei. Diese sei auf einen grossen Markt ausgerichtet, wie er innerhalb der ehemaligen Habsburgermonarchie bestanden habe, und nicht auf einen Markt, der bereits «industriell übersättigt» sei. Bei einem Beitritt Vorarlbergs zur Schweiz werde es zu einem ungesunden Konkurrenzkampf kommen, «der mit dem Untergang einer Anzahl von industriellen Unternehmungen enden» müsse.<sup>122</sup>

Nicht nur Landesrat und Landesversammlung in Vorarlberg lavierten im März und April 1919. Ähnliches war auch in Bundesbern und vor allem in der Schweizer Presse festzustellen, wie der britische Gesandte in Bern, Horace Rumbold,<sup>123</sup> seinem Aussenminister, George Nathaniel Curzon, meldete. Die Meinungen blieben also geteilt, allerdings bestand in einem Punkt Klarheit: In der Schweiz gab es niemanden, der einen Tausch von Gebieten oder auch nur eine kleine Grenzber-

117 Wohin strebt Vorarlberg? Bregenz 1919, S. 5–6, [dodis.ch/55538](https://dodis.ch/55538).

118 Ibid., S. 17–19.

119 Ibid., S. 21.

120 Ibid., S. 28.

121 Ibid., S. 15, 24–25.

122 Eingabe der Sektion Vorarlberg des Reichsverbandes der österreichischen Industriellen an den Bundesrat in Form eines Schreibens vom 8. März 1919 an die St. Galler Kantonsregierung mit der Bitte, dieses direkt an den Bundesrat weiterzuleiten, Dok. 18, [dodis.ch/55330](https://dodis.ch/55330).

123 Horace Rumbold, [dodis.ch/P34287](https://dodis.ch/P34287).

nigung zu akzeptieren bereit war, die mit dem Abtreten von Schweizer Territorium verbunden war.<sup>124</sup>

Charles L. E. Lardy versuchte, eine neue Dynamik zugunsten eines Beitritts von Vorarlberg zur Schweiz zu erzeugen. In seinem Bericht an Bundesrat Calonder vom 7. März 1919 stellte er fest: «Le Conseil Fédéral n'a pas reçu de pétition du Vorarlberg. Les habitants de cette région ne nous ont demandé que de vivres et des approvisionnements, comme ceux du Liechtenstein. Mais un plébiscite a été organisé par un comité, dont nous possédons l'appel.»<sup>125</sup> Im Land selbst seien die Meinungen ebenso geteilt wie in der Schweiz, wo die Haltung allerdings unterdessen positiver sei als zu Beginn der Diskussion im November 1918. Lardy selber plädierte offensiv für eine positive Haltung der Schweiz und führte als Begründung die verkehrstechnische Lage und den bäuerlichen Charakter Vorarlbergs an, der für die Schweiz mit Blick auf die Landesversorgung wie die soziale Stabilität von besonderem Interesse sei. Die Gefahr, dass das deutschsprachige Element in der Schweiz durch einen Beitritt Vorarlbergs gestärkt werde, sah Lardy dadurch kompensiert, dass das Deutsche Reich durch einen Beitritt geschwächt und die Gefahr des Bolschewismus in der Schweiz reduziert werde. Dies seien zwei Punkte, die gerade in der Romandie von grosser Bedeutung seien, weshalb Lardy von dort keine besondere Opposition erwarte.<sup>126</sup>

In einem weiteren Bericht vom 28. März 1919 bekräftigte er seine Haltung und verwies auch auf die Argumente des St. Galler Grossrates Ulrich Vetsch, der deutlich gemacht habe, dass der Zeitpunkt

«est grave et vous vous repentirez plus tard de n'avoir rien fait. Le péril de l'encerclement allemand est inquiétant. [...] M. Vetsch [...] admet que notre but principal doit être d'empêcher la réunion de l'Autriche à l'Allemande, mais il craint que nous nous occupions uniquement du point de vue politique, mais pas assez de l'énorme danger d'un rattachement économique. Il voudrait que nous fassions, auprès des populations intéressées, une grande propagande.»<sup>127</sup>

Lardy reflektierte in der Folge das bisherige Vorgehen des Bundesrats. Seines Erachtens sei es davon geprägt gewesen, positive Signale gegenüber der Anschlussbewegung in Vorarlberg um jeden Preis zu vermeiden, gleichzeitig aber alles zu tun, um ein Eintreten Deutsch-Österreichs in die neue deutsche Republik zu vermeiden.<sup>128</sup> Gemäss Lardy sei es aber keineswegs gewiss, dass sich Frankreich im Widerstand gegen eine staatsrechtliche Verbindung der beiden Länder durchsetzen werde. Gerade aus den USA und Grossbritannien gebe es vermehrt andere Signale, dies auch im Zeichen des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Die Gefahr eines Anschlusses von Vorarlberg an Württemberg sei daher keineswegs gebannt. Lardy schloss deshalb mit einem eindringlichen Appell, die bisherige Politik des Heraushaltens aufzugeben:

<sup>124</sup> Schreiben des britischen Gesandten in Bern, Horace Rumbold, an seinen Aussenminister, George N. Curzon, vom 14. März 1919, [dodis.ch/55491](https://dodis.ch/55491).

<sup>125</sup> Notiz des Chefs der Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departements, Charles L. E. Lardy, an den Bundesrat vom 7. März 1919, Dok. 17, [dodis.ch/55218](https://dodis.ch/55218).

<sup>126</sup> Ibid.

<sup>127</sup> Bericht des Chefs der Abteilung für Auswärtiges, Charles L. E. Lardy, an den Vorsteher des Politischen Departements, Felix Calonder, vom 28. März 1919, Dok. 21, [dodis.ch/55220](https://dodis.ch/55220).

<sup>128</sup> Vgl. das Telegramm der Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departements an die schweizerischen Gesandtschaften in Washington und London vom 17. März 1919, [dodis.ch/44004](https://dodis.ch/44004).



«Les autorités du Vorarlberg, à tort ou à raison, veulent dès maintenant commencer la campagne qui décidera de leur sort. Si nous ne leur donnons aucun encouragement d'aucune sorte, et si nous nous refusons de les recevoir même officieusement, elles dirigeront bon gré mal gré leur campagne dans une autre direction et nous ne serons plus à même, si nous devions plus tard le désirer, de leur faire retourner leur char. Une politique d'abstention complète n'est donc plus possible, car en nous abstenant, nous prenons une responsabilité aussi grande qu'en agissant.»<sup>129</sup>

Der Bundesrat liess sich von Lardys Argumenten jedoch nicht überzeugen. An seiner Sitzung vom 2. April 1919 diskutierte er die Vorarlberger Frage kontrovers. Er stand dabei unter dem Druck einer Interpellation von Nationalrat Rudolf Gelpke, die er am 3. April einreichen wollte, deren Inhalt dem Bundesrat aber schon vorlag. Gelpke verlangte darin offiziell Auskunft vom Bundesrat, wie er zur Vorarlberger Frage stehe und warum er sich geweigert habe, den Fünferausschuss der Vorarlberger Landesversammlung unter Leitung von Landeshauptmann Otto Ender zu empfangen.<sup>130</sup>

Der Bundesrat nahm eine Auslegeordnung vor und stellte fest, dass die Meinungen weiterhin geteilt waren. Das galt auch für das Gremium des Bundesrats. Edmund Schulthess äusserte Zweifel und sah vor allem Kosten auf die Schweiz zukommen, einerseits mit Blick auf die Schulden Vorarlbergs, andererseits mit Blick auf die Fortsetzung der Arbeiten im Rahmen der Rheinkorrektur. Robert Haab war ebenfalls skeptisch, während Eduard Müller und Camille Decoppet primär Zeit gewinnen wollten, weil ihnen eine Entscheidung zu diesem Zeitpunkt nicht möglich schien. Auch Giuseppe Motta wollte sich nicht festlegen: Eine Debatte im Parlament dürfe zwar im Gefolge der Interpellation Gelpke aus demokratiepolitischen Gründen nicht unterbunden werden, es müsse aber verhindert werden, dass sich der Bundesrat festlegen müsse. Felix Calonder, der wohl am meisten Sympathien für den Anschluss Vorarlbergs hegte, war an der Bundesratssitzung krankheitshalber abwesend und Bundespräsident Ador hielt sich als Leiter der Sitzung zurück.<sup>131</sup>

Seine Diskussionen setzte der Bundesrat an den Sitzungen vom 8. und 11. April 1919 fort. Calonder betonte dabei, «que le Conseil fédéral ne doit pas s'exposer, vis-à-vis de l'opinion publique et devant l'histoire, au reproche de n'avoir pas su prendre position en temps utile, dans la question du Vorarlberg.» Es gelte ein Grossdeutschland zu verhindern, welches von Basel bis zum Stilsfer Joch an die Schweiz angrenzen würde. Giuseppe Motta erklärte, er sei keineswegs grundsätzlich gegen einen Beitritt Vorarlbergs zur Schweiz, «à condition que le peuple du Vorarlberg manifeste préalablement sa volonté de façon éclatante et non équivoque et que l'annexion ne soit pas effectuée contre les sentiments des minorités linguistiques de la Suisse.» Die Haltung von Edmund Schulthess wurde hingegen härter und er sprach sich eindeutig gegen eine territoriale Erweiterung der Schweiz und einen Anschluss Vorarlbergs aus.<sup>132</sup>

<sup>129</sup> Bericht des Chefs der Abteilung für Auswärtiges, Charles L. E. Lardy, an den Vorsteher des Politischen Departements, Felix Calonder, vom 28. März 1919, Dok. 21, [dodis.ch/55220](https://dodis.ch/55220).

<sup>130</sup> Übersicht über die Verhandlungen der schweizerischen Bundesversammlung. Fortsetzung der Januar-Tagung (9. Tagung der XXIV Amtsdauer), 24. März–5. April 1919, S. 18.

<sup>131</sup> Stenografisches Protokoll der Bundesratssitzung vom 2. April 1919, verfasst von Vizekanzler Antoine Contat, Dok. 23, [dodis.ch/55221](https://dodis.ch/55221).

<sup>132</sup> Protokoll der Bundesratssitzung vom 8. April 1919, [dodis.ch/44056](https://dodis.ch/44056).

Auch an der Bundesratssitzung vom 11. April vermochten sich sieben Regierungsmitglieder nicht zu einigen. Calonder schlug vor, der Bundesrat solle den Wunsch Vorarlbergs, der Schweiz beizutreten, genau prüfen und das Anliegen nach einem positiven Volksentscheid der Vorarlberger Bevölkerung der Bundesversammlung unterbreiten. Sein Vorschlag wurde abgelehnt. Ador und Müller wollten weiterhin auf Zeit spielen und sich nicht festlegen, während Schulthess eine vertiefte Prüfung der völkerrechtlichen Frage der Staatensukzession wünschte und Haab davon abriet, Vorarlberg zu einer Volksabstimmung zu drängen. Die Frage wurde schliesslich erneut auf eine spätere Sitzung verschoben.<sup>133</sup> In einem nachgereichten Memorandum machte Schulthess am 14. April klar, dass seines Erachtens eine ganze Reihe innen-, aussen-, wirtschafts- und finanzpolitischer Fragen und die Verpflichtungen Vorarlbergs gegenüber Österreich geklärt werden müssten.<sup>134</sup>

Trotz dieser Zurückhaltung des Bundesrats liess es sich Charles L. E. Lardy nicht nehmen, am 26. April 1919 ein Positionspapier zu entwerfen,<sup>135</sup> das er über William E. Rappard, den Delegierten des Bundesrats am 3. Mai an der Pariser Friedenskonferenz einfließen liess. Ob Lardy und Rappard wussten, dass die britische Delegation an der Pariser Friedenskonferenz fast zeitgleich von George Saunders, einen Mitarbeiter des *Political Intelligence Department*, über die Situation informiert worden war,<sup>136</sup> ist nicht bekannt. Der Vergleich dieser beiden Dokumente zeigt jedoch deutliche Unterschiede. Saunders räumte durch die ausführliche Wiedergabe eines Artikels der *Frankfurter Zeitung* vom 13. April 1919 deutschen Argumenten viel Raum ein: Er führte aus, dass die pro-schweizerische Bewegung in Vorarlberg vor allem von ostschweizerischen Industriellen finanziert werde. Erst am Schluss räumte er ein, dass diese Behauptung wenig glaubwürdig sei. Anders Lardy und Rappard: Sie vertraten im Wesentlichen die offizielle Position des Bundesrats und betonten, dass die Regierung der Schweiz auf die Vorarlberger Anschlussbewegung keinen Einfluss genommen habe, «neither directly not indirectly.» Die offizielle Schweiz habe durch die Presse erfahren, «that 70 percent of the population of Vorarlberg has voted in favour of the aggregation of the land to the Swiss Confederation.» Dennoch habe die schweizerische Regierung es abgelehnt, eine Delegation aus Vorarlberg zu empfangen. Klar sei, dass die Behörden und die Bevölkerung der Schweiz einen Anschluss von Vorarlberg an das Deutsche Reich ablehnen würden.

Auf der anderen Seite präsentierten Lardy und Rappard das Bild eines Teils der ehemaligen Habsburgermonarchie, der schon immer enge Verbindungen zur Schweiz gepflegt habe, zum Beispiel im Bereich des Verkehrs oder der Textil- und Stickerei-Industrie.<sup>137</sup> Dabei beschränkten sich die beiden, ähnlich wie der

<sup>133</sup> Stenografisches Protokoll der Bundesratssitzung vom 11. April 1919, verfasst von Vizekanzler Antoine Contat, [dodis.ch/55233](https://dodis.ch/55233).

<sup>134</sup> Antrag des Vorstehers des Volkswirtschaftsdepartements, Edmund Schulthess, an den Bundesrat vom 14. April 1919, [dodis.ch/44074](https://dodis.ch/44074).

<sup>135</sup> Notiz von Charles L. E. Lardy vom 26. April 1919, von William E. Rappard am 3. Mai an der Friedenskonferenz in Paris vorgetragen, Dok. 26, [dodis.ch/55222](https://dodis.ch/55222).

<sup>136</sup> Schreiben von George Saunders an James Headlam-Morley vom 23. April 1919, [dodis.ch/55492](https://dodis.ch/55492).

<sup>137</sup> Notiz von Charles L. E. Lardy vom 26. April 1919, von William E. Rappard am 3. Mai an der Friedenskonferenz in Paris vorgetragen, Dok. 26, [dodis.ch/55222](https://dodis.ch/55222).

Schweizer Verkehrspolitiker Rudolf Gelpke<sup>138</sup>, vor allem auf die Hauptlinien von St. Margrethen über Bregenz nach Lindau, von Buchs über Feldkirch, Bludenz und den Arlberg nach Tirol sowie die Rheintallinie von Bregenz über Dornbirn nach Feldkirch.<sup>139</sup> Die Elektrische Bahn Dornbirn-Lustenau, die schon vor dem Krieg um ihr Überleben kämpfen musste und zwischen 1918 und 1922 nur knapp über die Runden kam,<sup>140</sup> erwähnten sie nicht, obwohl sie wohl ohne genaue Kenntnisse der Verhältnisse vor Ort davon sprachen, dass die «Dornbirn people generally work for the Swiss embroidery industry.»<sup>141</sup>

Bewusst flochten Lardy und Rappard zudem Ausführungen ein, die darauf abzielten, gemeinsame Interessen zu betonen. Ein Beispiel betrifft die Arlberglinie: «One of the chief desires of Switzerland and, it may be presumed, of all Europe, is that this vital part of the great traffic route between East and West should remain in the hands of a small and, if possible, neutral power.» Die Gegner eines Beitritts von Vorarlberg zur Schweiz wurden zudem mit Alldeutschen in Verbindung gebracht. In Anbetracht der Verwendung des Begriffs in der Kriegspropaganda der Entente kann dies nur als Versuch bezeichnet werden, diese Personen zu diskreditieren.<sup>142</sup>

Auch Calonder versuchte seine Position auf internationaler Ebene deutlich zu machen. So berichtete der britische Botschaftsrat Richard Lyon-Dalberg-Acton seinem Aussenminister George Nathaniel Curzon am 14. Mai 1919 unmissverständlich:

«Swiss Government incline to advocate union on the ground that such accretion of territory will form counterpoise to Bolshevist element in Switzerland and will also place under Swiss control main railroad east which will thus be independent both to Germany and Italy.»<sup>143</sup>

Unterdessen entwickelten sich in Vorarlberg und im restlichen Deutsch-Österreich die Diskussionen weiter. Schon am 14. Februar 1919 hatte die christlich-sozial ausgerichtete *Reichspost* sich skeptisch gezeigt, ob das «Ländle» in der Schweiz wirklich willkommen wäre. Der Autor verwies darauf, dass besonders im benachbarten Rheintal die Opposition gross sei, da die Anschlussbewegung «nicht gerade mit den anziehenden Elementen von Vorarlberg bekannt» seien und im sankt-galischen Rheintal für «manche Kreise von Lustenau usw. [...] keine Sympathie»

<sup>138</sup> Dreiteilige Artikelserie von Rudolf Gelpke: «Die Bodensee-Ostwacht», in: *Basler Nachrichten* Nr. 211 vom 8. Mai 1919, S. 6, Nr. 213 vom 9. Mai, S. 5–6 und Nr. 217 vom 11. Mai 1919, S. 5, [dodis.ch/55790](https://dodis.ch/55790).

<sup>139</sup> Notiz von Charles L. E. Lardy vom 26. April 1919, von William E. Rappard am 3. Mai an der Friedenskonferenz in Paris vorgetragen, Dok. 26, [dodis.ch/55222](https://dodis.ch/55222).

<sup>140</sup> Vgl. Geschäftsberichte der Elektrischen Bahn Dornbirn Lustenau für die Jahre 1918 bis 1922, [dodis.ch/56917](https://dodis.ch/56917), [dodis.ch/56918](https://dodis.ch/56918), [dodis.ch/56919](https://dodis.ch/56919) und [dodis.ch/56920](https://dodis.ch/56920).

<sup>141</sup> Notiz von Charles L. E. Lardy vom 26. April 1919, von William E. Rappard am 3. Mai an der Friedenskonferenz in Paris vorgetragen, Dok. 26, [dodis.ch/55222](https://dodis.ch/55222). In der Notiz haben die Verfasser vermutlich Dornbirn mit Lustenau verwechselt. Die Vorarlberger Stickerei-Industrie befand sich hauptsächlich in Lustenau, während in Dornbirn Spinnereien und Webereien dominierten. Vgl. Christian Feurstein: *Wirtschaftsgeschichte Vorarlbergs von 1870 bis zur Jahrtausendwende*, Konstanz 2009, S. 99–163 und Oliver Heinzle: *Anfänge der Stickerei-Industrie in Lustenau*, S. 32–78. Vgl. ferner die Karte «Maschinenstickerei in der Schweiz, Vorarlberg und Liechtenstein 1920», [dodis.ch/55542](https://dodis.ch/55542).

<sup>142</sup> Notiz von Charles L. E. Lardy vom 26. April 1919, von William E. Rappard am 3. Mai an der Friedenskonferenz in Paris vorgetragen, Dok. 26, [dodis.ch/55222](https://dodis.ch/55222).

<sup>143</sup> Schreiben von Richard Lyon-Dalberg-Acton an George Curzon of Kedleston vom 14. Mai 1919, Dok. 27, [dodis.ch/55380](https://dodis.ch/55380).



aufgebracht werden könne.<sup>144</sup> Im Rheintal werde Vorarlberg auch verächtlich als «Kanton Übrig» oder «Kanton Unwert» bezeichnet.<sup>145</sup> Wer diese Bezeichnungen hervorbrachte, lässt sich nicht abschliessend klären.<sup>146</sup> Klar ist allerdings, dass die Gegner eines Anschlusses an die Schweiz diese abwertende Bezeichnungen in der zunehmend gehässig geführten Diskussion als Propaganda-Instrument einsetzen. Im April warnte der Verein *Vorarlberger Schwabenkapitel* in einem Aufruf an Bauern und Sticker vor falschen wirtschaftlichen Erwartungen bei einem Beitritt zur Schweiz. Die St. Galler Stickerei unterstütze einen solchen nämlich nur, weil sie verhindern wolle, dass Vorarlberg auf dem deutschen Markt zu einer ernst zu nehmenden Konkurrenz werden könne. Sobald zudem der britische Markt für die St. Galler Stickereien ebenso verloren gehe, wie es bereits beim Markt in den USA der Fall gewesen sei, werde diese «nur mehr die eigenen Maschinen beschäftigen können und Vorarlberg hätte als sein Hinterland lauter altes Eisen.»<sup>147</sup>

Auch die Bauern würden von einem Beitritt zur Schweiz nicht profitieren, denn auch sie würden als lästige Konkurrenz empfunden, während bei einem Anschluss an das Deutsche Reich die Absatzmöglichkeiten für Vorarlberger Landwirtschaftsprodukte ungleich grösser wären.<sup>148</sup> Diese Argumentation griff auch das Flugblatt «Kanton Übrig», welches Anton Zumtobel aus Dornbirn in Umlauf brachte. Er verwies zudem auf die Bande von «Blut und Eisen», die zwischen Vorarlberg und dem Deutschen Reich während des Ersten Weltkriegs entstanden seien. Apodiktisch verkündete er die Unterschiede zur Schweiz, die dem Deutschtum abtrünnig sei:

«Die deutschsprechenden Schweizer haben sich durch jahrhundertelange Erziehung daran gewöhnt, darauf zu vergessen, dass auch sie ein Teil des deutschen Volkes sind und glauben ehrlich, dass die Schweiz eine eigene Nation mit dreierlei Sprachen sei, ja noch mehr als das: ein Teil der deutschsprechenden Schweizer hat sich unter dem Einfluss der uns feindlichen Presse vom deutschen Volke losgesagt und sich seiner Sprache geschämt und ‹französel› in Zürich und Umgebung. Mit solchen Leuten würden wir deutschbewusste Vorarlberger wohl kaum ruhig an einem Tische sitzen [...]»<sup>149</sup>

Zumtobel betonte, dass in der Schweiz kein wirklicher Wille zur Aufnahme Vorarlbergs existiere und appellierte an den Stolz der Vorarlberger, nicht «als unerwünschte Gäste» zur Schweiz kommen zu wollen. Am Schluss beschwor er nochmals: «Das geeinigte Deutschland ist fernerhin unser Vaterland, es wird zu neuem Leben erblühen, gepflegt von der Kraft und Liebe des ganzen Volkes».<sup>150</sup> Auch in Wien wurde verstärkt Kritik an den Separationsbestrebungen in Vorarlberg und Tirol laut. So betonte der Chefredakteur der sozialdemokratischen Wiener *Arbeiter-Zeitung*, Friedrich Austerlitz, in der Konstituierenden Natio-

<sup>144</sup> *Reichspost* Nr. 75 vom 14. Februar 1919, S. 7.

<sup>145</sup> *Ibid.*

<sup>146</sup> Peter Melichar führt in seinem Beitrag «Zur Schweiz. Ein Vorarlberger Wunschtraum, der nicht in Erfüllung gehen konnte», in: *Thema Vorarlberg* 47 (April 2019), S. 45 den Begriff auf einen Artikel von Anton Zumtobel im *Vorarlberger Volksfreund* vom 23. November 1918 zurück und betont, dass dieser Artikel später als Flugblatt im April 1919 nochmals zu Ehren kam, vgl. Dok. 25, [dodis.ch/55379](https://dodis.ch/55379). Leider konnte der entsprechende Artikel nicht ermittelt werden.

<sup>147</sup> Aufruf des Vorarlberger Schwabenkapitels an Bauern und Sticker vom 30. April 1919, Dok. 24, [dodis.ch/55336](https://dodis.ch/55336).

<sup>148</sup> *Ibid.*

<sup>149</sup> Flugblatt «Kanton Übrig» vom April 1919, Dok. 25, [dodis.ch/55379](https://dodis.ch/55379).

<sup>150</sup> *Ibid.*

nalversammlung, «dass die Verhandlung über das Grundgesetz der Republik Deutschösterreich von allen störenden Nebeneinflüssen frei geblieben wäre», da diese «nur geeignet seien, den Eindruck» der «feierlichen Erklärung abzuschwächen. Hiezu – so Austerlitz weiter – sind vor allem die separatistischen Erklärungen der christlichsozialen Redner aus Tirol und Vorarlberg zu rechnen.» Denn es könne «unmöglich den Eindruck, dass wir uns mit Deutschland vereinigen und zusammen zur großen Mutternation zurückkehren wollen, verstärken, wenn die Vertreter beträchtlicher Teile, die zum Kern Deutschösterreichs gehören, Zweifel an der Untrennbarkeit aussprechen.»<sup>151</sup>

Ein solcher Frontalangriff musste die Position des christlich-sozialen Vorarlberger Abgeordneten Jodok Fink schwächen, der am 15. März 1919 Vizekanzler geworden und der gegenüber einem Beitritt seines Landes zur Schweiz kritisch eingestellt war.<sup>152</sup> Gleichzeitig stärkte es innerhalb der christlich-sozialen Partei des Landes diejenigen, die einen solchen Beitritt ebenso herbeisehnten, wie der Werbeausschuss. Als am 9. April in der *Neuen Zürcher Zeitung* ein Artikel erschien, in dem angedeutet wurde, dass der Bundesrat eine amtliche Abstimmung in Vorarlberg anders werten könnte als die bisherigen Bemühungen des Werbeausschusses,<sup>153</sup> gerieten Landeshauptmann Otto Ender und die Vorarlberger Landesregierung unter Zugzwang: Sie mussten, wie vom Werbeausschuss gefordert, eine amtliche Abstimmung ansetzen. Die Frage sollte lauten: «Wünscht das Vorarlberger Volk, dass der Landesrat der Schweizer Bundesregierung die Absichten des Vorarlberger Volkes in die Schweizer Eidgenossenschaft einzutreten, bekannt gebe und mit der Bundesregierung in Verhandlungen eintrete?»<sup>154</sup>

Auch auf der Ebene der Gemeinden tat sich im März und April etwas. Mit Blick auf die Rheindelta-Gemeinden Gaissau, Fussach und Höchst ging es dabei vor allem um finanzpolitische Fragen. Das Politische Departement wollte dabei vor allem abgeklärt wissen, ob ein Anschluss der drei Gemeinden an den Kanton St. Gallen für den Bund (und den Kanton) mit einem erheblichen finanziellen Mehraufwand verbunden wäre. Daher holte Lardy bei den schweizerischen Mitgliedern der internationalen Rheinregulierungskommission ein Gutachten ein, in dem Fragen geklärt wurden, die den Unterhalt des Fussacher Durchstichs betrafen, der bis dahin allein Sache der ehemaligen Habsburgermonarchie gewesen war. Die beiden schweizerischen Mitglieder, der ETH-Professor für Wasserbau Gabriel Narutowicz<sup>155</sup> und der St. Galler Regierungsrat Alfred Riegg<sup>156</sup>, betonten darin, dass der Schweiz durch eine Grenzkorrektur Unterhaltskosten entstehen würden für die «linksseitigen Wuhre, Dämme und Vorländer, sowie die linksseitigen Hälften der beiden eisernen Durchstichbrücken bei Brugg und bei Fussach». Dazu kämen weitere Aufwendungen im Zusammenhang mit dem alten Rhein. Für beides müsse der Kanton St. Gallen gemäss den geltenden Regelungen aufkommen, allerdings sei auch mit Einnahmen im gleichen Umfang zu rechnen, sodass

<sup>151</sup> *Wiener Zeitung* Nr. 60 vom 13. März 1919, S. 7.

<sup>152</sup> Melichar: Zur Schweiz, S. 45.

<sup>153</sup> *Neue Zürcher Zeitung* Nr. 526 vom 9. April 1919, S. 1.

<sup>154</sup> Bilgeri: Kanton oder Bundesland, S. 45 sowie Witzig: Die Vorarlberger Frage, S. 228.

<sup>155</sup> Gabriel Narutowicz, [dodis.ch/P39629](https://dodis.ch/P39629).

<sup>156</sup> Alfred Riegg, [dodis.ch/P58936](https://dodis.ch/P58936).

«im Falle einer Einverleibung des Rheindeltas, aus der Übernahme des ganzen alten Rheines und des linken Ufers und des neuen Rheines, weder der Eidgenossenschaft noch dem Kanton St. Gallen Mehraufwendungen entstehen würden.»<sup>157</sup>

In einem dringenden Bericht, der auf das Gutachten der beiden Mitglieder der internationalen Rheinregulierungskommission Bezug nahm, bekräftigte der Kanton St. Gallen seine positive Einschätzung gegenüber einem etwaigen Anschluss der drei Rheintaler Deltagemeinden an das St. Galler Unterrheintal: Der Anschluss biete für den Kanton St. Gallen mit Blick auf die Land- und Besitzverhältnisse grosse Vorteile. Positiv sei auch, dass die drei Gemeinden finanziell insgesamt gut dastünden. Ein Anschluss biete zudem grosse Chancen für den Ausbau von Verkehrswegen auf dem Wasser und für damit zusammenhängende Hafenbauprojekte in St. Margrethen oder Rheineck.<sup>158</sup>

Auch in den Fall der Gemeinde Taufers, deren Beitritt zur Schweiz Charles L. E. Lardy in seinem Bericht an seinen Vorgesetzten Felix Calonder vom 7. März 1919 als nicht sinnvoll erachtet hatte,<sup>159</sup> kam Bewegung rein. Besonders das konservative *Bündner Tagblatt*, aber auch die romanischsprachige Zeitung *Fögl d'Engiadina* diskutierten öffentlich die Vorteile eines Beitrittes von Taufers zur Schweiz. Während das *Bündner Tagblatt* primär historisch argumentierte und betonte, dass Taufers sich dem Val Müstair anpassen müsse und nicht umgekehrt,<sup>160</sup> hob der *Fögl d'Engiadina* auch die ökonomischen Vorteile hervor und erinnerte eindringlich daran, dass «nus avessan causa la posiziun isolada da nossa val eir nair dabsögn da'ns tgnair insembel ed ingrandir, scha possibel, nos territori».<sup>161</sup> Im zweiten Teil des Artikels verwies der Korrespondent aus dem Münstertal noch auf die Vorstellungen des US-amerikanischen Präsidenten Wilson und zeigte sich überzeugt, dass sich eine Lösung finden liesse, um sowohl dem Anliegen der Gemeinde Taufers auf Selbstbestimmung Rechnung zu tragen, aber auch den Vorbehalten der protestantischen inneren Gemeinden des Val Müstair. Ein Problem sei einzig, dass in Taufers bisher wegen der italienischen Besetzung keine öffentliche Volksabstimmung stattfinden konnte.<sup>162</sup>

Eine amtliche Volksabstimmung fand in Vorarlberg schliesslich am 11. Mai 1919 statt, sie wurde von der provisorischen Landesversammlung beschlossen. Das Ergebnis fiel deutlicher aus, als es die vom Werbeausschuss aufgelegte Petition hätte erwarten lassen. Gemäss dem amtlichen, im Landtag kommunizierten

<sup>157</sup> Gutachten der beiden schweizerischen Mitglieder der internationalen Rheinregulierungskommission, Gabriel Narutowicz und Alfred Riegg, zuhanden des Oberbauinspektors des Schweizerischen Oberbauinspektorats, Leo Bürkly, vom 15. März 1919, Dok. 19, [dodis.ch/55219](https://dodis.ch/55219). Das Dokument wurde von Bundesrat Gustave Ador am 25. März 1919 an Charles L. E. Lardy weitergeleitet, [dodis.ch/55230](https://dodis.ch/55230), und von diesem am 28. März 1919 an Bundesrat Felix Calonder übermittelt, [dodis.ch/55231](https://dodis.ch/55231).

<sup>158</sup> Schreiben von Landammann und Regierungsrat des Kantons St. Gallen an den Bundesrat vom 29. April 1919, [dodis.ch/57213](https://dodis.ch/57213).

<sup>159</sup> Notiz des Chefs der Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departements, Charles L. E. Lardy, an den Bundesrat vom 7. März 1919, Dok. 17, [dodis.ch/55218](https://dodis.ch/55218).

<sup>160</sup> *Bündner Tagblatt* Nr. 69 vom 22. März 1919, S. 3.

<sup>161</sup> *Fögl d'Engiadina* Nr. 24 vom 25. März 1919, S. 2.

<sup>162</sup> *Fögl d'Engiadina* Nr. 25 vom 28. März 1919, S. 2.

Ergebnis stimmten 47 208 Stimmberechtigte für die Aufnahme von Verhandlungen mit der Schweiz und 11 241 dagegen.<sup>163</sup>

In der Schweiz wurde kaum beachtet, dass auch die Stimmen der Frauen mitgezählt wurden.<sup>164</sup> Im Gegensatz zur Schweiz verfügten die Frauen in Vorarlberg seit dem November 1918 über das aktive und das passive Wahlrecht. Die Landtagswahlordnung für das Land Vorarlberg stellte einen entsprechenden Entscheid der provisorischen Nationalversammlung in Wien vom 12. November 1918 nicht in Frage, wonach eine Wahlberechtigung «ohne Unterschied des Geschlechtes» bestehe, sofern eine Person «das zwanzigste Lebensjahr vollendet hat und am Tage der Wahlausschreibung in einer Gemeinde Vorarlbergs seinen ordentlichen Wohnsitz» habe.<sup>165</sup> Damit hatten die Frauen in Vorarlberg bereits erreicht, was der *Bund Schweizerischer Frauenvereine* (BSF) in einer Eingabe an die Bundesversammlung im März 1919 nochmals ausdrücklich eingefordert hatte und im November 1919 nochmals einfordern wird.<sup>166</sup> Im März schrieb der BSF in seiner Eingabe an die Bundesversammlung, dass

«angesichts der bedeutenden teils schon vollzogenen, teils bevorstehenden Veränderungen in den grossen Ländern, die uns umgeben, [...] die Schweizerfrauen erkannt [hätten], dass auch für sie die Stunde gekommen ist, ihren Anteil an Pflichten und Verantwortlichkeiten der Gegenwart auf sich zu nehmen und dem Schicksal ihres Vaterlandes nähertretend, diesem zu dienen».<sup>167</sup>

Das traditionelle Familienbild stellte der BSF damit nicht in Frage und er hätte wohl auch nichts dagegen einzuwenden gehabt, in der Schweiz eine Passage mit Blick auf das Frauenstimmrecht aufzunehmen, wie sie in der Landtagswahlordnung für das Land Vorarlberg stand. Diese sah nämlich vor, dass Frauen, «welche unter sittenpolizeilicher Überwachung stehen,»<sup>168</sup> vom Wahlrecht ausgeschlossen seien. Diesen Punkt hatte das gesamtösterreichische Gesetz von 1918 nicht enthalten.

Ganz grundsätzlich zeigten die Vorarlbergerinnen anfänglich kaum Interesse am Wahlrecht. Sie verdankten dieses primär einer Frauenbewegung, deren Zentrum Wien gewesen war und es auch nach 1918 vorläufig blieb. In Vorarlberg konzentrierten sich die meisten Frauen auf den häuslich-familiären Bereich.<sup>169</sup> Wenn es einmal anders war, wie im Falle einer Lustenauerin, die im Februar 1919 trotz einer Grippeerkrankung an der Wahl teilnahm, wurde sie von der eigenen Partei, in diesem Fall der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, mit einem

<sup>163</sup> Bilgeri: Kanton oder Bundesland, S. 57 sowie Witzig: Die Vorarlberger Frage, S. 230. Die Zahlen in der *Vorarlberger Landes-Zeitung* Nr. 107 vom 12. Mai 1919, S. 1 und im *Vorarlberger Volksblatt* Nr. 108 vom 13. Mai 1919, S. 1 wichen leicht von den offiziellen Zahlen ab.

<sup>164</sup> Mangels Quellen lässt sich der genaue Einfluss der Stimmen von Frauen bei der Abstimmung nicht eruieren. Die Zahlen aus den Landtagswahlen des gleichen Jahres lassen aber den Schluss zu, dass die Stimmen von Frauen für das Ergebnis durchaus bedeutsam waren. Vgl. die Übersicht über die Anzahl eingegangener Stimmzettel der Landtagswahlen vom 27. April 1919, [dodis.ch/55493](http://dodis.ch/55493).

<sup>165</sup> Landtagswahlordnung für das Land Vorarlberg vom 28. Februar 1918, § 11, Dok. 15, [dodis.ch/55329](http://dodis.ch/55329). Damit übernahm Vorarlberg den Wortlaut von § 9 des Gesetzes über die Staats- und Regierungsform Deutsch-Österreichs vom 12. November 1918.

<sup>166</sup> Eingabe des Bundes Schweizerischer Frauenvereine an die Bundesversammlung vom 15. November 1919, Dok. 37, [dodis.ch/56196](http://dodis.ch/56196).

<sup>167</sup> Eingabe des Bundes Schweizerischer Frauenvereine an die Bundesversammlung vom März 1919, Dok. 16, [dodis.ch/54284](http://dodis.ch/54284).

<sup>168</sup> Landtagswahlordnung für das Land Vorarlberg vom 28. Februar 1918, § 13, Abs. g.

<sup>169</sup> Ebenhoch: Die Frau in Vorarlberg, S. 19.

Bussgeld belegt, da Influenza-Kranke ebenso wie Prostituierte vom Wahlrecht ausgeschlossen waren.<sup>170</sup>

In den Beständen der öffentlichen Archive finden sich kaum Dokumente, die sich mit der Rolle der Frauen in der Vorarlberger Frage beschäftigen. Auch in den Archiven, die ihren Schwerpunkt auf Frauenanliegen legen, ist die Situation nicht viel besser.<sup>171</sup> Deshalb erstaunt es wenig, dass die Forschung sich bisher auf die bekannten Akteurinnen aus der bürgerlich-liberalen und der sozialdemokratischen Frauenbewegung konzentriert hat, wobei über die bürgerlich-liberalen Frauenaktivistinnen ausserhalb Wiens wenig bekannt ist.<sup>172</sup>

Auch in der Schweiz zeigten Frauen (wie Männer) wenig Interesse für die Frage des Stimm- und Wahlrechts der Frauen im potenziellen 23. Kanton. Zu den zentralen Anliegen von Frauenorganisationen gehörten insbesondere Aktivitäten karitativer Natur, wie das Beispiel der Sektion St. Gallen des *Schweizerischen Gemeinnützigen Frauenvereins* zeigt. Dieser organisierte verschiedene Sammlungen zugunsten der Vorarlberger Bevölkerung, die äusserst erfolgreich und bei den Menschen in Vorarlberg sehr willkommen waren. Den Erfolg der Sammlungen schrieb Ulrich Vetsch<sup>173</sup>, einer der Promotoren der Bewegung «Pro Vorarlberg», der unermüdlchen Tätigkeit der Frauen und den von ihnen organisierten Sammelstellen zu.<sup>174</sup> Der Arbeitsausschuss des *Schweizerhilfswerkes für Vorarlberg* stellte dazu fest:

«In allererster Linie sind wir aber allen jenen lieben Schweizer Nachbarn zu innigem Danke verpflichtet, die ihre mildreichen Gaben in so reichlichem Ausmasse in selbstloser Liebe für unsere so hart betroffene Bevölkerung spendeten, und nicht zuletzt jenen sei herzlichst gedankt, die drüben in der Schweiz Anregung und werktätige Mithilfe – wie insbesondere die vielen Komitees pro Vorarlberg es taten – zum Gelingen der Aktion beistellten.»<sup>175</sup>

Inwiefern Frauen über ihre karitativen Tätigkeiten hinaus innerhalb der Pro-Vorarlberg-Bewegung aktiv waren, ist nicht ganz klar. Mit Bertha Trüssel war die Präsidentin des *Schweizerischen Gemeinnützigen Frauenvereins*, mit Julie Merz die spätere Präsidentin des *Frauenstimmrechtsvereins Bern* und mit Martha Lüdi-Scherb die Kassierin und Präsidentin des Finanzkomitees des Frauenkongresses in Bern wichtige Mitglieder des Berner Komitees der Pro-Vorarlberg-Bewegung.<sup>176</sup> Im Unterschied zu den Männern traten sie allerdings nicht bei öffent-

<sup>170</sup> *Vorarlberger Wacht* Nr. 49 vom 27. Februar 1919, S. 4.

<sup>171</sup> Archivmaterialien zu solchen Themen finden sich in den Frauennachlässen der Universität Wien, im Archiv der Frauen- und Lesbenbewegung sowie beim Verein für die Geschichte der Arbeiterinnenbewegung in Wien, im Gosteliarchiv in Worblausen oder bei der Stiftung Frauenkulturarchiv Graubünden.

<sup>172</sup> Gabriella Hauch: «Ambivalenzen in Transformation und Kontinuität. Zur Frage der Geschlechterverhältnisse in der ›jungen‹ Republik Österreich 1918 ff.» in: Robert Kriechbaumer, Michaela Maier, Maria Mesner und Helmut Wohnout (Hg.): *Die junge Republik. Österreich 1918/19*. Wien 2018, S. 154.

<sup>173</sup> Ulrich Vetsch, [dodis.ch/P38859](https://dodis.ch/P38859).

<sup>174</sup> Danksagung des sankt-gallischen Komitees zur Unterstützung des Vorarlbergs, unterzeichnet von Ulrich Vetsch, vom 1. Juni 1920, [dodis.ch/55505](https://dodis.ch/55505). Vgl. ferner den 24. Jahresbericht des Frauenverbandes St. Gallen vom Dezember 1920, S. 5, [dodis.ch/55534](https://dodis.ch/55534). Vgl. auch die Zusammenstellung des Arbeitsausschusses des Schweizerhilfswerkes für Vorarlberg vom 31. August 1920, Dok. 44, [dodis.ch/55226](https://dodis.ch/55226). In mehreren Tabellen und Verzeichnissen gibt das Schweizer Hilfswerk für Vorarlberg dort Auskunft über Hilfeleistungen und Spenden zugunsten der Vorarlberger Bevölkerung.

<sup>175</sup> *Ibid.*

<sup>176</sup> Mitgliederliste des Hilfsausschusses des bernischen Pro Vorarlberg Komitees, Oktober 1920, Dok. 45, [dodis.ch/55228](https://dodis.ch/55228).



lichen Anlässen auf, wie die Diskussionen im Umfeld eines Vortrags von Ulrich Vetsch<sup>177</sup> sowie eine Versammlung der *Neuen Helvetischen Gesellschaft* aus dem Jahr 1920 deutlich belegen.<sup>178</sup>

Nur selten war die Frage des Frauenstimmrechts im Zusammenhang mit der Vorarlberger Frage ein Thema. So erschien am 28. März 1919 in der Berner Tageszeitung *Der Bund* ein Artikel, der wohl aus der Feder von Chefredakteur Michael Bühler<sup>179</sup> stammte oder derjenigen von Ernst Schürch,<sup>180</sup> der sich in der Vorarlberger Frage, aber auch für das Frauenstimmrecht besonders engagierte. Das Frauenstimmrecht wurde im Artikel neben anderen Aspekten wie der Stärkung des Föderalismus und der Jesuitenfrage als Begleitgeschenke Vorarlbergs bezeichnet, «die je nach dem Standpunkt dem einen erwünscht, dem andern unerwünscht sein möchten», die aber zweitrangig seien und damit kein Faktor, der für die Entscheidung über den Beitritt Vorarlbergs zur Schweiz sinnvoll sei oder nicht.<sup>181</sup> Auch der Internationale Frauenkongress, der unmittelbar nach der Abstimmung in Vorarlberg vom 12. bis 17. Mai in Zürich stattfand, nahm weder von der Vorarlberger Frage noch von den damit verbundenen Implikationen für das Frauenstimmrecht Notiz. Die dort anwesenden Frauen beschränkten sich darauf, ganz allgemein die Einführung des Frauenstimmrechts zu fordern, und unterstützten mit Blick auf das Selbstbestimmungsrecht einzig die Unabhängigkeit Irlands von Grossbritannien explizit.<sup>182</sup>

Im Unterschied zur Frage des Frauenstimmrechts fand die Volksabstimmung in Vorarlberg vom 11. Mai 1919 durchaus eine internationale Beachtung, ob schon die Beiträge in der internationalen Presse kurz ausfielen und primär das Resultat wiedergaben.<sup>183</sup> In Österreich wertete die *Reichspost*, das Sprachrohr der Christlichsozialen, das Plebiszit nicht ohne Schadenfreude vor allem als Dämpfer für den «Wiener», also den sozialdemokratischen «Zentralismus».<sup>184</sup> Viele andere Zeitungen im Land beschränkten sich allerdings darauf, das Ergebnis wiederzugeben und festzuhalten, dass die Entscheidung noch nicht endgültig sei, weil diese nach dem Ende der beschlossenen Verhandlungen immer noch anders ausfallen könne.<sup>185</sup>

**177** Ulrich Vetsch: Schweiz und Vorarlberg. Ein Vortrag gehalten in der Delegiertenversammlung der Neuen Helvetischen Gesellschaft in Bern am 23. November 1919, St. Gallen 1920, [dodis.ch/55500](https://dodis.ch/55500). Zur Diskussion des Vortrages von Vetsch, an der sich nur Männer beteiligten, siehe «Nachmittags-sitzung», in: *Mitteilungen der Neuen Helvetischen Gesellschaft* 6 (39), November–Dezember 1919, S. 6–9.

**178** «Von Solothurn bis Schinznach: Neue Helvetische Gesellschaft im Jahre 1919/1920» im Namen des Vorstandes der Generalversammlung erstattet von Gottfried Bohnenblust, [dodis.ch/55533](https://dodis.ch/55533).

**179** Michael Bühler, [dodis.ch/P61607](https://dodis.ch/P61607).

**180** Ernst Schürch, [dodis.ch/P5398](https://dodis.ch/P5398). Zu Schürchs Haltung zum Frauenstimmrecht vgl. Ernst Schürch: Aus der Neuen Welt. Mit der schweizerischen Pressemission in Amerika, Bern 1919, S. 229–242.

**181** *Der Bund* Nr. 133 vom 28. März 1919, S. 1, Dok. 22, [dodis.ch/55333](https://dodis.ch/55333).

**182** Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit: Bericht des Internationalen Frauenkongresses, Zürich 12.–17. Mai 1919, Genf 1919, S. 241–279. Die Fokussierung auf Irland war wohl eine Folge der Tatsache, dass viele Frauen aus dem angelsächsischen Raum in der Liga den Ton angaben.

**183** «Vorarlberg's Vote», in: *The Times* vom 13. Mai 1919, S. 11; «Autriche Allemande: Réunion du Vorarlberg à la Suisse», in: *Le Temps* vom 13. Mai 1919, S. 2; «Vorarlberg for Union», in: *The New York Herald* vom 13. Mai 1919, S. 1; «Vorarlberg Citizens, but 4 to 1, Vote to Join Switzerland», in: *New York Times* vom 13. Mai 1919, S. 1.

**184** *Reichspost* Nr. 216 vom 13. Mai 1919, S. 4.

**185** *Illustrierte Kronen-Zeitung* Nr. 6953 vom 12. Mai 1919, S. 5; *Neues Wiener Tagblatt* Nr. 130 vom 12. Mai 1919, S. 4; *Grazer Tagblatt* Nr. 130 vom 12. Mai 1919, S. 2.

Auch in der Schweiz waren die ersten Reaktionen eher verhalten.<sup>186</sup> Einzig *Der Bund* publizierte eine Spezialausgabe, um das Resultat zu melden und sich für eine positive Haltung gegenüber Vorarlberg einzusetzen, was in der Westschweiz nicht nur zu positiven Reaktionen führte.<sup>187</sup> Schon bald machten Journalisten aus der West- und der Deutschschweiz klar, dass die eigentliche Arbeit erst begonnen habe. Einerseits müsse ein möglicher Anschluss nun an der Pariser Friedenskonferenz besprochen werden und andererseits gehe es auch um ganz konkrete Fragen, etwa wie gross der Anteil des Vorarlbergs an den österreichisch-ungarischen Kriegsschulden sei, den die Schweiz im Falle eines Beitritts bezahlen müsste.<sup>188</sup>

Entsprechende Abklärungen waren bereits seit Ende April 1919 im Gang, nicht zuletzt um die von Edmund Schulthess aufgeworfenen Fragen<sup>189</sup> zu klären. Dem Bundesrat war es ein Anliegen, das Thema auch in einer weiteren Perspektive zu betrachten, erfolgte die Volksabstimmung in Vorarlberg doch zum gleichen Zeitpunkt wie der Abschluss des Friedensvertrages mit dem Deutschen Reich. In diesem Zusammenhang standen auch die Schweizer Vorrechte in Savoyen zur Diskussion. Ein entsprechendes Memorandum legte das Departement von Edmund Schulthess schon am 22. Mai 1919 vor, zeigte sich darin allerdings wegen der anstehenden Verhandlungen mit Frankreich über die Nutzung des Oberrheins und über die Neutralität Savoyens besorgter als über die Vorarlberger Frage.<sup>190</sup> Lardy hingegen versuchte, mit einem faktenreichen Dossier und mit vielen Zahlen untermauerten Argumenten Stimmen für den Anschluss Vorarlbergs an die Schweiz zu sammeln. Zu diesem Zweck kontaktierte er auch den schweizerischen Gesandten in Wien, Charles Daniel Bourcart, da dessen engagierter Gesandtschaftsattaché, Carl Jacob Burckhardt<sup>191</sup>, sicherlich in der Lage wäre, die notwendigen Informationen zu beschaffen.<sup>192</sup> Doch es kam anders: Anstelle von Burckhardt beauftragte Bourcart Carl Wiedemann<sup>193</sup>, dem es in kurzer Zeit gelang, Zahlen zur Höhe der Schuldenbeteiligung Vorarlbergs zu präsentieren.<sup>194</sup> Lardy versuchte aber auch über andere Kanäle zu verlässlichen Angaben zu kommen. Er kontaktierte den Direktor der Schaffhauser Kantonalbank, Emil Walder-Heene,<sup>195</sup> der später zum Thema eine Broschüre

**186** *Tribune de Lausanne* Nr. 131 vom 13. Mai 1919, S. 6; *Nouveliste Valaisan* Nr. 73 vom 15. Mai 1919, S. 1; *La Liberté* Nr. 111 vom 13. Mai 1919, S. 1; *Popolo e Libertà* Nr. 109 vom 13. Mai 1919, S. 2; *Bote vom Untersee* Nr. 39 vom 14. Mai 1919, S. 2; *Walliser Bote* Nr. 41 vom 17. Mai 1919, S. 3.

**187** Gemäss *Tribune de Lausanne* Nr. 131 vom 13. Mai 1919, S. 6 und *Nouveliste Valaisan* Nr. 73 vom 15. Mai 1919, S. 1 publizierte der Bund ein «bulletin spécial» wie zu Zeiten der Siege von Hindenburg und Ludendorff, das sich jedoch nicht auffinden liess. Der Bund berichtete regulär in der Nr. 201 vom 13. Mai 1919, S. 1–2 über den Ausgang der Volksabstimmung.

**188** *Davoser Zeitung* Nr. 114 vom 16. Mai 1919, S. 1 und *Journal de Genève* Nr. 135 vom 17. Mai 1919, S. 1.

**189** Vgl. den Antrag des Vorstehers des Volkswirtschaftsdepartements, Edmund Schulthess, an den Bundesrat vom 14. April 1919, [dodis.ch/44074](https://www.dodis.ch/44074).

**190** Memorandum des Volkswirtschaftsdepartements vom 22. Mai 1919, [dodis.ch/44165](https://www.dodis.ch/44165).

**191** Carl Jacob Burckhardt, [dodis.ch/P85](https://www.dodis.ch/P85).

**192** Schreiben von Charles L. E. Lardy an Charles D. Bourcart vom 14. Mai 1919, [dodis.ch/44152](https://www.dodis.ch/44152).

**193** Carl Wiedemann, [dodis.ch/P22883](https://www.dodis.ch/P22883).

**194** Persönliches Schreiben von Charles D. Bourcart an Charles L. E. Lardy vom 22. Mai 1919, CH-BAR#E2001B#1000/1503#175\* (B.14.211.P.21.2).

**195** Persönliches Schreiben von Charles L. E. Lardy an Emil Walder-Heene vom 16. Juni 1919, CH-BAR#E2001B#1000/1503#175\* (B.14.211.P.21.2). Zu Emil Walder-Heene vgl. [dodis.ch/P31890](https://www.dodis.ch/P31890).

veröffentlichte.<sup>196</sup> Während also intern durchaus aktiv gearbeitet wurde, entstand gegen aussen der Eindruck, dass sich die Regierung in Bern zögerlich verhalte. So schrieb die *Wiener Zeitung* unter Berufung auf die *Schweizerische Depeschen-Agentur* am 29. Juni 1919, dass die Eidgenossenschaft «internationale Klarheit» in der Sache erwarte. Die weiteren Schritte seien sowohl von Deutschösterreich als auch von der Pariser Friedenskonferenz abhängig.<sup>197</sup>

Die Anliegen der Gemeinden Gaissau, Fussach, Höchst und Taufers schienen im Frühjahr 1919 auf die lange Bank geschoben worden zu sein. Die Ende April vom St. Galler Regierungsrat dem Bundesrat übermittelten Informationen entfalteten keine Wirkung. Die Anliegen der Deltagemeinden scheinen vollständig in der allgemeineren Vorarlberger Frage untergegangen zu sein, zumindest hinterliessen sie keine weiteren Spuren in den Archiven.<sup>198</sup>

Der Gemeindepräsident von Münstair, Nicolaus Andri, wollte dem Anliegen der Nachbargemeinde Taufers hingegen nachgehen. Am 8. Juni 1919 sandte der Gemeindevorstand dem Bündner Ständeratspräsident Friedrich Brügger<sup>199</sup> ein mehrseitiges Schreiben mit der Bitte, sich für die Sache einzusetzen.<sup>200</sup> Dieser besprach das Thema umgehend mit Bundesrat Calonder und reichte in der Folge seine Argumente am 14. Juni noch schriftlich nach. Neben Ausführungen, die in ähnlicher Weise schon zwischen Januar und März vorgebracht worden waren, brachte er neu die Besorgnis der Münstertaler ein, «die italienische Besetzung von Taufers möchte mit Zeit und Gelegenheit landaufwärts marschieren.» Wenn Italien keine entsprechende Absichten hege, so sei es für dieses «absolut kein Nachteil [...], wenn Taufers schweizerisch wird.» Brügger machte sich keine Illusionen, bat aber Calonder darum, sich doch nochmals vertieft mit der Frage zu beschäftigen.<sup>201</sup>

Diese Intervention brachte nun Bewegung in die Sache, ähnlich wie die ausführliche Unterstützung der St. Galler Regierung für die drei Rheindelta-Gemeinden Gaissau, Fussach und Höchst vom 24. Dezember 1918<sup>202</sup> – dies, obschon am 7. März 1919 Lardy noch dafür plädiert hatte, die Sache aus Rücksicht auf das Verhältnis zu Italien ruhen zu lassen, um keine Gegenforderungen aufkommen zu lassen (Anschluss des Tessins an Italien).<sup>203</sup> Schon zwei Tage nach dem Eintreffen des Briefes von Brügger bei Calonder wandte sich Lardy an den Vorsteher des Eidgenössischen Militärdepartements, Camille Decoppet.<sup>204</sup> Er bat ihm,

**196** Emil Walder-Heene: Das Vorarlberg. Eine wirtschaftliche Studie mit Berücksichtigung der Anschlussbewegung an die Schweiz. Das Wirtschaftsleben – Die Valutafrage – Die Schuldentilgung, St. Gallen 1919, [dodis.ch/55244](https://dodis.ch/55244).

**197** *Wiener Zeitung* Nr. 147 vom 29. Juni 1919, S. 9.

**198** Schreiben von Landammann und Regierungsrat des Kantons St. Gallen an den Bundesrat vom 29. April 1919, [dodis.ch/57213](https://dodis.ch/57213). Das Dossier CH-BAR#E2001B#1000/1501#531\* (B.14.211.P.21.4) enthält nach diesem Schreiben keine weiteren Dokumente zur Frage der Deltagemeinden.

**199** Friedrich Brügger, [dodis.ch/P35506](https://dodis.ch/P35506).

**200** Schreiben des Gemeindevorstandes von Münstair, unterzeichnet von Gemeindepräsident Nicolaus Andri, an Ständerat Friedrich Brügger vom 4. Juni 1919, [dodis.ch/55245](https://dodis.ch/55245).

**201** Schreiben von Ständerat Friedrich Brügger an Bundesrat Felix Calonder vom 14. Juni 1919, [dodis.ch/55236](https://dodis.ch/55236).

**202** Schreiben von Landammann und Regierungsrat des Kantons St. Gallen an den Bundesrat vom 24. Dezember 1918, Dok. 9, [dodis.ch/55216](https://dodis.ch/55216).

**203** Notiz des Chefs der Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departements, Charles L. E. Lardy, an den Bundesrat vom 7. März 1919, Dok. 17, [dodis.ch/55218](https://dodis.ch/55218).

**204** Camille Decoppet, [dodis.ch/P30481](https://dodis.ch/P30481).



die militärischen Fragen zu klären.<sup>205</sup> Schon am 26. Juni nahm Generalstabschef Theophil Sprecher von Bernegg<sup>206</sup> Stellung zur Anfrage, beschränkte sich dabei allerdings auf militärstrategische und militärpolitische Gesichtspunkte: Mit Blick auf ersteren Aspekt sei ein Anschluss von Taufers sinnvoll, weil dadurch nicht nur die Verbindungswege ins Val S-charl verbessert würden, sondern sich auch die Umbrailstrasse<sup>207</sup> nicht mehr in der Reichweite der ausländischen Artillerie befinden würde. Militärpolitisch sei ein Anschluss von Taufers hingegen ungünstig – egal, ob nun das Vintschgau italienisch werde oder nicht. Im letzterem Fall würde der Weg durch das Münstertal für einen italienischen Angriff auf ein in österreichischer (oder gar deutscher) Hand befindlicher Vintschgau grösser, in ersterem Fall geriete das von extremen Irredentisten ohnehin für Italien beanspruchte Münstertal<sup>208</sup> vollständig in die Zange. Zudem sei zu befürchten, dass Italien ein Anschluss von Taufers wohl als Bedrohung für die Vintschgaustrasse auffassen würde.

Für Sprecher überwogen die Vorteile eines Anschlusses aber die Nachteile.<sup>209</sup> Bundesrat Decoppet leitete das Dokument kommentarlos an Lardy weiter.<sup>210</sup> Dieser liess sich aber von Sprechers Einschätzung, wonach die Vorteile insgesamt überwiegen würde, weiterhin nicht beeindruckt, wie das Protokoll der Bundesrats-sitzung vom 15. Juli 1919 eindeutig zeigt:

«Le département estime en effet qu'il est de la plus grande importance d'éviter en ce moment toute discussion territoriale dans les régions qui touchent aux frontières italiennes et aux contrées dont la possession peut être contestée par l'Italie. Le mouvement nationaliste italien est exaspéré par les derniers événements et certains éléments italiens suivent de très près les manifestations de l'opinion publique tessinoise, ou tout au moins de la petite fraction de la population de ce canton qui s'appuie sur la Dante Alighieri et cherche un contact plus étroit avec l'Italie. L'Italie ne fait rien pour améliorer les relations de frontière entre les deux pays et pour régler d'une manière satisfaisante les petites questions en cours, et la légation d'Italie à Berne ne paraît pas animée d'un esprit conciliant.»<sup>211</sup>

Der Bundesrat lehnte das Wiedererwägungsgesuch von Brügger also ab.<sup>212</sup> Damit waren die letzten Bemühungen definitiv gescheitert, einzelnen Gemeinden den Beitritt zur Schweiz zu ermöglichen.

<sup>205</sup> Schreiben von Charles L. E. Lardy an Bundesrat Camille Decoppet vom 16. Juni 1919, [dodis.ch/55237](https://dodis.ch/55237).

<sup>206</sup> Theophil Sprecher von Bernegg, [dodis.ch/P2249](https://dodis.ch/P2249).

<sup>207</sup> Vgl. Claudio Gustin: 1901–2001. 100 ons stradun sur l'Umbrail. L'istorgia d'ün pass da muntogna, Samedan 2001.

<sup>208</sup> Vgl. Luigi Rusca: «Una rettifica del confine retico», in: *Il Resto del Carlino* vom 8. Februar 1919, S. 11, [dodis.ch/56939](https://dodis.ch/56939) und Hugo Neugebauer: «Bleibt das Münstertal schweizerisch?» in: *Innsbrucker Nachrichten* Nr. 14, vom 17. Januar 1919, S. 4–5. Neugebauers Artikel erschien am 2. Februar 1919 auch im *Meraner Sonntagsbote*, der Sonntagsbeilage der *Meraner Zeitung* Nr. 27, S. 2. Das kann als Zeichen gewertet werden, dass der Artikel auch im Zusammenhang mit den Tiroler Bemühungen stehen dürfte, die Einheit des Landes zu erhalten und dafür durch das Schüren von Ängsten mit Blick auf die Bündner Südtäler Unterstützung für die Anliegen Tirols zu mobilisieren.

<sup>209</sup> Schreiben des Chefs des Generalstabes der Armee, Theophil Sprecher von Bernegg, an das Eidgenössische Militärdepartement vom 26. Juni 1919, [dodis.ch/56921](https://dodis.ch/56921).

<sup>210</sup> Schreiben von Bundesrat Camille Decoppet an Charles L. E. Lardy vom 30. Juni 1919, [dodis.ch/56922](https://dodis.ch/56922).

<sup>211</sup> Bundesratsprotokoll Nr. 2547 vom 15. Juli 1919, Dok. 31, [dodis.ch/44229](https://dodis.ch/44229).

<sup>212</sup> Ibid. sowie das Schreiben des Politischen Departements an Ständerat Friedrich Brügger vom 7. August 1919, [dodis.ch/55240](https://dodis.ch/55240).

Weiterhin zur Diskussion stand jedoch der Anschluss des gesamten Landes Vorarlberg an die Schweiz. Am 12. Juni 1919 verdankte Lardy nach einigen Verzögerungen, an welchen gemäss Daniel Witzig Edmund Schulthess massgeblich beteiligt war, zu welchen aber explizite Dokumente fehlen,<sup>213</sup> die offizielle Mitteilung der Vorarlberger Landesregierung vom 13. Mai über das Ergebnis der Volksabstimmung. Lardy fügte seinen Ausführungen einen Passus bei, der auf die weitere Entwicklung eine grosse Wirkung haben sollte:

«Da in letzter Zeit laut gewissen Zeitungsnachrichten in Zweifel gezogen wird, ob das Selbstbestimmungsrecht des Vorarlbergs anerkannt werden wird oder nicht, so bittet das Politische Departement den Landesrat, ihm diesbezüglich möglichst bald Abklärung zu verschaffen, damit der Bundesrat in die Lage versetzt werde, die Frage des Anschlusses Vorarlbergs unverzüglich einer eingehenden Prüfung zu unterstellen.»<sup>214</sup>

Damit geriet der etwaige Anschluss Vorarlbergers in den Strudel einer der umstrittensten Fragen nach dem Ersten Weltkrieg, die auch an der Pariser Friedenskonferenz die Beteiligten beschäftigte: Wem eigentlich das viel zitierte und vom amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson propagierte Selbstbestimmungsrecht zustehe.<sup>215</sup> Eine wichtige Rolle spielte in diesem Zusammenhang die ideelle Konkurrenz zwischen Wilson und dem russischen Revolutionsführer Wladimir Illitsch Lenin. Letzterer hatte nämlich das Wort «Selbstbestimmungsrecht» in die Welt gesetzt, während es Wilson vor allem darum ging, dass diejenigen, die nicht unter einer demokratischen Regierung leben konnten, das Recht haben sollten, eine solche eigenständig zu wählen.<sup>216</sup> Erez Manela verwies daher zurecht darauf, dass Wilson lange Zeit nicht von «self-determination» sprach, sondern vom «consent of the governed», der wiederum nur denjenigen Völkern zustand, die als zivilisiert und in der Lage seien, ihren eigenen Willen auch wirklich zum Ausdruck zu bringen.<sup>217</sup> Nach Wilsons hatten also weder die Menschen ausserhalb Europas ein Recht auf Selbstbestimmung noch diejenigen, die in einem Staat lebten, in dem die demokratischen Grundrechte gewährleistet waren. Dies galt für die antikolonialen Bewegungen in Ägypten, China, Indien und Korea, aber eben auch für Teile der Habsburgermonarchie wie Vorarlberg oder die deutschböhmischen Gebiete.<sup>218</sup> In der breiten Öffentlichkeit wurde Wilsons Differenzierung allerdings nicht reflektiert, wie es Jörg Fisch treffend formulierte: «Nur die Selbstbestimmung, nicht die Selbstregierung war von dem Stoff, aus dem die Begeisterung

<sup>213</sup> Vgl. Witzig: Die Vorarlberger Frage, S. 275–276, bes. Anm. 210.

<sup>214</sup> Schreiben von Charles L. E. Lardy an den Vorarlberger Landeshauptmann Otto Ender vom 12. Juni 1919, Dok. 29, [dodis.ch/55382](http://dodis.ch/55382). Schon am 17. Mai hatte Lardy in einem Telegramm an den Gesandten in Paris, Alfred Dunant, darum gebeten, dass der damals in Paris anwesende Ender doch bitte erreichen möge, dass das Selbstbestimmungsrecht Vorarlbergs von der Friedenskonferenz anerkannt werde. Vgl. [dodis.ch/55234](http://dodis.ch/55234).

<sup>215</sup> Vgl. Jörg Fisch: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die Domestizierung einer Illusion, München 2010, S. 144–182.

<sup>216</sup> Ibid., S. 153. Vgl. ferner Marina Cattaruzza und Sacha Zala: «Wider das Selbstbestimmungsrecht? Wilsons Vierzehn Punkte und Italien in der europäischen Ordnung am Ende des Ersten Weltkrieges», in: Jörg Fisch (Hg.): Die Verteilung der Welt. Selbstbestimmung und das Selbstbestimmungsrecht der Völker, München 2011, S. 141–156.

<sup>217</sup> Erez Manela: The Wilsonian Moment. Self-Determination and the International Origins of Anti-colonial Nationalism, Oxford 2007, S. 15–53.

<sup>218</sup> Vgl. Walter Reichel: «Tschechoslowakei-Österreich: Grenzziehung 1918/1919», in: Konrad und Maderthaner (Hg.): ... der Rest ist Österreich, Bd. 1, S. 159–178.

der Massen gemacht ist.»<sup>219</sup> Das galt auch für Vorarlberg, wo die Anschlussbewegung trotz steigendem Widerstand vorerst nicht an Schwung verlor, sondern sogar stärker wurde.

Die ersten entscheidenden Schritte wurden in den letzten zwei Juniwochen 1919 gemacht. Als erstes wandte sich aufgefordert von Lardy<sup>220</sup> der Vorarlberger Landesrat an die deutschösterreichische Staatsregierung in Wien. Der Landesrat stellte fest, dass die Regierung das Selbstbestimmungsrecht Vorarlbergs (indirekt) dadurch anerkannt habe, dass gegen die Volksabstimmung vom 11. Mai 1919 «kein Einwand erhoben wurde» und dass mit dem Landeshauptmann Otto Ender «ein Vertreter Vorarlbergs – eben wegen des Bestandes seiner Anschlussfrage – zur Friedenskonferenz in St. Germain entsendet wurde.»<sup>221</sup> Nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass der Staatskanzler Karl Renner Ender in Paris das Vorbringen der Anliegen Vorarlbergs nicht erlaubte, aber er dagegen auch nicht aktiv wurde,<sup>222</sup> forderte der Landesrat von der Staatsregierung, «sie möge ausdrücklich anerkennen, dass die dem Lande Vorarlberg die Wahl zuerkenne, welchem Staatswesen es sich anschliessen will, dass sie also sein Selbstbestimmungsrecht anerkenne» und bei der Entente «die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes für Vorarlberg ehestens erwirken» möge.<sup>223</sup>

In Ihrem Schreiben an den Vorarlberger Landesrat verzichtete die österreichische Staatskanzlei im Namen der Staatsregierung darauf, sich festzulegen. Weder wurde das Selbstbestimmungsrecht anerkannt noch dessen Anerkennung explizit verweigert. Zuerst sollten die Friedensverhandlungen abgeschlossen werden. Dabei müsste insbesondere die Frage der Schuldenübernahme geklärt werden. Eine Klärung der staatlichen Zugehörigkeit Vorarlbergs könne auch später beim Völkerbund geklärt werden. Dieser werde sich sicherlich nicht quer stellen, sollte Vorarlberg sich nach Abschluss des Friedensvertrages der Schweiz oder Süddeutschland anschliessen wollen.<sup>224</sup> Die Regierung wollte im Rahmen der Friedensverhandlungen alles vermeiden, was als Indiz einer Rechtskontinuität zwischen der Habsburgermonarchie und der Republik Deutsch-Österreich hätte angesehen werden können. Das hätte nämlich die Zuweisung einer Kriegsschuld mit sich bringen können, was wiederum als Grund für höhere Reparationsforderungen genutzt hätte werden können. Deshalb war die Staatsregierung in Wien nicht bereit, auf das Anliegen des Vorarlberger Landesrates einzugehen, und begnügte sich damit, in der Öffentlichkeit zu schweigen.<sup>225</sup>

Inzwischen sah sich der Schweizer Aussenminister Felix Calonder gezwungen, sich doch zur Frage des Anschlusses öffentlich zu äussern, weil die Interpellati-

<sup>219</sup> Fisch: Selbstbestimmungsrecht, S. 154.

<sup>220</sup> Schreiben von Charles L. E. Lardy an den Vorarlberger Landeshauptmann Otto Ender vom 12. Juni 1919, Dok. 29, [dodis.ch/55382](https://dodis.ch/55382).

<sup>221</sup> Schreiben des Vorarlberger Landesrates an die deutsch-österreichische Staatsregierung in Wien vom 14. Juni 1919, Dok. 30, [dodis.ch/55383](https://dodis.ch/55383).

<sup>222</sup> Vgl. Bilgeri: Kanton oder Bundesland, S. 60; Melichar: Otto Ender, S. 201 sowie Witzig: Die Vorarlberger Frage, S. 278–282.

<sup>223</sup> Schreiben des Vorarlberger Landesrates an die deutsch-österreichische Staatsregierung in Wien vom 14. Juni 1919, Dok. 30, [dodis.ch/55383](https://dodis.ch/55383).

<sup>224</sup> Abschrift eines Schreibens der deutsch-österreichischen Staatskanzlei an den Vorarlberger Landesrat vom 26. Juni 1919, [dodis.ch/55494](https://dodis.ch/55494).

<sup>225</sup> Ibid. sowie Witzig: Die Vorarlberger Frage, S. 278.

on von Rudolf Gelpke<sup>226</sup> immer noch nicht beantwortet worden war. Calonder reagierte damit möglicherweise auch auf einen mehrteiligen Artikel von Gelpke, der im Mai 1919 in den *Basler Nachrichten* unter dem Titel «Bodensee-Ostwacht» publiziert wurde. Darin beleuchtete Gelpke die Vorarlberger Frage nicht zuletzt unter dem Aspekt der Verkehrsfrage.<sup>227</sup> In seiner Antwort im Nationalrat am 28. Juni 1919 betonte Calonder, dass die Frage eines Anschlusses von Vorarlberg derzeit immer noch nicht spruchreif sei und der Bundesrat daher auf eine Stellungnahme bisher verzichtet habe. Der Bundesrat sei also immer noch daran, die Frage zu prüfen. Klar sei allerdings, «dass das Selbstbestimmungsrecht des Vorarlbergervolkes in bestimmter, klarer, vorbehaltloser Weise anerkannt werde seitens Deutsch-Österreichs, zu dem es heute formell gehört, und seitens der Pariser Konferenz». Es sei nun «Sache des Vorarlbergervolkes selbst, diese Frage an die Hand zu nehmen und sein Recht zu vertreten und zu verteidigen. Es muss schon in diesem Augenblick beweisen, dass es demokratisch veranlagt und imstande ist, sich für seine höchsten Güter zu wehren».<sup>228</sup> Zum Schluss seiner Ausführungen verdeutlichte Calonder unmissverständlich, dass die Schweiz niemals dazu bereit sei, einen Teil seines bestehenden Territoriums als Kompensation für den Beitritt Vorarlbergs herzugeben. Von diesem Grundsatz werde der Bundesrat nicht abweichen, während in vielen anderen Punkten ideeller wie wirtschaftlicher Natur noch weitere Abklärungen notwendig seien.<sup>229</sup>

In seiner letzten Sitzung vor den Sommerferien beschloss der Vorarlberger Landesrat, sowohl ein Antwortschreiben an die deutsch-österreichische Staatsregierung wie an den schweizerischen Bundesrat zu senden. Im Entwurf des ersten Schreibens hielt die Vorarlberger Landesregierung nochmals fest, dass die Zugehörigkeit zum deutsch-österreichischen Staatswesen seit der Selbstständigkeitserklärung des Landes am 3. November 1918 provisorisch gewesen sei. Dies sei auch von den Vorarlberger Abgeordneten in der provisorischen Nationalversammlung stets so betont worden. Der Landesrat erinnerte die deutsch-österreichische Staatsregierung daran, dass diese die Abstimmung vom 11. Mai 1919 nicht infrage gestellt habe. Nun sei es zentral, dass das Selbstbestimmungsrecht offiziell anerkannt werde. Erst dann könnten die Modalitäten vereinbart werden, unter welchen Vorarlberg den deutsch-österreichischen Staatsverband verlassen werde. Dass Vorarlberg seinen Anteil an den Staats- und Kriegsschulden begleichen werde, stehe ausser Frage. Ähnlich lauteten auch die Ausführungen, die an den schweizerischen Bundesrat gerichtet waren: Leider könne Vorarlberg das genaue Ausmass seines Anteils an den Staats- und Kriegsschulden der ehemaligen Habsburgermonarchie derzeit nicht genau beziffern, wie dies die Schweiz wünsche. Der Landesrat bekräftigte weiterhin seinen Wunsch, Verhandlungen aufzunehmen, auch wenn es noch offene Fragen gebe.<sup>230</sup>

<sup>226</sup> Übersicht über die Verhandlungen der schweizerischen Bundesversammlung. Fortsetzung der Januar-Tagung (9. Tagung der XXIV Amtsdauer), 24. März–5. April 1919, S. 18.

<sup>227</sup> Dreiteilige Artikelserie von Rudolf Gelpke: «Die Bodensee-Ostwacht», in: *Basler Nachrichten* Nr. 211 vom 8. Mai 1919, S. 6, Nr. 213 vom 9. Mai, S. 5–6 und Nr. 217 vom 11. Mai 1919, S. 5, [dodis.ch/55790](https://dodis.ch/55790).

<sup>228</sup> Rede von Bundesrat Felix Calonder vor dem Nationalrat vom 28. Juni 1919, [dodis.ch/44209](https://dodis.ch/44209).

<sup>229</sup> Ibid.

<sup>230</sup> Notiz von Landeshauptmann Otto Ender vom 5. Juli 1919 über seinen Antrag an den Landesrat, [dodis.ch/55530](https://dodis.ch/55530). Sitzungsbericht des Vorarlberger Landesrates vom gleichen Tag, [dodis.ch/56923](https://dodis.ch/56923). Das

Die offiziellen Verhandlungen waren also weitgehend blockiert. Lardy griff deshalb eine Idee von Alphonse Dunant auf, dem schweizerischen Gesandten in Paris. Dieser war mit dem Generalsekretär der Pariser Friedenskonferenz, Paul Eugène Dutasta,<sup>231</sup> über die Vorarlberger Frage ins Gespräch gekommen. Dutasta habe schwere Zweifel daran geäußert, dass Ender in der Lage sein würde, eine andere Haltung als die restlichen Delegationsmitglieder Deutsch-Österreichs einzunehmen: «Dutasta ajoute que le mieux pour le Vorarlberg serait d'envoyer à Paris des délégués chargés d'exposer résultats du plébiscite et désir de rattachement à la Suisse».<sup>232</sup> Diese Delegierten sollten mit der französischen Botschaft in Wien Kontakt aufnehmen, was Dunant angesichts Enders Passivität für keine gute Idee hielt.<sup>233</sup>

Nun trat eine Person in die Debatte ein, die sich erst im April über die Möglichkeit eines Beitritts Vorarlbergs zur Schweiz zu äussern begonnen hatte: Paul Pirker.<sup>234</sup> Schon früh hatte er die Aufmerksamkeit der Befürworter auf sich gezogen und wurde für seine «grosse Schlagfertigkeit»<sup>235</sup> gelobt oder als «wertvollster Redner»<sup>236</sup> bezeichnet. Pirker übernahm diese Aufgabe zusammen mit Gustav Neubner, dem Partner in der Anwaltskanzlei von Landeshauptmann Otto Ender, nicht zuletzt, da Lardy und Vetsch auf die Entsendung von Vertretern der Vorarlberger Bevölkerung drängten, nachdem Ender in Paris ohne Erfolg geblieben war. So reiste er Mitte August 1919 mit Neubner nach Bern, wo sich die beiden mit Lardy trafen. Schon am Tag nach ihrer Ankunft wandten sich Neubner und Pirker mit einem Schreiben direkt an den französischen Ministerpräsidenten Georges Clemenceau. Sie bezogen sich darin auf ein Schreiben von Landeshauptmann Otto Ender an den schweizerischen Bundesrat, in dem der Autor auf eine Reihe von Volksversammlungen verwiesen hatte, die angesichts der fehlenden formellen Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts durch die deutsch-österreichische Staatsregierung forderte, das Thema «auf der Friedenskonferenz zur Sprache» zu bringen.<sup>237</sup> In ihrem Schreiben an Clemenceau, das Lardy gemäss Witzig massgeblich mitverfasste,<sup>238</sup> verwiesen Neubner und Pirker nochmals auf die Entwicklung in Vorarlberg: von der Selbstständigkeitserklärung vom November 1918 über die Volksabstimmung vom Mai bis hin zu den Verhandlungen in Paris, während derer Staatskanzler Renner es Landeshauptmann Otto Ender verunmöglicht habe, die Vorarlberger Interessen wirklich zu vertreten. Sie verwiesen auf die Versammlungen vom 10. August in verschiedenen Vorarlberger

---

entsprechende Schreiben an den Schweizerischen Bundesrat wurde nach Genehmigung durch den Landtag am 12. Juli 1919 versandt, [dodis.ch/55238](https://dodis.ch/55238).

**231** Paul Eugène Dutasta, [dodis.ch/P37213](https://dodis.ch/P37213).

**232** Schreiben des schweizerischen Gesandten in Paris, Alphonse Dunant, an Charles L. E. Lardy vom 4. Juni 1919, [dodis.ch/44184](https://dodis.ch/44184).

**233** Ibid.

**234** *Vorarlberger Volksblatt* Nr. 100 vom 3. Mai 1919, S. 1–2 sowie *Vorarlberger Tagblatt* Nr. 101 vom 4. Mai 1919, S. 3–4. Vgl. ferner Sandra Feuz-Nyffenegger: In zweiter Reihe und doch an vorderster Front. Paul Pirkers Rolle in der Anschlussbewegung von Vorarlberg an die Schweiz in den Jahren 1918–1921 (Bernener Studien zur Geschichte, Reihe 5), Bern in Vorbereitung.

**235** *Vorarlberger Volksblatt* Nr. 104 vom 8. Mai 1919, S. 4.

**236** *Vorarlberger Landes-Zeitung* Nr. 104 vom 8. Mai 1919, S. 2.

**237** Von Landeshauptmann Otto Ender unterzeichnetes Schreiben der Vorarlberger Landesregierung an den Bundesrat vom 15. August 1919, Dok. 33, [dodis.ch/55224](https://dodis.ch/55224).

**238** Witzig: Die Vorarlberger Frage, S. 310.



Gemeinden, «qui ont unanimement réitéré la volonté du pays de se séparer de l'Autriche pour se réunir à la Suisse que nous regardons comme notre vraie patrie d'élection.»<sup>239</sup> Die Entente hätte die Macht der Habsburgermonarchie gebrochen und würde sich nun, so die Argumentation, mit Sicherheit nicht weigern, die Anliegen einer kleinen Bergbevölkerung anzuhören, die sich entschieden habe, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen.<sup>240</sup> Pirker und Neubner versuchten in ihrem Schreiben – ähnlich wie Vertreter aus Ägypten, Indien oder Korea, denen die Einreise nach Frankreich meist ebenso verweigert wurde wie den beiden Delegierten der Vorarlberger Bevölkerung<sup>241</sup> –, einerseits auf das von Wilson thematisierte Selbstbestimmungsrecht zu verweisen und andererseits die markanten Unterschiede zwischen dem Charakter der Bevölkerung Vorarlbergs sowie derjenigen des restlichen Österreichs herauszustreichen.<sup>242</sup>

Eine Antwort blieb allerdings aus. Auch weitere Telegramme brachten nichts. Pirkers und Neubners Bemühungen liefen ins Leere. In der Folge suchten sie den britischen Botschafter auf, der die britische Regierung kontaktierte.<sup>243</sup> Diese versuchte zwar, das Thema in der zuständigen Kommission für Territorialfragen zumindest einzubringen,<sup>244</sup> erreichte aber ihr Ziel ebenso wenig wie eine Reihe von Artikeln, die der von Pirker kontaktierte William Martin im *Journal de Genève* publizierte, das bei führenden Politikern der Entente angesehenen war, und die Pirker später in deutscher Übersetzung vorlegte.<sup>245</sup> Der Friedensvertrag wurde am 2. September den österreichischen Delegierten übergeben und am 10. September unterzeichnet. Eine Stellungnahme zur Vorarlberger Frage war im Vertrag nicht zu finden. Die Grenze zwischen Österreich und der Schweiz sollte demnach so bleiben, wie sie 1914 bestanden hatte.<sup>246</sup>

Der Abschluss des Vertrags von St. Germain war allerdings nicht das Ende der Vorarlberger Frage, im Gegenteil: Sowohl die Befürworter wie die Gegner verstärkten vorerst ihre Aktivitäten. Zu Diskussionen führte vor allem die Frage, weshalb in einigen Teilen der ehemaligen Habsburgermonarchie, wie beispielsweise in Kärnten, Volksabstimmungen oder Referenden durchgeführt wurden, während dies in anderen Teilen wie Böhmen, Mähren oder eben Vorarlberg nicht der Fall war.

**239** Telegramm der beiden Delegierten der Vorarlberger Bevölkerung, Paul Pirker und Gustav Neubner, an den Präsidenten der Pariser Friedenskonferenz, Georges Clemenceau, vom 17. August 1919, Dok. 34, [dodis.ch/55223](http://dodis.ch/55223).

**240** Ibid.

**241** Manela: *Wilsonian Moment*, S. 68–75, 145–148, 161–168, 202–212.

**242** Telegramm der beiden Delegierten der Vorarlberger Bevölkerung, Paul Pirker und Gustav Neubner, an den Präsidenten der Pariser Friedenskonferenz, Georges Clemenceau, vom 17. August 1919, Dok. 34, [dodis.ch/55223](http://dodis.ch/55223). Vgl. ferner Witzig: *Die Vorarlberger Frage*, S. 310–312.

**243** Berichte des britischen Gesandten in Bern, Horace Rumbold, an seinen Aussenminister, George N. Curzon, vom 8. und 14. August 1919, [dodis.ch/55496](http://dodis.ch/55496) bzw. [dodis.ch/55497](http://dodis.ch/55497).

**244** Vom britischen Gesandten in Bern, Horace Rumbold, entworfene Resolution der britischen Regierung an den Obersten Rat der Pariser Friedenskonferenz vom 19. August 1919, Dok. 35, [dodis.ch/55385](http://dodis.ch/55385).

**245** *Journal de Genève* Nr. 224 vom 15. August 1919, S. 1 f.; *Journal de Genève* Nr. 225 vom 16. August 1919, S. 1; *Journal de Genève* Nr. 226 vom 17. August 1919, S. 1 sowie *Journal de Genève* Nr. 223 vom 23. August 1919, S. 1–2. Für die deutsche Übersetzung vgl. Paul Pirker: *Schweizer! Sind wir eure Brüder?* Feldkirch 1919, [dodis.ch/55543](http://dodis.ch/55543), S. 13–18 und 22–32.

**246** Art. 27 des Staatsvertrags von St. Germain.



Als zentraler Netzwerker fungierte in diesem Zusammenhang Paul Pirker. Er begann im Nachgang seiner Reise nach Bern seine Kontakte mit Anschlussbefürwortern zu pflegen, darunter William Martin, Ernst Schürch, Ulrich Vetsch und Gonzague de Reynold.<sup>247</sup> Letzterer hatte sich bereits im Frühjahr 1919 als Anhänger einer aktiveren Aussenpolitik zu erkennen gegeben, welche machtpolitischen Argumenten ein stärkeres Gewicht einräumen sollte. Dadurch stellte er auch die Neutralität als alleinige Staatsmaxime infrage. In seinen Augen war diese nur ein Mittel zum Zweck und dürfe deshalb nicht zum «principe générateur de notre politique étrangère» werden.<sup>248</sup>

Ulrich Vetsch versuchte nur einen Tag nach der Unterzeichnung des Vertrages von St. Germain, den Bundesrat vom Sinn und der Notwendigkeit einer Wirtschaftsunion zwischen der Schweiz und Vorarlberg zu überzeugen. Allerdings scheiterte er mit seinem Vorhaben.<sup>249</sup> William Martin wandte sich an Landeshauptmann Otto Ender und betonte dabei, dass das Schweigen des Vertrags von St. Germain «nicht die Bedeutung eines Verbots» habe. Die schweizerischen Anhänger eines Anschlusses von Vorarlberg seien deshalb entschlossen, ihre Aktivitäten fortzusetzen. Um dies zu bekräftigen, verwies Martin auf eigene Vorträge und eine Unterschriftensammlung der *Neuen Helvetischen Gesellschaft*. Gleichzeitig forderte er aber Ender dazu auf, selbst weiterhin aktiv zu bleiben. In der Schweiz bestehe die Erwartung, dass auch die Vorarlberger Bevölkerung weiter in der Sache aktiv bleibe: «Wenn Sie sich jetzt wieder an das Schweizer Volk noch einmal wenden, mit dem Ausdruck der Treue und Festigkeit, werden Sie Widerhall finden, bei uns, und bei den Mächten. Wenn Sie aber schweigen, da wird der Grabstein wieder auf Sie fallen.»<sup>250</sup>

Während sich Ender nun zurückhielt, entfaltete Pirker eine intensive Reisetätigkeit<sup>251</sup> und publizierte neben seiner Schrift *Das Vorarlberg: Schweizer! Sind wir eure Brüder?*,<sup>252</sup> welche auch Beiträge von Martin und de Reynold enthielt, weitere Artikel, so in der *Berner Woche in Wort und Bild*, einer Zeitschrift, die den Untertitel trug *Ein Blatt für heimatliche Art und Kunst*.<sup>253</sup> Die Details von Pirkers Vorträgen sind nicht bekannt, aber die Berichterstattung in der Presse gibt Aufschluss: Das Ziel seiner Ansprachen war es, Einblicke zu geben in die geografische, historische, wirtschaftliche, politische und kulturelle Eigenart der verschiedenen Landesgegenden Vorarlbergs. Ebenso war er bestrebt, Gemeinsamkeiten mit der Schweiz

247 Pirker: *Erinnerungen eines Schulmannes*, S. 115–116.

248 Gonzague de Reynold: «Lettres Politiques à un ami de la Suisse allemande. Sixième Lettre. Réformes de politique extérieure», in: *Semaine Littéraire* vom 12. April 1919, S. 170. Vgl. ferner Mattioli: *Zwischen Demokratie und totalitärer Diktatur*, S. 122–125.

249 Protokoll der Sitzung der Delegation für auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates vom 11. September 1919, [dodis.ch/55241](https://dodis.ch/55241).

250 Schreiben von William Martin an Landeshauptmann Otto Ender vom 15. September 1919, [dodis.ch/55498](https://dodis.ch/55498).

251 Über seine Reisetätigkeit legte Pirker im Folgejahr gegenüber seinem Kontrahenten Hans Nägele Rechenschaft ab, wie der Abschrift eines Briefes von Pirker an Nägele vom 18. Juni 1920 zu entnehmen ist. Vgl. Dok. 43, [dodis.ch/55392](https://dodis.ch/55392).

252 Pirker: *Das Vorarlberg: Schweizer! Sind wir eure Brüder?*, [dodis.ch/55543](https://dodis.ch/55543), S. 20.

253 Paul Pirker: «Vorarlberg in der Geschichte», in: *Berner Woche in Wort und Bild* Nr. 36 vom 6. September 1919, S. 426–428; ders. «Zur Vorarlbergfrage», in: *Berner Woche in Wort und Bild* Nr. 42 vom 18. Oktober 1919, S. 500–501.

aufzuzeigen. Deshalb betonte er etwa, dass sich in den Gebirgsgegenden Häusergruppen und Hütten befänden, «die ebensowohl im Wallis oder Bündnerland stehen könnten».<sup>254</sup>

Am 30. September 1919 trafen sich viele der Befürworter eines Anschlusses von Vorarlberg in Bern zu einem öffentlichen Diskussionsabend im Berner Grossratsaal. Hauptredner war Gonzague de Reynold. In seinen Ausführungen betonte er, dass «Vorarlberg völkisch sowohl als geographisch zur Schweiz» gehöre und deshalb das Recht habe, Teil der Eidgenossenschaft zu werden – «nicht um materieller Interessen willen, sondern [...] um frei und autonom zu sein».<sup>255</sup> In seinem Beitrag für Pirker's Schrift *Das Vorarlberg: Schweizer! Sind wir eure Brüder?* bezeichnete de Reynold die Tatsache, dass Vorarlberg noch kein Teil der Eidgenossenschaft sei, sogar als «einen Irrtum der Geschichte, den wir gutmachen müssen, nachdem wir mehrere Gelegenheiten versäumt haben.»<sup>256</sup>

Am 8. November 1919 fand in Rorschach schliesslich ein Treffen der wichtigsten Köpfe im Kampf für den Anschluss statt. Anwesend waren die Vorarlberger Paul Pirker, Ferdinand Riedmann und Gustav Neubner sowie die Schweizer Vertreter Gonzague de Reynold, Ernst Schürch, Ulrich Vetsch und andere mehr. Sie erarbeiteten ein Konzept, um den Anschluss von Vorarlberg an die Schweiz zu erreichen, trotz der bestehenden politischen Blockade. Leider sind wegen des konspirativen Charakters des Treffens keine Quellen dazu vorhanden, aber Aram Mattiolis Einschätzung ist wohl zuzustimmen, dass die in Rorschach versammelten Männer versuchten, «[g]anz im Stile eines aussenpolitischen Selbsthilfekomitees» zu agieren. Dass diese risikobereite «Nebenaussenpolitik» nicht ins Auge ging, hatten die in Rorschach anwesenden Personen vor allem der weiterhin grossen Zurückhaltung von Landeshauptmann Otto Ender und den mahnenden Worten von Charles L. E. Lardy zu verdanken. Letzterer warnte die Schweizer Pro-Vorarlberg-Mitglieder vor einem in der Schweiz nicht akzeptierten «revolutionären Vorgehen.»<sup>257</sup>

Der Vertrag von St. Germain schränkte den Spielraum für den schweizerischen Bundesrat ein. In der Tat stand er nun vor einer schier unlösbaren Aufgabe: Die bisherige Politik des Nicht-Entscheidens liess sich immer schwieriger aufrechterhalten. An einer ausserordentlichen Sitzung am 4. August beschloss er einstimmig, der Bundesversammlung und dem Volk vorzuschlagen, dass die Schweiz dem Völkerbund beitreten solle.<sup>258</sup> Dessen Charta war aber ebenso wie im Vertrag von Versailles integraler Bestandteil des Vertrages von St. Germain<sup>259</sup> und damit

**254** *Der Bund* Nr. 28 vom 21. Januar 1920, S. 3. In der Version im Dossier CH-BAR#J2.6#1000/1248#39\* (3.A01) ist kein Titel des Artikels vermerkt.

**255** *Der Bund* Nr. 415 vom 2. Oktober 1919, S. 3. Vgl. ferner Mattioli: Zwischen Demokratie und totalitärer Diktatur, S. 128.

**256** Pirker: *Das Vorarlberg: Schweizer! Sind wir eure Brüder?*, [dodis.ch/55543](https://dodis.ch/55543), S. 20.

**257** Mattioli: Zwischen Demokratie und totalitärer Diktatur, S. 133–135.

**258** Protokoll der ausserordentlichen Sitzung des Bundesrats vom 4. August 1919, DDS, Bd. 7-I, Dok. 33, [dodis.ch/44244](https://dodis.ch/44244), ebenfalls in: Sacha Zala und Marc Perrenoud (Hg.): *Die Schweiz und die Konstruktion des Multilateralismus*, Bd. 2. *Diplomatische Dokumente der Schweiz zur Geschichte des Völkerbunds 1918–1946* (Quaderni di Dodis, Bd. 14), Bern 2019, Dok. 12.

**259** Art. 1–26 des Staatsvertrags von St. Germain, abrufbar unter <https://digi.landesbibliothek.at>.

stellte sich für die Schweiz die Frage der Anerkennung des nun nur mehr Republik Österreich genannten östlichen Nachbarn.<sup>260</sup>

Am 9. Oktober 1919 betonte Bourcart in einem Schreiben an das Politische Departement, dass er es für keinen klugen Schachzug halte, die Anerkennung der Republik Österreich weiter hinauszuzögern – wegen der Vorarlberger Frage oder der Tatsache, dass Staatskanzler Karl Renner während seiner Reisen nach Paris keine Zeit für einen offiziellen Besuch in Bern gefunden hatte. Er bezweifle, dass «die Schweiz durch Hintanhaltung der Anerkennung Österreichs einen genügenden Druck auf diesen Staat ausüben könnte, um eine Änderung seiner Politik in dieser Frage zu erwirken.» Im gegenwärtigen Stadium hielt er nur die Option für realistisch, dass nur «die Vorarlberger selbst im Sinne ihres Anschlusses an die Schweiz wirksam tätig»<sup>261</sup> werden konnten. Zudem berge das Aufwerfen der Vorarlberger Frage in diesem Zusammenhang die Gefahr, dass Ansprüche auf schweizerisches Territorium – so im Tessin oder in der Ajoie – aufgeworfen werden könnten, was nicht im Sinne der Schweiz wäre. Bourcart gab aber auch zu, dass eine zu grosse Zurückhaltung dazu führen könnte, dass Vorarlberg bei einem immer noch nicht ganz auszuschliessenden Auseinanderfallen der Republik Österreich einen Anschluss an Deutschland suchen könnte, was keineswegs im Sinne der Schweiz sei. Dennoch bleibe er dabei, «dass es in erster Linie Sache der Vorarlberger sei, ihre Lostrennung von Österreich zu betreiben». Und abschliessend hielt er fest: «Ganz korrekt ist der Vorgang eigentlich nur mit Einwilligung des Völkerbundes denkbar.»<sup>262</sup>

Unter diesen Umständen trat Bundesrat Calonder schliesslich am 21. November 1919 vor den Ständerat, um erneut über die Haltung des Bundesrats in der Vorarlberger Frage Auskunft zu geben, nachdem Ständerat Josef Winiger und Nationalrat Rudolf Gelpke wiederum mit Interpellationen an die Landesregierung gelangt waren. Calonder erinnerte an die Antwort des Bundesrats auf die ursprüngliche Interpellation von Gelpke im Juni. Er betonte, dass der Bundesrat damals davon ausgegangen sei, dass das Selbstbestimmungsrecht Vorarlbergs von der Republik Deutsch-Österreich, aber auch an der Friedenskonferenz in Paris anerkannt werden würde. Diese Annahme habe sich als falsch erwiesen. Es könne nicht mehr daran gezweifelt werden, «dass von gewissen Kreisen Deutschlands zielbewusst auf die Angliederung des Vorarlbergs an das Deutsche Reich hingearbeitet wird.»<sup>263</sup>

Inwiefern Calonder dabei auf die Polemik zwischen der *Neuen Zürcher Zeitung* und dem *Vorarlberger Tagblatt* Bezug nahm, ist nicht ganz klar. Ausgangspunkt dieser Pressepolemik war ein Artikel in der *Tribune de Lausanne* vom 22. September 1919 gewesen. Darin hatte die Zeitung dem *Vorarlberger Tagblatt* vorgeworfen, die Befürworter eines Anschlusses an die Schweiz mit Beschimpf-

<sup>260</sup> Einleitung zum Staatsvertrag von St. Germain, abrufbar unter <https://digi.landesbibliothek.at>. Schon die Anerkennung der neuen Deutschen Republik hatte sich verzögert. Erst am 16. April 1919 hatte der Bundesrat diese formell anerkannt, vgl. dazu [dodis.ch/44083](https://dodis.ch/44083).

<sup>261</sup> Schreiben des schweizerischen Gesandten in Wien, Charles D. Bourcart, an das Politische Departement vom 9. Oktober 1919, [dodis.ch/44317](https://dodis.ch/44317), S. IV.

<sup>262</sup> Ibid., S. VII.

<sup>263</sup> Antwort von Bundesrat Felix Calonder auf die Interpellation Winiger vom 21. November 1919, [dodis.ch/59533](https://dodis.ch/59533), S. 623.

fungen zu überhäufen und als «armselige Verräter» zu brandmarken. Unverhohlen wurde darin argumentiert, dass diese grossdeutsche Propaganda durch die *Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft* (AEG) finanziert werde, deren einzige Absicht es sei, die Wasserkräfte Vorarlbergs nicht der Schweiz zugutekommen zu lassen. Daher solle die Schweiz nicht weiterhin tatenlos zuschauen, wenn eine solche hinterhältige Propaganda praktiziert werde. Einer solchen, wie sie in der Schweiz vom *Berner Tagblatt*, der *Thurgauer Zeitung* und der *Zürcher Post* betrieben werde, müsse entschieden entgegengetreten werden.<sup>264</sup> Am 9. November 1919 griff Redakteur Ernst Rietmann in der *Neuen Zürcher Zeitung* diese Aussage auf. Er wiederholte den Vorwurf mit Blick auf die Rolle der AEG und betonte polemisch:

«Dieses Blatt mit verkaufter Seele überbietet sich Tag für Tag, alles, was mit der Schweiz im Zusammenhang steht, zu tradestieren, ins Gegenteil zu verkehren, zu verunglimpfen. Wir hegen indessen eine zu hohe Meinung von der Standhaftigkeit des Vorarlberger Volkes, um auch nur einen Moment zu glauben, dass das alldeutsche Getue und Geschimpf Eindruck gemacht habe.»<sup>265</sup>

In ähnlicher Weise reagierte das *Vorarlberger Tagblatt*, das über die *Neue Zürcher Zeitung* urteilte:

«Wir finden es eine bedauerliche Tatsache, dass solche Schweizer, die sich ihres Deutschtums schämen, nicht längst ganz zu Franzosen geworden sind. [...] Und wenn ein Blatt, das in deutscher Sprache erscheint und mit deutschen Lettern gedruckt wird, Sätze wie den oben genannten aufnimmt, so verdient es wahrlich noch viel mehr als bloß eine tüchtige Kelle voll Elend in den offenen Mund.»<sup>266</sup>

Ob nun Calonder oder seine Mitarbeiter direkt auf solche Aussagen Bezug nahmen oder nicht, kann nicht rekonstruiert werden. Klar ist hingegen, dass sie sich nicht sicher waren, ob die Vorarlberger Bevölkerung so standhaft sein würde, wie es die *Neue Zürcher Zeitung* schrieb. Calonder sah durchaus die Gefahr, dass Vorarlberg in seiner gegenwärtigen Not in die wirtschaftliche Abhängigkeit Deutschlands geraten könnte. Calonder betonte, dies wolle der Bundesrat mit aller Macht verhindern, sei es im Rahmen eines Zollanschlusses wie mit dem Fürstentum Liechtenstein oder dass Vorarlberg Teil der «eidgenössischen Familie» werde. Wirtschaftlich biete ein solcher Anschluss durchaus Vorteile, obschon er mit finanziellen Aufwendungen zur Gesundung der desolaten wirtschaftlichen Lage verbunden sei. Der Bundesrat sei sich seiner grossen Verantwortung in dieser Frage bewusst, vorläufig stelle sich aber die Frage eines direkten Anschlusses an die Schweiz nicht. Vorarlberg solle sich zuerst «als selbständiger, kleiner Staat [konstituieren] und auf dieser Grundlage in ein enges politisches und wirtschaftliches Verhältnis zur Schweiz»<sup>267</sup> treten:

«Die Schweiz mischt sich in keiner Weise in die inneren Verhältnisse zwischen dem Vorarlberg und Österreich ein. Für den Fall aber, dass aus irgendeinem Grunde die Loslösung des Vorarlbergs von Österreich in Frage kommen sollte, würde der Bundesrat auf Wunsch des Vorarlbergs

<sup>264</sup> *Tribune de Lausanne* Nr. 260 vom 22. September 1919, S. 1–2.

<sup>265</sup> *Neue Zürcher Zeitung* Nr. 1732 vom 9. November 1919, S. 1, Dok. 36, [dodis.ch/55386](https://dodis.ch/55386).

<sup>266</sup> *Vorarlberger Tagblatt* Nr. 278 vom 5. Dezember 1919, S. 3. Schon am 16. September und 24. Oktober 1919 hatte das *Vorarlberger Tagblatt* die *Neue Zürcher Zeitung* als «imperialistische, deutschfeindliche und ententefreundliche Zeitung» und als «deutschfeindliches Ententebblatt» bezeichnet.

<sup>267</sup> Antwort von Bundesrat Felix Calonder auf die Interpellation Winiger vom 21. November 1919, [dodis.ch/59533](https://dodis.ch/59533), S. 623–625.

mit ganzer Kraft dessen Bestrebungen zur Verwirklichung seines Selbstbestimmungsrechtes, sei es beim Völkerbund, sei es bei der Pariser Konferenz, unterstützen.»<sup>268</sup>

Schon zwei Tage später wandte sich der Redakteur des *Bund*, Ernst Schürch, in einem Schreiben an Landeshauptmann Otto Ender und bezeichnete die Aussagen als vollen, durchschlagenden Erfolg «von einer Entschiedenheit, die alle Erwartungen hinter sich liess.» Nun sei Vorarlberg wieder am Zug und müsse die Selbstständigkeit anstreben, welche das «unumgängliche Vorstadium zur Aufnahme in die Eidgenossenschaft ist.»<sup>269</sup>

So positiv wie Schürch schätzte keine der ausländischen Regierungen die Situation ein. Besonders heftig fielen die Reaktionen in Deutschland aus, dessen Regierung sich «peinlich berührt» zeigte und versicherte, dass «sie weder gegen den Anschluss an die Schweiz gewirkt habe noch direkt oder indirekt die Anschlussbewegung an das Deutsche Reich unterstützt habe.»<sup>270</sup> Aussenminister Hermann Müller habe zudem betont, «dass Deutschland keine Ursache hätte, sich gegen den Anschluss an die Schweiz zu wehren, wenn dies der Wille des Vorarlberges und Österreichs sei. Lieber würde man es natürlich sehen, wenn Vorarlberg bei Österreich bleiben würde.»<sup>271</sup>

Auch in Wien fielen die Reaktionen erwartungsgemäss heftig aus. So berichtete der schweizerische Gesandte Charles Daniel Bourcart schon am 23. November, dass der Staatsvertrag von St. Germain die Frage der österreichischen Westgrenze entschieden habe und Österreich sich daher gegen jeden Versuch verwahren müsse, die Grenze im Westen als «offene Frage» zu bezeichnen. Die in diesem Vertrag bestimmten Grenzen würden das «Minimum seiner Existenz [bilden] – wenn sie noch als eine Existenz gelten kann.»<sup>272</sup> Am 9. Dezember 1919 ergänzte er:

«Mauvaise humeur évidente à l'égard de la Suisse. Chrétiens-sociaux de province semblent appuyer mouvement séparatiste du Vorarlberg pour arriver à faire tomber Gouvernement actuel de Vienne et au besoin amener rattachement des provinces à l'Allemagne, tandis que chrétiens-sociaux de Vienne sont plus réservés par crainte du bolchevisme tant que la Volkswehr existe.»<sup>273</sup>

Staatskanzler Karl Renner wandte sich direkt an die in Paris immer noch versammelten Mächte der Entente und betonte, dass sich mit Ausnahme der Schweiz das Verhältnis zu allen Nachbarländern verbessert habe. Österreich wolle den Staatsvertrag von St. Germain erfüllen, sehe sich allerdings damit konfrontiert, dass die Schweiz zum Stolperstein werden könnte:

«Nur eine einzige politische Gefahr besteht, die in den letzten Tagen aufgetaucht ist und die unsere materielle Not noch gewaltig verschärfen kann. Der Schweizer Bundesrat hat Vorarlberg ermutigt, von Deutschösterreich abzufallen. Die österreichische Regierung hat alle moralischen Mittel aufgeboden, um das Land von einer solchen Entschliessung abzuhalten. Wird von den Alliierten nicht rasch und vorweg die Hoffnungslosigkeit solcher Unternehmungen ausgesprochen und jeder-

<sup>268</sup> Ibid., S. 625.

<sup>269</sup> Schreiben von *Bund*-Redakteur Ernst Schürch an Landeshauptmann Otto Ender vom 22. November 1919, [dodis.ch/55499](https://dodis.ch/55499).

<sup>270</sup> Schreiben des schweizerischen Gesandten in Berlin, Alfred von Planta, an die Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departements vom 26. November 1919, [dodis.ch/44373](https://dodis.ch/44373).

<sup>271</sup> Schreiben des schweizerischen Gesandten in Berlin, Alfred von Planta, an Bundesrat Felix Calonder vom 26. November 1919, [dodis.ch/44374](https://dodis.ch/44374).

<sup>272</sup> Schreiben des schweizerischen Gesandten in Wien, Charles D. Bourcart, an die Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departements vom 23. November 1919, [dodis.ch/44368](https://dodis.ch/44368).

<sup>273</sup> Schreiben des schweizerischen Gesandten in Wien, Charles D. Bourcart, an die Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departements vom 9. Dezember 1919, [dodis.ch/44399](https://dodis.ch/44399).



mann klargemacht, dass derartige Versuche aussichtslos sind, so wird die Abfallbewegung weitergreifen, dann aber ist das Subjekt, das den Frieden geschlossen hat, nicht mehr vorhanden.»<sup>274</sup>

Auch die britische Gesandtschaft in Bern reagierte umgehend auf Calonders Aussagen und sah darin eine Änderung der bisherigen Politik:

«This speech has attracted considerable attention as marking the end of the policy of complete disinterestedness which the Federal Council appear to have followed hitherto in regard to the question. I understand that some assurance of Switzerland's benevolent intentions will now be sent to the Vorarlberg authorities.»<sup>275</sup>

Es handle sich dabei wohl vor allem um eine Reaktion auf Bestrebungen aus Württemberg, die aus schweizerischer Sicht unbedingt verhindert werden müssten. Der Korrespondent der Zeitung *Journal de Genève* in Bern, Richard Bovet-Grisel,<sup>276</sup> habe ihn entsprechend gewarnt, dass «unless something positive was done to counteract the present German effort, the Allies might find themselves faced with a *«fait accompli»*».<sup>277</sup> Grossbritanniens Reaktion fiel also weniger scharf aus als die anderer Mächte. Demgegenüber erschütterte eine Polemik der deutschen Medien, die von der *Thurgauer Zeitung* noch gesteigert wurde, die Öffentlichkeit, denn darin wurde der Bündner Calonder als «Feind des Deutschtums» bezeichnet, weil er «nicht deutschen Blutes ist, sondern ein Romane».

Die Delegation des Bundesrats für auswärtige Angelegenheiten beschloss am Ende der Sitzung vom 5. Dezember 1919 auf Antrag des zukünftigen Chefs des Politischen Departements, Giuseppe Motta, dass es vom schweizerischen Standpunkt aus die Vorarlberger Frage nicht gebe. Im Sitzungsprotokoll wurde festgehalten, «que le Conseil fédéral a pris une position. S'il veut revenir en arrière et changer d'attitude, libre à lui de le faire, mais M. Calonder s'en ira, car il ne peut donner son assentiment à cette manière d'agir.»<sup>278</sup> Er liess sich zwar in der kurz darauf stattfindenden Gesamterneuerungswahl des Bundesrats nochmals wiederwählen, trat dann aber noch vor dem Wechsel in das neue Departement zurück.<sup>279</sup> Inwiefern ihn die Antwort des französischen Premierministers Georges Clemenceau noch traf, ist nicht bekannt. Dieser schrieb:

«Les Puissances Alliées et Associées estiment que si les forces de dissociation devaient triompher sur l'un quelconque de ces points, une telle séparation risquerait d'entraîner la désagrégation complète de l'État autrichien et de ruiner l'équilibre de l'Europe centrale. Elles désirent en conséquence ne laisser subsister aucun doute sur leur volonté de maintenir dans leur intégrité toutes les clauses, territoriales ou autres, du Traité de Saint-Germain et d'en poursuivre la stricte application.»<sup>280</sup>

**274** Dem Protokoll der Sitzung der Delegation des Bundesrates für auswärtige Angelegenheiten vom 5. Dezember 1919 angehängte Deklaration von Staatskanzler Karl Renner an die Mächte der Entente vom 4. Dezember 1919, [dodis.ch/44390](https://dodis.ch/44390).

**275** Schreiben des britischen Gesandten in Bern, Theo Russell, an seinen Aussenminister George N. Curzon vom 25. November 1919, Dok. 38, [dodis.ch/55387](https://dodis.ch/55387).

**276** Richard Bovet-Grisel, [dodis.ch/P7583](https://dodis.ch/P7583).

**277** Schreiben des britischen Gesandten in Bern, Theo Russell, an seinen Aussenminister George N. Curzon vom 25. November 1919, Dok. 38, [dodis.ch/55387](https://dodis.ch/55387).

**278** Protokoll der Sitzung der Delegation des Bundesrates für auswärtige Angelegenheiten vom 5. Dezember 1919, [dodis.ch/44390](https://dodis.ch/44390).

**279** Jürg Simmonett: «Bundesrat Felix Calonder», in: Arbeitskreis für regionale Geschichte: «Eidgenossen helfe Euren Brüdern in der Not!», S. 33–39, hier S. 38.

**280** Schreiben des französischen Premierministers und Präsidenten der Pariser Friedenskonferenz, Georges Clemenceau, an den österreichischen Staatskanzler Karl Renner vom 16. Dezember 1919, Dok. 39, [dodis.ch/55388](https://dodis.ch/55388).



Für die Anhänger eines Beitritts von Vorarlberg zur Schweiz blieb daher als einzige und letzte Hoffnung der Gang zum Völkerbund. Den Hintergrund dazu bildete ein auf Antrag von Giuseppe Motta gefasster Beschluss der Delegation des Bundesrats für auswärtige Angelegenheiten vom 5. Dezember 1919: «[Der Bundesrat] ist auch den politischen Traditionen der Schweiz gemäss bereit, sofern das Vorarlberg ihn hiezu auffordern sollte, bei der Friedenskonferenz und beim Völkerbunde das Selbstbestimmungsrecht Vorarlbergs zu unterstützen.»<sup>281</sup> Dass ein solches Verfahren nicht einfach werden würde, zeigt ein Gutachten der juristischen Sektion des Völkerbundes vom Dezember 1919. Trotz der in Artikel 27 des Staatsvertrages von St. Germain festgelegten Grenzen der Republik Österreich würden ungenannte Personen immer noch sagen, dass die Vorarlberger Frage noch nicht abschliessend entschieden sei. Hier räche sich nun, dass diese Frage im Obersten Rat der Friedenskonferenz nicht, wie von den Delegierten Grossbritanniens und der USA gefordert, ausführlich diskutiert worden sei. Wenn sich Vorarlberg nun vor der Ratifikation des Vertrages unabhängig erkläre, müsse der Oberste Rat sich nochmals mit der Frage beschäftigen. Erfolge eine solche Erklärung erst danach, sei dies eine Frage für den Völkerbund – und dann könne Vorarlberg als Nichtmitglied den Fall nicht selbst vorbringen. Das müsse in einem solchen Fall dann die Schweiz auf der Grundlage von Artikel 15 der Völkerbundcharta tun.<sup>282</sup>

Auf dieses Gutachten nahm Ernst Schürch in einem Schreiben vom 23. Dezember 1919 an Landeshauptmann Otto Ender Bezug. Schürch hielt daran fest, dass das Deutsche Reich trotz seines offiziellen Dementis weiterhin die Absicht habe, sich Vorarlberg einzuverleiben. Zudem habe er in einem Gespräch mit William Martin in Erfahrung bringen können, dass es in Frankreich, Grossbritannien und Italien namhafte Stimmen gebe, die kein Vertrauen in die Lebensfähigkeit der österreichischen Republik hätten. Er schloss mit den Worten, dass die ganze Angelegenheit «international nicht so schlimm gebettet [ist], als man glauben mag. Jedoch ist natürlich jetzt Vorsicht am Platz».<sup>283</sup>

Entsprechend ermutigt, wandte sich Otto Ender schon zu Beginn des neuen Jahres an Staatskanzler Karl Renner. Er betonte darin, dass der Oberste Rat der Friedenskonferenz irre, wenn er glaube, dass Vorarlbergs Bemühungen ähnlicher Natur seien wie die Bemühungen Tirols, von Salzburg oder des Burgenlandes. Er sei sich bewusst, dass sich der französische Premierminister Clemenceau in seinen Ausführungen an Vorlagen der österreichischen Regierung gehalten habe. Dennoch bestehe er nun darauf, dass der Staatskanzler sein Wort halte und seinem Land ermögliche, sein Anliegen vor den Völkerbund zu bringen. Renner könne es «dem Vorarlberger Volke nicht verargen, wenn es [...] seine Schicksalsfrage nach wie vor als offen betrachtet.» Dennoch werde das Land auch weiterhin an der Entwicklung der neuen Verfassung Österreichs mitarbeiten, denn es sei nicht klar,

<sup>281</sup> Anhang zum Protokoll der Sitzung der Delegation des Bundesrates für auswärtige Angelegenheiten vom 5. Dezember 1919, [dodis.ch/44390](https://dodis.ch/44390).

<sup>282</sup> Gutachten der juristischen Sektion des Völkerbundes zur Vorarlberg Frage vom Dezember 1919, Dok. 40, [dodis.ch/55389](https://dodis.ch/55389).

<sup>283</sup> Schreiben von *Bund*-Redakteur Ernst Schürch an Landeshauptmann Otto Ender vom 23. Dezember 1919, [dodis.ch/55503](https://dodis.ch/55503).

«von welchen Folgen für unser Volk der Ausfall des Verfassungswerkes begleitet ist. Die Mitarbeit ist ein selbstverständliches Gebot.»<sup>284</sup>

Ender setzte also seine zweigleisige und pragmatische Politik fort. Er war sich bewusst, dass es nicht schlüssig wäre, nun einfach auf die Möglichkeit eines Beitritts zur Schweiz zu verzichten. Ebenso wollte er sich aber nicht im Nachhinein vorwerfen lassen, dass er sich wegen eines alleinigen Fokus auf die Schweiz der Mitarbeit an einer neuen österreichischen Verfassung, die in seinen Augen möglichst föderalistisch sein sollte, verweigert habe. In jedem Fall gelang es ihm, sich als Verfechter der Vorstellung «Vorarlberg gegen das restliche Österreich» zu inszenieren. Er hatte diese zwar nicht erfunden, entwickelte sie allerdings, wie Peter Melichar zurecht festgestellt hat, zu «selten erreichter Meisterschaft.»<sup>285</sup> Zum letzten Akt in dieser «Meisterschaft» wurde die «Denkschrift des Vorarlberger Landesrates an den Völkerbund», welche die Vorarlberger Landesregierung am 26. März 1920 verabschiedete<sup>286</sup> und später von der Pressekommission des schweizerischen Zentralkomitees Pro Vorarlberg publiziert wurde.<sup>287</sup> Darin bat der Landesrat, nachdem er die Entwicklung seit dem Ende des Weltkriegs dargestellt hatte, um eine Abänderung von Artikel 27 des Staatsvertrages von St. Germain und um eine Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts von Vorarlberg.<sup>288</sup> Obschon Paul Pirker die beiden Hauptteile der Denkschrift, die sich mit der langfristigen historischen Entwicklung der Lostrennungsbewegung sowie den wirtschaftlichen Gründen des Wunsches für einen Beitritt zur Eidgenossenschaft befassen, massgeblich gestaltete,<sup>289</sup> achtete der Landesrat auch darauf, dass die Kritiker, darunter die Deutschnationalen Adolf Helbok<sup>290</sup> und Bruno Karrer<sup>291</sup>, ebenfalls die Möglichkeit hatten, sich einzubringen.<sup>292</sup>

Im Memorandum selbst wurde in erster Linie aufgezeigt, dass der Wunsch Vorarlbergs nach einem Beitritt zur Schweiz keine kurzfristige und dem verlorenen Krieg geschuldete Sache sei, sondern auf einer langjährigen Verbindung mit der Eidgenossenschaft beruhe: «Der Arlberg bildet nicht nur eine natürliche Grenze, sondern eine Grenze des Volksstammes und der Mentalität, und der Umstand, dass unser Land grösstenteils von der Schweiz aus besiedelt wurde, erklärt deutlich unsere vom Osten und Norden abweichende geistige Verfassung, unsere Sitten und unseren Charakter.» Innerhalb der Habsburgermonarchie habe Vorarlberg immer ein Eigenleben geführt und deshalb sei es auch zu «keine[r] Assimilation mit Innerösterreich gekommen.»<sup>293</sup> Ökonomisch sei es so, dass Vorarlberg und Österreich sich gegenseitig nicht das bieten könnten, was der jeweils

<sup>284</sup> Schreiben des Vorarlberger Landeshauptmanns Otto Ender an Staatskanzler Karl Renner vom 3. Januar 1920, Dok. 41, [dodis.ch/55390](https://dodis.ch/55390).

<sup>285</sup> Melichar: Otto Ender, S. 202–205.

<sup>286</sup> Sitzungsbericht über die 11. Sitzung des Vorarlberger Landesrates vom 26. März 1920, [dodis.ch/55504](https://dodis.ch/55504).

<sup>287</sup> Denkschrift des Vorarlberger Landesrates an den Völkerbund, Bern 1920, [dodis.ch/55246](https://dodis.ch/55246).

<sup>288</sup> Ibid., S. 8.

<sup>289</sup> Pirker: Erinnerungen eines Schulmannes, S. 131.

<sup>290</sup> Adolf Helbok, [dodis.ch/P59220](https://dodis.ch/P59220).

<sup>291</sup> Bruno Karrer, [dodis.ch/P40566](https://dodis.ch/P40566).

<sup>292</sup> Sitzungsbericht über die 11. Sitzung des Vorarlberger Landesrates vom 26. März 1920, [dodis.ch/55504](https://dodis.ch/55504).

<sup>293</sup> Denkschrift des Vorarlberger Landesrates, [dodis.ch/55246](https://dodis.ch/55246), S. 19.

andere brauche. Das gelte beispielsweise für die in Vorarlberg nicht ausreichende Produktion von Feldfrüchten wie Getreide oder Kartoffeln, die das Land nicht aus dem restlichen Österreich beziehen könne, sondern von anderswo her einführen müsse. Für die Lieferung von Holz oder der aus Wasserkraft produzierten elektrischen Energie seien die Wege ins restliche Österreich zu lang. Und auch von der Industrie, dem Gewerbe und dem Verkehrswesen profitiere Vorarlberg nicht von einer Zugehörigkeit zur Republik Österreich, ebenso wenig wie letztere ökonomisch von Vorarlberg profitieren könne.<sup>294</sup>

Daneben hoben die Befürworter auch die praktischen Seiten eines Beitritts von Vorarlberg zur Schweiz hervor. Ein von Josef Scherrer-Füllemann, dem Präsidenten des Komitees Pro Vorarlberg, unterzeichnetes Memorandum warf die Frage auf, wie Vorarlberg konkret Teil der Schweiz werden solle.<sup>295</sup> Zwei Varianten standen zur Diskussion: einmal mit und einmal ohne Liechtenstein. Scherrer-Füllemann und sein Ausschuss sprachen sich deutlich für die erstere Variante aus, mussten aber auch berücksichtigen, dass der Fürst von Liechtenstein seit Mitte 1919 im Land residierte und dies vor allem auch deshalb tat, «no doubt with the object of demonstrating his position as sovereign prince of what is an independent state», wie der britische Botschaftsrat Richard Lyon-Dalberg damals zurecht festgestellt hatte.<sup>296</sup> Da Liechtenstein bei einem Verzicht auf einen Beitritt zu einer Schweiz mit Vorarlberg eine Enklave im neuen schweizerischen Territorium werden würde, zog der Ausschuss sogar in Erwägung, dass Vorarlberg im Fall eines Beitritts einen Landstreifen im Süden an Liechtenstein abtreten könnte, damit eine Verbindung zum geschrumpften Österreich bestehen würde. Die Lösung wurde aber generell als ungünstig beurteilt, weil Liechtenstein auch so weitgehend von einer Schweiz mit Vorarlberg faktisch umschlossen bliebe.<sup>297</sup>

Hoffnung schöpften die Befürworter eines Beitritts von Vorarlberg zur Schweiz, als zu Beginn des Jahres 1920 klar wurde, dass Georges Clemenceau als französischer Premierminister zurücktreten werde. Die Hoffnung war, dass sich auch in Frankreich – wie in den USA – die Erkenntnis dadurch verstärke, «dass die Friedensverträge revisionsbedürftig sind.»<sup>298</sup> Die ökonomische Situation in Österreich sei weiterhin desaströs und deshalb seien weitere Hilfsaktionen notwendig.<sup>299</sup> In der schweizerischen Presse werde kaum mehr über die Entwicklung in Vorarlberg berichtet:

«Nur der stets gut dokumentierte Bund setzt zielbewusst seine Aufklärungsarbeit fort. – Herr Pirker aus Bregenz erntet mit seinen Vorträgen und Lichtbildern über ›Land und Leute im Vorar-

<sup>294</sup> Ibid., S. 21–31.

<sup>295</sup> Notiz des Komitees Pro Vorarlberg vom 10. April 1920, [dodis.ch/55391](https://dodis.ch/55391).

<sup>296</sup> Schreiben von Richard Lyon-Dalberg-Acton an George Curzon of Kedleston vom 11. Juni 1919, Dok. 28, [dodis.ch/55381](https://dodis.ch/55381). Ein Bericht von James Headlam-Morley vom 22. Juli 1919 zeigt, dass die britische Regierung die Bekundungen der liechtensteinischen Behörden durchaus als glaubwürdig taxierte und die Unabhängigkeit des Landes daher nicht infrage stellte. Der Bericht hielt aber auch fest, dass Liechtenstein zu einer Enklave innerhalb der Schweiz würde, falls Vorarlberg Teil der Eidgenossenschaft werde. Vgl. die Notiz von James Headlam-Morley vom 22. Juli 1919, [dodis.ch/55495](https://dodis.ch/55495).

<sup>297</sup> Notiz des Komitees Pro Vorarlberg vom 10. April 1920, [dodis.ch/55391](https://dodis.ch/55391).

<sup>298</sup> Bericht des Komitees Pro Vorarlberg vom 21. Januar 1920, Dok. 42, [dodis.ch/55225](https://dodis.ch/55225).

<sup>299</sup> Wie wichtig und willkommen solche Hilfsaktionen waren, zeigt die Zusammenstellung des Arbeitsausschusses des Schweizerhilfswerkes für Vorarlberg vom 31. August 1920, Dok. 44, [dodis.ch/55226](https://dodis.ch/55226).

Iberg» überall in der deutschen Schweiz warme Sympathien und grossen Erfolg. Dies ist ein guter Anfang zur allgemeinen Orientierung unseres Publikums über die Vorarlbergerfrage.»<sup>300</sup>

Während sich die Debatte öffentlich beruhigte, verschärfte sie sich im Hintergrund und vor allem auf persönlicher Ebene. Im Zentrum der Debatte standen neben Paul Pirker Ernst Rietmann<sup>301</sup>, Redakteur bei der *Neuen Zürcher Zeitung*, Adolf Helbok, Vorarlberger Volkskundler und Historiker, Bruno Karrer, Sekretär der Handels- und Gewerbekammer, und Hans Nägele, Redakteur beim *Vorarlberger Tagblatt*.<sup>302</sup> Den Anfang machte Bruno Karrer: Er druckte zu Beginn des Jahres 1920 eine Flugschrift, mit der er auf Pirkers Schrift *Das Vorarlberg: Schweizer! Sind wir eure Brüder?*<sup>303</sup> reagierte; er warf ihm gleich zu Beginn seiner Ausführungen «Geschichtsfälschung» vor, weil Pirker behauptet habe, dass die Volksbewegung in Vorarlberg im Jahr 1809 gegen Bayern gerichtet gewesen sei. Er habe verkannt, dass sie sich eigentlich gegen Napoleon gerichtet habe.<sup>304</sup> Karrer hob dann hervor, dass Vorarlberg während des gesamten Kriegs treu zur Monarchie und zum deutschen Bundesgenossen gestanden habe, während die Anschlussbewegung zur Schweiz bloss von materiellen Motiven getrieben sei. Zudem warf er Pirker vor, zu verheimlichen, dass es in der Westschweiz nicht nur William Martin gebe, der sich so sehr für den Anschluss Vorarlbergs an die Schweiz einsetze, sondern auch andere Stimmen, die sich entschieden dagegen aussprachen.<sup>305</sup> Ähnlich war auch die Kritik, die Pirker von Helbok entgegenschlug: Pirkers Broschüre sei voller geschichtlicher Unwahrheiten und er übergehe die habsburgerfreundliche Haltung der Vorarlberger Bevölkerung während der Schwabenkriege. Zudem verkenne Pirker, dass die Vorarlberger Niederalemannen nicht wie die Schweizer Hochalemannen seien.<sup>306</sup>

Pirker selbst liess diese Kritiken nicht auf sich sitzen und reagierte meistens mit einer Antwort im *Vorarlberger Volksblatt*. Er vermied es jedoch, direkt auf die Vorwürfe einzugehen, sondern griff seinerseits seine Kontrahenten süffisant an: «Herr Dr. Karrer ist kein Historiker; er wird von der Geschichte des Landes nicht mehr wissen als von Nationalökonomie und daher ist sein Irrtum verzeihlich.»<sup>307</sup> Zu Helbok hielt er fest: «Seine Irrtümer in wirtschaftlichen Fragen mögen Irrtümer bleiben, aus Nichtwissen entsprungen; seine Angriffe auf den verstorbenen Herrn Dr. Vetsch bedauern mit mir sicher alle Vorarlberger; seine Oberflächlichkeit ist ein Schulbeispiel.»<sup>308</sup> Als Hans Nägele Pirker schliesslich vorwarf, dass er sich für seine Propagandatätigkeit in der Schweiz von der Neuen Helvetischen Gesellschaft finanzieren lasse,<sup>309</sup> reagierte Pirker mit einem direkten Schreiben an Nägele. Darin legte er offen, wie viel Geld er wofür erhalten habe. Er rechtfertigte

300 Bericht des Komitees Pro Vorarlberg vom 21. Januar 1920, Dok. 42, [dodis.ch/55225](https://dodis.ch/55225).

301 Ernst Rietmann, [dodis.ch/P5377](https://dodis.ch/P5377).

302 Hans Nägele, [dodis.ch/P59120](https://dodis.ch/P59120).

303 Pirker: *Das Vorarlberg: Schweizer! Sind wir eure Brüder?*, [dodis.ch/55543](https://dodis.ch/55543).

304 Bruno Karrer: *Vorarlberg – Eine Entgegnung auf Dr. Pirkers Schrift «Das Vorarlberg»*, Feldkirch 1920, [dodis.ch/55544](https://dodis.ch/55544), S. 4.

305 *Ibid.*, S. 4–16.

306 Adolf Helbok: «Literarische Rundschau», in: *Vierteljahrsschrift für Geschichte und Landeskunde Vorarlbergs* 4 (1920/1), S. 71–74, hier S. 73–74.

307 *Vorarlberger Volksblatt* Nr. 191 vom 22. August 1920, S. 3.

308 *Vorarlberger Volksblatt* Nr. 252 vom 4. November 1920, S. 2.

309 *Vorarlberger Tagblatt* Nr. 105 vom 9. Mai 1920, S. 2.

sich damit, dass er im Auftrag der Vorarlberger Bevölkerung in der Schweiz unterwegs gewesen sei und für seine Vorträge eine Spesenvergütung erhalten habe, die sehr knapp bemessen gewesen sei.<sup>310</sup>

Pirker blieb dennoch im Fokus seiner Kritiker. So warf ihm der Anwalt Anton Zumtobel vor, gegenüber dem NZZ-Redakteur Ernst Rietmann die AEG fälschlicherweise als Finanzierungsquelle des *Vorarlberger Tagblatts* bezeichnet zu haben, während doch richtig sei, dass er, Zumtobel, zu den zentralen Finanzierungsquellen der Zeitung gehöre.<sup>311</sup> Pirker sei eine Schande für Vorarlberg:

«Unser Verdacht, dass die dem *Vorarlberger Tagblatte* und seinen Leuten angetane Beleidigung nur von Ihnen verursacht worden sein könne, hat sich also voll bestätigt und wir wundern uns auch gar nicht darüber, daß Sie so leichtfertig über die Ehre früherer Partei- und Gesinnungsgenossen hinwegzugehen vermögen, nachdem es Ihnen auch nicht schwer fiel, durch Ihr Telegramm an Clemenceau die Ehre Ihrer zweiten Heimat, Vorarlbergs, zu schänden.»<sup>312</sup>

Von diesen Worten liess sich Pirker nicht provozieren.<sup>313</sup> Inwiefern dies ein Grund war, dass die Anhänger eines Anschlusses an das Deutsche Reich darauf verzichteten, Pirker weiter in die Auseinandersetzung zwischen dem *Vorarlberger Tagblatt* und der *Neuen Zürcher Zeitung* hineinzuziehen, ist nicht klar. Hans Nägele und die deutschnationale Vorarlberger Buchdruckerei in Dornbirn verlangten hingegen vom NZZ-Redakteur Rietmann und der *Neuen Zürcher Zeitung* Schadenersatz wegen Verleumdung. Ursprung der Klage war der bereits erwähnte Artikel von Rietmann vom 9. November 1919, in dem er geschrieben hatte, dass das deutschnationale *Vorarlberger Tagblatt* von der AEG finanziert werde.<sup>314</sup> Nachdem das Bezirksgericht Zürich 3 am 2. März 1921 die Klage abgewiesen hatte und den Klägern die Kosten auferlegt worden waren, gelangten sie ans Zürcher Obergericht. Dieses stellte fest, dass es Rietmann nicht gelungen sei, den Beweis zu erbringen, dass das *Vorarlberger Tagblatt* tatsächlich durch die AEG finanziert werde. Das Gesetz verlange aber ein besonders schweres Verschulden des Angeklagten, damit dieser tatsächlich – wie von den Klägern verlangt – zur Zahlung der geforderten Summe verurteilt werden könne. Da «der Artikel im Verlaufe einer Zeitungsfehde entstanden [sei], in welcher vorgängig das *Vorarlberger Tagblatt* nicht nur die Schweiz, sondern auch die Schweizerpresse und vor allem die NZZ in schmäh-süchtiger Weise verunglimpft und damit den Beklagten Rietmann als Redakteur, Journalist und Schweizer in ganz erheblicher Weise provoziert» habe, sah das Obergericht ein solches schweres Verschulden nicht als gegeben an. Es liess verlauten: «Was in dieser Hinsicht das *Vorarlberger Tagblatt* geleistet hat, überschreitet alle Grenzen des journalistischen Anstandes». Das Obergericht wies die Klage erneut ab.<sup>315</sup> Die Kläger gingen erneut in Berufung und zogen das Urteil vor das Bundesgericht weiter. Im Unterschied zum Zürcher Obergericht entschied das Bundesgericht, dass durchaus ein schweres Verschulden von Rietmann vorgele-

**310** Abschrift eines Schreibens von Paul Pirker an Hans Nägele vom 18. Juni 1920, Dok. 43, [dodis.ch/55392](http://dodis.ch/55392).

**311** *Vorarlberger Tagblatt* Nr. 105 vom 9. Mai 1920, S. 2.

**312** *Vorarlberger Tagblatt* Nr. 107 vom 12. Mai 1920, S. 1.

**313** In seiner Antwort im *Vorarlberger Volksblatt* Nr. 109 vom 15. Mai 1920, S. 4 schrieb Pirker nur mehr, dass er einzig auf einen persönlichen Brief ohne Beleidigungen antworten werde.

**314** *Neue Zürcher Zeitung* Nr. 1732 vom 9. November 1919, S. 1, Dok. 36, [dodis.ch/55386](http://dodis.ch/55386).

**315** Urteil der II. Kammer des Obergerichtes des Kantons Zürich vom 12. September 1921, Dok. 46, [dodis.ch/55393](http://dodis.ch/55393).



gen habe und er die aus der *Tribune de Lausanne* stammende Behauptung einer Finanzierung des *Vorarlberger Tagblatts* durch die AEG als unrichtig hätte erkennen müssen. Es könne «auch davon nicht die Rede sein, dass der Beklagte Rietmann durch das VT in einem Masse provoziert worden sei, dass sein Verschulden nicht mehr als besonders schweres im Sinne von Art. 49. OR erscheinen lasse.»<sup>316</sup>

Rietmann wurde nun verurteilt, während die Berufung gegen die Abweisung der Solidarhaftung der *Neuen Zürcher Zeitung* und gegen den Freispruch von Chefredakteur Albert Meyer abgewiesen wurden. Eine Genugtuungspflicht von deren Seite wurde nicht anerkannt.<sup>317</sup> Die *Neue Zürcher Zeitung* musste das Urteil allerdings publizieren und tat dies mit einem Kommentar in der Ausgabe vom 24. Februar 1921. Dabei legte sie grossen Wert darauf, neben einer Darstellung des Verlaufs des Verfahrens auch zu betonen, dass das Bundesgericht die zu zahlende Genugtuungssumme von Rietmann im Vergleich zu den Forderungen des *Vorarlberger Tagblatts* sehr niedrig angesetzt habe. Das Bundesgericht habe festgestellt,

«dass der eingeklagte Artikel im Verlaufe einer Presspolemik geschrieben wurde, die gerade vom <VT> in leidenschaftlichen Weise und unter *steten Schmähungen* geführt worden war und dass das Gebaren des <VT> wohl eine Zurückweisung, wenn auch in anderer Form, verdient hatte. Angesichts des Tones, den die Klägerschaft in ihren Zeitungsartikeln angeschlagen hatte, konnte bei ihr unmöglich ein sehr feines Empfinden angenommen werden, was bei einem Genugtuungsanspruch wegen Verletzung in den persönlichen Verhältnissen ebenfalls ins Gewicht fällt.»<sup>318</sup>

Entsprechend belief sich die Genugtuungssumme nicht auf 30 000 Schweizer Franken, sondern lediglich auf 500 Franken. Hinzu kamen noch die Gerichtskosten, allerdings nur die des Bundesgerichts.<sup>319</sup> Zum Schluss seiner Ausführungen verwies der Bundesgerichtskorrespondent der *Neuen Zürcher Zeitung* noch auf die Form der «grossdeutschen» Prozessführung, die zeige, dass das «Blatt auch im politischen Kampfe seine eigenen Anstandsregeln» habe. Das «Hineintragen der politischen Leidenschaft in den Gerichtssaal wirkte befremdend, denn eine ununterbrochene Schmähung der Gegenpartei und der Andersdenkenden hat sich zum Glück noch nicht in unsere Prozesssitten eingebürgert.»<sup>320</sup>

Dass die *Neue Zürcher Zeitung* diesbezüglich ins Blickfeld geraten sei, hänge damit zusammen, dass die Zeitung die Vorarlberger Frage immer diskutiert habe und sich nicht von Beginn weg gegen einen Beitritt Vorarlbergs zur Schweiz ausgesprochen habe. Problematisch an dem Urteil aus Lausanne sei nicht der Einzelfall, sondern dass es für Journalisten nun schwieriger werde, sich gegen ungerechtfertigte Angriffe und Polemiken zur Wehr zu setzen und selber aus dem Miterleben zu schreiben. Auch mit Blick auf Polemiken des italienischen Ministerpräsidenten Mussolini um die Südschweiz sei das Urteil aus Lausanne nicht als unproblematisch zu betrachten, auch wenn nun gelte: «Lausanna locuta, causa finita!»<sup>321</sup>

<sup>316</sup> Urteil des Schweizerischen Bundesgerichts vom 18. Januar 1922, Dok. 47, [dodis.ch/55394](https://dodis.ch/55394).

<sup>317</sup> Ibid.

<sup>318</sup> *Neue Zürcher Zeitung* Nr. 250 vom 24. Februar 1922, Zweites Morgenblatt, S. 1, Dok. 48, [dodis.ch/55395](https://dodis.ch/55395).

<sup>319</sup> Ibid.

<sup>320</sup> Ibid.

<sup>321</sup> Ibid.



Der Entscheid aus Lausanne hätte ein guter Schlusspunkt sein können. Der direkte Nachweis einer Finanzierung oder Mitfinanzierung des *Vorarlberger Tagblatts* durch die AEG oder deutsche Stellen konnte nämlich nie erbracht werden, obschon deren Interesse an den Wasserkräften Vorarlbergs und an einer deutschfreundlichen Berichterstattung in Vorarlberg evident war und Gelder aus dem Deutschen Reich zum *Vorarlberger Tagblatt* flossen.<sup>322</sup> Zu einem Anschluss an das Deutsche Reich kam es schliesslich 1938. Die Option, sich der Schweiz anzuschliessen, war damals kein Thema mehr – ausser in der Münstertaler Gemeinde Taufers, die 1939 einen neuerlichen Anlauf für einen Schweizer Beitritt unternahm,<sup>323</sup> der allerdings scheiterte.

Eine besondere Ausnahme hatte es aber auf Gemeindeebene noch gegeben: Als die Republik Österreich 1922 in eine Inflationskrise schlitterte,<sup>324</sup> die ihre Existenz nochmals bedrohte, war es die Gemeinde Mittelberg, die sich erneut Gedanken über die eigene Zukunft machte und dabei den Weg der Selbstständigkeit nicht ausschloss.<sup>325</sup> Schon im Frühjahr 1919 hatte die Idee einer eigenen kleinen Republik Mittelberg zirkuliert, denn die Region verfügte (und verfügt bis heute) über keine direkte Landverbindung zum Rest Vorarlbergs. Obschon zollrechtliche Fragen seit 1891 vertraglich geregelt waren und ein Anschluss an Bayern nahegelegen hätte, hielten die Menschen im Kleinwalsertal einen «Anschluss an Bayern bei den gegenwärtigen misslichen Verhältnissen [...] gewiss nicht [für] empfehlenswert; denn wir sind nicht willens, die furchtbaren Lasten, welche die Verbandsmächte unsern Nachbarn auf 50 Jahre auferlegen dürften, mithelfen zu tragen.» Es bleibe daher nur der Ausweg, «vom Selbstbestimmungsrecht Gebrauch zu machen und «die kleine Republik» wie unser Tal von Regierungsmännern des Landes schon vor Jahren mit Vorliebe genannt wurde, in der Tat anzustreben.»<sup>326</sup> Ähnlich wie in Vorarlberg<sup>327</sup> standen vor allem Juden und Sozialisten in der Kritik, weil vor Ort die Überzeugung herrschte, diese würden mit den Steuern aus dem Kleinwalsertal ihre hohen Gehälter sichern wollen. Die Selbstständigkeit mit einem wirtschaftlichen Anschluss an Bayern, so wie es zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Habsburgermonarchie bis anhin der Fall gewesen sei, wäre für das Kleinwalsertal am sinnvollsten: «Mittelberg den Mittelbergern, das Walsertal den Walsern!»<sup>328</sup>

<sup>322</sup> Witzig: Die Vorarlberger Frage, S. 172–174.

<sup>323</sup> Vgl. das Dossier CH-BAR#E2001D#1000/1551#636\* (B.11.31.1).

<sup>324</sup> Fritz Weber: «Zusammenbruch, Inflation und Hyperinflation. Zur politischen Ökonomie der Geldentwertung in Österreich 1918–1922», in: Konrad und Madertaner (Hg.): ... der Rest ist Österreich, Bd. 2, S. 7–32.

<sup>325</sup> Vgl. Lukas Herr: Ein «deutsches Monaco?» Die Selbstständigkeitsbestrebungen der Gemeinde Mittelberg im Jahr 1922 (Kleinwalsertaler Schriftenreihe, Heft 5), Mittelberg 2019.

<sup>326</sup> Bericht über einen Meinungs austausch über unsere künftige Zugehörigkeit der Gemeinde Mittelberg am 16. März 1919, in: *Vorarlberger Volksblatt* Nr. 68 vom 23. März 1919, Dok. 20, [do-dis.ch/55331](https://dis.ch/55331).

<sup>327</sup> Christian Koller: «... der Wiener Judenstaat, von dem wir uns unter allen Umständen trennen wollen.» Die Vorarlberger Anschlussbewegung an die Schweiz, in: Konrad und Madertaner (Hg.): ... der Rest ist Österreich, Bd. 1, S. 83–102.

<sup>328</sup> Bericht über einen Meinungs austausch über unsere künftige Zugehörigkeit der Gemeinde Mittelberg am 16. März 1919, in: *Vorarlberger Volksblatt* Nr. 68 vom 23. März 1919, Dok. 20, [do-dis.ch/55331](https://dis.ch/55331).

Als 1922 die Gefahr eines neuerlichen Auseinanderbrechens der Republik Österreich wieder akut war, kam die Idee erneut auf. So berichtete der österreichische Postenkommandant der Gendarmerie in Mittelberg am 1. September 1922: «Im Tale ist eine *Selbstständigkeitsbewegung*, die beabsichtigt eine eigene Republik unter dem Protektorat Frankreichs zu errichten an deren Spitze Gemeindevorsteher Adalbert Fritz<sup>329</sup> steht und der zu diesem Zwecke mit England und Frankreich in Verbindung getreten sei».<sup>330</sup> Dieser Versuch sei jedoch gescheitert, da der Völkerbund sich geweigert habe, die Frage zu thematisieren.<sup>331</sup>

Die Sache war jedoch nicht ausgestanden, wie die darauffolgende Korrespondenz zeigt. So meldete sich der Leiter der Bezirkshauptmannschaft Bregenz, Hofrat Karl Anton Josef Ritter von Koepf, zu Wort. Er forderte von Gemeindevorsteher Fritz, «diesen wilden Gerüchten aufklärend entgegen zu treten und die Mitglieder der Gemeindevertretung zur Mitwirkung hierbei aufzufordern.»<sup>332</sup> Solche «Losreissungsbestrebungen» seien angesichts der Bestimmungen des Friedensvertrages von St. Germain aussichtslos und es wäre unschön, wenn sich das «immer als loyal geschätzte Land und Volk des kleinen Walsertales solcher Art kompromittiert» und die Gemeindefunktionäre gar des Hochverrats verdächtigt würden.<sup>333</sup> Auf dieses Schreiben regierte Bezirksinspektor Kaspar Felder mit Erstaunen, denn die Sache werde «ganz offen besprochen» und gemäss seinen Informationen sei die Landesregierung in Bregenz auch darüber informiert.<sup>334</sup>

So rasch die Idee entstanden war, verflog sie auch wieder. Am 4. November 1922 drangen Informationen durch das *Vorarlberger Volksblatt* schliesslich an die Öffentlichkeit. Dieses bezeichnete die Hoffnung auf sinkende oder gar keine Steuern durch die Errichtung einer Spielbank als die wahren Motive der Bemühungen für eine Schaffung einer Republik Mittelberg. Es sei zwar erstaunlich, dass sich die Behörden und Einwohner in Mittelberg der Illusion hingegeben hätten, dass ein solches lasterhaftes Projekt zu ihrem Vorteil werden könnte, aber daraus sei nun nichts geworden.

Über das Gerücht, dass eine Eingabe Mittelbergs an den Völkerbund erfolgt sei, mokierte sich das *Vorarlberger Volksblatt* und betonte, dass diese Eingabe, sollte es sie gegeben haben, mit Sicherheit in jenen Riesenpapierkörben der Aktenschränke in Genf gelandet sei.<sup>335</sup> Der schweizerische Gesandte in Wien, Charles Daniel Bourcart, griff diesen Bericht auf und berichtete dem Aussenministerium, dass die Bewegung rasch zusammengebrochen sei. Anfänglich habe eine grosse Aufregung geherrscht, aber dann habe Landeshauptmann Otto Ender es geschafft, die Lage zu beruhigen. Sollte Österreich doch noch zusammenbrechen, so werde

<sup>329</sup> Adalbert Fritz, [dodis.ch/P59409](https://dodis.ch/P59409).

<sup>330</sup> Tageseintrag vom 1. September 1922 in der Gendarmerie-Chronik über Begebenheiten im Walsertal, verfasst vom Postenkommandanten der Gendarmerie Mittelberg, Johann Steigner, Dok. 49, [dodis.ch/55396](https://dodis.ch/55396).

<sup>331</sup> Ibid.

<sup>332</sup> Schreiben des Leiters der Bezirkshauptmannschaft Bregenz, Hofrat Karl A. J. Ritter von Koepf, an den Gemeindevorsteher von Mittelberg, Adalbert Fritz, vom 6. Oktober 1922, Dok. 50, [dodis.ch/55397](https://dodis.ch/55397).

<sup>333</sup> Ibid.

<sup>334</sup> Vertrauliches Schreiben von Bezirksinspektor Kaspar Felder an den Leiter der Bezirkshauptmannschaft Bregenz, Hofrat Karl A. J. Ritter von Koepf, vom 8. Oktober 1922, Dok. 51, [dodis.ch/55398](https://dodis.ch/55398).

<sup>335</sup> *Vorarlberger Volksblatt* vom 4. November 1922, S. 1.

Mittelberg aber keine eigene Republik werden, so Ender, sondern sich Deutschland anschliessen.<sup>336</sup> Kurze Zeit später ergänzte Bourcart nach einem Besuch bei Ender, dass die Situation Mittelbergs natürlich schwierig sei, weil es wirtschaftlich so sehr von Deutschland abhängt. Es handle sich bei der Gemeinde aber um einen sich durchaus von Bayern unterscheidenden Ort, der «vorarlbergisch und speziell walserisch» sei. Was Landeshauptmann Ender besonders umtreibe, sei die Frage, «wer in dieser Sache beim Völkerbund den Vermittler spiele.»<sup>337</sup>

Die Versuche, diese Eingabe zu eruieren, vermochten ihr Ziel allerdings nicht zu erreichen. Am 29. November 1922 meldete der Sektionschef des österreichischen Bundesministeriums für Äusseres, Franz Peter, dem Landeshauptmann Otto Ender, dass sich der Völkerbund nie mit der Angelegenheit Mittelberg beschäftigt habe. Es gebe «keine Spur einer von der Gemeinde Mittelberg an den Völkerbund gerichteten Eingabe»,<sup>338</sup> was als Hinweis gedeutet werden kann, dass eine solche entweder – wie vom *Vorarlberger Volksblatt* vermutet – beim Völkerbund in Genf verschwand<sup>339</sup> oder womöglich gar nie existierte.

Im Januar intervenierte Ender ein letztes Mal in Wien bei Aussenminister Alfred Grünberger, weil er aus Mittelberg vernommen hatte, dass der Völkerbundrat sich für nicht zuständig erklärt habe und die Sache bei der Botschafterkommission sei, die mit Wien in Verhandlungen stehe.<sup>340</sup> Nicht zuletzt aufgrund seiner eigenen Erfahrungen mit der Vorarlberger Frage war Ender misstrauisch und wollte in diesem Fall genau informiert sein, wie die Angelegenheit vor dem Völkerbund verhandelt wurde. Grünberger versicherte Ender erneut, dass es gemäss Österreichs Vertreter beim Völkerbund «keine Spur einer von der Gemeinde Mittelberg an den Völkerbund gerichteten Eingabe»<sup>341</sup> gebe. Er werde nun der ganzen Sache nochmals nachgehen, da sich die Angaben, die Ender aus Mittelberg erhalten habe, nicht mit dem decken würden, was er aus Genf als Antwort erhalten habe.<sup>342</sup>

Weitere Dokumente zu diesen Angelegenheiten existieren nach derzeitigem Kenntnisstand nicht. Es bleibt also die Frage, ob es sich bei der Idee einer selbstständigen Republik Mittelberg um eine reine Spinnerei oder um ein ernsthaftes Vorhaben handelte.<sup>343</sup> Klar ist, dass die Meinungen in diesem Fall geteilt waren. In die Sache involviert waren alle Ebenen eines Staates, von der Staatsspitze über das Land bis hin zur Gemeinde. Die Beteiligten versuchten dabei immer auch ihre eigenen und häufig unterschiedlichen Interessen durchzusetzen. Darin unterschieden sich die Vorarlberger Frage ebenso wie die Bemühungen der Münstertaler

**336** Schreiben des schweizerischen Gesandten in Wien, Charles D. Bourcart, an die Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departements vom 13. November 1922, [dodis.ch/55242](https://dodis.ch/55242).

**337** Schreiben des schweizerischen Gesandten in Wien, Charles D. Bourcart, an den Vorsteher des Politischen Departements, Bundesrat Giuseppe Motta, vom 28. November 1922, Dok. 52, [dodis.ch/55227](https://dodis.ch/55227).

**338** Schreiben des Sektionschefs des österreichischen Bundesministeriums für Äusseres, Franz Peter, an Landeshauptmann Otto Ender vom 29. November 1922, Dok. 53, [dodis.ch/55399](https://dodis.ch/55399).

**339** *Vorarlberger Volksblatt* Nr. 244 vom 4. November 1922, S. 1.

**340** Schreiben von Landeshauptmann Otto Ender an den österreichischen Bundesminister für Äusseres, Alfred Grünberger, vom 16. Januar 1923, Dok. 54, [dodis.ch/55400](https://dodis.ch/55400).

**341** Schreiben des österreichischen Bundesministers für Äusseres, Alfred Grünberger, an Landeshauptmann Otto Ender vom 20. Januar 1923, Dok. 55, [dodis.ch/55401](https://dodis.ch/55401).

**342** Ibid.

**343** Vgl. Herr: «Ein deutsches Monaco?», S. 13.

- 62 Gemeinde Taufers oder des Kleinwalsertales nicht von strukturellen politischen Prozessen anderswo und waren mit diesen auch immer verknüpft, wie die Diskussionen über das Selbstbestimmungsrecht während der Pariser Friedenskonferenz eindrücklich zeigen. Die Bemühungen der Akteure aus Vorarlberg unterschied sich hier nur in Nuancen von denjenigen ägyptischer, indischer oder koreanischer Aktivisten.

Daniel Marc Segesser, Patrick Maître, Céline Rüttimann, Wolfgang Weber, Sandra Feuz-Nyffenegger, Oliver Heinzle, Hannes Leidinger, Carlo Moos, Nicola Schiess, Melanie Sommer, Oswald Überegger und Sacha Zala

1

14.–18.10.1918  
[dodis.ch/55207](https://dodis.ch/55207)

*Politischer Bericht des schweizerischen Gesandten in Wien, Ch. D. Bourcart, an den Vorsteher des Politischen Departements, F. Calonder*

Im Bericht geht es um die Auseinandersetzungen Österreich-Ungarns mit seinen Nachbarländern, die innere politische Lage, die drohende Gefahr des Bolschewismus sowie die Stimmung in Vorarlberg zu Gunsten eines Anschlusses an die Schweiz.

2

6.11.1918  
[dodis.ch/55213](https://dodis.ch/55213)

*Sitzung des Gemeindeausschusses der Gemeinde Taufers*

Die Gemeinde Taufers beschliesst den Anschluss der Gemeinde an die Schweiz unter Anerkennung vollster Gleichberechtigung mit den Schweizerbürgern und der Wahrung der Religionsfreiheit.

3

6.11.1918  
[dodis.ch/55214](https://dodis.ch/55214)

*Der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartement, E. Schulthess, an den schweizerischen Gesandten in Paris, A. Dunant*

Die allgemeine politische Lage wird in den Regionen Süddeutschland, Wien, Tirol und Vorarlberg als besonders kritisch beurteilt. Ein Ausbruch von Konflikten in den genannten Gebieten wird als durchaus möglich eingeschätzt.

4

11.11.1918  
[dodis.ch/55318](https://dodis.ch/55318)

*Bericht des Mitglieds der liechtensteinischen Landesregierung, W. Beck*

Liechtenstein ersucht den Bundesrat um Schutz für die Grenze zu Vorarlberg. Liechtenstein sei als neutraler Staat in keiner Weise politisch abhängig von Vorarlberg oder Tirol.

5

22.11.1918  
[dodis.ch/55320](https://dodis.ch/55320)

*Flugblatt der Anschlussbewegung in der Gemeinde Lustenau*

Angesichts der schwierigen Lage nach dem Ende des Ersten Weltkrieges ruft der sich konstituierende Werbeausschuss, dessen Vorstand sich anfänglich ausschließlich aus Einwohnern der Gemeinde Lustenau zusammensetzte, die Vorarlberger Bevölkerung dazu auf, sich für einen Anschluss Vorarlbergs an die Schweiz einzusetzen.

64

6

30.11.1918

[dodis.ch/55321](https://dodis.ch/55321)

*Wochenbericht des liquidierenden k. u. k. Geschäftsträgers in Bern, L. de Vaux, an das k. u. k. Ministerium des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Äussern*

Erstmals wird eine mögliche Einverleibung Vorarlbergs durch die Schweiz erwähnt. Der Schweiz wird vorgeworfen, dass sie sich nun auch einen Anteil an der Liquidation Mitteleuropas herausnehmen wolle.

7

17.12.1918

[dodis.ch/55323](https://dodis.ch/55323)

*Der Landwirtschaftliche Bezirksverein Unterrheintal an die Regierung des Kantons St. Gallen*

Die Gemeinden Gaissau, Höchst und Fussach streben einen Anschluss an die Schweiz an. Dieses Begehren wird auch von den Landwirtschaftlichen Bezirksvereinen unterstützt.

8

20.12.1918

[dodis.ch/55215](https://dodis.ch/55215)

*Die Gemeinden Gaissau, Höchst und Fussach an die Regierung des Kantons St. Gallen*

Die Gemeinden Gaissau, Höchst und Fussach wenden sich mit dem Wunsch, ein Teil der Schweiz zu werden, an den Regierungsrat des Kantons St. Gallen und den schweizerischen Bundesrat. Beigelegt ist ein von zahlreichen Personen unterschriebener Petitionsbogen.

9

24.12.1918

[dodis.ch/55216](https://dodis.ch/55216)

*Der Landammann und Regierungsrat des Kantons St. Gallen an den Bundesrat*

Der St. Galler Regierungsrat richtet sich aufgrund der Anschlussanfrage der vorarlbergischen Gemeinden Gaissau, Höchst und Fussach an den Bundesrat. Der Regierungsrat unterstützt das Anliegen der Vorarlberger Gemeinden. Ein Anschluss würde viele Vorteile mit sich bringen.

10

26.1.1919

[dodis.ch/55325](https://dodis.ch/55325)

*Redunanza comünala di 26 Jenner 1919*

Die Gemeinde Münstair unterstützt den Wunsch der Gemeinde Taufers, sich der Schweiz anzuschliessen und setzt sich entsprechend für das Anliegen ein.

11

30.1.1919

[dodis.ch/55326](https://dodis.ch/55326)

*Circul Val Münstair Protokol administrativ*

Der Kreis (Circul) Val Münstair beschliesst das Anschlussgesuch der Gemeinde Taufers ohne Meinungsäusserung an die kantonalen Behörden weiterzuleiten.



- 65            **12**  
30.1.1919  
[dodis.ch/55217](https://dodis.ch/55217)  
*L. Möhr an den Vorsteher des Politischen Departements,  
F. Calonder*  
Die südtirolische Gemeinde Taufers möchte sich der Schweiz anschliessen. In der Gemeinde laufen bereits zahlreiche Diskussionen über Vor- und Nachteile eines Anschlusses.
- 13**  
9.2.1919  
[dodis.ch/55327](https://dodis.ch/55327)  
*Der Mittelberger Gemeindevorsteher, F. Felder, an den Lustenauer  
Lehrer, F. Riedmann*  
In Mittelberg wird eine Unterschriftensammlung für den Anschluss an die Schweiz nicht geduldet. Eine Verteilung von Flugblättern wird allerdings gestattet.
- 14**  
15.2.1919  
[dodis.ch/55328](https://dodis.ch/55328)  
*Sitzung des Kleinen Rates des Kantons Graubünden*  
Der Regierungsrat des Kantons Graubünden beschliesst, das Anschlussbegehren der Gemeinde Taufers an den Bundesrat weiterzuleiten, anstatt selbst einen Entscheid zu fällen.
- 15**  
28.2.1919  
[dodis.ch/55329](https://dodis.ch/55329)  
*Landtags-Wahlordnung für das Land Vorarlberg*  
Die Landtagswahlordnung vom Februar 1919 regelt auch die Frage, wer beim Referendum vom Mai 1919 stimmberechtigt ist – für «Frauenpersonen» gelten besondere Bestimmungen.
- 16**  
\*.3.1919  
[dodis.ch/54284](https://dodis.ch/54284)  
*Der Bund Schweizerischer Frauenvereine an die  
Bundesversammlung*  
Im Parlament sind verschiedene Motionen zu den politischen Rechten der Frauen hängig. Bezug nehmend darauf, fordert der Bund schweizerischer Frauenvereine die Bundesversammlung auf, den Frauen das Stimm- und Wahlrecht zu garantieren.
- 17**  
7.3.1919  
[dodis.ch/55218](https://dodis.ch/55218)  
*Notice du Chef de Division des Affaires étrangères du  
Département politique, Ch. L. E. Lardy, au Conseil fédéral*  
La Conférence de Paris abordant sans notification préalable les sujets les plus divers, le Département politique estime ne pas pouvoir attendre plus longtemps pour demander au Conseil Fédéral des instructions sur l'attitude qu'il doit prendre au sujet des agrégations de territoire à la Suisse.

66

18

8.3.1919

[dodis.ch/55330](https://dodis.ch/55330)

*Die Sektion Vorarlberg des Reichsverbandes der österreichischen Industriellen an den Bundesrat*

Der Verband der Vorarlberger Industriellen bittet die Regierung des Kantons St. Gallen um eine Stellungnahme zur Eingabe an den Bundesrat, in welcher sich die Verbandspitze aus wirtschaftlichen und industriepolitischen Gründen gegen einen Anschluss Vorarlbergs an die Schweiz ausspricht.

19

15.3.1919

[dodis.ch/55219](https://dodis.ch/55219)

*Die schweizerischen Mitglieder der internationalen Rheinregulierungskommission, G. Narutowicz und A. Riegg, an den Oberbauinspektor des Schweizerischen Oberbauinspektorats, L. Bürkly*

Es geht um die Frage, welche finanziellen Folgen auf die Schweiz mit Blick auf den Unterhalt des Fussacher Durchstichs zukommen würden, falls der Aufnahme der drei Rheindeltagegemeinden Gaissau, Höchst und Fussach zugestimmt würde.

20

23.3.1919

[dodis.ch/55331](https://dodis.ch/55331)

*Zeitungsartikel im Vorarlberger Volksblatt*

Ein Beitritt zur Schweiz wird abgelehnt. Für das Kleinwalsertal wird nur die Option einer eigenständigen kleinen Republik im Sinne des Selbstbestimmungsrechts der Völker als erstrebenswert erachtet.

21

28.3.1919

[dodis.ch/55220](https://dodis.ch/55220)

*Rapport pour le Chef du Département politique, F. Calonder, pour la séance du 29 Mars 1919*

Le rapport reflète l'opinion des journaux traitant des questions du Vorarlberg. U. Vetsch fait également pression sur le Département politique pour qu'il prenne une décision rapidement. Les délégations du Tyrol et du Vorarlberg sont venues à Berne pour proclamer leur indépendance et fixer les conditions de leur décision.

22

28.3.1919

[dodis.ch/55333](https://dodis.ch/55333)

*Zeitungsartikel in Der Bund*

Das Frauenstimmrecht wird als Argument für oder gegen den Anschluss Vorarlbergs an die Schweiz aufgeführt. Das Frauenstimmrecht wird unter den «Begleitgeschenken» aufgelistet.

- 67            23  
 2.4.1919  
[dodis.ch/55221](https://dodis.ch/55221)  
*Séance du 2 avril 1919 du Conseil fédéral*  
 Le Conseil fédéral examine actuellement la question de savoir s'il faut réagir à l'interpellation de Gelpke. Des inquiétudes subsistent quant à l'acceptation de la population suisse, en particulier concernant les différentes régions linguistiques de la Suisse et les dettes du Vorarlberg.
- 24  
 30.4.1919  
[dodis.ch/55336](https://dodis.ch/55336)  
*Aufruf des Vorarlberger Schwabenkapitels an Bauern und Sticker*  
 Der Verein «Vorarlberger Schwabenkapitel» warnt vor den kurzfristigen Verlockungen eines Anschlusses an die Schweiz, der sie vorwirft, Vorarlberg damit unter die Kontrolle der Entente bringen zu wollen. Auch in Anbetracht wirtschaftlicher Faktoren würde ein Anschluss an das Deutsche Reich mehr Sinn machen.
- 25  
 \*.4.1919  
[dodis.ch/55379](https://dodis.ch/55379)  
*Flugblatt*  
 Der Autor des Flugblatts macht sich über die Bemühungen von Vorarlbergern, sich der Schweiz anschliessen zu wollen, lustig. Ein Zuwachs sei für die Schweiz keineswegs wünschenswert und Vorarlberg wäre der Schweiz mit der Zeit «übrig».
- 26  
 3.5.1919  
[dodis.ch/55222](https://dodis.ch/55222)  
*Memorandum of the Swiss Government for the Peace Conference*  
 Vorarlbergs economic situation and connections to Switzerland are discussed. The Swiss attitude is not very positive for the preservation of Vorarlberg, and the Swiss public opinion would not allow a Swiss territory to be ceded in return.
- 27  
 14.5.1919  
[dodis.ch/55380](https://dodis.ch/55380)  
*The British Counsellor in Bern, R. Lyon-Dalberg-Acton, to the Secretary of State for Foreign Affairs, G. Curzon of Kedleston*  
 The head of the Political Department is still waiting for a final decision on the annexation of the Vorarlberg. According to the author, an annexation would only be a means to prevent Vorarlberg from joining Germany.
- 28  
 11.6.1919  
[dodis.ch/55381](https://dodis.ch/55381)  
*The British Counsellor in Bern, R. Lyon-Dalberg-Acton, to the British Secretary of State for Foreign Affairs, G. Curzon of Kedleston*  
 The Prince of Liechtenstein has taken up residence in the principality, undoubtedly, to demonstrate his position as sovereign. This is all the more necessary since this is the fourth visit to his principality in 61 years.

- 68            29  
12.6.1919  
[dodis.ch/55382](https://dodis.ch/55382)  
*Der Leiter der Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departementes, Ch. L. E. Lardy, an den Vorarlberger Landeshauptmann, O. Ender*  
Die Einhaltung des Selbstbestimmungsrechts Vorarlbergs ist eine zwingende Voraussetzung für einen möglichen Anschluss an die Schweiz. Die Einhaltung des Selbstbestimmungsrechts sollte deshalb rasch abgeklärt werden.
- 30  
14.6.1919  
[dodis.ch/55383](https://dodis.ch/55383)  
*Der Vorarlberger Landesrat an die deutschösterreichische Staatsregierung in Wien*  
Die deutsch-österreichische Regierung wird darum gebeten, das Selbstbestimmungsrecht Vorarlbergs anzuerkennen und bei der Entente zu erwirken.
- 31  
15.7.1919  
[dodis.ch/44229](https://dodis.ch/44229)  
*Séance du Conseil fédéral du 15 juillet 1919*  
Le Conseil fédéral est d'avis qu'il faut éviter toute discussion territoriale dans les régions qui touchent aux frontières italiennes et aux contrées dont la possession peut être contestée par l'Italie; ainsi l'agrégation de Taufers à la Suisse, demandée par les habitants ne doit pas être prise en considération.
- 32  
26.7.1919  
[dodis.ch/55384](https://dodis.ch/55384)  
*A. Zumtobel an die Gläubigerschaft im Konkurse der Firma Brüder Fitz in Lustenau*  
Das Bezirksgericht von Dornbirn gibt den Konkurs der Firma «Brüder Fitz» bekannt. Um noch offene Forderungen zu tilgen, gibt es eine öffentliche Versteigerung. Die Gläubiger werden entsprechend informiert.
- 33  
15.8.1919  
[dodis.ch/55224](https://dodis.ch/55224)  
*Die Vorarlberger Landesregierung an den Bundesrat*  
Vom Volk beauftragt äussert die Vorarlberger Landesregierung den Wunsch, dass das Selbstbestimmungsrecht an der Friedenskonferenz zur Sprache kommt. Allerdings weigert sich die deutsch-österreichische Regierung es ausdrücklich anzuerkennen.
- 34  
17.8.1919  
[dodis.ch/55223](https://dodis.ch/55223)  
*Les délégués du Vorarlberg, P. Pirker et G. Neubner, au Président de la Conférence de Paix, G. Clemenceau*  
Les délégués du Vorarlberg exigent que le président de la Conférence de paix de Paris reconnaisse le droit du Vorarlberg à l'autodétermination, car le gouvernement germano-autrichien a jusqu'à présent ignoré la demande du Vorarlberg et n'en a pas inscrit l'ordre du jour à la Conférence de paix.

69

35

19.8.1919

[dodis.ch/55385](https://dodis.ch/55385)

*Resolution from the British Delegation to the Supreme Council of the Paris Peace Conference*

The Central Committee for Territorial Affairs in Europe should be instructed to examine the question of Liechtenstein and Vorarlberg, and it would be desirable to comply with the applications for accession of Vorarlberg to the Swiss Confederation.

36

9.11.1919

[dodis.ch/55386](https://dodis.ch/55386)

*Zeitungsartikel in der Neuen Zürcher Zeitung*

E. Rietmann kritisiert in seinem Artikel zur Vorarlberger Frage die Haltung des Vorarlberger Tagblatts und löst damit eine grosse Kontroverse aus.

37

15.11.1919

[dodis.ch/56196](https://dodis.ch/56196)

*Der Bund Schweizerischer Frauenvereine an die Bundesversammlung*

Der Bund schweizerischer Frauenvereine drückt sein Bedauern aus, dass Frauen nicht an der Abstimmung zum Beitritt der Schweiz zum Völkerbund teilnehmen können, weil sie das Stimmrecht nicht besitzen.

38

25.11.1919

[dodis.ch/55387](https://dodis.ch/55387)

*The British Envoy to Switzerland, T. Russell, to the Secretary of State for Foreign Affairs, G. Curzon of Kedleston*

F. Calonder's Speech to the National Council about the necessity to support the Vorarlberg, at least by delivering economic support.

39

16.12.1919

[dodis.ch/55388](https://dodis.ch/55388)

*Le Président de la Conférence de Paix, G. Clemenceau, au Chancelier d'État de la République d'Autriche, K. Renner*

G. Clemenceau commente les tendances à l'autodétermination dans le Vorarlberg et dans d'autres régions d'Europe. Il mentionne notamment l'article 88 et entend respecter l'intégrité du territoire germano-autrichien.

40

\*.12.1919

[dodis.ch/55389](https://dodis.ch/55389)

*Notice de la Section juridique de la Société des Nations sur le Vorarlberg*

La Société des Nations ne peut résoudre seule le problème du Vorarlberg. En ce qui concerne l'application de l'article 15 du Traité de Saint-Germain, seule la Suisse peut le faire.

70

41

3.1.1920

[dodis.ch/55390](https://dodis.ch/55390)

*Der Vorarlberger Landeshauptmann, O. Ender, an den Staatskanzler der deutschösterreichischen Republik, K. Renner*  
Die Vorgänge in Vorarlberg können nicht mit denjenigen in Tirol, Salzburg oder Westungarn verglichen werden. Die Vorarlberger Frage muss denn auch weiterhin losgelöst von den anderen Regionen betrachtet werden.

42

21.1.1920

[dodis.ch/55225](https://dodis.ch/55225)

*Bericht des Komitees Pro Vorarlberg*  
Die Versorgungslage in Vorarlberg ist wie im gesamten Österreich desaströs. Ein Anschluss Vorarlbergs an die Schweiz wird in der Bevölkerung zunehmend positiv bewertet. Die Schweizer Presse berichtet wenig über die Vorarlberger Frage.

43

18.6.1920

[dodis.ch/55392](https://dodis.ch/55392)

*Der Delegierte der Vorarlberger Landesregierung, P. Pirker, an den Redaktor des Vorarlberger Volksblattes, H. Nägele*  
P. Pirker gibt Auskunft über seine Reisen und Vortragstätigkeit in der Schweiz inklusive einer detaillierten Liste mit allen finanziellen Ausgaben.

44

31.8.1920

[dodis.ch/55226](https://dodis.ch/55226)

*Mitteilung des Schweizer Hilfswerk für Vorarlberg*  
Das Schweizer Hilfswerk für Vorarlberg gibt mit mehreren Tabellen und Verzeichnissen ausführlich Auskunft über die Hilfeleistungen und die Spenden zugunsten von Vorarlberg.

45

\*.10.1920

[dodis.ch/55228](https://dodis.ch/55228)

*Mitgliederliste des Hilfsausschusses des bernischen Pro Vorarlberg Komitees*  
Auf der Liste sind alle Mitglieder des bernischen Pro Vorarlberg Komitees namentlich aufgeführt.

46

12.9.1921

[dodis.ch/55393](https://dodis.ch/55393)

*Urteil des Obergerichtes des Kantons Zürich*  
Nachdem das Bezirksgericht Zürich die Klage abgewiesen hatte, legten die Kläger Berufung beim Obergericht des Kantons Zürich ein. Das Obergericht wies die Berufung zurück und bestätigte das Urteil des Bezirksgerichts.

47

18.1.1922

[dodis.ch/55394](https://dodis.ch/55394)

*Urteil des Schweizerischen Bundesgerichts*  
Im Gegensatz zur Vorinstanz kommt das Bundesgericht zum Schluss, dass der Beklagte Rietmann auf die Beschimpfungen des Vorarlberger Tagblattes mit einer Verleumdung, d. h. mit positiv unwahren Anschuldigungen geantwortet habe. Der Beklagte muss den Klägern eine Genugtuung bezahlen.



- 71            48  
24.2.1922            *Zeitungsartikel in der Neuen Zürcher Zeitung*  
[dodis.ch/55395](https://dodis.ch/55395)            Ausführliche Berichterstattung über den Prozess zwischen  
der NZZ und dem Vorarlberger Tagblatt. Der Prozess hat  
eine übermässige Ausdehnung erfahren, was in erster Linie  
auf die Prozessführung der Kläger zurückzuführen sei.
- 49  
1.9.1922            *Gendarmerie-Chronik über Begebenheiten im Walsertal.*  
[dodis.ch/55396](https://dodis.ch/55396)            *Tageseintrag vom 1. September 1922*  
Es gibt im Tal eine Selbstständigkeitsbewegung, deren Ziel  
es ist, eine eigenständige Republik unter dem Protektorat  
Frankreichs zu errichten. Da sich der Völkerbund nicht mit  
der Frage befasst wollte, ist das Vorhaben gescheitert.
- 50  
6.10.1922            *Der Hofrat und Leiter der Bezirkshauptmannschaft Bregenz,*  
[dodis.ch/55397](https://dodis.ch/55397)            *K. Ritter von Koepf, an den Gemeindevorsteher von Mittelberg,*  
*A. Fritz*  
Immer wieder hört man Nachrichten und Gerüchte über die  
Bestrebungen zur Selbstständigmachung des Kleinen Wal-  
sertales. Diese Gerüchte sollen mit aller Deutlichkeit zurück-  
gewiesen werden.
- 51  
8.10.1922            *Der Bezirksinspektor in Riezlern, K. Felder, an den Hofrat und*  
[dodis.ch/55398](https://dodis.ch/55398)            *Leiter der Bezirkshauptmannschaft Bregenz, K. Ritter von Koepf*  
Über die Selbstständigkeitsbewegung wird bereits offen ge-  
sprochen. Ein Mann aus Berlin – angeblich ein ehemaliger  
politischer Beamter – soll hinter der Sache stecken. Es beste-  
hen offenbar konkrete Pläne für eine Umsetzung.
- 52  
28.11.1922            *Der schweizerische Gesandte in Wien, Ch. D. Bourcart, an den*  
[dodis.ch/55227](https://dodis.ch/55227)            *Vorsteher des Politischen Departements, G. Motta*  
Die Frage der unabhängigen Republik Mittelberg wurde von  
einer unbekanntenen Person im Völkerbund vorgetragen. Es  
wäre interessant, diese Person zu kennen. Die Lage der Ge-  
meinde Mittelberg wird sowohl wirtschaftlich als auch zoll-  
politisch als schwierig eingeschätzt.
- 53  
29.11.1922            *Der Sektionschef des österreichischen Bundesministeriums für*  
[dodis.ch/55399](https://dodis.ch/55399)            *Äusseres, F. Peter, an den Vorarlberger Landeshauptmann,*  
*O. Ender*  
Der Völkerbund hat sich nie mit der Selbstständigmachung  
des Kleinen Walsertals befasst. Von einer Eingabe der Ge-  
meinde Mittelberg an den Völkerbund fehlt jede Spur.

72

54

16.1.1923

[dodis.ch/55400](https://dodis.ch/55400)

*Der Vorarlberger Landeshauptmann, O. Ender, an den Bundesminister für Äusseres in Wien, A. Grünberger*

Die Eingabe der Gemeinde Mittelberg an den Völkerbund wurde im Völkerbund nicht behandelt. Mittlerweile sollen Verhandlungen der Gemeinde mit der Regierung in Wien begonnen haben, die es aufmerksam zu verfolgen gilt.

55

20.1.1923

[dodis.ch/55401](https://dodis.ch/55401)

*Der Bundesminister für Äusseres in Wien, A. Grünberger, an den Vorarlberger Landeshauptmann, O. Ender*

Bisher gab es keine Verhandlungen zwischen der Gemeinde Mittelberg und der Regierung in Wien. Zudem soll abgeklärt werden, ob die Eingabe Mittelbergs an den Völkerbund nun tatsächlich existiert hat oder nicht.

## Dokumente



[dodis.ch/55207](https://dodis.ch/55207)

Auszug

*Politischer Bericht des schweizerischen Gesandten in Wien, Ch. D. Bourcart, an den  
Vorsteher des Politischen Departements, F. Calonder<sup>1</sup>*

Streng vertraulich

Wien, 14.–18. Oktober 1918

[...] 18. Oktober 1918 [...]<sup>2</sup>

Im ganzen genommen findet das kaiserliche Manifest<sup>3</sup> in der Presse keine sehr gute Aufnahme. Es wird einerseits als verspätet und als Schlag ins Wasser bezeichnet, andererseits als verfrüht, weil es die Auflösung des Bestehenden bedeute, bevor etwas anderes an dessen Stelle treten könne. Das Reich zerfalle jetzt und man wisse gar nicht mehr, wer in dessen Namen zu sprechen befugt sei. Die «Neue Freie Presse» spricht von einem «Ministerium Wilson alias Husarek».<sup>4</sup> In der Tat, man kann sich fragen, ob nicht zu guter letzt Wilson auch als Retter in der Not angerufen wird. Dass eine Zerstückelung Österreichs nicht im wohlverstandenen Interesse Europas liege, sollte der Entente klar werden und ist, wenn ich nicht irre, auch schon vom «Temps» hervorgehoben worden. Ein in Stücke gegangenes Österreich wäre ein gewiss nicht wünschbarer zweiter Balkan. Beiläufig darf ich noch erwähnen, dass mir zugetragen wird, im Vorarlberg sei, für den Fall, dass die Monarchie ganz in die Brüche gienge, eine Stimmung zu Gunsten eines Anschlusses an die Schweiz vorhanden. Diese Stimmung ist nicht neu. Ich erinnere mich wie mir vor ca. 25 Jahren, als ich zur Gamsjagd im Vorarlberg eingeladen war, die Jagdhüter anvertrauten: «Wenn der alte Herr (Kaiser Franz-Joseph<sup>5</sup>) einmal die Augen schliessen werde, da könnte wohl das Reich auseinanderfallen und dann wäre es das beste für das Ländchen, wenn es zur Schweiz käme».

Ob eine solche Vergrößerung im wohlverstandenen Interesse der Schweiz läge, wage ich nicht zu entscheiden. Vorarlberg zählt ca. 150 000 Einwohner meist katholischer Konfession und gilt als klerikal gesinnt. (In Feldkirch haben die Jesuiten eine bekannte Erziehungsanstalt errichtet). Die Industrie ist ziemlich bedeutend, teilweise in schweizerischen Händen. Sitten, Sprache und Charakter sind denjenigen der Ostschweizer sehr ähnlich. Gesetzt der Fall aber, dass Vorarlberg

<sup>1</sup> *Politischer Bericht Nr. 23: CH-BAR#E2300#1000/716#1244\* (188). Verfasst von Charles D. Bourcart (1860–1940), [dodis.ch/P19421](https://dodis.ch/P19421), gerichtet an den Vorsteher des Politischen Departements, Bundesrat Felix Calonder (1863–1952), [dodis.ch/P333](https://dodis.ch/P333).*

<sup>2</sup> *Für das vollständige Dokument vgl. das Faksimile [dodis.ch/55207](https://dodis.ch/55207).*

<sup>3</sup> *Gemeint ist das Völkermanifest von Kaiser Karl vom 16. Oktober 1918.*

<sup>4</sup> *Neue Freie Presse vom 18. Oktober 1918, S. 1, [www.anno.onb.ac.at](http://www.anno.onb.ac.at).*

<sup>5</sup> *Franz-Joseph I. von Österreich-Ungarn (1830–1916), [dodis.ch/P32402](https://dodis.ch/P32402), Kaiser von Österreich-Ungarn von 1848 bis 1916.*



76

wäre uns ein an und für sich nicht unwillkommener neuer eidgenössischer Stand, müssten wir nicht befürchten, dass ihn uns Italien als Kompensation für den Kanton Tessin angerechnet haben möchte?

[...]

[dodis.ch/55213](https://dodis.ch/55213)

*Sitzung des Gemeindeausschusses der Gemeinde Taufers<sup>1</sup>*

Taufers, 6. November 1918

Antrag

P. 1. Der Gemeindevorsteher<sup>2</sup> beantragt, darüber zu beschliessen, ob man die schweizer Regierung nicht um die Aufnahme der Gemeinde Taufers<sup>3</sup> in der Republick Schweiz bitten soll, indem die ganze hiesige Bevölkerung diesen Wunsch längst schon geäussert hat und immer wieder äussert.

Beschluss

ad P. 1.) Sodann allseitig zugegeben wird, dass dieses tatsächlich allgemeiner Wunsch der Bevölkerung sei, wird einstimmig beschlossen, der schweizerischen Republick beizutreten, unter Anerkennung vollster Gleichberechtigung mit den freien Schweizer-Bürgern und vollster Wahrung der religiösen Freiheit.

---

<sup>1</sup> Protokoll: CH-BAR#E2001B#1000/1501#532\* (B.14.211.P.21.6). Verfasst und unterzeichnet wurde das Protokoll vom Gemeindevorsteher Josef Eberhardt (1882–1949), [dodis.ch/P58915](https://dodis.ch/P58915), sowie zusätzlich unterzeichnet von Gemeinderat Johan Ruffinatscha (1876–1944), [dodis.ch/P58918](https://dodis.ch/P58918), Gemeinde-Ausschuss-Mitglied Josef (Anton) Maurer (1864–1943), [dodis.ch/P58919](https://dodis.ch/P58919), Gemeinde-Ausschuss-Mitglied Christian Steiner (1873–1947), [dodis.ch/P59457](https://dodis.ch/P59457) und Gemeinderat Andrä (Andreas) Hellrigl (1854–1931), [dodis.ch/P59458](https://dodis.ch/P59458). Anwesend waren acht Ausschussmitglieder. Die politische Organisation der Gemeinde Taufers bestand im Jahr 1918 auf Basis des damals gültigen Gemeindegesetzes der Habsburgermonarchie (Rgbl. 18/1862) aus einem Gemeindevorstand (Dorfvorsteher und zwei Gemeinderäte), der die allgemeinen Grundsätze, nach welcher die Gemeindeverwaltung geführt wird, bestimmte und die Verwaltung der Gemeinde überwachte sowie dem Gemeinde-Ausschuss, der das verwaltende und vollziehende Organ darstellte.

<sup>2</sup> Josef Eberhardt (1882–1949), [dodis.ch/P58915](https://dodis.ch/P58915), Gemeindevorsteher Taufers.

<sup>3</sup> Zur Frage des Anschlusses der Gemeinde Taufers an die Schweiz vgl. auch Dok. 10, [dodis.ch/55325](https://dodis.ch/55325); Dok. 11, [dodis.ch/55326](https://dodis.ch/55326); Dok. 14, [dodis.ch/55328](https://dodis.ch/55328) sowie [dodis.ch/55537](https://dodis.ch/55537).

[dodis.ch/55214](https://dodis.ch/55214)

*Der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, E. Schulthess, an den schweizerischen Gesandten in Paris, A. Dunant<sup>1</sup>*

Privat

6. November 1918

Nach persönlicher Mitteilung, die ich von der deutschen Grenze erhalten habe, wird die Situation in Süd-Deutschland eminent kritisch. Die katastrophalen Verhältnisse die sich in Wien, aber auch in Tirol und Vorarlberg entwickeln, und deren Folgen unabsehbar sind, werden höchst wahrscheinlich nach Deutschland und zwar gerade nach Süd-Deutschland überschlagen. Es steht zu fürchten, dass eine rasch demobilisierte deutsche Armee zurückflutet, genau wie heute die österreichische, und hinter sich nichts als Verderben und Ruinen lässt. Damit ist die Revolutionierung Deutschlands da. Der Zersetzungsprozess ist heute, wie mir mitgeteilt wird, schon sehr weit gediehen. Jede Kleinigkeit kann Anlass zum Ausbruch von blutigen Konflikten geben. Selbst in Singen stehen die Verhältnisse ganz schwierig. Die Beschaffung von Zahlungsmitteln ist nicht gesichert und schon allein daraus können sich in den Fabriken blutige Konflikte ergeben.

Bei uns bitten Delegierte des Tirols<sup>2</sup> und Vorarlberg<sup>3</sup> um Hülfe vor dem Hungertod. Ohne Einwilligung der Entente können wir von vornherein nichts tun, abgesehen davon, dass auch unsere Vorräte furchtbar bescheiden sind.

<sup>1</sup> Schreiben: CH-BAR#J1.6#1000/1355#51\* (2). Verfasst vom Vorstehers des Volkswirtschaftsdepartements, Bundesrat Edmund Schulthess (1868–1944), [dodis.ch/P2150](https://dodis.ch/P2150), gerichtet an den schweizerischen Gesandten in Paris, Alphonse Dunant (1869–1942), [dodis.ch/P7708](https://dodis.ch/P7708).

<sup>2</sup> Die Tiroler Delegation wurde von Michael Mayr (1864–1922), [dodis.ch/P39603](https://dodis.ch/P39603), dem Leiter des Tiroler Landesarchivs und ehemaligen Abgeordneten im Reichsrat sowie dem Tiroler Landtag geleitet.

<sup>3</sup> Die Vorarlberger Delegation bestand aus Alois Amann (1864–1932), [dodis.ch/P35325](https://dodis.ch/P35325), Bürgermeister von Hohenems, Ferdinand Kinz (1872–1935), [dodis.ch/P61054](https://dodis.ch/P61054), Bürgermeister von Bregenz von 1906 bis 1929, Fritz Preiss (1877–1940), [dodis.ch/P59246](https://dodis.ch/P59246), Stellvertreter des Vorarlberger Landeshauptmanns von 1918 bis 1920, sowie Gustav Neubner (1886–1949), [dodis.ch/P38788](https://dodis.ch/P38788). Vgl. das Protokoll der 2. Sitzung der provisorischen Vorarlberger Landesversammlung 1918/1919 vom 9. November 1918, *Stenographische Sitzungsberichte 1918*, S. 17.

[dodis.ch/55318](https://dodis.ch/55318)

*Bericht des Mitglieds der liechtensteinischen Landesregierung, W. Beck*<sup>1</sup>

MISSION BETR. GRENZSCHUTZ U. LEBENSMITTELVERSORGUNG BEIM  
SCHWEIZ. BUNDESRATE IN BERN (9. NOVEMBER 1918)

Vaduz, 11. November 1918

Wie ich bereits den Herrn Regierungsvorsitzenden<sup>2</sup> verständigte, habe ich Herrn Nationalrat Grünenfelder<sup>3</sup> in Flums eingeladen, mir in Bern bei den verschiedenen Amtsstellen behilflich zu sein. Ich ging dabei von der Voraussetzung aus, dass dieser angesehene Herr mit seiner persönlichen Bekanntschaft in Bern den Wünschen unseres Landes einen möglichst wirkungsvollen Nachdruck zu verleihen im Stande sei.

Zuerst sprachen wir bei Herr Bundespräsident Calonder<sup>4</sup> vor, teilten ihm den Zweck der Mission mit, darauf liess er Herrn Minister Lardy,<sup>5</sup> Chef für auswärtige Angelegenheiten, kommen und legte ihm das Gesuch betr. Gewährung eines Grenzschutzes gegen Vorarlberg durch schweiz. Mannschaft eventuell von Lieferung von Waffen und Munition und andererseits betr. die Lebensmittelversorgung vor.<sup>6</sup>

Präsident und Minister äussern Bedenken völkerrechtlicher Natur gegen Abgabe von Mannschaft. Der Bundespräsident will die Frage wegen Abgabe von Waffen wohlwollend prüfen, empfiehlt, diese Frage auch mit dem Vorsteher des Justizdepartementes Müller<sup>7</sup> und des Militärdepartementes Decoppet<sup>8</sup> zu besprechen.

Hinsichtlich der Lebensmittelversorgung verwies er auf das Gesuch der Vertreter von Vorarlberg und Tirol<sup>9</sup> und machte Mitteilung, dass der französische Botschafter<sup>10</sup> heute nachmittags 2 Uhr mitgeteilt habe, dass mit Rücksicht auf die Besetzung Nordtirols durch bayrische Truppen von der Ausfuhr von Lebensmit-

1 *Bericht*: LI-LA SF 13/1918/4987 ad 1. Verfasst von Wilhelm Beck (1885–1936), [dodis.ch/P59307](https://dodis.ch/P59307), Mitglied des provisorischen Vollzugausschusses.

2 Martin Ritter (1872–1947), [dodis.ch/P59308](https://dodis.ch/P59308), Vorsitzender des provisorischen Vollzugausschlusses.

3 Emil Grünenfelder (1873–1971), [dodis.ch/P7918](https://dodis.ch/P7918), Jurist und St. Galler Nationalrat von 1905 bis 1943.

4 Felix Calonder (1863–1952), [dodis.ch/P333](https://dodis.ch/P333), Vorsteher des Politischen Departements von 1918 bis 1920 und Bundespräsident 1918.

5 Charles L. E. Lardy (1875–1939), [dodis.ch/P5288](https://dodis.ch/P5288), Chef der Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departements von 1918 bis 1920.

6 Hintergrund dieses Anliegens waren Befürchtungen, dass es in Vorarlberg zu Kämpfen zwischen italienischen und bayrischen Truppen kommen könnte. Zudem befürchtete Liechtenstein, von heimkehrenden Kriegsgefangenen überflutet zu werden.

7 Eduard Müller (1848–1919), [dodis.ch/P33689](https://dodis.ch/P33689), Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartements von 1914 bis 1919.

8 Camille Decoppet (1862–1925), [dodis.ch/P30481](https://dodis.ch/P30481), Vorsteher des Militärdepartements von 1914 bis 1919.

9 Vgl. dazu Dok. 3, [dodis.ch/55214](https://dodis.ch/55214).

10 Paul Dutasta (1873–1925), [dodis.ch/P37213](https://dodis.ch/P37213), französischer Botschafter in Bern von 1918 bis 1920.

teln aus der Schweiz nicht die Rede sein könne. Wir machten darauf aufmerksam, dass Liechtenstein ein selbständiger, neutraler Staat sei, der Landesverweser<sup>11</sup> von österr. Herkunft demissioniert habe und durch eine Regierung<sup>12</sup> des vom Volke gewählten Landtages ersetzt worden sei. Alle drei Mitglieder<sup>13</sup> seien liechtenst. Staatsangehörige. Im weitern klären wir dahin auf, dass die Zeitungsmeldungen, wonach Liechtenstein den Anschluss an Deutsch-Österreich nachgesucht habe, vollständig unbegründet seien.<sup>14</sup> Für die vollständige Neutralität Liechtensteins dürfte auch der Umstand sprechen, dass die Regierung Liechtensteins nun von der Schweiz Schutz der Grenzen gegen Vorarlberg zu erhalten wünsche, wobei es sich allerdings nicht um einen feindseligen Akt gegen Vorarlberg, sondern einzig und allein um polizeilichen Grenzschutz handelt.

Herrn Bundesrat Müller, Vorsteher des Justizdepartementes, werden die beiden Fragen ebenfalls unterbreitet, er glaubt, dass die Abgabe von Militär für die Grenzbewachung Liechtensteins gegen Vorarlberg kaum angehen werde; dagegen ist er der Meinung, dass rechtlich gegen die Verabfolgung (Verkauf oder Leihe) von Waffen und Munition an Liechtenstein kaum Einwendungen erhoben werden könnten, da es sich nicht um eine feindselige Handlung gegen irgend einen andern Staat, sondern nur um Schutz des eigenen Gebietes und um polizeiliche Massnahmen handle. Er glaubt im Übrigen, dass die Gefahr der Invasion aus Tirol nach den ihm bekannten Meldungen nicht sehr gross sei, indem die Gefangenen, in der Hauptsache Italiener, mit der Eisenbahn aus Österreich durch die Schweiz direkt nach Chiasso raschest befördert werden und sodann scheine die Welle der zurückflutenden österr. Reichsarmee sich bereits auf der Richtung nach Innsbruck nach Osten verzogen zu haben, er gibt auch Kenntnis von der heute nachmittags eingegangenen obenerwähnten Note des französischen Botschafters hinsichtlich der Lebensmittelversorgung Vorarlbergs und Tirols. Er empfiehlt ebenfalls, über die militärische Frage mit dem Militärdepartement eine Unterhandlung zu pflegen.

Dem Vorsteher des Militärdepartementes, Bundesrat Decoppet, wird die Frage des Grenzschutzes, wie oben erwähnt, ebenfalls auseinandergesetzt. Er teilt die Auffassung der früher erwähnten Mitglieder des Bundesrates in dieser Frage, will sich aber vorerst noch mit dem Generalstabschef von Sprecher<sup>15</sup> besprechen und dann definitiven Bescheid erteilen. Am Schlusse machte er die Mitteilung, dass der deutsche Kaiser<sup>16</sup> nach eben eingelangten Meldungen abgedankt habe.

Auf Empfehlung des Bundespräsidenten und Herrn Minister Lardy wird die Frage der Lebensmittellieferung auch noch mit Herrn Ernährungsdirektor von Goumoëns<sup>17</sup> unterbreitet, er erklärte in erster Linie, dass im gegenwärtigen Zeit-

11 Leopold von Imhof (1869–1922), [dodis.ch/P59309](https://dodis.ch/P59309), Landesverweser Liechtensteins von 1914 bis 1918.

12 Gemeint ist der provisorische Vollzugausschuss unter Führung von Martin Ritter, der im «Novemberputsch» vom 7. November 1918 an die Macht gelangt war.

13 Franz Josef Marxer (1871–1958), [dodis.ch/P61053](https://dodis.ch/P61053), Mitglied des provisorischen Vollzugausschusses.

14 Vgl. beispielsweise «Der liechtensteinische Landesverweser abgesetzt», in: *St. Galler Tagblatt* Nr. 263 vom 8. November 1918, Abendblatt, S. 3.

15 Theophil Sprecher von Bernegg (1850–1927), [dodis.ch/P2249](https://dodis.ch/P2249), Chef des Generalstabs der Schweizer Armee von 1914 bis 1919.

16 Kaiser Wilhelm II. (1858–1941), [dodis.ch/P4262](https://dodis.ch/P4262), Kaiser des Deutschen Reiches von 1888 bis 1918.

17 Eduard von Goumoëns (1874–1959), [dodis.ch/P24605](https://dodis.ch/P24605), Direktor des Eidg. Ernährungsamts von 1918 bis 1919.

punkte von Abgabe von Lebensmitteln aus der Schweiz aufgrund der Note des französischen Botschafters, die er verliest, nicht die Rede sein könne. Es wird darauf erwidert, dass Liechtenstein mit Vorarlberg und Tirol in keiner Weise in politischer Abhängigkeit oder Angehörigkeit stehe, sondern ein selbstständiger Staat sei. Es wird ferner auseinandergesetzt, dass der Bezug einzelner wichtiger Artikel (z. B. Getreide) nicht schon im gegenwärtigen Zeitpunkte, aber doch spätestens anfangs 1919 notwendig sei, während allerdings andere möglichst bald erhältlich gemacht werden sollten. Man werde ein Verzeichnis der verschiedenen Artikel, deren Lieferung man nötig habe, nächstens einreichen u. zw. deren Quantität und der Zeitpunkt deren Lieferung und Bedarfes darin angeben. Als selbstverständlich wurde angesehen, dass die Lieferung sich höchstens bis zur Quantität der Rationierung in der Schweiz zu gehen habe u. dass andererseits Liechtenstein in der Lage wäre, einige Tausend m<sup>3</sup> Holz und eine gewisse Anzahl Vieh, beides in näher zu bestimmenden Quantitäten an die Schweiz kompensationsweise abgeben könnte.<sup>18</sup> Der Herr Direktor bezeichnet diese Mitteilung als begrüssenswert und wünscht die Abgabe des überschüssigen Viehes in möglichst kurzer Zeit, was wegen des Heuverbrauches auch im Interesse Liechtensteins liege.

Er gibt auch die Bestimmungen bekannt, welche für die Lebensmittellieferung an Vorarlberg aufgestellt worden sind und die sehr entgegenkommend gehalten erscheinen. Daraus ist zu entnehmen, dass die Schweiz die Artikel abliefern würde an die Grenze ohne Verlust und ohne Gewinn und mit der Bestimmung, dass ein dem schweiz. Ernährungsamt unterstehender Inspektor die Bevölkerungszahl und die im Lande schon vorhandenen Quantitäten festzustellen hätte, da die Versorgung nicht reichlicher sein dürfe, als sie sich in der Schweiz selbst gestalte.

Bei der hierauf folgenden zweiten Verhandlung mit dem Vorsteher des Militärdepartementes erklärt dieser, dass er nach Rücksprache mit dem Generalstabchef hinsichtlich der Abgabe von Waffen und Munition entschieden habe, dass die eidgenössische Kriegsmaterialverwaltung 100 Gewehre, Modell 1889/90, samt Bajonett und einer Dotation Munition verabfolgt werden könnte.

Hierauf wird beim Inspektor der Kriegsmaterialverwaltung Major Kunz<sup>19</sup> in erster Linie Erkundigung eingezogen über die Erwerbspreise der Gewehre und Zubehör und Munition, wobei sich folgende Preise ergeben: das Gewehr zu 100 Fr. (einschliesslich Bajonett), Gewehrriemen 1.60, Leibgurt 1.70, Bajonett-scheidentasche 1.60, Patronentasche 3.70 Frs. Totalkosten für ein Gewehr 108.60. Munition pro Gewehr 100 Patronen à 9.5 Rappen. Ferner wurden angeboten alte Manlicher Gewehre Preis ungefähr 90 Frs. pro Stück, diese haben aber den Nachteil eines komplizierten Verschlusses und seien nicht zu empfehlen. Weitere

<sup>18</sup> Liechtenstein ersuchte in der Folge das deutschösterreichische Staatsamt der Finanzen, der Ausfuhr von «Kompensationswaren wie Holz, Rindvieh, Streue usw. [...] keine Schwierigkeiten zu bereiten», vgl. das Schreiben der liechtensteinischen Regierung an das deutsch-österreichische Staatsamt der Finanzen vom 23. Dezember 1918, LI-LA SF 13/1918/5442 ad 1. Die Besichtigung des zur Ausfuhr vorgesehenen Viehs durch einen schweizerischen Viehexperten ergab allerdings das Resultat, dass nur wenig erstklassiges Vieh vorhanden sei und Vieh deshalb nicht in grösserem Umfang für Kompensationsgeschäfte in Frage komme, vgl. das Schreiben der liechtensteinischen Regierung an das Ernährungsamt vom 28. Dezember 1918, LI-LA SF 13/1918/5501 ad 1.

<sup>19</sup> Adolf Kunz (1877–1959), [dodis.ch/P59310](https://dodis.ch/P59310), Schweizer Offizier, Inspektor von 1916 bis 1938.



Mitteilungen über die Waffenfrage sind an Herrn Nationalrat Grünenfelder in Flums mitzuteilen.

Dr. Beck behält sich vor, diese Offerte der Landesregierung vorzulegen und dann durch Vermittlung des vorgenannten Herrn weitere Mitteilung an die Kriegsmaterialverwaltung gelangen zu lassen.

Bei allen Departementen wird erklärt, dass die Landesregierung sich hinkünftig auch der Vermittlung für allfällige weitere Unterhandlungen des Herrn Nationalrates Grünenfelder bedienen werde.

Bei allen Departementen wird darauf hingewiesen, dass die Frage des Grenzschutzes dringendster Natur sei mit Rücksicht auf die Verhältnisse in Vorarlberg, die noch unsicherer geworden seien infolge der neuesten Ereignisse in Deutschland.

Der Herr Ernährungsdirektor gibt der sichern Überzeugung Ausdruck, dass infolge des Waffenstillstandes mit Deutschland die Lebensmittelversorgung Liechtensteins durch die Schweiz möglich sei. In Bezug auf Petroleum sei gar keine Aussicht vorhanden, da die Schweiz mit Rücksicht auf die Transportschwierigkeiten aus Rumänien her kein Petrol erhalte.

Die von der Landesregierung an ihr Mitglied Dr. Beck ausgestellte Vollmacht wird an Herrn Minister Lardy übergeben.

Es wird dem Bundespräsidenten, Minister Lardy und dem Direktor des Ernährungsamtes mitgeteilt, dass die Zeitungsmeldungen über Liechtenstein zum grössten Teil falsch seien und es wird ihnen der Vorgang den Tatsachen entsprechend auseinandergesetzt. Beim Bundespräsidenten wird noch auf das Schreiben, welches Herr Fabrikant Jenny<sup>20</sup> in Ziegelbrücke auf Anregung des Direktors Arbenz<sup>21</sup> in Triesen an ihn eingesandt habe, aufmerksam gemacht. Der Bundespräsident erklärte, dass er ein solches Schreiben noch nicht erhalten habe. Im weiteren sagte er, dass wir den schweiz. Soldaten für ihren allfälligen Dienst in Liechtenstein mehr als nur den Sold bezahlen müssten.

---

<sup>20</sup> Fritz Jenny (1856–1923), [dodis.ch/P19008](https://dodis.ch/P19008), Textilfabrikant.

<sup>21</sup> Armin Arbenz (1878–1925), [dodis.ch/P61052](https://dodis.ch/P61052), Schweizer Fabrikdirektor der Baumwollweberei Jenny, Spörry & Cie. von 1910 bis 1925.

[dodis.ch/55320](https://dodis.ch/55320)

*Flugblatt des Werbeausschusses für einen Anschluss Vorarlbergs an die Schweiz<sup>1</sup>*

VORARLBERGER!

*[Lustenau, 22. November 1918]*

Die Umwälzungen auf allen Gebieten haben auch unserem lieben, kleinen Vorarlberg eine schwere Zukunft gebracht. Sein Schicksal soll sich in nächster Zeit entscheiden. Dies gilt hauptsächlich von der Staatszugehörigkeit. Darin liegt das Glück oder das Unglück des ganzen Landes. Wir müssen den Boden vorbereiten, damit das Schicksal Vorarlbergs zur richtigen Zeit günstig gestaltet werde.

Deshalb heisst es jetzt schnell, aber gut überlegen, prüfen, erwägen, welcher Anschluss, uns dem Gesamtvolke des Landes Vorarlberg die natürlichste, gerechteste, wirtschaftlich günstigste Aussicht für die Zukunft bietet.

Vorarlberger! Überlegt gründlich nach Alemannenart, und lasst Euch nicht beeinflussen von jungen Hitzköpfen, die sich von Parteileidenschaft beherrschen lassen. Seid nicht zu übermodern im Glauben, nur das Neueste sei gut, seid aber nicht zu konservativ in der Meinung, nur das Alte, Gewesene habe Bestand, sei aus der Erfahrung hervorgegangen.

Das Alte war, und unsere im Feuer der Geschütze geläuterten Männer und unser in Not und Sorge geprüftes Volk müssen Neues, Besseres aufbauen. Sie alle sind bestimmt, die Zukunft glücklich zu gestalten und die Früchte der grossen eigenen Saat einzuheimsen.

Zu diesem Aufbau sammle das gesamte Volk die Bausteine sehr vorsichtig und untersuche sie ernstlich.

Vorarlberger! Diese Wahl ist ernst und schwer, doch nicht unmöglich. Jeder von Euch sieht in nächster Nähe das einzige Staatswesen, das den Umwälzungen des alles zerstörenden Weltkrieges standgehalten und heute noch wie seit sechshundert Jahren dasteht. Es ist ein Staatswesen, wie das unsere werden soll, vom Volke selbst für das Volk geschaffen. Und darum hat es in sich im ärgsten Chaos rein erhalten.

Dieses Staatswesen soll deshalb auch unser Vorbild sein beim Aufbau; es soll unser Wegweiser und Endziel sein. Wir haben Kraft genug in uns, um uns in das alte, ehrwürdige, aus dem Alemannenvolke hervorgegangene Staatswesen

<sup>1</sup> *Flugblatt: AT-HistAL Gemeindeblätter (1918). Verfasst vom Werbeausschuss in der Gemeinde Lustenau für den Anschluss Vorarlbergs an die Schweiz im Zusammenhang mit einer Werbeveranstaltung im Lustenauer Kronensaal am 22. November 1918, eingebunden in das Lustenauer Gemeindeblatt vom 24. November 1918. Der Werbeausschluss bestand aus Ferdinand Riedmann (Obmann), [dodis.ch/P59162](https://dodis.ch/P59162), Georg Bösch (Obmann-Stellvertreter), [dodis.ch/P59030](https://dodis.ch/P59030), Rudolf Hofer (Fabrikant), [dodis.ch/P59311](https://dodis.ch/P59311), Ernst Hämmerle (Fabrikant), [dodis.ch/P59312](https://dodis.ch/P59312), August Hämmerle (Bauer), [dodis.ch/P59313](https://dodis.ch/P59313), Ludwig Hämmerle (Strickereibesitzer), [dodis.ch/P59314](https://dodis.ch/P59314), Otto Riedmann (Wirt und Baumeister), [dodis.ch/P59315](https://dodis.ch/P59315), Gebhardt Kremmel (Schulleiter), [dodis.ch/P59316](https://dodis.ch/P59316), und Lorenz Walter (Sattler), [dodis.ch/P59317](https://dodis.ch/P59317).*

hineinzuleben und das zu werden, was das Vorbild schon ist, ein auf das Recht aufgebautes, durch Recht regierter Kanton. Dies soll uns Richtschnur sein in der Zukunft. Dieser Gedanke soll in der allernächsten Zeit die gesamten Vorarlberger zusammenführen zu einträchtiger Tat. *Wir müssen allen, die innerhalb und ausserhalb des Volkes an der Gestaltung unseres Schicksals mitwirken können, zeigen, nach welchem Staate Herz und Sinn der Vorarlberger gerichtet sind. Einem Volke, das arbeitsam und tüchtig allen Pflichten nachgekommen ist, wird man die Erfüllung seiner berechtigten Forderungen gewiss nicht versagen können. Dafür spricht die Geschichte.*

Zur Pflege dieses Gedankens hat sich in Vorarlberg in letzter Zeit eine Gesellschaft gebildet, die alle Vorarlberger zusammen- und einer besseren Zukunft im Rahmen eines Musterstaatswesens zuführen will.

Vorarlberger! Schliesst Euch dieser Gesellschaft an und helft mit raten und taten. Bildet Ortsgruppen, haltet aufklärende Vorträge, verbreitet unsere Flugblätter und ruft uns, wenn Euch unsere Mitwirkung erwünscht ist! Wir stehen jederzeit bereit. Die Sache eilt. In kürzester Zeit muss Klarheit geschaffen sein, in welcher Weise das Vorarlberger Volk sein Schicksal entschieden wissen will. Niemand, dem es um unsere Sache ernst ist, darf sich fernhalten von der Arbeit. Ein jeder arbeite mit uns!

*Also, Vorarlberger, auf zur guten, grossen Tat! Werdet Schweizer!*

[dodis.ch/55321](https://dodis.ch/55321)

*Wochenbericht des liquidierenden k. u. k. Geschäftsträgers in Bern, L. de Vaux, an das k. u. k. Ministerium des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Äussern<sup>1</sup>*

WOCHENBERICHT DER SCHWEIZERISCHEN PRESSE VOM 18. BIS  
25. NOVEMBER 1918

Bern, 30. November 1918

*Schweizer Innere Angelegenheiten*

Die Schweiz scheint auch allen Ernstes ihren Anteil aus der allgemeinen Liquidation Mitteleuropas herausnehmen zu wollen. Wie ich bereits öfters gemeldet habe, werden die Nachrichten über angebliche Unruhen in Vorarlberg und über die Wünsche der dortigen Bevölkerung, an die Schweiz angegliedert zu werden, in der Schweizer Presse mit einer unverkennbaren Tendenz verbreitet. Zwar betonen die Deutschschweizer Blätter, namentlich das Berner Tagblatt<sup>2</sup> und das Vaterland, dass eine jede Angliederung gegen den Willen der Bevölkerung selbst der Schweiz fern liegt, doch betonen auch diese Blätter, dass ein etwaiger Wunsch dieses «kleinen Völkchens» das dem Schweizer Volk so ähnlich sei, keinesfalls unbegreiflich wäre und dass die in der Schweiz vorhandenen Sympathien mit den alten guten Nachbarn eine engere Verbindung durchaus rechtfertigen könnten. Es wird ferner versichert, dass vor allem in den Kreisen der Vorarlbergischen Industrie, namentlich der Stickereiindustrie, welche aufs engste mit der Stadt St. Gallen verbunden sei, es zahlreiche Freunde eines Anschlusses an die Schweiz gebe. Die klerikale Liberté vom 19. gefällt sich bereits in einem historischen Rückblick, welcher die Vorarlberger Einwohnerschaft als eine Art Urschweizer darzustellen bemüht ist. Alle diese Syrenenklänge enden natürlich mit der Versicherung, dass die Schweiz keine Gebietserweiterung wünsche und dass den Völkern das volle Selbstbestimmungsrecht eingeräumt werden müsse.<sup>3</sup>

Andererseits trachtet man auch vom Besitzübergange Elsass-Lothringens wenigstens die möglichen wirtschaftlichen Vorteile abzuleiten. Die welsche Schweiz wirft sich natürlich stolz in die Brust: sie habe sich zuerst vom Kriegsanfang an der «gerechten Sache» angenommen, nun gebühre auch ihr die Führung in der ganzen Schweiz, die Repräsentanten des alten korrupten germanophilen Systems,

<sup>1</sup> *Politischer Bericht: AT-OeStA HHStA Diplomatie und Außenpolitik 1848–1918 GKA GsA Bern (70). Verfasst vom k. u. k. Gesandten in Bern, Léon Freiherr de Vaux (1870–1944), [dodis.ch/P38578](https://dodis.ch/P38578).*

<sup>2</sup> *Vgl. den Artikel «Eine grössere Schweiz», in: Berner Tagblatt, Nr. 512 vom 19. November 1918, [dodis.ch/55485](https://dodis.ch/55485).*

<sup>3</sup> *Nachträglich wurde die folgende Passage durchgestrichen: in welcher Weise sie sich jedoch die Ergebnisse dieses Selbstbestimmungsrechtes vorstellen, bedarf wohl keiner weiteren Erläuterung.*

die Schulthess,<sup>4</sup> Hoffmann,<sup>5</sup> Wille<sup>6</sup> und Konsorten müssten endgültig verschwinden. Andererseits trachtet bereits die Deutschschweizer Presse den wirtschaftlichen Nutzen hervorzuheben, der der Schweiz aus dem Anschluss des Elsass an Frankreich erwächst.<sup>7</sup> Die Basler Nachrichten vom 21. prophezeit bereits für Basel einen ungeheuren Aufschwung von der Wiederbelebung der alten Hauptlinie Brüssel–Luxemburg–Metz–Strassburg–Basel, sowie der Verbindung England und Frankreich–Belfort–Schweiz. Der *Démocrate* andererseits, sieht einen enormen Aufschwung des Berner Jura von der Eröffnung des Weltverkehrs Holland–Belgien–Nordfrankreich und einerseits Luxemburg und Elsass-Lothringen, andererseits Lötschberg und Simplon entgegen und fordert dementsprechend eine weitgehende Unabhängigkeit des jurassischen Bezirkes vom Berner Kanton, was stets eine Forderung der Welschen Gemüter bildete. Einen offiziellen Schlussakkord der kriegerischen Massnahmen, welche durch die Zentralmächte in der Schweiz aufrecht erhalten wurden, bildet die Auflösung der Schweizerischen Treuhandstelle. Deutschland hatte seinerzeit die Errichtung dieser Stelle verlangt, um zu verhindern, dass Waren, welche mit Hülfe deutscher Materialien, vornehmlich mit deutscher Kohle hergestellt wurden, in die Ententestaaten ausgeführt werden sollen. Mit Einstellung der Feindseligkeiten ist dieser Zweck dahin gefallen und die deutsche Regierung hat nunmehr erklärt, dass sie auf jegliche Kontrolle verzichte.

Im übrigen beschäftigte sich die öffentliche Meinung grösstenteils mit den Vorgängen anlässlich der Generalstreikbewegung sowie mit deren allfälligen Rückschlägen auf die Schweizer innere Politik. Diesbezüglich erlaube ich mir, auf meinen Bericht vom 27. dieses Monats zu verweisen.

#### *Ausland*

##### *Österreich-Ungarn*

Die Liquidierung des ehemaligen Donaureiches scheint eine schwierigere Aufgabe zu sein, als man sich dies seinerzeit am grünen Tisch vorgestellt hat. Die praktischen Folgen dieser Schwierigkeiten kommen auch in der neutralen Presse deutlich zum Ausdruck. Indessen früher die Schweizer Blätter entsprechend ihrer ententophilen oder ihrer zentralmächtefreundlichen<sup>8</sup> Orientierung für die eine oder die andere Lösung dieser Frage Stellung nahmen, herrscht jetzt völlige Unorientiertheit und es beschränken sich die Blätter grösstenteils auf die Wiedergabe der Meldungen der verschiedenen Pressbureaus und der augenscheinlich beeinflussten Propagandaartikel, die eigentlich neutrale Presse scheint sich jedoch kein Urteil gebildet und keine Stellung genommen zu haben. Das einzige, was einstimmig konstatiert wird, ist die Schwierigkeit dieser Liquidierung.

4 *Edmund Schulthess (1868–1944)*, [dodis.ch/P2150](https://dodis.ch/P2150), *Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements von 1912 bis 1935.*

5 *Arthur Hoffmann (1857–1927)*, [dodis.ch/P1912](https://dodis.ch/P1912), *Mitglied des Bundesrates von 1911 bis 1917.*

6 *Ulrich Wille (1848–1925)*, [dodis.ch/P22314](https://dodis.ch/P22314), *Schweizer Offizier und General der Schweizer Armee von 1914 bis 1918.*

7 *Die Passage wurde handschriftlich angepasst und hatte ursprünglich geheissen:* Andererseits trachtet bereits die Deutschschweizer Presse den wirtschaftlichen Nutzen der Schweiz von dem französischen Elsass hervorzukehren.

8 *Handschriftlich korrigiert aus:* zentralmächtlichen

Unter den konkreten Fragen, welche im Laufe der Berichtswoche eingehender besprochen wurden, nimmt der unabwendbare Konflikt zwischen Italien und den Jugoslawen die führende Stelle ein. Es wird betont, dass diese Frage eine äusserst heikle sei. Triest habe ein entsprechendes Hinterland nötig. Die einzige dalmatinische Küstenstadt, wo es eine italienische Majorität gebe, wäre Zara und dies wäre von jugoslawischen Gebieten umgeben. Fiume sei vollständig slavisch. Es genüge nicht, dass ein Emissär<sup>9</sup> von Fiume als Delegierter einer unbekanntenen Fraktion in Rom erscheine, um sich vor dem Senat in Loyalitätskundgebungen zu ergehen. Es müsste unbedingt zu gegenseitigen Konzessionen kommen, wozu die Jugoslawen gewiss bereit wären. Für Zara würden sie Italien vielleicht die ganze istrische Halbinsel gewähren. Doch an der kroatisch-dalmatischen Küste habe Italien nichts zu suchen. Wenn Italien auch auf diese südslavischen Gebiete Anspruch erhebe, so beweise es, dass ihm nichts an der Selbstbestimmung der Völker gelegen sei, sondern dass es nur den österreichischen Imperialismus mit einem anderen noch viel ungerechteren Imperialismus ersetzen will. So schrieben die sonst ausdrücklich westlich orientierten Genfer Blätter.

Die Frage des Anschlusses Deutschösterreichs an das Deutsche Reich beschäftigt auch die Gemüter. Die Tribune de Genève bringt die enorme Naivität auf, dem deutschösterreichischen Staat ein verlockendes Bild der Unabhängigkeit zu zeigen, wenn er sich entschliessen könnte, als ganz kleines neutrales Gebirgsländchen sich zu konstituieren. Es dürfte selbst seinen Kaiser behalten, wenn ihm dies Vergnügen machte und unter dessen Herrschaft es ebenso glücklich sein könnte, wie welcher Schweizer Kanton immer. Die Tribune de Lausanne hingegen findet, dass die Isolierung Deutschösterreich am Ende doch zur Wiedererweckung des alten österreich-ungarischen Reiches führen könnte und kommt zur Konklusion, dass man das Selbstbestimmungsrecht der Deutschösterreicher unter keinen Umständen vereiteln dürfte.

Nicht ohne Interesse ist das Buch des Schweizer Majors Tanner «Danubien, der Zukunftsstaat»,<sup>10</sup> das die Notwendigkeit eines Bundes der Donauvölker auf Grund der wirtschaftlichen Bedürfnisse betont und für ein grosses Reich von Bregenz bis zum Schwarzen Meere bereits eine zukünftige demokratische Verfassung ausarbeitet.

<sup>9</sup> Jovan Cvijić (1865–1927), [dodis.ch/P59318](https://dodis.ch/P59318), serbischer und jugoslawischer Geograph und Emissär von Fiume von 1917 bis 1919.

<sup>10</sup> Hermann Tanner: *Danubien, Weinfeldten/Leipzig* 1918.



[dodis.ch/55323](https://dodis.ch/55323)

*Der Landwirtschaftliche Bezirksverein Unterrheintal an die Regierung des Kantons  
St. Gallen<sup>1</sup>*

Rheineck, 17. Dezember 1918

Es ist Ihnen<sup>2</sup> bekannt, dass die drei vorarlbergischen Gemeinden Gaissau, Fuschach und Höchst den Beitritt zu der Schweiz anstreben.<sup>3</sup> Eine grosse Volksversammlung<sup>4</sup> in Höchst hat diesen so zu sagen einstimmigen Willen der Bevölkerung mit Begeisterung bekundet.

Es liegt daher nahe, dass diese Frage auch diesseits des Rheines diskutiert wird.

Da sie für die untern Gemeinden unseres Bezirkes von eminent landwirtschaftlicher Bedeutung ist, hat sie der Landw. Bezirksverein Unterrheintal in einer Vertrauensmännerversammlung in Rheineck besprechen lassen. Diese war von ca. 25 angesehenen und einflussreichen Landwirten dieser Gemeinden und dem Vorstande des Landwirtschaftlichen Bezirksvereins besucht.

Die Besprechung hatte einen vollkommen diskreten Charakter. Selbstverständlicherweise stellte man sich zum Vorneherein auf den Boden, dass die ganze Frage nur unter der Voraussetzung diskutiert werden könne, dass sie keine irgendwie nachteiligen politischen Folgen für die Schweiz habe.

Sollten derartige Gefahren bestehen, wäre die Angelegenheit für uns ohne Weiteres erledigt. Aber auch im andern Falle sind wir der Meinung, dass diese Frage vorderhand ganz der Initiative der drei vorarlbergischen Gemeinden überlassen werden muss. Schweizerischerseits wäre seitens der Behörden einzig eine wohlwollende Prüfung der Sache zuzusichern. Wir waren daher auch der Auffassung, dass aus unsern Beratungen nichts an die Öffentlichkeit gelangen sollte. Sie sollten einzig den Zweck verfolgen, unsere Behörden mit der Ansicht der untrheintalischen Landwirtschaft vertraut zu machen. Dies unser Standpunkt zur formellen Seite der Frage.

Auf diesem Boden entspann sich sodann eine sehr lebhaft und anregende Diskussion, an der sich bereits alle anwesenden Herren beteiligten.

Sie ergab einstimmig die Wünschbarkeit des Anschlusses der Gemeinden an die Schweiz.

<sup>1</sup> Schreiben: CH-StASG KA R.49b-1-3. Verfasst von der Vertrauensmännerversammlung der Landwirtschaftlichen Bezirksvereine Unterrheintal. Beigelegt war ein Unterstützungsschreiben der Gemeinden Rheineck, Thal und St. Margrethen vom 23. Dezember 1918, [dodis.ch/55488](https://dodis.ch/55488).

<sup>2</sup> Albert Mächler (1868–1937), [dodis.ch/P34685](https://dodis.ch/P34685), Landammann von 1918 bis 1919 und Mitglied des Regierungsrats des Kantons St. Gallen von 1902 bis 1936.

<sup>3</sup> Vgl. Dok. 8, [dodis.ch/55215](https://dodis.ch/55215).

<sup>4</sup> Vgl. den Artikel «Lokales: Die Anschlussfragen im Vorarlberg», in: *Allgemeiner Anzeiger. Publikationsmittel für das Unterrheintal und die angrenzenden appenzellischen Gemeinden* vom 10. Dezember 1918, [dodis.ch/55229](https://dodis.ch/55229).

Die Gründe müssen nicht lange gesucht werden.

Das Rheindelta gehört wirtschaftspolitisch heute schon zu der Schweiz. Ein grosser Teil dessen Bevölkerung hat seinen Arbeitsverdienst in der Schweiz und deckt seinen Konsumbedarf ebendasselbst. Andererseits ist ein grosser Teil ihres Bodens in Schweizerbesitz. Durch Zollseuchen und kriegspolitische Schranken ist dessen Bewirtschaftung aber vielfach erschwert. Der Boden kann daher nicht genügend intensiv und sorgsam bewirtschaftet werden. Obschon von vorzüglicher Qualität, liefert er daher nur relativ bescheidene Erträge. Im Falle eines Anschlusses des Rheindeltas an die Schweiz würde dessen Bewirtschaftung eine bedeutend bessere werden.

In diesem Zusammenhange ist auch daran zu erinnern, dass viele unserer Kleinbauern im Unterrheintal bei dieser Grenzregelung die Möglichkeit hätten, ihren allzukleinen Besitz etwas zu vergrössern. Aber nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch die übrigen Erwerbsgruppen würden hiebei gewinnen. Der Industrie und dem Gewerbe würden neue Arbeitskräfte und dem Handel eine vermehrte Konsumkraft zugeführt.

Auch die ungünstigen Milchverhältnisse in unserer Zone würden eine Besserung erfahren.

Zuletzt soll auch noch eine verkehrspolitische Frage – die Rheinschiffahrt – berührt werden.

Die Frage der Rheinschiffahrt gehört heute zu den aktuellen schweizerischen Wirtschaftsfragen. Die Schiffbarmachung des alten Rheines dürfte aber nur gewinnen, wenn der ganze Kanal mit seinen beiden Ufern und den dahinter liegenden Lagerflächen der schweizerischen Initiative zur Verfügung gestellt werden könnte.<sup>5</sup>

Die besagte Vertrauensmännerversammlung war daher der einmütigen Ansicht, dass die Angliederung des Rheindeltas an die Schweiz wirtschaftlich sowohl für die anstossenden schweizerischen Gemeinden als auch für das Delta selbst von sehr grossem Vorteil wäre.

Wir gestatten uns daher, Ihnen diesbezüglich unsere Auffassung kund zu tun und Sie höflich zu bitten, die oben erwähnten Gründe ebenfalls in den Bereich Ihrer Erwägungen ziehen zu wollen.

---

<sup>5</sup> Vgl. dazu ausführlicher die dreiteilige Artikelserie von Rudolf Gelpke: «Die Bodensee-Ostwacht», in: *Basler Nachrichten* vom 8., 9. und 11. Mai 1919, [dodis.ch/55790](https://dodis.ch/55790).

[dodis.ch/55215](https://dodis.ch/55215)

*Die Gemeinden Gaissau, Höchst und Fussach an die Regierung des Kantons St. Gallen*<sup>1</sup>

[20. Dezember 1918]

Die unterzeichneten Behörden der vorarlbergischen Gemeinden *Höchst*, *Fussach* und *Gaissau* und die mitunterzeichneten Bürger<sup>2</sup> dieser Gemeinden stellen hiermit das dringende Gesuch an Sie,<sup>3</sup> es möchte die rheintalische Schweizergrenze bis an den neuen Rhein hinaus verlegt und das Rheindelta in den Bezirk Unterrheintal und damit in den Kanton St. Gallen und in die Schweiz aufgenommen werden. Den Wunsch für diese *Grenzregulierung* haben wir schon lange vor dem Weltkriege gehegt, da wir, stammesverwandt mit der schweizerischen Grenzbevölkerung, schon lange gerne mit dieser verbunden gewesen wären und die Segnungen der so wohlbewährten Demokratie der benachbarten Schweiz für uns wünschten. Leider aber konnte dieses Ideal und unser Wunsch nie verwirklicht werden. Jetzt erst ist hiefür die Zeit da, da unser Mutterland ganz neue Gestaltung annehmen muss.

Wie sehr die von uns verlangte Grenze eine natürliche ist, geht schon daraus hervor, dass während dem Kriege die strategische Grenze ohne weiteres an den neuen Rhein verlegt wurde, wodurch unsere drei Gemeinden vom Mutterlande abgeschnitten waren, ohne einen andern Anschluss dafür zu finden. Wir waren dadurch überall ausgeschlossen und wurden lediglich zur Erfüllung unserer Landesplichten gefunden. Nun ist diese herbe Leidenszeit teilweise vorüber und wir wollen nun nicht versäumen, unsere alte Bitte hiemit bei Ihnen vorzubringen und um Ihre wohlwollende Hilfe zu ersuchen.

Neben der Sympathie für die Schweiz und ihre bewährten staatlichen Einrichtungen bestimmen uns auch Interessen und die Fürsorge für uns und unsere Nachkommen zu diesem Schritte, der sich in keiner Weise gegen das Mutterland

<sup>1</sup> Schreiben: CH-BAR#E2001B#1000/1501#531\* (B.14.211.P.21.4). Angehängt an das Schreiben war eine Petition der Behörden und der mitunterzeichneten Bürger der vorarlbergischen Gemeinden *Höchst*, *Fussach* und *Gaissau* an den Regierungsrat des Kantons St. Gallen und den Bundesrat. Der damalige Regierungsrat des Kantons St. Gallen bestand aus Landamman Albert Mächler (1868–1937), [dodis.ch/P34685](https://dodis.ch/P34685), Johann Baptist Schubiger (1848–1920), [dodis.ch/P58935](https://dodis.ch/P58935), Heinrich Scherrer (1847–1919), [dodis.ch/P34805](https://dodis.ch/P34805), Alfred Riegg (1863–1946), [dodis.ch/P58936](https://dodis.ch/P58936), Edwin Rukstuhl (1867–1939), [dodis.ch/P58934](https://dodis.ch/P58934), Johann Hauser (1853–1921), [dodis.ch/P17907](https://dodis.ch/P17907) und Gottlieb Baumgartner (1873–1948), [dodis.ch/P7533](https://dodis.ch/P7533). Für die Weiterleitung des Schreibens an den Bundesrat vgl. Dok. 9, [dodis.ch/55216](https://dodis.ch/55216).

<sup>2</sup> Insgesamt unterzeichneten 33 Bürger die Petition. Mehrheitlich handelte es sich dabei um Landwirte aus der Gemeinde *Gaissau*. Die Liste mit allen unterzeichnenden Personen findet sich im vollständigen Faksimile des Dokuments, [dodis.ch/55215](https://dodis.ch/55215). Analoge, nicht publizierte Listen existieren für die Gemeinden *Höchst* mit 453 unterzeichnenden Bürgern und für die Gemeinde *Fussach* mit 151 unterzeichnenden Bürgern. In *Höchst* waren 160 davon Landwirte, in *Fussach* 30.

<sup>3</sup> Albert Mächler (1868–1937), [dodis.ch/P34685](https://dodis.ch/P34685), Landamman von 1918 bis 1919 und Mitglied des Regierungsrats des Kantons St. Gallen von 1902 bis 1936.

richtet, denn dieses hat auch kein besonders Interesse für unser Rheindelta, indem irgend eine Zollkontrolle durch dasselbe erschwert und über alle Massen verteuert wird. Die Zollkontrolle verschlang hier früher allein per Jahr 30 000 Gulden.

Der Absatz unserer Landesprodukte und unser weiterer Verkehr ging bisher schon fast ausschliesslich nach der Schweiz und die benachbarten Rheintaler besitzen umgekehrt schon lange viel Boden in unseren Gemeinden und zwar sowohl Ortsgemeinden wie Private.

Also auch das veranlasst uns zur vorgebrachten Bitte, die ferner, wie bereits erwähnt wurde, getragen ist von unserer Überzeugung, von unserem alten Ideal und unserer Sympathie für die Schweiz, und die zudem durch ein altes, unwandelbares und freundnachbarliches Verhältnis mit unsern lieben Nachbarn im Rheintal und Appenzellerlande genährt wird.

Herr Landamman, geehrte Herren Regierungsräte, indem wir auf Ihre wohlwollende Hilfe gerne zählen und dafür wärmstens danken, hoffen wir alle zuversichtlich auf die baldige Erfüllung unseres Wunsches und Antrages.

[dodis.ch/55216](https://dodis.ch/55216)

*Der Landammann und Regierungsrat des Kantons St. Gallen an den Bundesrat<sup>1</sup>*

St. Gallen, 24. Dezember 1918

In letzter Zeit ist bei uns durch eine Deputation der vorarlbergischen Gemeinden Höchst, Gaissau und Fussach, unterstützt durch eine von der weitaus überwiegenden Mehrzahl der nämlichen Bevölkerung der genannten vorarlbergischen Landesgegend unterschriftlich eingereichten Petition,<sup>2</sup> und unter Bezugnahme auf die damit übereinstimmende Stellungnahme einer Sonntag, den 8. dieses Monats , in Höchst abgehaltenen, von mehr als 1000 Bürgern besuchten Volksversammlung, worüber die Berichterstattung in beiliegender Nummer 147 des Rheinecker «Allgemeiner Anzeiger»<sup>3</sup> einlässlichen Aufschluss erteilt, das eindringliche Gesuch an uns zu Ihren Händen gestellt worden, es möchten die nötigen Schritte eingeleitet werden, damit die rheintalische Schweizergrenze bis an den neuen Rhein hinaus verlegt und das die Gebiete der drei Gemeinden umschliessende, auf beiliegendem Blatt der Siegfriedkarte<sup>4</sup> eingezeichnete «Rheindelta» in den st. gallischen Bezirk Unterrheintal und damit in das Gebiet des Kantons St. Gallen aufgenommen werde. Wir lassen Ihnen die erwähnten Unterschriftenbogen, sowie eine die letzteren begleitende Zuschrift des mit der Weiterverfolgung der Aktion beauftragten Ausschusses an den Vorsitzenden unserer Behörde beiliegend in Original zugehen und glauben deshalb von der Wiederholung der Ausführungen, mit welchen die Petenten ihr Ansuchen in eindringlicher und überzeugender Weise begründen, Umgang nehmen zu sollen.

Es handelt sich bei der vorliegenden Angelegenheit, wie der Vertretung der Petenten auch bei ihrer persönlichen Vorstellung des nähern auseinandergesetzt worden ist, um die Frage der Angliederung eines bisher einem angrenzenden auswärtigen Staatsverbande angehörenden Gebietes und seiner Bevölkerung an die Schweiz und damit um eine Angelegenheit, deren nähere Prüfung und endgültige Entscheidung Sache der eidgenössischen Behörden, vorab Ihres h. Kollegiums ist. Indem wir daher uns beehren, hiemit das uns zugestellte Aktenmaterial Ihnen zur gefl. Weiterbehandlung zu übermitteln, zweifeln wir nicht daran, dass Sie einerseits alle Verhältnisse und Gesichtspunkte, welche vom Standpunkt der

<sup>1</sup> Schreiben: CH-BAR#E2001B#1000/1501#531\* (B.14.211.P.21.4). Verfasst und unterzeichnet von Albert Mächler (1868–1937), [dodis.ch/P34685](https://dodis.ch/P34685), St. Galler Landammann, und von Othmar Müller (1859–1923), [dodis.ch/P58939](https://dodis.ch/P58939), St. Galler Staatsschreiber. Grundlage für das Dokument bildete das Regierungsratsprotokoll vom gleichen Tag, [dodis.ch/55490](https://dodis.ch/55490).

<sup>2</sup> Vgl. Dok. 8, [dodis.ch/55215](https://dodis.ch/55215).

<sup>3</sup> Vgl. den Artikel «Lokales: Die Anschlussfragen im Vorarlberg», in: *Allgemeiner Anzeiger. Publikationsmittel für das Unterrheintal und die angrenzenden appenzellischen Gemeinden vom 10. Dezember 1918*, [dodis.ch/55229](https://dodis.ch/55229).

<sup>4</sup> *Topographischer Atlas der Schweiz 1870–1926, bekannt als Siegfriedkarte.*

nationalen und wirtschaftlichen Interessen unseres gesamten Schweizerlandes die Berücksichtigung des Gesuches unter bestimmten, noch näher festzusetzenden Bedingungen und Vorbehalten rechtfertigen, andererseits aber auch die Bedenken und Schwierigkeiten, welche der Verwirklichung des Projektes möglicherweise vom Standpunkte der internationalen Beziehungen unseres Landes entgegenstehen dürften, in allseitige Erwägung ziehen und die der Sachlage, sowie den ideellen und materiellen Interessen unseres Landes entsprechende Lösung finden werden.

Da indessen durch das Gesuch der Petenten der eventuelle Anschluss in Frage stehenden Gebietes und seiner Bevölkerung an den Kanton St. Gallen und an dessen Bezirk Unterrheintal angestrebt wird, ist auch unser kantonales Gemeinwesen an der Lösung der Frage in erheblichem Grade mitinteressiert und werden Sie uns daher die Beifügung einer kurzen, diesbezüglichen Ausführung gestatten. Wenn auch die Angelegenheit mit Bezug auf die an die projektierte Angliederung sich knüpfenden Folgen und die daraus resultierende Erweiterung unserer kantonalen Aufgaben und Verpflichtungen noch nach verschiedenen Richtungen einer nähern Prüfung und Untersuchung bedarf, so möchten wir doch nicht unterlassen, schon heute, immerhin unter allem Vorbehalt der von ihnen zu wahrenden gesamt-schweizerischen Interessen, unsere Auffassung dahin zum Ausdruck zu bringen, dass wir es vom Standpunkt unseres Kantons lebhaft begrüßen würden, wenn dem Gesuche Rechnung getragen werden könnte. Wie die Petenten in ihrer Eingabe zutreffend dartun und übrigens auch ein Blick auf das beigegebene Blatt 81 der Siegfriedkarte dartut, handelt es sich darum, an den Kanton St. Gallen, bzw. an den st. gallischen Bezirk Unterrheintal und damit an die Eidgenossenschaft staatsrechtlich ein Gebiet neu anzugliedern, das mit seiner Bevölkerung schon seit Generationen mit den angrenzenden Gebietsteilen unseres Landes und mit unserem Volke durch die engsten persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen verbunden war, das aber insbesondere durch die Vollendung des untern oder Fussacher Rheindurchstiches und die dadurch bedingte Verlegung des Rheinbettes in seinem ganzen bürgerlichen und wirtschaftlichen Leben noch enger mit der schweizerischen Grenzbevölkerung verbunden worden ist. Dabei ist auch des Umstandes zu erwähnen, dass schon bis anhin eine ganze Reihe st. gallischer Gemeinden, Korporationen und Privatpersonen auf dem Gebiete der drei genannten vorarlbergischen Gemeinden in nicht unbeträchtlichem Umfang landwirtschaftliches Grundeigentum besessen haben und noch besitzen, dessen Bewirtschaftung, sowie auch die Betätigung in der ostschweizerischen Landesindustrie, der Stickerei, in den Ortschaften Höchst und Gaissau, einen sozusagen ständigen und ununterbrochenen Kontakt zwischen der einheimischen und der vorarlbergischen Grenzbevölkerung im Gefolge hat. Umgekehrt sind zweifellos die Beziehungen der Bevölkerung des «Rheindeltas» zu ihrem bisherigen Staatsverbande durch die Verlegung des Rheinbettes nicht nur nicht gefestigt, sondern gegenteils erschwert und weiter eingeschränkt worden. Durch die Angliederung des fraglichen Gebietes und durch die Aufnahme dieser strebsamen und tätigen, mit unserm Volk in seinem Fühlen und Denken längst verwachsenen landwirtschaftlichen Volkskreise würde somit nach unserer vollen Überzeugung unserem Lande ein Zuwachs an wertvollen ideellen und wirtschaftlichen Kräften zugeführt; sie würde auch eine nicht zu unterschätzende Erweiterung unseres Landes-



gebietes bedeuten, die als umso wertvoller und willkommener begrüsst werden dürfte, als das anzuschliessende Areal an landwirtschaftlichen Grundbesitz noch einer intensiven Verbesserung und wirtschaftlichen Fruktifizierung fähig ist.

Die Verlegung der Landesgrenze an das neue Rheinbett des Fussacher Durchstiches hätte voraussichtlich allerdings zur Folge, dass die Unterhaltskosten für die Rheinregulierung über die bisherigen Verpflichtungen hinaus, noch auf einer weitem Strecke von zirka 8 Kilometern von schweizerischer Seite übernommen werden müssten.<sup>5</sup> Diese und eventuell weitere finanzielle Lasten, die in Verbindung mit der nachgesuchten Angliederung unserm Lande voraussichtlich erwachsen können, unseres Erachtens mehr als aufgewogen durch die ideellen und wirtschaftlichen Vorteile, von welchen die Angliederung des Rheindeltas an unser Land für die nähere und weitere Zukunft des letztern begleitet sein dürfte. In dieser Richtung muss nun aber allerdings auf die Opferwilligkeit der Bevölkerung der drei Gemeinden, wie sie in der Eingabe angedeutet ist, und auf eine sachgemässe Mitwirkung des Bundes gestellt werden.

---

<sup>5</sup> Zur Abklärung dieser Frage wandte sich das Politische Departement an das Departement des Innern, welches ein Gutachten der schweizerischen Mitglieder der internationalen Rheinregulierungskommission einholte, vgl. dazu Dok. 19, [dodis.ch/55219](http://dodis.ch/55219); [dodis.ch/55230](http://dodis.ch/55230) sowie [dodis.ch/55231](http://dodis.ch/55231).

[dodis.ch/55325](https://dodis.ch/55325)

*Red[unanza] com[üna]la di 26 Jenner 1919<sup>1</sup>*

*[Müstair, 26. Januar 1919]*

1. Il protocol della red[unanza] com[üna]la dels 31 dec[em]b[er] vegn prelet ed approvà.
2. Segua la publicaziun dellas nominas dellas cumischiuns pero 1919 e pel bieno 1919–1921.
3. Nell'odierna Red. vegn prelet ün protocol della lod. Comunità Tuer, tenor qual medema dumanda e giavüscha da gnir assunta nel vschinadi Svizzer.<sup>2</sup> Il Sgr. Pres. comünal<sup>3</sup> riva davu avair ventilà e spiegà la dumanda, la discussiun in merit. Non fand ingün adöver da medema vegin inchaminà alla votaziun, quala seguit tras levar in pè.  
Squasi con unanimità vegn decis d'aherir alla dumonda da noss vaschins da parte nosso Comunità e d'inviar la dumonda con raccomandaziun allas autoritats competentas.<sup>4</sup>
4. Voleand inchaminar in ulteriur al inchant da fittaziun d'alchas parzellas cumünalas sorta dal grembo della Red[unanza] com[üna]la la preposta da desister d'ün inchant e da pisserar dittas parzellas a bönen da bsögnus in comün, surlaschand la distribuziun da medemas alla chüra poverila. Sün quai la Soprastanza decida da suspender l'inchant e da trattar la dumanda nella prossima seduta.

In fede

L'actuar: J. Ruinatscha

<sup>1</sup> Protokoll: CH-ACdVM Protocol Visniaunca della Comunità Müstair (1911–1931). Verfasst von Jon Ruinatscha, [dodis.ch/P59465](https://dodis.ch/P59465), Gemeindeschreiber der Gemeinde Müstair.

<sup>2</sup> Vgl. Dok. 2, [dodis.ch/55213](https://dodis.ch/55213).

<sup>3</sup> Jon (Johann) Dethomas, Gemeindepräsident von Müstair von 1918 bis 1919.

<sup>4</sup> Die zuständigen Behörden waren zuerst der Kreis Val Müstair – vgl. Dok. 11, [dodis.ch/55326](https://dodis.ch/55326) – und dann der Kleine Rat – vgl. Dok. 14, [dodis.ch/55328](https://dodis.ch/55328) –, der das Dokument anschliessend an die Bundesbehörden weiterleitete, [dodis.ch/55537](https://dodis.ch/55537).

*Gemeinde-Versammlung vom 26. Januar 1919*

*[Münster, 26. Januar 1919]*

1. Das Protokoll der Gemeinde-Versammlung vom 31. Dezember wird verlesen und angenommen.
2. Es folgt die Bekanntmachung der Ernennungen für die Kommissionen für 1919 und die Zweijahresperiode 1919–1921.
3. In der heutigen Versammlung wird ein Protokoll der Löbl[ichen] Gemeinde Taufers verlesen, in dem diese anfragt und wünscht, ins Schweizer Bürgerrecht aufgenommen zu werden. Nachdem der Herr Gemeinde-Präsident die Anfrage vorgelegt und erklärt hat, eröffnet er die Diskussion dazu. Da niemand davon Gebrauch macht, wird zur Abstimmung durch Aufstehen geschritten.  
Praktisch einstimmig wird beschlossen, der Anfrage unseres Nachbarn von Seiten unserer Gemeinde stattzugeben und die Anfrage mit Empfehlung den zuständigen Behörden weiter zu leiten.
4. Als man zum Schluss zur Versteigerung der Pacht einiger gemeindeeigenen Parzellen schreiten will, erfolgt aus dem Gremium der Gemeindeversammlung der Vorschlag, auf eine Versteigerung zu verzichten und dafür zu sorgen, dass der genannte Parzellenzins zu Gunsten von Bedürftigen in der Gemeinde gehen soll und dass deren Verteilung durch die Armenbehörde erfolgen soll. Darauf beschliesst der [Gemeinde]Vorstand, die Versteigerung zu verschieben und die Frage in der nächsten Versammlung zu verhandeln.

Im [guten] Glauben  
Der Aktuar: J. Ruinatscha

---

5 Übersetzung Claudio Gustin, Sta. Maria.

[dodis.ch/55326](https://dodis.ch/55326)

*Circul Val Müstair Protokol administrativ<sup>1</sup>*

S[an]ta Maria [Val Müstair], 30 Jenner 1919

Petito Comunità Tuer

Dal President comünal da Müstair<sup>2</sup> füt surdat al Offizi circuital ün Protocol della Comunità Tuer (Tirol),<sup>3</sup> tenor qual quaista giavüscha da gnir assumpta nella Conferaziun Svizzer. A scopo cha la Val eventualmaing piglia posiziun visavi a quai-sta domanda, avet lö suot supra data üna redunanza, alla quala füttan invidats da ltor part: il Güdisch districtual<sup>4</sup> e circuital,<sup>5</sup> las Soprastanzas comünalas,<sup>6</sup> il Deputà al Grand Cussagl<sup>7</sup> e tuots ulteriurs homens d'influenza e d'interessenza nels Comüns.

Davo viva discussiun füt decis, d'inviar il documaints allas instanzas superiu-ras,<sup>8</sup> sainza commentar in merit a nossa oppiniun.

Il petito füt nel seguit tramiss alla Regenza chantunala.

In fede

Pel Offizi circuital

R. Ruinatscha<sup>9</sup>

<sup>1</sup> Protokoll: CH-ACirVM C1 11 Cudesch d'administraziun 1908–1943 (1.11). Verfasst von Raduolf Ruinatscha (†1929), [dodis.ch/P59319](https://dodis.ch/P59319), Präsident (Landammann) des Kreises Val Müstair.

<sup>2</sup> Jon (Johann) Dethomas, Gemeindepräsident von Müstair von 1918 bis 1919.

<sup>3</sup> Vgl. Dok. 2, [dodis.ch/55213](https://dodis.ch/55213).

<sup>4</sup> Präsident des Bezirksgerichts war vom 1. Januar 1918 bis 31. Dezember 1926 Tumasch (Thomas) Gross (1850–1932), [dodis.ch/P59320](https://dodis.ch/P59320), aus Tschiero, der von 1915 bis 1917 auch als Präsident (Landammann) des Kreises Val Müstair amtiert hatte. Mitglieder waren Florian Pitsch, [dodis.ch/P61240](https://dodis.ch/P61240), und Jon (Johann) Ruinatscha, [dodis.ch/P59465](https://dodis.ch/P59465), aus Müstair sowie Paul Secchi und Albert Largiadèr (\*1867) aus Sta. Maria Val Müstair. Stellvertreter waren Simon Gruber und Hilarius Simonet aus Valcava sowie Cyprian Gross aus Lü und Jon (Johann) Dethomas aus Müstair.

<sup>5</sup> Präsident des Kreisgerichts war 1919 Raduolf Ruinatscha (†1929), [dodis.ch/P59319](https://dodis.ch/P59319), aus Müstair. Mitglieder waren Peter Rousette und Albert Largiadèr (\*1867) aus Sta. Maria Val Müstair sowie Dom(enig) Bisaz und Sebastian S. Gross aus Fuldera. Stellvertreter waren Simon Gruber aus Valcava, J. B. Conrad aus Müstair sowie G. A. Andreossi und J. B. Gross aus Tschiero.

<sup>6</sup> Folgende Herren waren damals Gemeindepräsidenten im Val Müstair: Conradin Casper in Lü, Jon (Johann) Dethomas in Müstair, Fritz Largiadèr in Valcava, Dumeni Nuolff in Tschiero, Rudolf Nutt in Fuldera und Peder Pünchera (\*1877), in Sta Maria Val Müstair.

<sup>7</sup> Georg Zinsli (1873–1947), [dodis.ch/P59321](https://dodis.ch/P59321), aus St. Maria, Grossrat des Wahlkreises Münstertal von 1917 bis 1919.

<sup>8</sup> Der Kleine Rat des Kantons Graubünden, an welchen die Unterlagen weitergeleitet wurden, bestand 1919 aus Präsident Oreste Olgiati (1869–1920), [dodis.ch/P59337](https://dodis.ch/P59337), Vizepräsident Johann Vonmoos (1873–1956), [dodis.ch/P59338](https://dodis.ch/P59338), Eduard Walser (1863–1949), [dodis.ch/P59340](https://dodis.ch/P59340), Wilhelm Plattner (1868–1934), [dodis.ch/P59339](https://dodis.ch/P59339) und Johann Bossi (1874–1956), [dodis.ch/P3847](https://dodis.ch/P3847). Vgl. ferner Dok. 14, [dodis.ch/55328](https://dodis.ch/55328) sowie [dodis.ch/55537](https://dodis.ch/55537).

<sup>9</sup> Raduolf Ruinatscha (†1929), [dodis.ch/P59319](https://dodis.ch/P59319) war von 1917 bis 1921 Präsident (Landammann) des Kreises (Circul) und damit des Kreisgerichts Val Müstair. Vom 1. Januar 1927 bis zu seinem Tod war er zudem Präsident des Bezirksgerichts.

*Administratives Protokoll des Kreises Val Müstair*

S[an]ta Maria [Val Müstair], 30. Januar 1919

Petition Gemeinde Taufers

Der Gemeindepräsident von Müstair übergab den Behörden des Kreises ein Protokoll der Gemeinde Taufers (Tirol), gemäss welchem diese wünsche, in die schweizerische Eidgenossenschaft aufgenommen zu werden. Damit das Tal die Möglichkeit erhalte, eventuell zu dieser Anfrage Stellung zu nehmen, hat unter obigem Datum eine Versammlung stattgefunden, zu welcher eingeladen waren: das Bezirks- und Kreisgericht, die Gemeindevorstände, der Grossrat sowie alle sonstigen Männer mit Einfluss und Interesse aus den Gemeinden.

Nach einer lebendigen Diskussion wurde entschieden, das Dokument an die übergeordneten Stellen weiterzuleiten, ohne Kommentar was unsere Meinung betrifft.

In der Folge wurde die Petition an die Kantonsregierung geschickt.

Im (guten) Glauben  
Für das Kreisamt  
R. Ruinatscha

---

10 Übersetzung Claudio Gustin, Sta. Maria.

[dodis.ch/55217](https://dodis.ch/55217)

*L. Möhr an den Vorsteher des Politischen Departements, F. Calonder<sup>1</sup>*

Privat

S[an]ta Maria [Val Müstair], 30. Januar 1919

In der Nacht vom 21. auf den 22.1.1919 brachten zwei Männer<sup>2</sup> der Gemeinde Taufers ein Schriftstück nach Münster. In diesem Schriftstück bringt die *Gemeinde Taufers* den Wunsch zum Ausdruck, sich dem Münsterthal und damit der Schweiz anschliessen zu wollen.

Das Schriftstück ging an den Gemeindevorstand von Münster und ich fertigte die 2 Mann ab.

Ich benachrichtigte meine vorgesetzte militärische Stelle<sup>3</sup> über den Vorfall und erklärte dem Vorstand von Münster, er müsse an unsere politischen Behörden Mitteilung ergehen lassen.

Bereits finden Gemeindeversammlungen statt, die über die Vor- und Nachteile einer Aufnahme Verhandlungen pflegen,<sup>4</sup> ohne dass unseren Behörden davon Mitteilung gemacht worden wäre.<sup>5</sup>

Ich erachte es deshalb als meine Pflicht Ihnen den Fall zur Kenntnis zu bringen, da es die zuständigen Stellen unterliessen.

<sup>1</sup> Schreiben: CH-BAR# E2001B#1000/1501#532\* (B.14.211.P.21.6). Verfasst von Leutnant Louis Möhr (\*1896), [dodis.ch/P58942](https://dodis.ch/P58942), Offizier der Bewachungs-Truppen Münstertal und Teil des Kommandos der in St. Maria stationierten Kompanie IV/91, gerichtet an den Vorsteher des Politischen Departements, Felix Calonder (1863–1952), [dodis.ch/P333](https://dodis.ch/P333). Das Dokument wurde mit einem Stempel des Grenzoffiziers der Bewachungstruppen in Münstertal datiert vom 3. Februar 1919 versehen.

<sup>2</sup> Nicht identifiziert.

<sup>3</sup> Die IV. Kompanie des Gebirgsbataillon 91 wurde von Hauptmann Anton Willi kommandiert, das Bataillon von Major Paul Bühler. Das Bataillon war Teil des von Oberstleutnant Emil Thoma kommandierten Gebirgs-Infanterie-Regiments 36, welches wiederum Teil der von Oberst Adolf Jakob kommandierten Gebirgs-Infanterie-Brigade 18 war, die zur von Otto Bridler (1864–1938), [dodis.ch/P7600](https://dodis.ch/P7600) kommandierten 6. Division gehörte.

<sup>4</sup> Worauf Möhr hier im Detail Bezug nimmt, ist nicht ganz klar. Die Gemeindeprotokollbücher der Gemeinden Tschiervo, Lü, Fuldera, Valchava und St. Maria im Archiv der Cumün da Val Müstair enthalten keine Angaben zu entsprechenden Versammlungen. Möglich ist, dass sich Möhr hier auf die Versammlungen der Gemeinde Müstair und des Kreises Val Müstair bezieht, vgl. dazu Dok. 10, [dodis.ch/55325](https://dodis.ch/55325) und Dok. 11, [dodis.ch/55326](https://dodis.ch/55326).

<sup>5</sup> Die entsprechende Mitteilung erfolgte erst im Anschluss an die Sitzung des Kleinen Rates des Kantons Graubünden – vgl. Dok. 14, [dodis.ch/55328](https://dodis.ch/55328) – durch ein entsprechendes Schreiben an den Bundesrat vom gleichen Datum, vgl. [dodis.ch/55537](https://dodis.ch/55537).



[dodis.ch/55327](https://dodis.ch/55327)

*Der Mittelberger Gemeindevorsteher, F. Felder, an den Lustenauer Lehrer, F. Riedmann<sup>1</sup>*

LUSTENAU

Mittelberg, Vorarlberg, 9. Februar 1919

Betr. der Unterschriftensammlung für den Anschluss an die Schweiz muss Ihnen mitgeteilt werden, dass solches d. Z. in unserer Gemeinde nicht angeht. Wir sind bekanntlich im deutschen Zollanschluss und nur auf deutsche Lebensmittelversorgung angewiesen und im Bezirksamte Sonthofen wurde mir bedeutet, dass bei günstigen Resultaten für den Schweizeranschluss wofür bei uns, was ich aus allem ersehe, zu Tage treten würde, die Lebensmittellieferung eingestellt würde, was die Gemeindevorsteherung zumal nicht riskieren kann.

Die Flugblätter sind alle ausgeteilt.

Also von einer d. Z. Abstimmung muss aus diesem Grunde abgesehen werden, aber die Mehrzahl ist für den Anschluss, wir warten ab.

---

<sup>1</sup> Schreiben: AT-VLA NL Ferdinand Riedmann (14-212). Verfasst vom mittelbergischen Gemeindevorsteher in Vorarlberg, Franz Josef Felder (1861–1935), [dodis.ch/P59322](https://dodis.ch/P59322), gerichtet an den Lustenauer Lehrer, Ferdinand Riedmann (1886–1968), [dodis.ch/P59162](https://dodis.ch/P59162). Auf der Rückseite des Schreibens wurde folgendes handschriftlich notiert: «Finanzen: Beiträge von verschiedener Seite. Kasse erschöpft. Persönliche Opfer des Nächstenstehenden. Wer will opfern? Wir müssen arbeiten bis die Sache vor dem Völkerbunde ausgetragen wird und die Arbeit kostet Geld. Bahnfahrten, Postauslagen, Zeitungen, Vorträge [durchgestrichen], Sammeln bei Gönnern. Referat von Dr. Neubner [Gustav Neubner, [dodis.ch/P38788](https://dodis.ch/P38788)]. Politische Debatte, Kandidatenfrage und Entschliessung.»

[dodis.ch/55328](https://dodis.ch/55328)

*Sitzung des Kleinen Rates des Kantons Graubünden<sup>1</sup>*

GESUCH DER GEMEINDE TAUFERS UM ANSCHLUSS AN DIE SCHWEIZ

[Chur,] 15. Februar 1919

An den schweizerischen Bundesrat in Bern geht folgendes Schreiben:

Das Kreisamt Münstertal übermittelt uns beiliegendes Auszugsprotokoll der Gemeinde Taufers (Vintschgau), aus dem hervorgeht, dass die dortige Bevölkerung den Wunsch hegt, der schweizerischen Eidgenossenschaft beizutreten.<sup>2</sup>

Wir beschliessen nur, die Angelegenheit an ihre hohe Behörde zur gefl. Kenntnisnahme weiterzuleiten.<sup>3</sup>

(Mitteilung an das Kreisamt Münster<sup>4</sup> und an das Departement des Innern<sup>5</sup>).

---

<sup>1</sup> Protokoll Nr. 264: CH-StAGR A I 21 a 1 A / 065 345 (CB V 3). Der Kleine Rat des Kantons Graubünden bestand 1919 aus dem Präsidenten Oreste Olgiati (1869–1920), [dodis.ch/P59337](https://dodis.ch/P59337), dem Vizepräsidenten Johann Vonmoos (1873–1956), [dodis.ch/P59338](https://dodis.ch/P59338), Eduard Walser (1863–1949), [dodis.ch/P59340](https://dodis.ch/P59340), Nationalrat von 1902 bis 1928 und Regierungsrat des Kantons Graubünden von 1918 bis 1926, Wilhelm Plattner (1868–1934), [dodis.ch/P59339](https://dodis.ch/P59339) und Johann Bossi (1874–1956), [dodis.ch/P3847](https://dodis.ch/P3847). Walser war aufgrund der Session der Bundesversammlung in Bern bei dieser Sitzung nicht anwesend.

<sup>2</sup> Dok. 2, [dodis.ch/55213](https://dodis.ch/55213).

<sup>3</sup> Für die Weiterleitung vgl. [dodis.ch/55537](https://dodis.ch/55537).

<sup>4</sup> Präsident des Kreisamtes Münstertal war von 1917 bis 1919 der Lehrer Raduolf Ruinatscha (†1929), [dodis.ch/P59319](https://dodis.ch/P59319), aus Müstair.

<sup>5</sup> Vorsteher des Departementes des Innern des Kantons Graubünden war Regierungsrat Johann Vonmoos (1873–1956), [dodis.ch/P59338](https://dodis.ch/P59338).

[dodis.ch/55329](https://dodis.ch/55329)

Auszug

*Landtags-Wahlordnung für das Land Vorarlberg<sup>1</sup>*

GESETZ VOM 28. FEBRUAR 1919

Bregenz, 1919

[...]<sup>2</sup>*III. Wahlrecht, Wählbarkeit und Wahlpflicht*

## § 11.

Wahlberechtigt ist jeder deutschösterreichische Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechtes, der in einer Gemeinde Deutschösterreichs heimatberechtigt ist, und der vor dem 1. Jänner des Wahljahres das zwanzigste Lebensjahr vollendet hat und am Tage der Wahlausschreibung in einer Gemeinde Vorarlbergs seinen ordentlichen Wohnsitz hat.

## § 12.

Wählbar ist ohne Unterschied des Geschlechtes jeder wahlberechtigte deutschösterreichische Staatsbürger, der vor dem 1. Jänner des Wahljahres das 29. Lebensjahr vollendet hat.

## § 13.

Von Wahlrechte und von der Wählbarkeit sind ausgeschlossen:

a) Personen, die voll oder beschränkt entmündigt sind;

b) Personen, welche wegen eines Verbrechens oder wegen der Übertretung des Diebstahls, der Veruntreuung, der Teilnehmung hieran, des Betruges, der Kuppelei (§§ 460, 461, 463, 464, 512, St. G.), wegen der in § 1 des Gesetzes vom 28. Mai 1881, R. G. Bl. Nr. 47, oder der in den §§ 2, 3 und 4 der Kaiserlichen Verordnung vom 12. Oktober 1914, R. G. Bl. Nr. 275, oder der im § 1 des Gesetzes vom 25. Mai 1883, R. G. Bl. Nr. 78, bezeichneten Straftaten oder wegen Übertretung der §§ 1, 3, 4 und 5 des Gesetzes vom 24. Mai 1885, R. G. Bl. Nr. 89 verurteilt worden sind, ferner Frauenspersonen, die wegen gewerbsmässiger Unzucht von der Sicherheitsbehörde bestraft worden sind.

<sup>1</sup> Gesetz: CH-BAR#J2.6#1000/1248#7\* (1.7).

<sup>2</sup> Für das vollständige Dokument vgl. das Faksimile [dodis.ch/55329](https://dodis.ch/55329).

Die Folge der Verurteilung hat, wenn die Verurteilung nicht schon früher getilgt wird, bei den in § 6, Z. 1 bis 10 des Gesetzes vom 15. November 1867, R. G. Bl. Nr. 131, aufgezählten Verbrechen mit dem Ende der Strafe, bei anderen Verbrechen mit dem Ablaufe von 10 Jahren, wenn der Schuldige zu einer wenigstens fünfjährigen Strafe verurteilt wurde, und ausserdem mit dem Ablaufe von fünf Jahren, bei den übrigen oben angeführten Straftaten aber mit dem Ablaufe von drei Jahren nach dem Ende der Strafe aufzuhören;

c) Personen, welche wegen eines Vergehens gegen die strafrechtlichen Bestimmungen zum Schutze der Wahlfreiheit verurteilt worden sind, wenn die Tathandlung bei Wahlen zur Nationalversammlung oder zu einem Landtag begangen wurde, auf die in § 14 des Gesetzes vom 26. Jänner 1907, R. G. Bl. Nr. 18, festgesetzte Dauer, wenn die Verurteilung nicht schon früher getilgt wird;

d) Personen, welche unter Polizeiaufsicht gestellt oder in eine Zwangsarbeitsanstalt abgegeben wurden, bis zum Ablauf von drei Jahren nach Erlöschen der Polizeiaufsicht oder nach Entlassung aus der Zwangsarbeitsanstalt;

e) Personen, denen vom Gerichte die väterliche Gewalt über die Kinder entzogen wurde, so lange die Kinder unter fremder Vormundschaft stehen, jedenfalls aber während drei Jahren nach der gerichtlichen Verfügung;

f) Personen, welche wegen Trunkenheit mehr als zweimal zu einer Arreststrafe verurteilt worden sind, für die Dauer von drei Jahren nach dem Ende der letzten Strafe, wenn die Verurteilung nicht schon früher getilgt wird;

g) Frauenspersonen, welche unter sittenpolizeilicher Überwachung stehen.

[...]

[dodis.ch/54284](https://dodis.ch/54284)

*Der Bund Schweizerischer Frauenvereine an die Bundesversammlung*<sup>1</sup>

AN DIE HOHE BUNDESVERSAMMLUNG

Genf, März 1919

Der Bund schweizerischer Frauenvereine hat in seiner ausserordentlichen Delegiertenversammlung vom 22. Januar 1919 einstimmig folgende Resolution angenommen:

«Der Bund schweizerischer Frauenvereine, einverstanden mit den am 4.–5. Dezember 1918 in der Bundesversammlung ausgesprochenen Grundsätzen der Motionen<sup>2</sup> des Herren *Scherrer-Füllemann*,<sup>3</sup> betreffend die Totalrevision der Bundesverfassung, und der Herren *Greulich*<sup>4</sup> und *Göttisheim*,<sup>5</sup> betreffend die politischen Rechte der Frauen, unterstützt diese Motionen im Prinzip und erteilt seinem Vorstand Vollmacht und Auftrag die weiteren, zu ihrer Ausführung nötigen Schritte zu tun.»

Was diesem einhellig gefassten Beschluss seine besondere Bedeutung verleiht, besteht darin, dass unser Bund, der an die hundert Vereine mit 25–30 000 Mitgliedern zählt, nicht eine Vereinigung vorwiegend frauenrechtlicher Art ist, sondern dass die ihm angehörenden Vereine die verschiedensten Gebiete der Volkswohlfahrt, der Gemeinnützigkeit usw. vertreten. Von seiner Gründung an, vor zirka 20 Jahren, hat der Bund schweizerischer Frauenvereine, der die *allgemeinen Interessen der Frauen* in erster Linie verfolgt, die Besserstellung der Frauen in Familie und Gesellschaft im Auge gehabt. Zu diesem Zwecke hat er eingehende Studien der verschiedenen Ihnen<sup>6</sup> vorgelegten Gesetze gemacht, und den betreffenden Behörden mehrmals Postulate eingereicht, die Berücksichtigung gefunden haben, sei es bei der Vereinheitlichung des Zivilrechts, den Entwürfen des schweiz. Strafrechts, dem Kranken- und Unfallversicherungsgesetz oder der Revision des Fabrikgesetzes.

<sup>1</sup> Schreiben: CH-AGoF 350-05-77 920. Verfasst vom Bund schweizerischer Frauenvereine, unterzeichnet von der Präsidentin, Pauline Chaponnière-Chaix (1850–1934), [dodis.ch/P58442](https://dodis.ch/P58442) und der Aktuarin, Adeline Du Pasquier, [dodis.ch/P58443](https://dodis.ch/P58443).

<sup>2</sup> Motion 868 Scherer-Füllemann betreffend die Totalrevision der Bundesverfassung, Amtl. Bull. NR, 1918, VI, S. 481–488 und die Motionen 973 Greulich und 982 Göttisheim betreffend Frauenstimmrecht, für beide Motionstexte vgl. CH-BAR#E1#1000/4#660\*.

<sup>3</sup> Joseph Anton Scherrer-Füllemann (1847–1924), [dodis.ch/P34806](https://dodis.ch/P34806), demokratischer Nationalrat aus St. Gallen von 1890 bis 1922 und Mitglied des Rats der Interparlamentarischen Union von 1902 bis 1922.

<sup>4</sup> Hermann Greulich (1842–1925), [dodis.ch/P37279](https://dodis.ch/P37279), sozialdemokratischer Nationalrat aus Zürich von 1908 bis 1925.

<sup>5</sup> Emil Göttisheim (1863–1938), [dodis.ch/P58441](https://dodis.ch/P58441), liberaler Nationalrat aus Basel-Stadt von 1905 bis 1919.

<sup>6</sup> Heinrich Hüberlin (1868–1947), [dodis.ch/P4279](https://dodis.ch/P4279), Präsident der schweizerischen Bundesversammlung von 1918 bis 1919.

Bisher hatte der Bund schweizerischer Frauenvereine zum Frauenstimmrecht<sup>7</sup> noch nicht Stellung genommen und sich damit begnügt, die Frage zu studieren und in den Reihen der Frauen selber darüber Erhebungen zu veranstalten.

Aber angesichts der bedeutenden teils schon vollzogenen, teils bevorstehenden Veränderungen in den grossen Ländern, die uns umgeben, haben die Schweizerfrauen erkannt, dass auch für sie die Stunde gekommen ist, ihren Anteil an Pflichten und Verantwortlichkeiten der Gegenwart auf sich zu nehmen und dem Schicksal ihres Vaterlandes nähertretend, diesem zu dienen.

Der Freiheitssamen, der im Herzen der Schweiz, beim Schwur auf dem Rütli niedergelegt worden ist und Ausdruck fand im Pakt vom Jahre 1291, enthält keimgleich in seiner herben Kraft alle grossen Prinzipien eines Völkerbundes und kann nicht anders denn Frucht tragen. Indem unsere zeitlich sich folgenden Verfassungen den Rechten des Volkes eine Reform zeitigen, die der Hälfte des Schweizervolkes – Schweizerfrauen – das Stimm- und Wahlrecht verleiht.

Wir Schweizerfrauen aber, sehr geehrte Herren, wünschen unsere neuen Rechte der Billigkeit und dem Rechtssinn der Vertreter unseres Volkes zu verdanken, viel lieber als irgend einem Statut des von der Welt erwarteten Völkerbundes.

Wir glauben nicht schlechter für die neuen Aufgaben vorbereitet zu sein als die Frauen anderer Länder.<sup>8</sup> Es hat stets zur Ehre unseres Volkes gehört, dem öffentlichen Unterrichtswesen, an welchem beide Geschlechter Teil haben, Opfer bringen, die im Verhältnis zur Grösse unseres Landes beinahe masslos erscheinen.

Gestatten Sie uns noch, sehr geehrte Herren, hervorzuheben, dass das furchtbare Geschehen in der Welt, dessen erschütterte Zuschauer wir gewesen sind, uns deutlich genug die Notwendigkeit der Geltung eines neuen, eines menschenwürdigen Prinzips zum Bewusstsein gebracht hat. Wie die Familie nicht nur des Vaters, sondern auch der Mutter bedarf, so benötigt auch die grosse Familie eines Volkes neben dem Manne der Frau, wenn man die Wiederkehr der namenlosen Leiden, die wir mit ansehen mussten, verhindern will.

In der neuen Gesellschaftsordnung, die wir ersehnen, darf das letzte Wort nicht der rohen Kraft angehören, sondern der Verständigung aller, sowohl Männern als Frauen, und es darf unser kleines Land, soll es seinen heilig gehaltenen Überlieferungen treu sein, da nicht zurück bleiben.

<sup>7</sup> Vgl. dazu Dok. 22, [dodis.ch/55333](http://dodis.ch/55333).

<sup>8</sup> Als Vorbild dienten Deutschland, Österreich, die Niederlande, Luxemburg, Finnland, Norwegen, Schweden, Ungarn und Polen. Frankreich führte auf staatlicher Ebene erst 1944 das Frauenstimmrecht ein, Italien 1946.



[dodis.ch/55218](https://dodis.ch/55218)

Extrait

*Notice du Chef de Division des Affaires étrangères du Département politique,  
Ch. L. E. Lardy, au Conseil fédéral<sup>1</sup>*

Berne, 7 mars 1919

La Conférence de Paris abordant sans notification préalable les sujets les plus divers, le Département Politique estime ne pas pouvoir attendre plus longtemps pour demander au Conseil Fédéral des instructions sur l'attitude qu'il doit prendre au sujet des agrégations de territoire à la Suisse.

Le Département a l'honneur de faire les observations suivantes:

#### *I. Taufers*

La commune autrichienne de Taufers a demandé, par une pétition<sup>2</sup> du 6 novembre 1918, transmise<sup>3</sup> seulement au milieu de février au canton des Grisons, et remise le 15/21 février<sup>4</sup> par le Petit Conseil grison au Conseil Fédéral à entrer dans la «République Suisse». Les autorités communales déclarent que c'est là un vœu unanime de la population, qui réserve la reconnaissance d'une égalité absolue avec les citoyens suisses et d'une conservation de la liberté religieuse.<sup>5</sup>

D'après les journaux, les communes protestantes grisonnes ne sont pas d'accord avec cette agrégation, tandis que les communes catholiques la préconisent. Le Gouvernement des Grisons ne s'est pas exprimé dans un sens ni dans un autre.<sup>6</sup>

Taufers représente la continuation du Münsterthal dans la direction de Glurns. C'est la sortie du chemin qui va de Schuls et Tarasp à Glurns par la vallée de Scarl. Aucune raison ethnique ni géographique ne s'oppose à l'incorporation de Taufers. La question religieuse ne joue pas de rôle non plus. Ce qui présente une certaine difficulté est que ce village fait partie du territoire que les Italiens s'approprient à s'annexer par droit de conquête. L'article<sup>7</sup> que Luigi Rusca<sup>8</sup> vient de publier dans le «Resto del Carlino» parle justement de Taufers et de Munster et demande la cession de la vallée de Munster à l'Italie, afin de porter la frontière italienne à l'Ofenpasse. Déjà Dudan,<sup>9</sup> dans la revue italienne «Politica» du 15 décembre, en-

1 Notice: CH-BAR#E2001B#1000/1501#527\* (B.14.211.P.21.1). Rédigée par le Chef de Division des Affaires étrangères du Département politique, Charles L. E. Lardy (1875–1939), [dodis.ch/P5288](https://dodis.ch/P5288).

2 Cf. doc. 2, [dodis.ch/55213](https://dodis.ch/55213).

3 Cf. doc. 11, [dodis.ch/55326](https://dodis.ch/55326).

4 Cf. doc. 14, [dodis.ch/55328](https://dodis.ch/55328).

5 Cf. doc. 10, [dodis.ch/55325](https://dodis.ch/55325).

6 Cf. doc. 14, [dodis.ch/55328](https://dodis.ch/55328).

7 Luigi Rusca: «Una rettifica del confine retico», in: *Il Resto del Carlino* du 8 février 1919, p. 11, [dodis.ch/56939](https://dodis.ch/56939).

8 Luigi Rusca (1894–1986), [dodis.ch/P59029](https://dodis.ch/P59029), journaliste auprès du journal de Bologne «Il Resto del Carlino» (1919), traducteur et écrivain italien.

9 Alessandro Dudan (1883–1957), [dodis.ch/P61191](https://dodis.ch/P61191), journaliste et homme politique italien.

visageait une rectification de frontière dans le sens d'une séparation plus naturelle entre l'Italie et la Suisse.

Si nous envisageons la question de rectifications de frontière du côté italien, les vœux de Taufers pourront être pris en considération. Mais en cas contraire, il nous paraît bien dangereux d'ouvrir, à propos de cette petite commune qui ne nous apporte guère d'avantages, la question de nos frontières avec l'Italie. M. Sironi,<sup>10</sup> Inspecteur supérieur des Chemins de fer italiens et Membre du Conseil supérieur des Travaux Publics d'Italie, a publié à Milan, en 1918, un livre anti-suisse, dans lequel il émet toute une série de revendications du côté des Grisons.<sup>11</sup> Si nous émettions la moindre prétention tendant à des modifications de territoire, le flot des polémiques avec l'Italie ne manquerait pas de déborder et nous nous lancerions ainsi dans une série de difficultés dont rien ne saurait faire prévoir l'issue. Autant l'Italie peut être disposée à nous voir d'un bon œil acquérir des territoires dont elle ne veut pas, autant elle fera une opposition acharnée au moindre agrandissement que nous préconiserions aux dépens de ses frontières ethnographiques, géographiques ou militaires.

La question d'une incorporation de Taufers isolément ne devrait pas être soulevée.<sup>12</sup>

## *II. Annexion du Vorarlberg* (103 Communes)

Le Vorarlberg compte 103 communes. Le recensement de 1900 indique 129 237 habitants. La superficie du Vorarlberg est d'environ 2500 km<sup>2</sup>. C'est à peu près la superficie du Canton du Tessin et la population du Canton du Thurgovie.

La principale ville est Dornbirn, centre de l'industrie du tissage, du filage et de la teinture, ainsi que des métaux et des bois. Dornbirn compte plus de 13 000 habitants.

Feldkirch, célèbre par son institut jésuite, compte seulement 4000 habitants.

Bludenz, chef-lieu de la vallée de l'Ill, est une ville de 5500 âmes.

Le Vorarlberg appartient politiquement au Tyrol,<sup>13</sup> mais géographiquement et ethnographiquement il se rattache à la Suisse. Ses cours d'eau coulent vers l'ouest.

Le Vorarlberg dépend en grande partie de l'industrie de la broderie de la Suisse orientale. Sa population a été négligée par l'Autriche et une incorporation à la Suisse lui apporterait de la richesse et du développement.

Le Conseil Fédéral n'a pas reçu de pétition du Vorarlberg. Les habitants de cette région ne nous ont demandé que des vivres et des approvisionnements, comme ceux du Liechtenstein. Mais un plébiscite a été organisé par un comité, dont nous possédons l'appel.<sup>14</sup> Il insiste sur le fait que si les habitants ne se décident pas

<sup>10</sup> Giulio Sironi, [dodis.ch/P61664](https://dodis.ch/P61664).

<sup>11</sup> Giulio Sironi: *La stirpe e la Nazionalità nel Tirolo*. La Rezia, Milan 1918.

<sup>12</sup> C'est probablement la raison pour laquelle d'ultérieures explications en regard d'une possible agrégation de Taufers à la Suisse – cf. à ce propos [dodis.ch/55245](https://dodis.ch/55245); [dodis.ch/55237](https://dodis.ch/55237); [dodis.ch/55921](https://dodis.ch/55921) et [dodis.ch/56922](https://dodis.ch/56922) – ont lieu seulement après l'intervention du Président du Conseil des États Friedrich Brügger, cf. [dodis.ch/55236](https://dodis.ch/55236).

<sup>13</sup> Ici Lardy ne semble pas avoir pris acte de la déclaration de séparation du Vorarlberg du Tyrol du 3 novembre 1918.

<sup>14</sup> Il s'agit là certainement de l'appel lancé par le comité de Lustenau, cf. doc. 5, [dodis.ch/55320](https://dodis.ch/55320).

maintenant en faveur de la Suisse, ils se trouveront, plus tard, en présence d'un fait accompli qu'ils regretteront. Leur rattachement à la Suisse se base sur un désir de liberté et de démocratie et sur l'espoir d'échapper aux guerres. Ils sont hostiles aux aristocrates et aux Juifs et désirent un gouvernement populaire. Ils rêvent le bien du peuple plus que les succès de l'État. Ils espèrent que la Suisse, ayant évité la guerre, n'imposera pas aussi fortement la population. La dette qui repose sur le Vorarlberg consiste en: deux ou trois millions de dettes de la région et 200 millions de la dette autrichienne.<sup>15</sup> Par l'annexion à la Suisse, la population espère sauver le cours de l'argent vorarlbergeois, au lieu d'en voir la valeur baisser avec les couronnes autrichiennes.

Les adversaires de l'incorporation à la Suisse paraissent être surtout les industriels, et en particulier ceux qui dirigent l'industrie textile, parce qu'ils payent leurs ouvriers moins cher qu'en Suisse et parce qu'ils craignent la concurrence des autres maisons suisses.<sup>16</sup>

On objecte aussi que l'agriculture souffrirait d'une annexion à la Suisse car le bétail d'élevage du Vorarlberg ne trouverait pas de marché.

Par contre le bois de Vorarlberg pourrait être utilisé en Suisse, de même que les légumes produits dans cette région. L'agriculture du Vorarlberg profiterait encore d'une annexion à la Suisse, parce que ses habitants pourraient fréquenter nos instituts agricoles.

La signature du bulletin d'adhésion à une annexion à la Suisse a donné, d'après les journaux, les résultats suivants à la seconde moitié de Janvier:

Krumbach	95%
Wolfurt	95%
Nüziders	76.7%
Buch	94.9%
Fraxern	92.9%
Weiler	95.2%
Nenzing	96.8%
Brand	90.2%
Leuterach	93.8%
Thüringen	94.7%
Ludesch	96%
Maeder	89.6%
Sulz	85.8%
Roethis	81.9%
Lustenau	94%

D'après les renseignements recueillis par l'État-Major à la fin de février, les ouvriers et les paysans sont en faveur d'une annexion à la Suisse, tandis que les villes et les négociants importants y sont opposés.

<sup>15</sup> Dans sa publication, Emil Walder-Heene présente une somme de 150 millions, cf. [dodis.ch/55244](http://dodis.ch/55244).

<sup>16</sup> Cf. [dodis.ch/55544](http://dodis.ch/55544).

Le 8 décembre, les journaux viennois publiaient une correspondance de Berne au sujet d'une annexion du Vorarlberg, en insistant sur le fait que la Constitution fédérale interdirait à la Suisse, de sa propre initiative, toute augmentation de territoire, de sorte qu'elle ne serait pas en état d'accorder son adhésion à une démarche du Vorarlberg.

Le 8 novembre, la délégation du Vorarlberg<sup>17</sup> qui était venue demander des subsistances, a déclaré aux Basler Nachrichten que la question d'un rattachement du Vorarlberg à la Suisse n'avait pas été jusqu'ici prise en considération par la population.

Le 25 janvier, le journal Ost Schweiz s'exprima en faveur de l'annexion, en disant que les habitants du Vorarlberg deviendraient de bons Suisses autrement vite que ceux du Fricktal et de la Savoie ne l'avaient fait en 1815.

Le 27 janvier, la Neue Zürcher Zeitung nous a conseillé d'attendre les événements sans nous y immiscer, et la Thurgauer Tagblatt s'est moqué de la Suisse, qui manque de courage pour faire des annexions.

Les journaux français du 27 janvier indiquent que le plébiscite officieux du Vorarlberg a donné une proportion de 60% pour l'annexion à la Suisse.

La Thurgauer Zeitung du 28 janvier nous met en garde contre le risque de perdre le Tessin en échange du Vorarlberg et nous conseille de ne pas y toucher.

La Neue Zürcher Zeitung du 28 janvier dit que les journaux vorarlbergeois, et en particulier la Tagblatt, et la Neue Zeitung, ont parlé contre l'annexion, elle se fait écrire de Vienne que sur 103 communes, 18 seulement ont voté.

La Thurgauer Zeitung du 29 dit que 40 communes ont voté. La moitié ont donné une majorité de 90 à 100%; l'autre moitié 60%; le minimum sont deux communes de 51%.

La Neue Zürcher Zeitung du 2 février dit que Bösch,<sup>18</sup> Président de la Chambre de Commerce du Vorarlberg, a déclaré que l'agitation était prématurée. La Rheintaler Volks Zeitung du 5 février est favorable et continue depuis une campagne en faveur de l'annexion.

Le 7 février, la Neue Zürcher Zeitung répète que la Suisse ne doit pas se mêler d'influencer la région. La Zürcher Post du 19 février a, de Bregenz, que 22 nouvelles communes ont voté avec une moyenne de 56,3–93,3 en faveur de l'annexion – 65 communes en tout se seraient prononcées.

En date du 28 février, le Bund donne des élections autrichiennes dans le Vorarlberg un compte-rendu, dans lequel il parle de la question du rattachement à la Suisse. Les libéraux allemands ont, dans l'intérêt de l'agriculture et pour des motifs nationaux, pris parti contre une annexion à la Suisse: ils détenaient le pouvoir depuis 1911 et ils l'ont perdu, probablement à cause de cette attitude anti-suisse. Les socialistes chrétiens se sont montrés passifs dans la question, en insinuant même

<sup>17</sup> La délégation du Vorarlberg est composée de Alois Amann (1864–1932), [dodis.ch/P35325](https://dodis.ch/P35325), maire de Hohenems, Ferdinand Kinz (1872–1935), [dodis.ch/P61054](https://dodis.ch/P61054) maire de Bregenz de 1906 à 1929, Fritz Preiss (1877–1940), [dodis.ch/P59246](https://dodis.ch/P59246), vice-gouverneur du Vorarlberg de 1918 à 1920, Gustav Neubner (1886–1949), [dodis.ch/P38788](https://dodis.ch/P38788), cf. 2ème session de l'Assemblée provisoire du Vorarlberg 1918/1919 du 9 novembre 1918, *Stenographische Sitzungsberichte 1918*, p. 17.

<sup>18</sup> Il s'agit de Fritz Bösch (1873–1936), [dodis.ch/P61312](https://dodis.ch/P61312), président de la chambre de commerce du Vorarlberg de 1917 à 1930.

tout d'abord qu'ils n'avaient rien contre un rattachement à la Suisse. Jutz,<sup>19</sup> qui a été élu, a même parlé à l'occasion en faveur de l'annexion, ce qui a eu un grand succès dans les campagnes, où l'on s'imagine que la Suisse est un véritable Eldorado. À la ville, les choses ont marché différemment, et le Conseiller d'État Jodok Fink,<sup>20</sup> réélu, s'est exprimé au sein de l'assemblée de socialistes chrétiens en faveur de l'annexion à l'Allemagne. Les socialistes n'ont exprimé aucune opinion au sujet de la Suisse, mais l'on admet que, pour des motifs politiques, ils désirent l'annexion à l'Allemagne.

À mesure que le plan de rattachement de l'Autriche à l'Allemagne se dessine davantage, le mouvement en faveur d'une incorporation à la Suisse se dessine avec plus de vigueur au Vorarlberg. Nous savons que le Dr. Ender,<sup>21</sup> Landespräsident à Bregenz, y est plutôt favorable. Le Comité en faveur de l'annexion à la Suisse a transmis sa requête au Gouvernement du Vorarlberg le 4 mars, en se basant sur le résultat du plébiscite qu'il avait organisé.

En Suisse aussi, l'annexion du Vorarlberg envisagée avec toujours plus de faveur. Le seul journal hostile, la Thurgauer Zeitung, s'est ralliée à cette idée et la Neue Zürcher Zeitung du 5 mars a publié trois articles favorables à l'annexion.

Au sujet des chemins de fer du Vorarlberg (voir les Werdenberger Nachrichten du 28 janvier), il y a lieu d'observer ce qui suit : les lignes principales comportent 147 km, à savoir:

Sankt-Margrethen–Bregenz–Linden (24 km);

Bregenz–Dornbirn–Feldkirch (38 km); et

Buchs–Feldkirch–Bludenz–Arlberg (jusqu'au milieu du tunnel 85 km).

Les lignes secondaire sont:

Bregenz–Bezau (voie étroite 40 km), et

Bludenz–Schruns (voie normale électrique 13 km), ainsi que le petit chemin de fer électrique Lustenau–Dornbirn<sup>22</sup>

La ligne Sankt-Margrethen–Bregenz–Lindau réunit les chemins de fer suisses aux chemins de fer bavarois (Zurich, St. Gall, Sankt-Margrethen–Lindau–Munich). La double révision douanière, le changement des machines et des freins sur le court parcours autrichien entravent fortement le trafic des express. Une annexion du Vorarlberg nous débarrasserait de toute cette opposition autrichienne, provoquée par la concurrence, et nous relierait directement à Lindau, où nous arriverions avec nos locomotives suisses: cela pourrait nécessiter un renforcement des ponts. Il est vrai que l'annexion à la Bavière supprimerait une partie des inconvénients.

La ligne Bregenz–Dornbirn–Feldkirch n'offre qu'un intérêt local, mais pourrait devenir importante si nous construisions une ligne suisse des Alpes orientales.

La ligne Buchs–Feldkirch–Arlberg est naturellement la plus importante, puisqu'il s'agit de la liaison entre l'occident et l'orient. Sa possession fortifierait

<sup>19</sup> Michael Jutz (1859–1940), [dodis.ch/P59031](https://dodis.ch/P59031), politicien autrichien et Conseiller national autrichien de 1920 à 1923.

<sup>20</sup> Jodok Fink (1853–1929), [dodis.ch/P38322](https://dodis.ch/P38322), membre de l'Assemblée nationale constituante et vice-chancelier fédéral d'Autriche de 1919 à 1920.

<sup>21</sup> Otto Ender (1875–1960), [dodis.ch/P38315](https://dodis.ch/P38315), gouverneur du Vorarlberg de 1919 à 1930 et de 1931 à 1934. Pour la position pragmatique d'Ender, qui suit en grande partie l'avis majoritaire, cf. [dodis.ch/55538](https://dodis.ch/55538).

<sup>22</sup> Cf. les rapports annuels du Train électrique Dornbirn–Lustenau des années 1919–1923, [dodis.ch/56916](https://dodis.ch/56916); [dodis.ch/56917](https://dodis.ch/56917); [dodis.ch/56918](https://dodis.ch/56918); [dodis.ch/56919](https://dodis.ch/56919) et [dodis.ch/56920](https://dodis.ch/56920).

la position de la Suisse dans les questions de trafic et de tarif entre l'est et l'ouest. Ne pas oublier que l'Entente projette de remplacer cette voie par une ligne de l'Europe méridionale passant par le Royaume Jougo-slave. Il existe déjà une route concurrente: celle de Strasbourg, Karlsruhe, Stuttgart, Munich, Vienne. Il semble qu'une voie de liaison Landeck–Mals soit en construction pour réunir cette voie à la ligne Mals–Meran–Botzen–Trente–Venise, ce qui augmenterait l'importance de la ligne de l'Arlberg.

À propos des chemins de fer, il y a lieu de rappeler que, au cours de la guerre, l'Autriche, désireuse de séparer sa cause de celle des Allemands et d'éviter de rester dans la dépendance de Berlin, nous avait fait comprendre qu'elle désirait organiser entre toutes les Puissances de l'occident (Amérique, Angleterre, France) et celles de l'orient (Serbie, Roumanie, Bulgarie, Turquie, d'Asie) un trafic passant par la Suisse et l'Autriche, et évitant l'Allemagne. Ce projet nous était très favorable. Si le Vorarlberg tombe entre les mains de l'Allemagne, tous nos espoirs dans cette direction seront frustrés.<sup>23</sup>

Au cas où l'Autriche allemande resterait nettement distincte de l'Allemagne ou entrerait une Confédération danubienne, le Département Politique ne verrait pas une nécessité dans l'annexion du Vorarlberg. Il n'y ferait pas d'objections, mais il ne prendrait pas sur lui de recommander inconditionnellement cette augmentation de territoire. De même, si un État tampon se formait avec le Vorarlberg et le Tyrol, le Département Politique ne préconiserait pas l'annexion du Vorarlberg, mais verrait avec satisfaction se former un nouveau pays à ses portes.

Par contre si, comme tout semble l'indiquer, l'Autriche allemande est destinée à faire partie de l'Allemagne, le Département Politique estime qu'il est nettement de l'intérêt de la Suisse de prolonger ses frontières le plus loin possible dans la direction de l'est. Il nous serait en effet très avantageux de posséder la plus grande partie possible des voies ferrées des Alpes et d'éviter, pour autant que nous sommes en mesure de le faire, l'encerclement de l'Allemagne. L'annexion du Vorarlberg contribuerait, dans une certaine mesure, à améliorer notre position.

Nous ajoutons qu'en dehors de la question primordiale des chemins de fer l'annexion du Vorarlberg présenterait pour la Suisse plus d'avantages que d'inconvénients.<sup>24</sup> La dette à assumer n'est pas énorme. La population est dans son ensemble agricole, ce qui présente un double intérêt: d'une part pour l'approvisionnement de la Suisse et d'autre part pour sa politique intérieure.

Autant certaines régions de la Suisse objectaient naguère à un accroissement de notre population catholique – disons même cléricale – autant aujourd'hui les questions confessionnelles sont passées à l'arrière-plan. Tous les partis de l'ordre sont les bienvenus, et le Vorarlberg est essentiellement constitué d'éléments ordonnés.

Au point de vue de l'intérêt de la Suisse, il est donc évident que l'annexion du Vorarlberg est désirable. Deux objections peuvent être présentées: l'une en ce qui

<sup>23</sup> Ici Lardy présente des positions énoncées plus tard et plus en détail par Rudolf Gelpke et Ulrich Vetsch, cf. [dodis.ch/55790](http://dodis.ch/55790) et [dodis.ch/55244](http://dodis.ch/55244).

<sup>24</sup> Ici Lardy suit encore la position que Rudolf Gelpke présentera un peu plus tard, cf. [dodis.ch/55790](http://dodis.ch/55790), et qui correspond aussi à celle de son chef Félix Calonder, cf. le discours du Conseiller aux États Calonder au grand Conseil grison sur le Chemin de fer des Alpes orientales (14 novembre 1907), Coire 1907.



concerne l'augmentation de notre population de langue allemande, l'autre en ce qui concerne la politique extérieure générale de la Suisse.

La première ne saurait être faite que par la population de la Suisse romande, qui craindrait de voir la disproportion augmenter entre nos langues nationales. Nous estimons que l'opinion publique de la Suisse française pourrait être facilement dirigée dans le sens d'une annexion du Vorarlberg, si la presse indiquait nettement que cette annexion a pour double but d'une part de lutter contre l'encerclement allemand et contre la main-mise de l'Allemagne sur les chemins de fer de l'Europe, et d'autre part de neutraliser le péril bolchévique qui menace la Suisse *allemande* en augmentant la Suisse *allemande* d'éléments conservateurs. L'Allemagne et le Bolchévisme représentent, pour la Suisse romande, les deux dangers les plus immédiats, nous croyons qu'elle se rendrait volontiers à ces arguments.

La seconde objection ne nous semble pas entrer en ligne de compte en ce qui concerne le Vorarlberg. Il est certain qu'il est périlleux pour la Suisse de profiter de l'humiliation et de la défaite d'un des belligérants pour s'enrichir à ses dépens. Nous reconnaissons toute la valeur de cette objection en ce qui concerne l'Allemagne, mais pas en ce qui concerne l'Autriche-Hongrie. Cet État n'existe plus. Il se désagrège et ses lambeaux se constituent en une série d'États ou se rattachent à d'autres États. L'annexion du Vorarlberg à la Suisse, sur la base de la volonté de sa population, ne représente pas en quoi que ce soit la moindre offense à aucun de nos voisins. Si l'Allemagne regrette de ne pas pouvoir d'emparer de ce lambeau de territoire autrichien, nous n'avons pas à en tenir compte, car nous n'avons aucune obligation d'aider aucun de nos voisins à s'agrandir.

La *Konstanzer Zeitung* nous révèle que, sous le patronage du bourgmestre<sup>25</sup> de Lindenberg, il s'est formé un comité pour agir énergiquement en faveur de la réunion du Vorarlberg à la Bavière, l'activité allemande dans le sens d'un rattachement à la Bavière nous est confirmée de source privée, ce qui montre qu'on ne se gêne pas en Allemagne pour travailler contre nous.

Et, politiquement, nous ne croyons pas nous exposer en annexant le Vorarlberg, à des tiraillements avec l'Allemagne.

Nous croyons que l'Entente verrait d'un bon œil l'annexion du Vorarlberg à la Suisse. La France serait naturellement enchantée de diminuer le domaine allemand, et l'Italie n'a aucun intérêt au Vorarlberg. Nous ne croyons pas qu'elle prétendrait à des compensations si nous nous agrandissions d'un territoire dont elle ne saurait avoir aucune visée. Nous savons que certains acteurs italiens, comme Dudan, ont émis cette prétention mais nous ne croyons pas que le Gouvernement italien la ferait sienne.

La question du Vorarlberg peut se présenter d'un mouvement à l'autre. Jusqu'ici, le Département Politique s'est borné à faire savoir à nos légations à Paris, Londres, Washington et Vienne que la Suisse verrait d'un bon œil la création d'un État tampon comprenant le Vorarlberg et le Tyrol, sans leur donner d'instructions spéciales.

De la part du Liechtenstein, aucune manifestation ne s'est produite. La population était si heureuse sous son prince qu'elle ne s'est pas encore ressaisie.<sup>26</sup> Il est

<sup>25</sup> Pas identifié.

<sup>26</sup> Ici Lardy ne semble pas se rappeler la demande du gouvernement du Liechtenstein du 11 novembre 1918,

peu probable qu'elle désire l'annexion à l'Allemagne et son sort se liera sans doute à celui du Vorarlberg.

### III. Annexion des Communes du Delta: Höchst, Gaissau et Fussach

Il s'agit de trois communes du Vorarlberg qui se trouvaient naguère sur la rive droite du Rhin et qui, ensuite de la rectification de ce fleuve, se sont trouvées reportées sur sa rive gauche. Le village suisse de Diepoldsau, qui était sur la rive gauche, se trouve reporté sur la rive droite, de sorte que, si l'on consulte seulement l'intérêt géographique, la solution consisterait à céder Diepoldsau au Vorarlberg et à annexer les trois communes du Delta à Saint-Gall. C'est là la proposition que l'État-Major suggère en date du 25 janvier 1919. Mais, à cause de la situation de l'Autriche en décomposition, à cause de la volonté des habitants de Diepoldsau de rester suisses, et à cause du principe que nous préconisons de ne céder aucun pouce de notre territoire, nous n'envisageons pas un échange, mais uniquement une agrégation à la Suisse des trois communes du Delta.

Il s'agit là de 3100 habitants, tous autochtones, à peu près tous catholiques; ce sont pour la plupart des paysans ou des ouvriers brodeurs qui travaillent en Suisse. On a besoin de leur travail; il ne s'agit pas de les substituer à des ouvrières suisses. Ils se trouvent sans communication avec l'Autriche et ont toutes leurs relations d'affaires avec la Suisse. Ils ne sont pas entièrement coupés de l'Autriche, puisque deux ponts franchissent le canal du Rhin; mais les localités suisses de Rheineck et de Sankt-Margrethen sont leurs capitales naturelles et c'est à Sankt-Margrethen qu'ils vont prendre le train.

Le 20 Décembre 1918, ces trois communes ont adressé une lettre<sup>27</sup> accompagnée de pétitions<sup>28</sup> au Gouvernement Saint-gallois, pour demander leur incorporation au canton de Saint-Gall. D'après les renseignements recueillis, 97% de la population appelle de ses vœux l'annexion. La demande d'incorporation relève le fait que la requête du Delta du Rhin est indépendante d'une incorporation éventuelle du Vorarlberg à la Suisse. Les trois communes désirent être annexées au district Unter-Rheinthal, quoiqu'il advienne du Vorarlberg.

Les pétitionnaires ne veulent pas, par cette démarche, se soustraire à leurs obligations financières vis-à-vis du Vorarlberg.

D'après nos renseignements, les pétitionnaires auraient tenu le Gouvernement du Vorarlberg au courant des démarches qu'ils faisaient pour obtenir leur agrégation à la Suisse.<sup>29</sup> Le Dr. Ender, Landespräsident, s'est déclaré d'accord que les trois communes demandent à être rattachées à la Suisse, sans attendre ce que le reste du Vorarlberg décidera.

Le Gouvernement saint-gallois appuie la requête des communes du Delta, en se basant sur le fait que leur population est unie depuis des générations avec le peuple suisse par les liens personnels et économiques les plus étroits, et que ces

cf. doc. 4, [dodis.ch/55318](http://dodis.ch/55318), probablement parce qu'il se concentre sur les demandes qui concernent l'adhésion à la Suisse.

27 Cf. [dodis.ch/55488](http://dodis.ch/55488).

28 Cf. doc. 8, [dodis.ch/55215](http://dodis.ch/55215).

29 D'après la *Vorarlberger Volksblatt* du 28 décembre 1918, journal du parti chrétien-social, auquel appartient aussi Otto Ender, la demande des communes du delta aurait été faite sans le consentement des autorités du Vorarlberg, cf. [www.anno.onb.ac.at](http://www.anno.onb.ac.at).

liens ont été resserrés encore par le transfert du lit du Rhin plus à l'est. Le Gouvernement saint-gallois fait aussi remarquer qu'un grand nombre de communes, de corporations et de personnes privées saint-galloises possèdent des propriétés considérables sur le territoire des trois communes et qu'un contact permanent avec la population du Delta résulte de cette propriété, comme aussi de la participation de la population du Delta à l'industrie suisse de la broderie.<sup>30</sup>

Il y a lieu d'ajouter qu'il existe à Rheineck une école suisse d'agriculture, qui a besoin de terrains; elle ne peut se les procurer en Suisse, mais désirerait les acquérir dans le Delta, ce qu'elle ne désire faire que si le Delta devenait suisse.

La population du Delta est dépeinte comme active et travailleuse, on la dit en communion d'idées avec nos milieux agricoles. La valeur du territoire que nous acquerions s'augmente du fait que le sol y est susceptible d'une culture beaucoup plus intensive et plus féconde.

En regard des avantages qui ont été décrits jusqu'ici, il faut noter les inconvénients financiers, consistant dans le transfert à la Suisse de la partie de la dette autrichienne pour laquelle ces villages sont responsables; mais les trois communes ne sont pas endettées et possèdent une administration de l'assistance publique ancienne et organisée; elles se déclarent prêtes à supporter elles-mêmes la charge de la dette autrichienne, à ce qu'on nous rapporte. D'autre part, il ne faut pas oublier l'augmentation des frais d'entretiens du nouveau lit et de l'ancien lit du Rhin qui résulterait pour la Suisse de l'annexion. En effet, le territoire suisse ne touchait que la rive gauche de l'ancien lit, alors qu'il acquerrait les deux rives de l'ancien lit et la rive gauche du nouveau canal. Des arrangements existent en effet avec l'Autriche pour cette question (voir article 14 du traité du 30 décembre 1892). Nous avons demandé au Département de l'Intérieur des renseignements sur les modifications que le nouvel état de choses provoquerait à cet égard.<sup>31</sup>

Le Département Politique avait, le 9 janvier, proposé au Conseil Fédéral d'entrer en matière sur la question des Communes du Delta, sans attendre d'autres éventualités. Le Conseil Fédéral nous a retourné notre proposition sans la discuter.

Au cours du mois de février, nous avons appris que les populations de ce district sont dans un état d'esprit confus et inquiet, parce qu'elles manquent de direction et ne savent pas que faire, que dire, que penser. Nous estimons qu'il serait indiqué de les engager, de la manière la plus discrète mais la plus claire, à porter leur désir à la connaissance de la Conférence de Paris. Nous pourrions alors, la question ainsi soulevée par la population intéressée en dehors de nous, répondre aux questions que les Gouvernements alliés nous poseraient à cet égard en exprimant notre bon vouloir. Il n'y a, d'ailleurs pas à craindre de mécontentement de la part de l'Autriche. C'est seulement pour ne pas avoir l'air de demander des modifications de territoire que nous devons nous abstenir de prendre l'initiative.

[...] <sup>32</sup>

30 Cf. doc. 9, [dodis.ch/55216](http://dodis.ch/55216).

31 Cf. doc. 19, [dodis.ch/55219](http://dodis.ch/55219) ainsi que [dodis.ch/55230](http://dodis.ch/55230) et [dodis.ch/55231](http://dodis.ch/55231).

32 Pour la version complète du document, cf. le facsimilé [dodis.ch/55218](http://dodis.ch/55218).

En résumé, le Département Politique propose:

- I. de ne pas prendre en considération isolément la question de *Taufers*.
- II. de faire savoir, par l'intermédiaire que le Département Politique jugera adapté, de la manière la plus discrète et uniquement verbalement, au Comité vorarlbergeois d'initiative en faveur de la Suisse que le Conseil Fédéral est disposé à envisager *l'incorporation du Vorarlberg à la Suisse*, mais que c'est à la Conférence de Paris et dans la presse en général que la Population du Vorarlberg doit avant tout présenter ses vœux.
- III. de faire savoir au canton de St. Gall que le Conseil Fédéral est sympathique en principe à l'incorporation au canton de St. Gall des communes du *Delta du Rhin* et que ce canton est autorisé à faire savoir discrètement et verbalement aux communes en question qu'elles devraient présenter leur requête sans aucun retard à la Conférence de Paris. Toutefois, il est entendu qu'il n'y a pas là un engagement formel de la part du Conseil Fédéral, pas plus que pour les points suivants.
- IV. de ne pas prendre en considération l'annexion de *Constance*.
- V. d'informer le canton de Schaffhouse que le Conseil Fédéral est prêt à prendre en considération l'incorporation de *Verenahof, Büsingen, Altenburg, Jestetten et Lottstetten*, et éventuellement de *Gailingen, Wiechs, Balterswyl, Berwangen et Dettighofen*, et de la prier de le faire savoir discrètement et verbalement aux intéressés, en ajoutant que ces communes doivent exprimer leurs désirs sans retard à la Conférence de Paris et que les autorités Badoises doivent être amenées à donner leur adhésion, éventuellement au moyen de compensation en argent ou en terrains.
- VI. le Département se réserve de traiter la question de la frontière bâloise, sur laquelle il manque de renseignements.
- VII. en ce qui concerne la frontière française (vallée de Dappes,<sup>33</sup> pays de Gex, St. Gingolph), le Département propose de ne pas suggérer de changements.
- VIII. de même en ce qui concerne la frontière italienne (Campione, Val di Lei).

Le Département estime qu'il est important qu'une décision soit prise sans aucun retard sur ces questions, car la Conférence de la Paix a déjà commencé l'étude des questions de frontière.

33 Cf. la compilation thématique Question de la vallée des Dappes (1857–1863), [dodis.ch/T1469](http://dodis.ch/T1469).

[dodis.ch/55330](https://dodis.ch/55330)

*Die Sektion Vorarlberg des Reichsverbandes der österreichischen Industriellen an den Bundesrat<sup>1</sup>*

Feldkirch und Dornbirn, 8. März 1919

Der Verband der Industriellen von Vorarlberg erlaubt sich, in der Frage des Anschlusses Vorarlbergs an die Schweiz an den tit. Bundesrat nachstehende Stellungnahme in Auftrage einer Vollversammlung,<sup>2</sup> welche am 6. März in Feldkirch tagte, vorzulegen:

Von Seite des Obmannes<sup>3</sup> eines bestehenden Aktionskomitees für den Anschluss Vorarlbergs an die Schweiz wird verlautbart, «dass in letzter Zeit Besprechungen des Obmannes, Herrn Lehrer Riedmann,<sup>4</sup> und Herren der Schweizer Regierung in St. Gallen stattfanden, welche ergaben, dass die Stimmung der Schweizer Kreise für den Anschluss Fortschritte mache und dass die Schweiz die Anschlussbestrebungen unsererseits sehe, jedoch als neutraler Staat erst dann offiziell Stellung nehme, wenn unsererseits die Sache offiziell werde. Der Zwecke dieser Verhandlungen wäre der gegenseitigen Orientierung gewesen.» Da wir annehmen, dass Herr Lehrer Riedmann kaum in der Lage gewesen ist, über die wirtschaftlichen Verhältnisse Vorarlbergs, besonders seiner Industrie, Aufschluss zu erteilen, erlauben wir uns, unserer Anschauung direkt Ausdruck zu verleihen.

Vorarlberg besitzt eine unverhältnismässig grosse Industrie, worunter die Textilindustrie, Baumwollspinnerei, Roh- und Buntweberei, Druckerei, neben der Stickereiindustrie<sup>5</sup> den ersten Platz einnimmt. Diese Industrie war durchgebildet auf den Absatz über das ganze Gebiet des gewesenen Österreich-Ungarns, also auf ein Gebiet, das mehr als 50 Millionen Konsumenten umfasste. Mit der Übernahme Vorarlbergs, das der Schweiz einen Zuwachs von etwa 140 000 Seelen erbrächte, würde unsere Industrie, für den Fall, als die Zollgrenzen weiterbestehen, auf den Absatz eines Landes beschränkt, das etwa 4 Millionen beherbergt und

<sup>1</sup> Schreiben: CH-StASG KA R.49b-1-3. Verfasst und unterzeichnet von Bruno Karrer (1882–1954), [dodis.ch/P40566](https://dodis.ch/P40566) sowie zusätzlich unterzeichnet von Julius Romberg (1869–1932), [dodis.ch/P59341](https://dodis.ch/P59341). Der Verband der Industriellen von Vorarlberg schickte das Schreiben an die St. Galler Kantonsregierung mit der Bitte, dieses direkt an den Bundesrat weiterzuleiten.

<sup>2</sup> Vgl. das Schreiben der Sektion des Reichsverbandes der österreichischen Industrie des Verbandes der Industriellen von Vorarlberg, Obmann Julius Romberg (1869–1932), [dodis.ch/P59341](https://dodis.ch/P59341) und Schriftführer Bruno Karrer (1882–1954), [dodis.ch/P40566](https://dodis.ch/P40566), an die St. Galler Kantonsregierung vom 8. März 1919, Dossier wie Anm. 1.

<sup>3</sup> Ferdinand Riedmann (1886–1968), [dodis.ch/P59162](https://dodis.ch/P59162), Volksschullehrer in Lustenau, Abgeordneter zum Vorarlberger Landtag von 1919 bis 1924, Obmann des Lustenauer Werbeausschusses für den Anschluss an die Schweiz, Gemeinderat und Vizebürgermeister von Lustenau von 1919 bis 1924.

<sup>4</sup> Vgl. Anm. 3.

<sup>5</sup> Vgl. die Karte Maschinenstickerei in der Schweiz, Vorarlberg und Liechtenstein 1920, [dodis.ch/55542](https://dodis.ch/55542).

das gerade auf dem Gebiete der Textilindustrie schon vor dem Zusammenschluss industriell übersättigt war.

Die notwendige Folge wäre ein ungesunder Konkurrenzkampf, der mit dem Untergang einer Anzahl von industriellen Unternehmungen enden müsste.

Vorarlberg wird aber mit Ausnahme der 2 Bahnverbindungen – Arlbergerlinie und Staatsbahn Bregenz–Buchs – in keiner anderen Hinsicht Vorteile für die Schweiz mit sich bringen; was wir besitzen, Industrie, Viehzucht, Molkerei, besitzt die Schweiz in gleichem Masse, was uns abgeht: Getreidebau, fehlt auch der Schweiz, zudem würde Vorarlberg alle die Wehen eines verlorenen Krieges mit sich bringen.

Da bleibt also vielfach nur der rein ideelle Gedanke für die Anschlussbewegung. Und hiezu erlauben wir uns, auch unsere Meinung zu äussern.

Bei aller nachbarlichen Freundschaft für die Schweiz wäre *vor* dem Kriege der Anhang für den Anschluss perzentuell ein ganz minimaler gewesen. In der Begeisterung der ersten Kriegsjahre wuchs der Gedanke eines Zusammenschlusses aller Deutschen im grossen Vaterland. Nun der Krieg zu unseren Ungunsten geendet, und in Deutschland die heutigen Verhältnisse geworden, fand der Gedanke der Flucht in die vom Kriege direkt nicht berührte Schweiz immer mehr Anhänger.

Es ist daher anzunehmen, dass für den wahrscheinlichen Fall als sich in Deutschland nach den Fiebern und Wehen der jetzigen Zeit wieder normale Verhältnisse herausbilden, die Stimmung unseres Volkes wieder eine Änderung erfährt, ja, es ist bei dem Umstand, dass Deutschland die der ganzen Welt bevorstehende Umbildung der staatlichen und menschlichen Grundanschauungen zuerst durchbilden wird, vorauszusehen, dass in wenigen Jahren Deutschland wieder konsolidiert mit an der Spitze der neuen menschlichen Friedenskultur schreitet und dann würde der erst kurz erworbene Kanton Vorarlberg in der Schweiz ein Fremdkörper sein, der seine Rücklösung an seine eigentliche Heimat «Deutschland» erstreben müsste.

Von wirtschaftlichen und politischen Gründen bewogen, erklärt deshalb die Industriellenschaft des Landes Vorarlberg, dass sie bei aller Sympathie für die benachbarte Schweiz den Anschluss Vorarlbergs an die Schweiz nicht gutheissen kann und weitersehend als Manche, die nur aus einem momentanen Fluchtgefühl heraus Stimmung machen, diesen Anschluss als eine verhängnisvolle und nicht überlegte Bestrebung betrachtet.



[dodis.ch/55219](https://dodis.ch/55219)

*Die schweizerischen Mitglieder der internationalen Rheinregulierungskommission,  
G. Narutowicz und A. Riegg, an den Oberbauinspektor des Schweizerischen  
Oberbauinspektorats, L. Bürkly<sup>1</sup>*

St. Gallen und Zürich, 15. März 1919

In höflicher Rückäusserung auf Ihre Anfrage<sup>2</sup> vom 25. pto. über die durch eine eventuelle Einverleibung des sogenannten Rheindeltas mit den drei Gemeinden Fussach, Höchst und Gaissau in das Gebiet der schweizerischen Eidgenossenschaft aus der Übernahme des ganzen alten Rheines und des linken Ufers des neuen Rheinlaufes entstehenden finanziellen Konsequenzen beehren wir uns Ihnen mitzuteilen, dass die schweizerischen Mitglieder der internationalen Rheinregulierungskommission unter Zuzug des schweizerischen Rheinbauleiters<sup>3</sup> in einer Konferenz vom 7. d. Mts. diese Fragen eingehend behandelt haben.<sup>4</sup> Von einer Beratung im Schosse der Gesamtkommission wurde Umgang genommen, einerseits weil diese erst in der zweiten Hälfte April wieder zusammentreten wird und die Erledigung Ihrer Anfrage einen so langen Aufschub nicht gestattet und andererseits weil die österr. Kommissionsmitglieder<sup>5</sup> es je und je abgelehnt haben, ohne vorherige Instruktion von Seite ihrer Regierung in Diskussion über eine so wichtige Frage einzutreten, endlich auch, weil jene Mitglieder auch wohl sonst nicht geneigt wären, sich an einer Aussprache über die Lostrennung eines Teiles ihres Landes zu beteiligen.

Durch den Anschluss der drei Deltagemeinden an die Schweiz würde eine Grenzverschiebung eintreten, die darin bestände, dass an Stelle der Mitte des alten Rheinlaufes inskünftig die Mitte des neuen Rheines – des Fussacher Durchstiches – die Grenze bilden würde. Ausser des Zuwachses an Land würde fortan der Schweiz auch die linksseitige Hälfte des neuen Flusslaufes und der gesamte Altrhein, von dem bisher nur die linke Seite ihr gehörte, zufallen. Von diesen beiden Wasserläufen ist der Fussacher Durchstich fertig ausgebaut und in das Stadium der Erhaltung getreten; für den Altlauf des Rheines aber liegt die Pflicht zur

1 Schreiben: CH-BAR#E2001B#1000/1501#531\* (B.14.211.P.21.4). Verfasst von den beiden schweizerischen Mitgliedern der internationalen Rheinregulierungskommission, Gabriel Narutowicz (1865–1922), [dodis.ch/P39629](https://dodis.ch/P39629) und Alfred Riegg (1863–1946), [dodis.ch/P58936](https://dodis.ch/P58936), gerichtet an den Oberbauinspektor des Schweizerischen Oberbauinspektorats, Leo Bürkly (1854–1936), [dodis.ch/P58946](https://dodis.ch/P58946).

2 Dok. 9, [dodis.ch/55216](https://dodis.ch/55216).

3 Karl Böhi (1869–1945), [dodis.ch/P58949](https://dodis.ch/P58949), Schweizer Rheinbauleiter von 1908 bis 1938.

4 Dok. 9, [dodis.ch/55216](https://dodis.ch/55216).

5 Georg Pockels (1864–1953), [dodis.ch/P58947](https://dodis.ch/P58947), österreichisches Mitglied der internationalen Rheinregulierungskommission 1919 und Philipp Krapf (1886–1939), [dodis.ch/P58948](https://dodis.ch/P58948), österreichisches Mitglied der internationalen Rheinregulierungskommission von 1905 bis 1919.

Regulierung laut Staatsvertrag<sup>6</sup> zwischen Österreich-Ungarn und der Schweiz vom 30. Dezember 1892 der Schweiz allein ob. In Hinsicht auf die Erstellung dieser Korrektionswerke erwächst somit weder der Schweiz noch dem Kanton St. Gallen eine Mehrbelastung.

Anders ist es mit dem Unterhalt der beiden Wasserläufe. Der Fussacher-Durchstich ist nach dem Ablauf von sechs Jahren nach seiner Eröffnung, d. h. mit dem Jahre 1906, in den Unterhalt Österreichs übergegangen. Durch Verlegung der Landesgrenze in seine Mitte würde die Schweiz pflichtig, die linksseitigen Wuhre, Dämme und Vorländer, sowie die linksseitigen Hälften der beiden eisernen Durchstichsbrücken bei Brugg und bei Fussach zu unterhalten. Die hiefür durchschnittlich pro Jahr aufzuwendenden Auslagen dürften bei der Flusslänge von rund 5 km auf circa Fr. 3000 zu veranschlagen ein. Dabei ist der Unterhalt der Brückenfahrbahnen nicht berücksichtigt, weil dieser (bei je 125 m halbe Brückenlänge zusammen rund Fr. 400) von den zuständigen Strassenunternehmen zu bestreiten sein wird.

Der alte Rheinlauf hat eine Länge von rund 12 km. Nach der Fertigstellung des aus seinem Bette für die Ableitung der schweizerischen Binnengewässer zu schaffenden Kanales wäre der Unterhalt von den beiden angrenzenden Staaten je für ihr Ufer, bei Einverleibung des Rheindeltas aber für beide Ufer von der Schweiz allein zu tragen. Nach den Aufwendungen an Rheintalischen Binnenkanal lassen sich die durchschnittlichen jährlichen Erhaltungskosten pro km Uferlänge auf etwa Fr. 250 schätzen. Demnach dürfte aus dieser Unterhaltspflicht eine jährliche Mehrbelastung von ebenfalls circa Fr. 3000 resultieren.

Nun überbindet aber der Bundesbeschluss<sup>7</sup> vom 27. März 1893 betreffend *Zusicherung eines Bundesbeitrages an die internationale Rheinregulierung und den Rheintaler Binnenkanal* «den Unterhalt sämtlicher Werke der Rheinregulierung soweit derselbe nach Massgabe des erwähnten Staatsvertrages der Schweiz obliegt, sowie denjenigen der Binnengewässer dem Kanton St. Gallen». Dieser hätte also allein für die im Vorstehenden auf durchschnittlich Fr. 6000 veranschlagten Instandhaltungskosten aufzukommen. Wie er diese Aufgabe lösen würde, wäre seine Sache. Eine natürliche und einfache Lösung wird gefunden werden können, wenn der Unterhalt des neuen Rheinlaufes der st. gallischen Rheinkorrektion und derjenige des alten dem Rheintalischen Binnenkanalunternehmen überbunden wird. Dafür werden die drei Deltagemeinden, soweit sie am Bestande der beiden Wasserläufe interessiert sind, in den Rhein- und Rheintalischen Binnenkanalperimeter einzu beziehen sein. Ferner sollten sie das dem alten Rhein abgewonnene Land, die bestockten Vorländer und das Rheinholz (Wald von Gaissau bis zur Mündung) an die st. gallische Rheinkorrektion und das Rheintalische Binnenkanalunternehmen abtreten. Dadurch könnten voraussichtlich die gesamten vorerwähnten jährlichen Instandhaltungskosten von circa Fr. 6000 voll gedeckt werden, sodass wir zum Schluss kommen, dass im Falle einer Einverleibung des Rheindeltas, aus der

<sup>6</sup> Vgl. den Bericht des Bundesrates über seine Geschäftsführung im Jahre 1892, S. 92, [www.amtsdruck-schriften.bar.admin.ch](http://www.amtsdruck-schriften.bar.admin.ch).

<sup>7</sup> Vgl. die Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend Zusicherung eines Bundesbeitrages an den Kanton St. Gallen für die Rheinregulierung von der Illmündung bis zum Bodensee und die Erstellung eines Binnengewässerkanales im Unterrheintale vom 8. März 1893, in: *BBl*, Bd. 11 (1893/1), S. 718–773.

Übernahme des ganzen alten Rheines und des linken Ufers und des neuen Rheines, weder der Eidgenossenschaft noch dem Kanton St. Gallen Mehr-Aufwendungen entstehen würden.

[dodis.ch/55331](https://dodis.ch/55331)

*Zeitungsartikel im Vorarlberger Volksblatt*<sup>1</sup>

## DIE ZUKUNFT VON VORARLBERG

Bregenz, 23. März 1919

(Meinungsaustausch über unsere künftige Zugehörigkeit, *Mittelberg*, 16. März 1919)

(Die Zukunft Kleinwalsertals.) Die Frage über die Zukunft Vorarlbergs ist allem Anscheine nach so weit gediehen, dass sie gegenwärtig von unserer Landesregierung offiziell aufgegriffen wird. Was geschieht mit dem Kleinwalsertale, wenn Vorarlberg sich der Schweiz anschliesst? Das ist nun für die Bewohner der Gemeinde Mittelberg eine brennende Frage. Da wir durch unsere geographische Lage unter allen Umständen gezwungen sind, wirtschaftlich mit Bayern zu verkehren, haben die Walser durch Jahrzehnte gearbeitet, bis der *Zollanschluss an Deutschland* erwirkt wurde. Es sei nur nebenbei bemerkt, dass Dr. Tiburt Fritz,<sup>2</sup> auch ein Walser, beim Ministerium in Wien 44 Mal vorstellig werden musste, bis endlich am 1. Mai 1891 die fragliche Angelegenheit erledigt wurde.<sup>3</sup>

Es ist jedoch *durchaus nicht* als sicher anzunehmen, dass wir den Zollanschluss an Bayern auch fernerhin gesichert haben, wenn wir Schweizer werden. Besonders die gegenwärtige, verworrene Lage in Deutschland könnte unserem Privilegium ein rasches Ende bereiten. Ein Anschluss an Bayern bei den gegenwärtigen misslichen Verhältnissen ist für uns Walser gewiss nicht empfehlenswert; denn wir sind nicht willens, die furchtbaren Lasten, welche die Verbandsmächte unsern Nachbarn auf 50 Jahre auferlegen dürften, mithelfen zu tragen. Es bleibt uns also nur noch der eine Ausweg, vom Selbstbestimmungsrecht Gebrauch zu machen und «*die kleine Republik*» wie unser Tal von Regierungsmännern des Landes schon vor Jahren mit Vorliebe genannt wurde, in der Tat anzustreben. Wenn wir die Steuern, die von uns Walsern jährlich an den Staat entrichtet werden, für unsere eigene Wirtschaft verwenden könnten, dürfte ein grosser Teil herabgesetzt werden und wir wären dennoch in der Lage, einen geordneten Haushalt zu führen und für Strassen- und Brückenbauten usw. noch einen hinreichenden Fonds anzulegen.

Unsere Steuerleistung an Land und Staat beträgt heute jährlich nach Abzug sämtlicher Gegenleistungen 36 000 Kr., für unsere eigene Gemeindeverwaltung müssen wir noch selbst aufkommen. Es ist also *nicht einzusehen*, warum wir all-

<sup>1</sup> *Zeitungsartikel: Vorarlberger Volksblatt, Nr. 68, 23. März 1919. Verfasser nicht ermittelt.*

<sup>2</sup> *Tiburtius Josef Fritz (1842–1896), [dodis.ch/P59342](https://dodis.ch/P59342), Jurist in Wolkderdorf bei Wien.*

<sup>3</sup> *Der Zollanschlussvertrag wurde am 2. Dezember 1890 in Wien unterzeichnet und trat am 1. Mai 1891 in Kraft. Fritz war von der Gemeinde beauftragt worden, in Wien bezüglich des Zollanschlussvertrags zu verhandeln.*

jährlich eine so hohe Summe oder noch mehr (die Steuern sind noch nicht aufs höchste gestiegen) an irgend einen Staat zahlen, der uns in keiner Hinsicht Schutz zu bieten vermag und selbst ohnmächtiger ist als ein Sterbender. Oder sollten wir mit unseren Steuergeldern den Juden und sozialistischen Regierungen ihre hohen Gehälter sichern, damit sie dann vielleicht dafür unsere Kirchengüter einziehen, die Religion aus der Schule verdrängen, die katholische Ehe zerstören und dergleichen Sachen mehr?

Auch *das Land* soll und darf uns nicht an unserer Selbständigkeit hindern. Nachdem uns die alte Regierung in Wien in so unsägliches Elend gestürzt hat, haben wir gewiss *vollen Anspruch*, alles aufzubieten, uns von dieser Knechtschaft frei zu machen, damit wir Landwirte im Gebirge durch masslos hohe Steuern nicht dem unausbleiblichen Ruin verfallen. *Was riskieren wir*, wenn wir uns selbständig stellen? Gar nichts, wir gewinnen vielmehr.

Es kommt nun die Frage, ob im Falle der Erlangung unserer Selbständigkeit nicht Zollschränken den Verkehr mit Bayern erschweren würden oder ob ein wirtschaftliches Abkommen überhaupt zu erreichen sei oder nicht. Dem gegenüber sei bemerkt, dass diese Frage durch eine einfache Formsache ihre Lösung fände, indem wir uns *unter den Schutz Bayerns* stellen, bezw. ihn uns zu erwerben suchen. Das Verhältnis Liechtensteins zu Österreich könnte uns zum Vorbild dienen.

Die Verwaltung der «kleinen Republik» kann auf ganz demokratischer Grundlage aufgebaut werden, indem für jede der drei Fraktionen ein *Amtmann*, oder wie man ihn dann nennen mag, mit dem Zugeständnisse gleicher Rechte gewählt würde, und denen eine *Anzahl von Vertretern* (Gemeindeausschuss) zur Durchführung des Volkswillens zur Seite gestellt wird. Nur eines sei noch erwähnt, was wohl als heikelster Faktor bei der Selbstverwaltung in Betracht käme, nämlich das *Justizwesen*. Wie uns die Geschichte Mittelbergs lehrt, hat das Kleinwalsertal fast mehr als 300 Jahre lang das Justizwesen bis zu einem höheren Grade (Verbrecher) selbst besorgt, musste aber damals die Gesetze selbst ausarbeiten. Um wieviel leichter wäre dies heute, da das Bürgerliche und Strafgesetzbuch zur Verfügung stehen! Und wie manches Urteil würde anders gesprochen, wenn nicht fremde Richter, wie es heute so häufig im Zivilprozesse, sowie auch in politischer Beziehung vorkommt, über Dinge entscheiden, zu denen ihnen das A B C der technischen Sach- und Ortskenntnisse fehlte.

Es ist gewiss *an der Zeit*, die fragliche Angelegenheit auch bei uns zur allgemeinen Besprechung und Behandlung zu bringen; denn in kürzester Zeit wird sich Vorarlberg entscheiden und dann sollen auch wir schlüssig geworden sein. Und besonders ihr, Frontsoldaten, die ihr über vier Jahre lang unter unsäglichem Strapazen die vielfach fluchwürdige Wirtschaft mitansehen musstet, welchen Dank habt ihr für eure heldenmütige Vaterlandsverteidigung erhalten oder zu erhoffen? Aus welchen Leuten ist unsere Mehrheitsregierung in Wien zu einem grossen Teile gebildet? Glaubt ihr, dass die Sozialisten mit ihren volksfremden Ideen imstande sind, das Volk zu beglücken? Wir haben die Regierungsunfähigkeit dieser Leute nun zur Genüge kennen gelernt. Darum rafft euch auf zu gemeinsamer Arbeit, damit der Volkswille durchdringe und uns die Freiheit verschaffe! Mittelberg den Mittelbergern, das Walsertal den Walsern!

(Die genaue Erhebung der direkten und indirekten *Steuerleistung* ist nicht so einfach, dass sie ohne Zuhilfenahme aller behördlichen Behelfe und sachverständiger Berechnungen leicht gemacht werden kann. Auch die *Auslagenberechnung* ist schwierig. Ein Teil der Kosten der Staats- und Landesverwaltung, der Gerichte usw. entfällt auf das kleine Walsertal. – Dass die künftige Stellung Mittelbergs im Falle eines Anschlusses an die Schweiz einer *besonderen Regelung* bedürfte, ist richtig. Wir meinen aber, dass dann so viele sehr schwierige Fragen zu regeln wären, dass die Mittelbergische noch nicht einmal die grösste wäre.)



[dodis.ch/55220](https://dodis.ch/55220)

*Rapport pour le Chef du Département politique, F. Calonder, pour la séance du 29 Mars 1919<sup>1</sup>*

VORARLBERG

Berne, 28 mars 1919

Depuis le rapport au Conseil fédéral du 7 mars,<sup>2</sup> la question du Vorarlberg a fait l'objet de nouvelles études de la part du Département Politique, de sorte qu'il y a lieu de compléter le précédent rapport comme suit.

La presse suisse a discuté tous les jours la question: dans la Suisse allemande la «Thurgauer Zeitung» et dans la Suisse romande la «Revue» prennent une position hostile; les autres journaux sont favorables ou conseillent une attitude expectative. Dans le Journal de Genève, M. Seippel<sup>3</sup> ne voudrait rien hâter, alors que M. Martin<sup>4</sup> est plus encourageant. Le Jura Bernois ne prend pas une position nette. La presse tessinoise est en général défavorable.<sup>5</sup> Les journaux de l'Entente mentionnent la question d'une manière plutôt bienveillante, mais sans commentaires.

Parmi les suggestions qui nous sont venues de Suisse, il y a lieu de mentionner une entrevue du Dr. Vetsch<sup>6</sup> au Département Politique.

Le Dr. Vetsch, de Saint-Gall, qui est membre du Conseil d'administration des Chemins de fer fédéraux, vient, le 18 mars, voir M. Lardy<sup>7</sup> et lui dit: «Décidez-vous au sujet du Vorarlberg et de l'Autriche, ou vous arriverez trop tard. Le moment est grave et vous vous repentirez plus tard de n'avoir rien fait. Le péril de l'encerclement allemand est inquiétant.<sup>8</sup> Le Vorarlberg va bientôt voter et donnera probablement le 80% de ses voix en faveur d'une incorporation à la Suisse.

Le Tyrol désire son indépendance. À Vienne, la majorité est en faveur d'une réunion à l'Allemagne, à cause de la pression socialiste».

1 *Rapport*: CH-BAR#E2001B#1000/1503#175\* (B.14.211.P.21.2). Probablement rédigé par Charles L. E. Lardy (1875–1939), [dodis.ch/P5288](https://dodis.ch/P5288). Ce rapport est d'abord préparé pour la réunion du Conseil fédéral du 29 mars 1919. La discussion de celui-ci a ensuite eu lieu lors de la réunion du 2 avril 1919, cf. [dodis.ch/44041](https://dodis.ch/44041).

2 Cf. doc. 17, [dodis.ch/55218](https://dodis.ch/55218).

3 Paul Seippel (1858–1926), [dodis.ch/P59024](https://dodis.ch/P59024), dès 1884 rédacteur au Journal de Genève.

4 William Martin (1888–1934), [dodis.ch/P7421](https://dodis.ch/P7421), rédacteur politique du Journal de Genève de 1917 à 1919.

5 Annotation manuscrite dans la marge.

6 Ulrich Vetsch (1856–1920), [dodis.ch/P38859](https://dodis.ch/P38859), ophthalmologiste saint-gallois et conseiller cantonal de Saint-Gall.

7 Charles L. E. Lardy (1875–1939), [dodis.ch/P5288](https://dodis.ch/P5288), Chef de la Division des Affaires étrangères du Département politique de 1917 à 1919.

8 Ulrich Vetsch présente ses inquiétudes plus en détail dans un exposé devant la Nouvelle Société Helvétique à Berne le 23 novembre 1919, cf. [dodis.ch/55244](https://dodis.ch/55244).

M. Vetsch propose la création d'un État indépendant, neutre et *économiquement relié à la Suisse*, comprenant le Vorarlberg, le Tyrol (y compris le Tyrol allemand méridional) et la Carinthie. Cet État constituerait un Zollverein avec la Suisse, ce qui nous donnerait une frontière douanière commune avec le Royaume des Serbes, Croates et Slovènes; mais cet État resterait entièrement séparé de la Suisse à tous les points de vue.

M. Vetsch suggère le développement de la ligne de chemins de fer Paris–Bâle–Zurich–Buchs–Feldkirch–Arlberg–Innsbruck–Brenner–Lienz–Villach–Leybach–Agram–Belgrade–Sofia–Constantinople, qui éviterait, si le nouvel État se constituait, à la fois le territoire allemand et le territoire italien et qui, de Bâle à Agram, ne traverserait que le territoire de la Suisse et celui du nouvel État.

M. Vetsch voudrait nous voir agir avec la dernière énergie en faveur de la création de ce nouvel État. Il admet que notre but principal doit être d'empêcher la réunion de l'Autriche à l'Allemagne, mais il craint que nous nous occupions uniquement du point de vue politique, mais pas assez de l'énorme danger d'un rattachement économique. Il voudrait que nous fassions, auprès des populations intéressées, une grande propagande.

Depuis lors, M. Vetsch a adressé au Département diverses lettres conçues dans le même sens, dans lesquelles il insiste très vivement pour que les Vorarlbergeois ne soient pas découragés.

Le Directoire commercial de Saint-Gall a adressé, le 26 mars, au Conseil fédéral, un rapport<sup>9</sup> que le Département Politique vient de recevoir, et qui insiste vivement sur les avantages d'une incorporation du Vorarlberg à la Suisse, surtout en ce qui concerne l'avenir de l'industrie de la broderie.

Du côté de l'Autriche, il faut mentionner les manifestations suivantes:

- a) le 15 mars, le Professeur Ude,<sup>10</sup> de Gratz, a apporté au Département Politique un mémoire,<sup>11</sup> dans lequel il proteste contre la réunion de l'Autriche à l'Allemagne. Il considère l'Autriche comme terrorisée par les socialistes, qui empêcheraient un plébiscite de répondre aux vœux de la population et recommande l'envoi de commissions de l'Entente dans les différentes provinces, afin d'y combattre la propagande allemando-italienne.
- b) le 16 mars, une délégation de Tyroliens venue à Berne pour une question de ravitaillement, a exposé au Département Politique son désir de voir le Tyrol se proclamer indépendant de l'Autriche.<sup>12</sup> Les Tyroliens revendiquent, de la manière la plus positive, le Tyrol allemand méridional. Ils voudraient être encouragés par nous et par l'Entente dans leur désir d'indépendance.

<sup>9</sup> Cf. le dossier comme note 1.

<sup>10</sup> Johannes Ude (1874–1965), [dodis.ch/P59025](http://dodis.ch/P59025), professeur à l'Université de Graz depuis 1917, scientifique, politicien et pacifiste autrichien.

<sup>11</sup> Cf. mémorandum (Denkschrift) de Johannes Ude du 15 mars 1919, dossier comme note 1.

<sup>12</sup> Cf. *ibid.*

c) Le 27 mars, le Baron Andrian,<sup>13</sup> Tyrolien, vient de la part de M. Schraffl,<sup>14</sup> Landeshauptmann du Tyrol, exposer<sup>15</sup> au Département Politique l'importance de la question du Tyrol méridional allemand: si celui-ci est annexé par l'Italie, le Tyrol septentrional tombera automatiquement aux mains de la Bavière.

Schraffl accepterait les trois solutions suivantes:

- 1) fédération danubienne,
- 2) création d'un État alpestre (Tyrol, Carinthie, Salzbourg) qui pourrait former le noyau d'une Autriche allemande,
- 3) Tyrol indépendant comme État tampon.

Schraffl voudrait un contact avec l'Entente, qui devrait empêcher qu'un plébiscite ne soit ordonné par Vienne et dirigé par les socialistes de cette ville, qui provoqueraient un résultat faux. L'inaction de l'Entente donne aux socialistes tous les espoirs et toutes les audaces.

Du côté du Vorarlberg, les démarches suivantes ont été faites:

1) Entre le 10 et le 15 mars, le Dr. Ender,<sup>16</sup> Landeshauptmann du Vorarlberg, a demandé<sup>17</sup> au Conseil fédéral, par l'intermédiaire du bureau des passeports suisse de Feldkirch et du Major Stingelin,<sup>18</sup> chargé de l'approvisionnement du Vorarlberg, de le recevoir, ainsi qu'une délégation du Gouvernement Vorarlbergeois.

D'ordre du Conseil fédéral, le Département Politique a répondu,<sup>19</sup> par l'intermédiaire du Bureau des passeports de Feldkirch, que la délégation vorarlbergeoise ne pouvait pas être reçue, à cause de l'absence de Monsieur Calonder.<sup>20</sup>

Quelques jours après, M. Vetsch et M. Stingelin, qui sont en rapport avec le Dr. Ender, ont parlé de la chose au Département. Ils furent confidentiellement priés de donner à entendre aux autorités du Vorarlberg qu'il était préférable qu'elles n'insistassent pas pour être reçues encore, car le Conseil fédéral ne serait pas en mesure de leur donner aucune assurance, même après le retour de M. Calonder.

<sup>13</sup> Leopold von Andrian (1875–1951), Diplomate dans le service austro-hongrois de 1900 à 1917 et conseiller de l'Empereur Karl I, qui est en exil suisse depuis mars 1919.

<sup>14</sup> Josef Schraffl (1855–1922), [dodis.ch/P59026](https://dodis.ch/P59026), Gouverneur de Tyrol de 1917 à 1921.

<sup>15</sup> Cf. le dossier comme note 1.

<sup>16</sup> Otto Ender (1875–1960), [dodis.ch/P38315](https://dodis.ch/P38315), Gouverneur du Vorarlberg de 1918 à 1930 et de 1931 à 1934.

<sup>17</sup> Cf. le dossier comme note 1.

<sup>18</sup> Emil Stingelin, [dodis.ch/P61134](https://dodis.ch/P61134), officier professionnel suisse, depuis 1916 Major de l'Armée suisse, de fin 1918 à début avril 1919 Commissaire de l'Office fédéral de la nutrition pour l'approvisionnement du Vorarlberg et du Liechtenstein.

<sup>19</sup> Cf. le dossier comme note 1.

<sup>20</sup> Calonder rend compte des résultats de sa mission à Paris en ce qui concerne la Société des Nations.

- 2) Malgré cela, le Département reçut, le 25, un télégramme du Dr. Ender demandant positivement à être reçu avec cinq délégués du Vorarlberg par le Conseil fédéral. Une lettre privée de M. Vetsch, arrivée en même temps, expliqua que M. Ender ne pouvait pas se décider à provoquer une votation en faveur de la Suisse, pour risquer d'empocher à la fin des fins une réponse négative de notre part. Nous lui ferions jouer là, à lui-même et à son Pays, un rôle ridicule.

La situation fut exposée au Conseil fédéral, qui a donné l'ordre de répondre qu'il ne pouvait pas recevoir la délégation du Vorarlberg en ce moment.

Depuis lors, le «Bund» a annoncé la possibilité d'une réunion du Vorarlberg au Wurtemberg.

Si le Département Politique n'a pas jusqu'ici donné le moindre signe de bienveillance au Vorarlberg, il a par contre agi contre la réunion de l'Autriche à l'Allemagne. Nos Ministres, à Paris,<sup>21</sup> à Londres<sup>22</sup> et à Washington<sup>23</sup> ont parlé nettement dans ce sens et M. Calonder a eu, à ce sujet, une conversation avec M. Clémenceau.<sup>24</sup>

L'idée du Conseil fédéral paraît avoir été jusqu'ici qu'il ne fallait à aucun prix aborder la question de l'incorporation à la Suisse du Vorarlberg, tant qu'il resterait un espoir d'une Autriche allemande indépendante.

Les objections qui surgissent aujourd'hui contre ce point de vue sont les suivantes:

- 1) Sur la base du principe du droit des peuples de disposer d'eux-mêmes, les États-Unis et l'Angleterre n'appuient pas la France dans son désir de séparer l'Autriche de l'Allemagne. Pour des raisons différentes, l'Italie encourage la réunion de l'Autriche à l'Allemagne. La création d'une Autriche indépendante n'est donc nullement assurée.
- 2) Même si l'on créait maintenant une Autriche indépendante, il est très probable que ses régions germaniques finiraient, tôt ou tard, et plutôt tôt que tard, par s'agréger à l'Allemagne.
- 3) Le Vorarlberg est opposé à son union avec le Tyrol. Il y a donc risque que, même si l'Autriche indépendante se formait, le Vorarlberg ne préférât s'incorporer au Wurtemberg.
- 4) Les autorités du Vorarlberg, à tort ou à raison, veulent dès maintenant commencer la campagne qui décidera de leur sort. Si nous ne leur donnons aucun encouragement d'aucune sorte, et si nous nous refusons de les recevoir même officieusement, elles dirigeront bon gré mal gré leur

<sup>21</sup> Alphonse Dunant (1869–1942), [dodis.ch/P7708](https://dodis.ch/P7708), Ministre suisse à Paris de 1917 à 1938.

<sup>22</sup> Gaston Carlin (1859–1922), [dodis.ch/P16327](https://dodis.ch/P16327), Ministre suisse à Londres de 1902 à 1919.

<sup>23</sup> Hans Sulzer (1876–1959), [dodis.ch/P984](https://dodis.ch/P984), Ministre suisse à Washington D. C. de 1917 à 1919 et administrateur délégué Sulzer AG.

<sup>24</sup> Georges Clemenceau (1841–1929), [dodis.ch/P1253](https://dodis.ch/P1253), Premier ministre français de 1917 à 1920 et président de la Conférence de la Paix de Paris de 1919.

campagne dans une autre direction et nous ne serons plus à même, si nous devons plus tard le désirer, de leur faire retourner leur char. Une politique d'abstention complète n'est donc plus possible, car en nous abstenant, nous prenons une responsabilité aussi grande qu'en agissant.

[dodis.ch/55333](https://dodis.ch/55333)

Auszug

*Zeitungsartikel in Der Bund*<sup>1</sup>

## DIE VORARLBERGISCHE FRAGE

Bern, 28. März 1919

[...]<sup>2</sup>

Damit ist freilich vom schweizerischen Standpunkt aus über die Wünschbarkeit des Anschlusses Vorarlbergs an die Schweiz noch nichts Entscheidendes gesagt. Dieser Anschluss würde auch nicht verhüten, dass sich Grossitalien und Grossdeutschland auf dem Brenner die Hand reichen. Die Aufnahme eines Kantons Vorarlberg würde aber einem ausgesprochenen Volkswunsche des Vorarlberg und damit der Selbstbestimmung entsprechen und könnte die erwähnten Nachteile wenigstens um etwas verringern, würde auch der Schweiz eine Gebirgsgrenze gegen Grossdeutschland verschaffen. Dass übrigens auch im Tirol selbst unter den Deutschfreiheitlichen nicht lauter Begeisterung für den Anschluss an Deutschland besteht, ist auch in der Schweiz wohl bekannt.

Unter diesen Gesichtspunkten darf die Anschlussfrage ruhig erwogen werden. Die Nachteile haben wir schon hervorgehoben; manches, was der Vorarlberger Vertreter des grossdeutschen Gedankens geschrieben hat, darf auch beherzigt werden. Kriegsschäden aller Art lasten schwer auf Vorarlberg. Sie sind es wohl auch, die dem Wunsch nach Eintritt in den Schweizerbund so grosse Kraft verliehen haben, dass die Industrie, deren Vertreter vorab aus wirtschaftlichen Erwägungen für den Anschluss an Grossdeutschland sind, die Strömung nicht zu meistern vermochte. Begleitgeschenke des 23. Kantons, wie die Stärkung des Föderalismus, die Jesuiten, das Frauenstimmrecht, die je nach dem Standpunkt dem einen erwünscht, dem andern unerwünscht sein möchten, gehören in die zweite Linie. Massgebend ist die Sicherung unserer mitteleuropäischen Stellung. Die Tatsache des ohne schweizerische Propaganda entsprungenen Wunsches eines befreundeten Nachbarvölkchens, Schweizer zu werden, hat übrigens auch eine moralische Bedeutung, die zu verkennen uns schlecht anstände.

Wie die Enklave Liechtenstein sich zu verhalten gedenkt, scheint noch nicht abgeklärt zu sein.

<sup>1</sup> *Zeitungsartikel*: Der Bund, Nr. 133, 28. März 1919. Der Artikel wurde wahrscheinlich von Michael Bühler (1853–1925), [dodis.ch/P61607](https://dodis.ch/P61607) oder von Ernst Schürch (1875–1960), [dodis.ch/P5398](https://dodis.ch/P5398) verfasst.

<sup>2</sup> Für das vollständige Dokument vgl. das Faksimile [dodis.ch/55333](https://dodis.ch/55333).

[dodis.ch/55221](https://dodis.ch/55221)

*Séance du 2 avril 1919 du Conseil fédéral*<sup>1</sup>

ANNEXION DU VORARLBERG

Secret

[Berne,] 2 avril 1919

Présidence déposée:

1. Rapport du Département politique<sup>2</sup>
2. Rapport Direction commerciale St. Gall<sup>3</sup>
3. Note<sup>4</sup> de M. Lardy<sup>5</sup> à M. Calonder,<sup>6</sup> complétant (Entwurf<sup>7</sup> Vetsch<sup>8</sup>) Ude<sup>9</sup>  
– Schraffl<sup>10</sup> – Dr. Ender<sup>11</sup> –

Proposition Calonder, du 2 avril.<sup>12</sup>

Délégation<sup>13</sup> est ici – Ador<sup>14</sup> a refusé de les voir. Schulthess<sup>15</sup> les a vus, pour questions ravitaillement. Courants divisés de l'assemblée fédérale et en Suisse et en Suisse romande.

<sup>1</sup> *Carnet de notes (du secrétaire):* CH-BAR#E1002#1000/7#1\* (2.1). Rédigé par le vice-chancelier Antoine Contat (1869–1927), [dodis.ch/P34784](https://dodis.ch/P34784). Sont absents: Felix Calonder (malade) et Edmund Schulthess qui arrive plus tard à la réunion, cf. les procès-verbaux du Conseil fédéral du 2 avril 1919, [dodis.ch/44041](https://dodis.ch/44041).

<sup>2</sup> Doc. 17, [dodis.ch/55218](https://dodis.ch/55218).

<sup>3</sup> *Lettre du président de la direction commerciale de Saint-Gall, Otto Alder (1843–1933),* [dodis.ch/P17420](https://dodis.ch/P17420), du 26 mars 1919, CH-BAR#E2001B#1000/1503#175\* (B.14.211.P.21.2).

<sup>4</sup> Doc. 21, [dodis.ch/55220](https://dodis.ch/55220).

<sup>5</sup> Charles L. E. Lardy (1875–1939), [dodis.ch/P5288](https://dodis.ch/P5288), *Chef de la Division des Affaires étrangères du Département politique de 1918 à 1920.*

<sup>6</sup> Felix Calonder (1863–1952), [dodis.ch/P333](https://dodis.ch/P333), *Conseiller fédéral, Chef du Département politique de 1918 à 1920 et Président de la Confédération en 1918.*

<sup>7</sup> Cf. le dossier CH-BAR#E2001B#1000/1503#175\* (B.14.211.P.21.2).

<sup>8</sup> Ulrich Vetsch (1856–1920), [dodis.ch/P38859](https://dodis.ch/P38859), *ophtalmologiste, conseiller communal de 1888 à 1918 et conseiller cantonal PRD de Saint-Gall de 1898 à 1920. Il s'engage pour l'adhésion du Vorarlberg à la Suisse pour éviter que le pays ne se joigne à l'Allemagne avec le reste de l'État autrichien (Autriche allemande). En plus, il souligne la ressemblance du peuple du Vorarlberg avec le peuple Suisse, cf. [dodis.ch/55500](https://dodis.ch/55500). Vetsch s'engage aussi pour l'aide matérielle au peuple du Vorarlberg, cf. [dodis.ch/55505](https://dodis.ch/55505).*

<sup>9</sup> Cf. le mémorandum (Denkschrift) de Johannes Ude du 15 mars 1919, CH-BAR#E2001B#1000/1503#175\* (B.14.211.P.21.2).

<sup>10</sup> Josef Schraffl (1855–1922), [dodis.ch/P59026](https://dodis.ch/P59026), *Gouverneur du Tyrol de 1917 à 1921.*

<sup>11</sup> Otto Ender (1875–1960), [dodis.ch/P38315](https://dodis.ch/P38315), *Gouverneur du Vorarlberg de 1918 à 1930 et de 1931 à 1934.*

<sup>12</sup> Cf. doc. 21, [dodis.ch/55220](https://dodis.ch/55220).

<sup>13</sup> *Il s'agissait de la délégation du Vorarlberg, qui comprenait Paul Pirker (1880–1963),* [dodis.ch/P38804](https://dodis.ch/P38804) *et Gustav Neubner (1886–1949),* [dodis.ch/P38788](https://dodis.ch/P38788).

<sup>14</sup> Gustave Ador (1845–1928), [dodis.ch/P3727](https://dodis.ch/P3727), *Chef du Département de l'intérieur de 1918 à 1919 et Président de la Confédération en 1919.*

<sup>15</sup> Edmund Schulthess (1868–1944), [dodis.ch/P2150](https://dodis.ch/P2150), *Chef du Département de l'économie publique de 1912 à 1935.*



Motta<sup>16</sup> – Gelpke interpellation,<sup>17</sup> Häberlin<sup>18</sup> a consulté Motta. suis démocrate. s'il fallait pas empêcher discours conseil national pas obliger conseil fédéral faire déclaration d'accord avec Gelpke. Président [*Häberlin*] ne fera pas commentaire aujourd'hui l'interpellation.

Question de précédence: Voulons-nous exprimer avant l'interpellation, le désir qu'ils retirent. Sinon que répondre? Et qui? Calonder ou Ador?

Pour le fond: Est-il possible aujourd'hui de se prononcer dans un sens ou dans l'autre?

Dans conversation peur laisser se poser la question des frontières de la Suisse. Tessin – opinion publique au Tessin appuie pour cela – En Suisse française pas opinion bien nette – En Suisse allemande, éléments catholiques favorables aussi pour: – démocrates suisse orientale, milieux commerciaux St. Gall.

Pourrions rien faire de décisif avant d'avoir consulté des délégués toute la Suisse – en tout cas pas incorporer contre le sentiment des minorités linguistiques de la Suisse. Mais on pourrait leur faire comprendre que l'annexion est le moindre mal.

Vis à vis du Vorarlberg pouvons pas prendre engagement quelque avant qu'ils se soient prononcés de façon nette et catégorique.

*Decoppet*:<sup>19</sup> Vorarlberg devrait d'abord manifester. Puis savoir opinion conférence Paris.

*Müller*:<sup>20</sup> Pouvons pas prendre décision aujourd'hui. Voller Bedenken. Aus Höflichkeit Delegation anhören?

Wissen wir was geschieht wenn Vorarlberg zur Schweiz kommt. Wenn Tyrol zu Deutschland kommt; haben doch Grossdeutschland als Nachbar und auf einer schlechteren Grenze.

St. Gall et Vorarlberg rapports d'intérêts communs – oui, mais pour le reste de la Suisse quel intérêt? Intérêts Chemins de fer à examiner.

Proposition Calonder, transmettre à la confédération danger – risquons qu'on nous demande rectification de frontière au sud et sud-est.

Autres scrupules que cela ne soit pas un motif de division entre Suisses. Sonder l'opinion.

Dettes de guerre – pas clair.

Non liquet zur Zeit. Rien faire avant que Vorarlberg se soit prononcé. Histoire: Wer zur Eidgenossenschaft wollte musste kommen; und antichambrieren. Question confessionnelle jouera un rôle. Rapport Savoie.

Il faudra réviser constitution.

Être extrêmement réservé – Mais prendre contact, s'informer, gagner du temps.

<sup>16</sup> Giuseppe Motta (1871–1940), [dodis.ch/P729](https://dodis.ch/P729), Chef du Département des finances et des douanes de 1911 à 1919 et du Département politique de 1920 à 1940.

<sup>17</sup> Rudolf Gelpke (1873–1940), [dodis.ch/P7896](https://dodis.ch/P7896), Conseiller national de la ville de Bâle et membre du PAB de 1917 à 1935. Pour l'interpellation 1157 de Gelpke du 11 novembre 1919, Bull. of. CN, 1919, V, pp. 1004–1006. En tant qu'expert des transports, il s'engage pour l'adhésion du Vorarlberg à la Suisse pour préserver les intérêts de la Suisse en ce qui concerne les voies de communication dans les Alpes orientales, cf. [dodis.ch/55790](https://dodis.ch/55790).

<sup>18</sup> Heinrich Häberlin (1868–1947), [dodis.ch/P4279](https://dodis.ch/P4279), président de l'Assemblée fédérale suisse de 1918 à 1919.

<sup>19</sup> Camille Decoppet (1862–1925), [dodis.ch/P30481](https://dodis.ch/P30481), Chef du Département militaire de 1914 à 1919.

<sup>20</sup> Eduard Müller (1848–1919), [dodis.ch/P33689](https://dodis.ch/P33689), Chef du Département de justice et police de 1914 à 1919.

Discussion interpellation inopportune. Affaire est encore trop obscure, et trop délicate.

*Haab*:<sup>21</sup> Teilt alle Bedenken. Chez les Zurichois opinions très partagées. Considérant tous points de vue – Regrets Savoie – Dette 500 millions de couronnes? – Verkehrsgrenze – point de vue des chemins de fer – Arlberg.

*Schulthess* (en fin de séance): Grands doutes. Dette d'avant la guerre et d'après au prorata. Correction du Rhin. Pour le moment négatif. Mais ne se refuse pas à discuter –

Délégation a été chez Schulthess demandent insistance ravitaillement d'urgence – Menace famine.

Président demande si peut recevoir délégation si elle est encore ici – oui et décidé: chercher à faire renvoyer interpellation sinon refuser d'entrer en matière. Pour le moment Conseil fédéral doit se réserver pleine liberté. Le président chargé répondre question pas mûre, pas en mesure faire déclaration quelconque.

---

<sup>21</sup> Robert Haab (1865–1939), [dodis.ch/P7942](https://dodis.ch/P7942), Chef du Département des postes et des chemins de fer de 1918 à 1929.

[dodis.ch/55336](https://dodis.ch/55336)

*Aufruf des Vorarlberger Schwabenkapitels an Bauern und Sticker<sup>1</sup>*

VORARLBERGER, STICKER UND BAUERN. WO WIRD ES EUCH BESSER  
GEHEN – BEI DER SCHWEIZ ODER BEI SCHWABEN?

Bregenz, 30. April 1919

*Die Sachlage bezüglich der Stickerei<sup>2</sup> ist folgende:*

Die Schweiz verkaufte bisher die Erzeugnisse ihrer Stickerei-Industrie stets nach dem Auslande; der Absatz im schweizerischen Inlande selbst ist kaum nennenswert. Die Hauptabnehmer waren vor dem Kriege erstens die Vereinigten Staaten von Nordamerika, zweitens England und Kolonien, drittens Deutschland.

Der erste Abnehmer, Amerika, kaufte 1910 noch für 70 Millionen Franken schweizerische Stickereien, im Jahre 1918 nur mehr für 5 Millionen. Amerika hat nämlich vermittels der Automaten selbst schon eine sehr bedeutende Stickerei-industrie eingerichtet, die fortwährend anwächst und schon jetzt die Schweizer Einfuhr fast vollständig verdrängt hat. Das gibt der «Bericht des Kaufm. Direktoriums in St. Gallen 1919» Seite 17 offen zu. Binnen kurzer Zeit werden aber die Amerikaner, die alle Rohstoffe gleich bei der Hand haben, auch den übrigen Weltmarkt mit ihren Stickereien überschwemmen und die schweizerische Industrie vollständig verdrängen.

Der zweite Abnehmer der Schweiz ist bisher England gewesen, und dieses wird gewiss in nächster Zukunft auch noch Abnehmer von St. Gallen bleiben; aber nur so lange, bis die Amerikaner mit den überlegenen Mitteln ihrer Konkurrenz den Sieg davontragen und die Schweiz auch an dieser Stelle verdrängen. Die grössten Aussichten auf dem ganzen Weltmarkte hat die mit unermesslichem Kapital arbeitende amerikanische Industrie.

Der dritte Abnehmer St. Gallens war bis 1914 *das Deutsche Reich*, das 1913 um 12 Millionen Franken im Veredlungsverkehr und um 19 Millionen direkt aus St. Gallen Stickereiwaren aufnahm. Der Wert der Vorarlberger Gesamtproduktion an Stickerei betrug vor dem Kriege gegen 40 Millionen Franken. Wenn also Vorarlberg innerhalb der deutschen Zollgrenzen arbeitet, so kann es auf einem gegen die Schweiz geschützten Markte *Dreiviertel* seiner Produktion verkaufen, oder, wenn Deutschland in nächster Zeit weniger aufnahmefähig sein sollte, doch mindestens die Hälfte.

Die Sachlage ist also die: St. Gallen hat den wichtigsten früheren Markt in Amerika bereits ziemlich verloren, es wird auf dem englischen Markte bald mit

<sup>1</sup> *Aufruf*: AT-VLA NL Ferdinand Riedmann (14-212). *Verfasst vom Vorarlberger Schwabenkapital, einem überparteilichen Verein, der einen Anschluss Vorarlbergs an Deutschland forderte.*

<sup>2</sup> *Vgl. Karte Maschinenstickerei in der Schweiz, Vorarlberg und Liechtenstein 1920, [dodis.ch/55542](https://dodis.ch/55542).*

der amerikanischen Konkurrenz schwer zu kämpfen haben. Seine Aussichten sind also erbärmlich schlecht. Die Verbindung mit dieser Industrie wäre für Vorarlberg die grösste Torheit.

*Vorarlberg kann sich für seine Industrie nur eine Zukunft sichern, wenn es einen grossen Inlandsmarkt bekommt also nur durch den Eintritt in den Deutschen Zollverband, in welchem es geschützt, die schweizerische Einfuhr dagegen gehindert wäre! Jeder Sticker, der auch nur die geringsten Begriffe von den Weltmarktverhältnissen hat, muss sogleich einsehen, dass die Vorarlberger Stickerei an der Seite der Schweiz gar keine, bei einem Anschlusse an Schwaben aber eine hoffnungsvolle Zukunft vor sich hat.*

Denn ein grosses Volk von der Energie und Klugheit der Deutschen ist nicht niederzuhalten und wird wieder einen grossen Wirtschaftsbetrieb aufrichten; die kleinen Staaten aber werden – namentlich wenn sie selbst weder Kohle noch Eisen, noch Baumwolle erzeugen – von den Weltmächten erdrückt.

Aus dem einen und einzigen Grunde, weil St. Gallen verhindern will, dass ihm Vorarlberg den Absatz in Deutschland wegnimmt, aus diesem einzigen Grunde betreibt es den Anschluss des Landes an die Schweiz. Sobald St. Gallen dann auch den englischen Markt verloren hat, wird es nur mehr die eigenen Maschinen beschäftigen können und Vorarlberg hätte als sein Hinterland lauter altes Eisen.

*Noch einmal sei es gesagt: Kein Sticker, der mit klarer Vernunft die Sachlage bedenkt, kann für den Anschluss an St. Gallen eintreten, der den baldigen vollständigen Ruin der Vorarlberger Stickerei mit sich bringen würde.*

*Und die Landwirtschaft?*

Unsere Verkaufserzeugnisse sind Zuchtvieh, Molkereien, Obst. All das erzeugt die Schweiz selbst. Sie hat nach unseren Molkereien und unserem Obst durchaus keinen Bedarf. Hingegen ist Deutschland dafür unbegrenzt aufnahmefähig. Und wenn wir für uns selbst Kartoffeln oder Roggen, Futtermittel und Kunstdünger kaufen müssen, bekommen wir sie am billigsten im ertragreichen Deutschland. Bezüglich der Viehzucht aber wollen wir das Urteil eines unserer ersten Fachmänner, des Herrn Staatsobertierarztes Josef Zimmermann<sup>3</sup> hören:

Im Verlage von Franz Müller<sup>4</sup> in Bregenz erschien von diesem Fachmanne eine Abhandlung, in der er voraussagt, *dass die Vorarlberger Zuchtviehzüchtung in der Schweiz sich nicht halten könnte und bestimmt zugrunde ginge*. Nur infolge der bisherigen Absperrung gegen die Schweiz konnte unser Zuchtvieh auf die erreichte Höhe gebracht werden und es hätte in Deutschland auch in Hinkunft sicher einen guten Absatz. Innerhalb der Schweiz aber wäre es der Vermischung und dem Niedergange ausgesetzt und würde bald als minderwertiges Schweizervieh gelten. «Die deutschen Nachbarn brauchen unser Vieh und werden es seiner bewährten Eigenschaften wegen immer wieder gerne kaufen, während die Schweizer dasselbe entbehren können, ja als lästige Konkurrenz sich lieber vom Halse halten. *Eine Trennung von der Schweiz, wie sie eben jetzt durch die bestehende Grenze vorhanden ist, wird daher für unsere Viehzucht weit besser sein, als der Anschluss an dieselbe.*»

<sup>3</sup> Nicht identifiziert.

<sup>4</sup> Buchdruckerei Franz Müller, Bregenz. Franz Müller war vom 12. Juli 1898 bis 23. Juni 1919 Redakteur bzw. Chefredakteur der Vorarlberger Landeszeitung, vgl. [www.anno.onb.ac.at](http://www.anno.onb.ac.at).

Das ist das Urteil des Herrn Staatsobertierarztes Zimmermann. Also fordern die Interessen unserer zwei wichtigsten allgemeinen Erwerbszweige: Stickerei und Viehwirtschaft (und Obstbau) unbedingt den Anschluss an Schwaben und die entschiedene Ablehnung der Vereinigung mit der Schweiz.

*Das Grossgewerbe* des Landes, die Fabrikindustrie in *Baumwolle* (Spinnerei, Weberei, Baumwolldruckerei) mit etwa 14 000 Arbeitern, die *Schafwollindustrie*, die *Maschinenindustrie*, die Strohhüte-, Schuhwaren-, Zement-, Blechwaren-, Oefen- usw. Fabriken *lehnen alle, wie aus einer Denkschrift des Verbandes der Industriellen von Vorarlberg hervorgeht,*<sup>5</sup> *den Anschluss an die Schweiz vollständig ab.* Die ablehnenden Industrien geben zusammen etwa 40 000 Menschen – fast einem Drittel der Einwohner – den Unterhalt.

Es erklären sich gegen den Anschluss an die Schweiz der überwiegende Teil der *Lehrerschaft* des Landes, dann die *Beamten*, die *Eisenbahner*, weitaus die meisten Angehörigen der studierten Berufe: *Ärzte*, *Advokaten*, *Ingenieure* usw. und ein grosser Teil der *Geistlichkeit*.

Der Anschluss an die Schweiz käme tatsächlich einem *Verkaufe unserer Zukunft um einige* übrigens noch fragliche, *Vorteile der nächsten Gegenwart gleich.* Der Kurs, um den man unsere Krone übernehmen würde, das Darlehen zur Tilgung unserer Kriegsschuld: das sind alles noch Dinge, die in der Luft hängen. Wie würde man uns aber in alle Zukunft in der Schweiz behandeln, wenn man uns gleich beim Eintritt ein Almosen reichen müsste! Dass man uns vielleicht Geld *vorstrecke*, dabei aber unsere Alpen, Wälder, Wasserkräfte *zusammenkaufe* und uns zur *Auswanderung nötige* damit «echte Eidgenossen» die Ostgrenze der Schweiz gegen die gefürchteten Deutschen verteidigen, das wäre wohl die Absicht der Entente, wenn sie mit unserem Anschluss an die Schweiz einverstanden ist und ihn fördert. Und die Schweiz muss genau das tun, was die Entente, besonders Frankreich befiehlt. Ein Schweizer, der Oberrichter Dr. Th. Bertheau<sup>6</sup> in Zürich, hat in einer Schrift<sup>7</sup> dargelegt, dass die Schweiz heute ein *Schutzstaat Frankreichs* ist; sie wird von Frankreich beherrscht und dabei wirtschaftlich niedergedrückt, im Innern aber führen die Welschen das grosse Wort.

Vorarlberger! Wegen einer gewiss nicht lange dauernden Zeit ernster Schwierigkeiten, die wir im Verbands Schwabens mitmachen müssen, werden wir nicht unsere alte Heimat an die Entente, an unsere Feinde verkaufen, die über dem Rhein die Herren sind, wir werden nicht unsere Häuser und Felder, Alpen und Wälder den reichgewordenen Schweizern in die Hände liefern, damit wir selbst das Bündel schnüren können, wir werden nicht um eines allfälligen Profites willen uns selbst das Los verachteter Bettler im reichen Schweizerhause aufladen, wir werden aber auch nicht die ganze Zukunft unserer Stickerei, unserer Viehzucht, unserer Grossindustrien selbst vernichten, weil kurzsichtige Agitatoren ganz falsche Vorstellungen zu verbreiten wussten. Die Tatsachen liegen in der Wirklichkeit so, dass Bauern, Sticker, Fabrikarbeiter, Lehrer und öffentliche Angestellte wie auch unsere Grossindustrie den schwersten Schaden, ja viele den Ruin ihrer wirtschaftlichen Existenz von dem Anschlusse an die Schweiz zu befürchten ha-

5 Die Stellungnahme der Vorarlberger Industrie zum Anschlusse an die Schweiz, *Bregenz* [1919].

6 Theodor Bertheau (1869–1944), [dodis.ch/P27460](http://dodis.ch/P27460), *Zürcher Oberrichter von 1909 bis 1935*.

7 Theodor Bertheau: *Betrachtungen zur gegenwärtigen politischen Lage der Schweiz*, Zürich 1919.

ben. *Schwaben* jedoch bietet uns – wenn wir den Mut haben, eine schwierigere Zeit durchzuhalten – für alle Zukunft die besten Aussichten, der Landwirtschaft sowohl als der Stickerei und der übrigen Industrie.

Vorarlberger seid nicht blind, lasst euch nicht durch trügerische Worte und lockende Gegenwartsbilder täuschen – wollt ihr nicht selbst euch um eure wirtschaftliche Zukunft und um eure Heimat bringen, *dann könnt ihr euch nur für Schwaben entscheiden!*

[dodis.ch/55379](https://dodis.ch/55379)

*Flugblatt*<sup>1</sup>

KANTON ÜBRIG

[Lustenau,] April 1919

Im Schweizer Roman «Die Erlhöferin»<sup>2</sup> vergleicht der Schweizer Verfasser sein Heimatland mit einem Turm, in dessen Glockenstube viele kleine, gut zusammenstimmende Glocken hängen, und sagt, der Turm sei so voller Glocken, dass keine weitere mehr Platz hätte, und müsste man eine solche rein ausser dem Turme aufhängen.

Das ist doch etwas schöner gesagt, als wie mit dem derben «Kanton Übrig», wie man in der Schweiz zum Streben einzelner Vorarlberger, zur Schweiz zu kommen, Stellung nimmt, bzw. es spöttisch abtut.

Was hätte auch die Schweiz für ein Interesse an dieser Vorarlberger Aufdringlichkeit?

Jetzt hat die Schweiz am Rhein und am Rhätikon eine ideale Grenze, die nicht besser würde, wenn unser Ländchen zur Schweiz käme, vielmehr würde sie an Klarheit gegen das Allgäu hin sehr zu wünschen übrig lassen. Abgesehen von diesen nebensächlichen Bedenken, ist der Zuwachs für die Schweiz in keiner Weise wünschenswert. Wir brächten nur Industrie mit, die die Schweiz ohnedies im Überfluss hat, nämlich Baumwollspinnereien und Webereien und eine gutentwickelte Stickereiindustrie,<sup>3</sup> lauter Erzeugnisse, welche die Schweiz ohnedies im Ausfuhrhandel absetzen muss und für das Land selbst nicht braucht.

Auch in der Viehzucht und in deren Erzeugnissen schafft die Schweiz mehr, als sie selbst braucht und auch in dieser Richtung würden wir die Mühe, für den Überfluss Absatz zu schaffen, nur vergrössern. Ich erinnere an die Zeit, da im Brengenerwalde für Millionen Käse lag. Was der Schweiz fehlt, insbesondere Kohle und Erze und andere Berggüter, wie Salz, sodann auch Zucker, fehlt auch uns und so brächten wir nichts mit, was uns wirtschaftlich willkommen machen könnte.

Aber auch eine andere Gefahr wären wir für die Schweiz. Wir Deutschen in Vorarlberg haben in den letzten Jahrzehnten und die insbesondere während des Krieges verstärkt deutsch fühlen und denken gelernt. Und was in Blut und Ei-

<sup>1</sup> *Flugblatt*: AT-VLA NL Ferdinand Riedmann (14-212). Verfasst von Anton Zumtobel (1876–1947), [dodis.ch/P38871](https://dodis.ch/P38871), und gedruckt in der Buchdruckerei in Lustenau. Zumtobel war seit 1910 Anwalt in Dornbirn und Mitglied der Deutschfreisinnigen sowie später der Grossdeutschen Volkspartei, als deren Abgeordneter er von 1919 bis 1932 im Vorarlberger Landtag sass. Er war zudem Mitglied im Verein Deutsches Haus, im Dornbirner Konzerthausverein, im Vorarlberger Schwabenkapitel und im Turnverein Dornbirn.

<sup>2</sup> Roman des Schriftstellers Jakob Schaffner (1875–1944), [dodis.ch/P2153](https://dodis.ch/P2153), 1908 in Berlin publiziert.

<sup>3</sup> Vgl. die Karte Maschinenstickerei in der Schweiz, Vorarlberg und Liechtenstein 1920, [dodis.ch/55542](https://dodis.ch/55542).



sen in uns hineingewachsen ist, wird nicht so schnell verschwinden. Würden wir Schweizer, so würden wir doch nicht vergessen, dass wir Söhne des grossen deutschen Volkes sind. Die deutschsprechenden Schweizer haben sich durch jahrhundertelange Erziehung daran gewöhnt, darauf zu vergessen, dass auch sie ein Teil des deutschen Volkes sind und glauben ehrlich, dass die Schweiz eine eigene Nation mit dreierlei Sprachen sei, ja noch mehr als das: ein Teil der deutschsprechenden Schweizer hat sich unter dem Einflüsse der uns feindlichen Presse vom deutschen Volke losgesagt und sich seiner Sprache geschämt und «französelt» in Zürich und Umgebung. Mit solchen Leuten würden wir deutschbewusste Vorarlberger wohl kaum ruhig an einem Tische sitzen und es wäre leicht möglich, dass hieraus ein Zwiespalt zwischen den Deutsch-Schweizern und den Welsch-Schweizern entstände.

So glaube ich, dass die klugen Schweizer nach keiner Seite hin den Anschluss Vorarlbergs an die Schweiz wünschen können und dass wir ihnen wirklich ein «Kanton Übrig» wären.

Ich kann daher nicht glauben, dass die Schweiz den Anschluss Vorarlbergs ernstlich will, glaube aber, dass die Vorarlberger zu stolz wären, als unerwünschte Gäste zu kommen. Was hat nun Vorarlberg für ein Interesse am Anschlusse an die Schweiz? Die wirtschaftlichen Bedenken, welche die Schweizer haben können, gelten noch viel mehr für uns.

Die Baumwollindustrie hat sich bereits geschlossen für den Anschluss an das Deutsche Reich ausgesprochen, gewiss in richtiger Erkenntnis ihrer Interessen – und ihre Interessen sind die ihrer Arbeiter. Der Stickereiindustrie mag der Anschluss an die Schweiz näher liegen, weil ja ein Grossteil unserer Stickmaschinen für die Schweiz arbeitete. Wenn wir aber dem Deutschen Reiche angeschlossen sind, haben wir ein grosses, zollfreies Absatzgebiet. Wir haben noch immer die Möglichkeit zur Ausfuhr an Südslawen, Magyaren und liegen diesen näher, als die Schweizer. Auch den Veredlungsverkehr können wir fernerhin mit der Schweiz pflegen.

Haben denn die Leute vergessen, dass trotz der blühenden Volkswirtschaft der Schweiz der Franken vor dem Kriege billiger war als unsere Krone und viel billiger als die deutsche Mark? Und glauben denn die Leute allen Ernstes, dass der Franken in der Friedenswirtschaft seinen Kriegswert wird behaupten können? Die Schweiz wird das gute Zwischenhändlergeschäft, das sie während des Krieges reichlich auszunützen Gelegenheit hatte, im Frieden nicht mehr fortsetzen können. Sie wird mit der Ausfuhr trotz allen Fleisses zurückbleiben und die Einfuhr vielfach mit fremdem Gelde bezahlen müssen. Ist es da für uns Vorarlberger wünschenswert, Schweizer zu werden?

Ich gebe zu, dass auch ich den Anschluss an die Schweizer Republik wählen würde, wenn ich ansonsten in einer österreichischen Monarchie verbleiben müsste. Letztere Gefahr erachte ich aber nicht nur «vorläufig» gebannt, sondern bin überzeugt, dass die Wahlen in die Nationalversammlung ein übermächtiges Bekenntnis für die republikanische Staatsform bringen. Ebenso überzeugt bin ich, dass die überspannten Forderungen der unabhängigen Sozialdemokratie in Berlin undurchführbar sind, und dass die Berliner dem klügeren Beispiel der bayrischen Sozialdemokratie folgen werden.

So wird sich das republikanische Deutschösterreich im eigenen unabhängigen Staate oder als Teil der deutschen Republik frei von allen Fesseln der Vergangenheit sein Schicksal würdig gestalten.

Ist es vielleicht die Furcht vor einer Neuauflage des Militarismus, vor einem neuen Kriege, die die Vorarlberger zur Schweiz bringen könnte? Den Krieg müsste die Mehrheit des Volkes wollen.

Die Schweiz ist militärisch so gut organisiert, wie wir es jemals wieder werden können. Das stärkste Bedenken, das wir, durch schlechte Erfahrungen gewitzigt, haben müssen, ist der internationale Charakter der Schweiz. Ich zweifle nicht daran, dass die deutschsprechenden Schweizer der Bestand der Schweiz in ihrer jetzigen Ausdehnung unbedingt wollen, vielmehr noch, als wie wir Deutschösterreicher den Bestand des alten Österreich wollten. Auch die französischen Schweizer sollen getreu dem Staate sein. Anders ist es gewiss mit den Tessinern oder wird es gewiss bald sein. Im Tessin gab es schon vor dem Kriege eine Irredenta, trotz aller Ablehnung, und dass diese durch die italienischen Erfolge erstarken wird, ist selbstverständlich.

Das junge Italien war stets ein Beweis dafür, dass mit dem Essen der Appetit kommt, und kaum hat es das Trentino verschluckt, wird es ihm nach dem Tessinerbissen gelüsten und wird es bestrebt sein, dort zu den natürlichen Grenzen vorzudringen.

Gelüftet es denn die Vorarlberger danach, in einer neuen Heimat die alten österreichischen Leiden nochmals durchzukosten? Es wird gewiss Leute geben, welche behaupten, die Schweiz müsste geschaffen werden, wenn sie nicht schon wäre. Ich erinnere mich daran, dass man das früher auch von Österreich sagte, und diejenigen, die dies sagten, haben eifrig geholfen, das Babylon zu zertrümmern.

Ziemt es uns Vorarlbergern vom biedern Allemannen-Volke, ohne Grund von Deutschösterreich abzuschwenken? Wie wir Vorarlberger hat jedes deutschösterreichische Land, jeder deutsche Bezirk seine Pflicht dem Reiche gegenüber getan und alle Deutschösterreicher im Felde so recht das Gefühl, dass sie zusammengehören und jeder des anderen wert sei. Von blutigen Opfern abgesehen, müssen wir sogar zugeben, dass wir es vielfach leichter hatten als die Andern, denn wir hatten den Krieg nicht im Lande, hatten nicht die Transporte, wir hatten keine Ersatzkörper hier, sondern nur die Zensur und den Grenzschutz, welche immer noch leichter zu ertragen waren, als tschechische und ungarische Ersatzkörper. Durch die Arlbergsperrre waren unsichere Elemente vom Lande ferngehalten.

Und nun, da das grosse Ringen beendet, und wir uns in gegenseitiger Achtung neuen Friedenszielen zuwenden können, sollen wir uns abseits stellen von Deutschösterreich, um eines Augenblickserfolges willen? Sollen wir uns nicht freuen, dass endlich ein geeignetes Deutschland entsteht, von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt, und sollen abseits stehen wollen?<sup>4</sup> Ist es nicht verlockender, einem Staate anzugehören, den ein einig Volk von über siebenzig Millionen in freier Selbstbestimmung bildet, dem die Handelswege des Meeres offen stehen und die gewaltige Verkehrsader, die Donau, dienstbar ist, als einem kleinen Binnenstaate von wenigen Millionen, gebildet aus drei so verschiedenen Völkern?

<sup>4</sup> Zumtobel nimmt Bezug auf die erste Strophe des Liedes der Deutschen von August Heinrich Hoffmann von Fallersleben.

Das geeinigte Deutschland ist fernerhin unser Vaterland, es wird zu neuem Leben erblühen, gepflegt von der Kraft und Liebe des ganzen Volkes.

Ich schliesse mit dem ältesten Schweizer, dem alten Attinghausen,<sup>5</sup> aus Schillers Tell:

«Ans Vaterland, ans teure schliess Dich an,  
Das halte fest mit Deinem ganzen Herzen,  
Hier sind die starken Wurzeln Deiner Kraft.»

---

5 *Werner von Attinghausen als eine Figur im Friedrich Schillers Wilhelm Tell.*

[dodis.ch/55222](https://dodis.ch/55222)

*Memorandum of the Swiss Government for the Peace Conference*<sup>1</sup>

VORARLBERG. THE VORARLBERG QUESTION

[Paris, 3 May 1919]

Vorarlberg, a small province of the former province of the former Austrian Empire, measures 2600 square kilometres. It is bordered on the southern and western side by Switzerland, eastward by Tyrol and on the northern side by Bavaria. The tiny principality of Liechtenstein lies in the South-western corner, between Vorarlberg and Switzerland.

The whole province forms a complex of valleys separated on its northern, eastern and southern side from the rest of the world by chains of mountains; all the rivers flow westwards into the Rhine, in the direction of Switzerland. The north-western corner is formed by the lake of Constance, from which the mountains rise, their height increasing as they near the eastern corner. The geographical position of Vorarlberg obliges the country to look westwards for an outlet – towards Switzerland – unless it tries to reach, across the lake of Constance, the swabian plains of South-Germany.

Vorarlberg counts 140 000 inhabitants, almost all of them roman catholics; they are of a very catholic and very democratic turn of mind; their majority belong to the Christian-socialist party. There are no important cities in Vorarlberg: the largest town is Dornbirn (13 000 inhabitants), the center of the weaving and spinning industry. The Dornbirn people generally work for the Swiss embroidery industry. The town of Feldkirch is well known, because of an important jesuit college, where many roman catholics of Austria and Switzerland have been educated.

The great importance of Vorarlberg lies in its railways (147 kilometres). It is not necessary to mention the secondary lines. The principal ones are:

St. Margrethen–Bregenz–Lindau	24 km.
Bregenz–Dornbirn–Feldkirch	38 km.
Buchs–Feldkirch–Bludenz–Arlberg	85 km.

<sup>1</sup> *Memorandum*: UK-NA FO 608/27/6. Written by Charles L. E. Lardy (1875–1939), [dodis.ch/P5288](https://dodis.ch/P5288), Head of the Section for Foreign Affairs of the Political Department and transmitted by the Swiss Delegate at the Peace Conference, William E. Rappard (1883–1958), [dodis.ch/P58](https://dodis.ch/P58), during the conferences in Paris on 3 May 1919. This text was sent to the British Foreign Office by Arestas Akers-Douglas (1876–1947), [dodis.ch/P61951](https://dodis.ch/P61951), and filed with a short summary as well as a handwritten note: «According to this the great majority of the Vorarlbergers desire union with Switzerland. The Swiss Govt., however, do not welcome the idea, but they would prefer it to a union with Germany», cf. the facsimile [dodis.ch/55222](https://dodis.ch/55222). A copy of this text also went to the American delegation and to the Swiss envoy in Paris, Alphonse Dunant, [dodis.ch/P7708](https://dodis.ch/P7708) cf. CH-BAR#E2001B#1000/1503#175\* (B.14.211.P.21.2). For an earlier version of the text dated 26 april 1919, cf. draft [dodis.ch/55222](https://dodis.ch/55222).

The first line unites the Swiss railways to the Bavarian net (from Zurich to Munich around the lake of Constance).

The second line is only of local importance as long as the Swiss railways remain what they are.

But the line Buchs–Feldkirch–Arlberg is of the utmost importance not only for Switzerland, but for the world, as it is part of the great line which unites East and West of Europe. The Arlberg route is the most direct line between Paris and Constantinople. It borrows the Swiss territory from Basle to Buchs and continues across Vorarlberg, Tyrol and Carinthia, until it reaches the Yougo-Slave territories and Belgrade. It is the natural means of communication between the Western and Eastern civilization and will increase in importance, now that the Yougo-Slave and Turkish countries will be always more exploited. One of the chief desires of Switzerland and, it may be presumed, of all Europe, is that this vital part of the great traffic route between East and West should remain in the hands of a small and, if possible, neutral power.

As a rule, the province of Vorarlberg is agricultural and not rich. The industries are and have always been connected very intimately with the embroidery industry of the Swiss canton of St. Gall. St. Gall is generally considered the center of both sides of the Upper Rhine valley. The relations have always been very intimate between the Swiss canton of St. Gall and the Austrian province of Vorarlberg, which explains the great interest of St. Gall in the future of Vorarlberg. The Rhine is of course not a barrier between both countries and the inhabitants of Vorarlberg, having long been cut out from any regular intercourse with Austrian and German provinces by the natural barrier of the mountains have sought and found their industrial and intellectual center across the Rhine, in Swiss St. Gall. There will always exist, politically and morally, actions and reactions between Vorarlberg – otherwise an isolated group of valleys – and the St. Gall region, because the Rhine valley is a natural formation, in the middle of which the river does not create a barrier.

It is therefore quite natural that the authorities of Vorarlberg, as soon as the war was over, asked Switzerland to help them to get some food. With the kind cooperation of the Entente Governments, it was possible to provide the necessary supplies.

At the same time, the ties which held the different provinces of the Austrian Empire together were severed and the Vorarlberg populations began to examine the problem of their future. A private committee was organized, which put unofficially the question to the people. The Swiss Government took absolutely no part whatever in that affair, neither directly not indirectly. They were informed of it only by the papers and no influence was brought to bear from anybody on the Swiss side. Through the press Switzerland learnt in March that 70 percent of the population of Vorarlberg has voted in favour of the aggregation of the land to the Swiss Confederation. Dr. Ender,<sup>2</sup> the Head of the Vorarlberg Government, then asked the Federal Council of Switzerland to grant him and four of his colleagues an interview: that was the first and only occasion in which the Swiss Government

<sup>2</sup> Otto Ender (1875–1960), [dodis.ch/P38315](https://dodis.ch/P38315), Governor of Vorarlberg from 1918 to 1930 and from 1931 to 1934.

were approached. The answer from Bern was that it was not possible, at present, to grant the desired interview.<sup>3</sup>

From the information received, the situation in Vorarlberg may be resumed as follows:

The very great majority of the inhabitants desire their union with Switzerland. Against the union there exists two small groups of interests: on the one side, the quite small group of pangermanists, headed by Dr. Ritter,<sup>4</sup> who desire the annexation not only of Vorarlberg, but, as it seems, also of the German speaking parts of Switzerland, to Germany, and on the other hand, some of the manufacturers, who fear the competition of St. Gall for their industry. A real antipathy exists in Vorarlberg against the Tyrolese. In the protocol of the Sittings of national Assembly, Dr. Ender expresses very strongly that feeling and explains it by the democratic turn of the mind of the Vorarlbergese, who object to the monarchical and retrograde spirit of the Tyrolese. There appears to be no doubt that the will of the Vorarlberg population is to sever all ties which unite them to the Tyrolese and the Austrians. They do not appear to feel any attraction towards Bavaria. If they cannot become Swiss, they will in all probability turn to German Württemberg. A «Swabian Chapter»<sup>5</sup> has already been formed to influence the population in that direction. This chapter, which has secured the services of Dr. Ritter, acts together with the Pangermanists. Seeing that the Swiss Federal Council had not given any encouragement to the Vorarlberg Government, they have exerted all their efforts to increase the propaganda in favour of Württemberg.

In Switzerland, neither the Government, nor Parliament, nor the Press have discussed Vorarlberg matters until the result of the unofficial votation of the population was known. Since then the question has been agitated in the Press; it has not been brought before Parliament. The situation in Switzerland may be described as follows: with the exception of St. Gall where there is a very strong feeling in favour of the union, the question is generally examined in the most objective way. The opinion of the majority is that it is not desirable that this province should be annexed by Germany. The reasons for such an opinion are to be found on the one hand in the fact that both sides of the Rhine valley must perforce act and react upon one another, so that an influence of Germany, coming from Vorarlberg, would be inevitable; and on the other hand in the necessity that the railway traffic between East and West should remain in the hands of a small and, if possible, neutral power. Furthermore, it would be for the Swiss people a source of great uneasiness to see their eastern frontier in the hands of the same power which controls their northern border. Since the early sixteenth century Switzerland has had four neighbours. The acquisition of Vorarlberg by Germany would reduce the number of its neighbours to three and the Swiss people cannot be expected to contemplate without the greatest doubts such a grave and dangerous change in their international situation. A stripe of German territory between Switzerland and its eastern neighbour can create the most trying situation.

<sup>3</sup> Cf. doc. 23, [dodis.ch/55221](https://dodis.ch/55221).

<sup>4</sup> Albert Ritter (1872–1931), [dodis.ch/P58991](https://dodis.ch/P58991), Austrian journalist and writer, opponent of the entry of Vorarlberg into the Swiss Confederation.

<sup>5</sup> Cf. doc. 24, [dodis.ch/55336](https://dodis.ch/55336).

The Swiss public opinion has always been very partial to the principle of the right of the people to dispose freely of themselves; the majority of the Swiss people would therefore very unwillingly deny to the Vorarlberg population the right to express their opinion and get their own way. Apart from these considerations, the Swiss people have no desire to annex Vorarlberg. They would have preferred the question not to be put. Only the extreme importance of securing a free traffic towards the east and of avoiding an increase of influence of an encircling neighbour could cause them to eventually accept the proposal of Vorarlberg. Many people of Switzerland are opposed to any increase of territory, under any pretence whatever. Moreover, the incorporation of Vorarlberg would give Switzerland a longer and more difficult frontier to guard. The Swiss people, already impoverished by the war, have no desire to increase their financial difficulties by acquiring indebted provinces!

Useless to add that there is not one single individual in Switzerland who would think of admitting the possibility of contemplating the cession or exchange of any Swiss village.



[dodis.ch/55380](https://dodis.ch/55380)

*The British Counsellor in Bern, R. Lyon-Dalberg-Acton, to the Secretary of State for Foreign Affairs, G. Curzon of Kedleston<sup>1</sup>*

Berne, 14 May 1919

Director of Political Department<sup>2</sup> told me today that Swiss Government would not wish to precipitate decision in respect of resolution of Vorarlberg population. Swiss Government incline to advocate union on the ground that such accretion of territory will form counterpoise to Bolshevik element in Switzerland, and will also place under Swiss control main railroad east which will thus be independent both to Germany and Italy. He does not think that in the event of union being decided upon by both parties Italy will put forward any claim for territorial compensation. Switzerland also favours union as only alternative of union with Germany. Political director does not consider Peace Conference will intervene in this question which like that of neutral zones will be (? for omitted) parties to settle amongst themselves.

---

<sup>1</sup> Telegram No. 816: UK-NA FO 608/27/6. Written by the embassy counsellor of The British Embassy, Richard Lyon-Dalberg-Acton (1870–1924), [dodis.ch/P38602](https://dodis.ch/P38602), to the Secretary of State for Foreign Affairs, G. Curzon of Kedleston (1859–1925), [dodis.ch/P37180](https://dodis.ch/P37180).

<sup>2</sup> Felix Calonder (1863–1952), [dodis.ch/P333](https://dodis.ch/P333), Swiss Federal Council from 1913 to 1920 and Head of the Political Department from 1918 to 1920.

[dodis.ch/55381](https://dodis.ch/55381)

*The British Counsellor in Bern, R. Lyon-Dalberg-Acton, to the British Secretary of State for Foreign Affairs, G. Curzon of Kedleston<sup>1</sup>*

Berne, 11 June 1919

With reference to my despatch No. 298<sup>2</sup> of the 23<sup>rd</sup> May, respecting the present situation of the principality of Liechtenstein, I have the honour to report that the Prince of Liechtenstein<sup>3</sup> has now taken up his residence in the principality, no doubt with the object of demonstrating his position as sovereign prince of what is an independent state. This is all the more necessary in view of the fact that in a reign of sixty-one years this is only the fourth time that he has visited his principality.

---

**1** Letter No. 330: UK-NA FO 608/16/26. Written by the British Counsellor in Bern, Richard Lyon-Dalberg-Acton (1870–1924), [dodis.ch/P38602](https://dodis.ch/P38602), to the British Secretary of State of Foreign Affairs, George Curzon of Kedleston (1859–1925), [dodis.ch/P37180](https://dodis.ch/P37180), British politician, delegate at the Versailles Peace Conference in 1919 and British Foreign Secretary from 1919 to 1924.

**2** Not located.

**3** Johann II (1840–1929), [dodis.ch/P23226](https://dodis.ch/P23226), Prince of Liechtenstein from 1858 to 1929.

[dodis.ch/55382](https://dodis.ch/55382)

*Der Leiter der Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departementes,  
Ch. L. E. Lardy, an den Vorarlberger Landeshauptmann, O. Ender<sup>1</sup>*

Bern, 12. Juni 1919

Das Politische Departement hat das Schreiben Nr. 4098 vom 13. Mai erhalten, in welchem Herr Dr. Ferdinand Redler<sup>2</sup> die Freundlichkeit hatte, ihm das Ergebnis der Volksabstimmung vom 11. Mai zur Kenntnis zu bringen. Das Politische Departement dankt dem Vorarlberger Landesrat für diese Mitteilung und beehrt sich zu erwidern, dass er nicht ermangelt hat, dieselbe dem Bundesrate zu unterbreiten.

Da in letzter Zeit laut gewissen Zeitungsnachrichten in Zweifel gezogen wird, ob das Selbstbestimmungsrecht Vorarlbergs anerkannt werden wird oder nicht, so bittet das Politische Departement den Landesrat, ihm diesbezüglich möglichst bald Abklärung zu verschaffen, damit der Bundesrat in die Lage versetzt werde, die Frage des Anschlusses Vorarlbergs unverzüglich einer eingehenden Prüfung zu unterstellen. Der Bundesrat behält sich vor, vor dem freundlichen Anerbieten des Vorarlberger Landesrates, ihm alle gewünschten Auskünfte zu geben, Gebrauch zu machen.

---

<sup>1</sup> Schreiben: AT-VLA LH Ender: Anschlussfrage an die Schweiz (1/1). Verfasst vom Leiter der Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departements, Charles L. E. Lardy (1875–1939), [dodis.ch/P5288](https://dodis.ch/P5288), gerichtet an den Vorarlberger Landeshauptmann, Otto Ender (1875–1960), [dodis.ch/P38315](https://dodis.ch/P38315).

<sup>2</sup> Ferdinand Redler (1876–1936), [dodis.ch/P38810](https://dodis.ch/P38810), Mitglied der Landesregierung und Stellvertreter des Vorarlberger Landeshauptmann 1919.

[dodis.ch/55383](https://dodis.ch/55383)

*Der Vorarlberger Landesrat an die deutschösterreichische Staatsregierung in Wien*<sup>1</sup>

[Bregenz,] 14. Juni 1919

Der Vorarlberger Landesrat hat seinerzeit nicht ermangelt, der Regierung von dem Beschlusse der Landesversammlung auf Vornahme einer Volksabstimmung über die Einleitung von Abschlussverhandlungen mit der Schweiz und dann vom Ergebnisse der am 11. Mai vorgenommenen Volksabstimmung Kenntnis zu geben.<sup>2</sup>

Der Vorarlberger Landesrat hat das Ergebnis der Abstimmung auch dem politischen Departement der schweizerischen Bundesregierung bekanntgegeben, die eigene Kommissionen zur Prüfung der Anschlussfrage eingesetzt hat. Eine Zuschrift der Abteilung für Äusseres<sup>3</sup> des schweizerischen Politischen Departements enthält folgenden Passus: «Da in letzter Zeit laut gewissen Zeitungsnachrichten in Zweifel gezogen wird, ob das Selbstbestimmungsrecht Vorarlbergs anerkannt wird, so bittet das politische Departement den Landesrat, ihm diesbezüglich möglichst bald Aufklärung zu verschaffen, damit der Bundesrat in die Lage versetzt werde, die Frage des Anschlusses Vorarlbergs unverzüglich einer eingehenden Prüfung zu unterziehen.»<sup>4</sup>

Tatsächlich wird ja bei der d. ö. Staatsregierung das Selbstbestimmungsrecht anerkannt, wie schon daraus hervorgeht, dass gegen die Volksabstimmung vom 11. Mai 1919 kein Einwand erhoben wurde und dass ein Vertreter<sup>5</sup> Vorarlbergs – eben wegen des Bestandes seiner Anschlussfrage – zur Friedenskonferenz in St. Germain entsendet wurde. Die Forderung der Schweiz nach einer ausdrücklichen Anerkennung erscheint indes korrekt. Es erscheint ferner notwendig, dieser Anerkennung auch der Entente zu erwirken. Der Staatskanzler Dr. Renner<sup>6</sup> hat es trotz Ersuchens unseres Vertreters Landeshauptmann Dr. Ender verweigert, die Frage derzeit auf der Friedenskonferenz zur Sprache zu bringen, sondern wünschte, dass die Anschlussfrage als eine später zwischen Deutschösterreich und der Schweiz zu behandelnde Angelegenheit betrachten werde. Der Vorarlberger Landesrat würde nun seiner Aufgabe, den Willen des Vorarlberger Volkes zu vertreten, nicht gerecht werden, wenn er dagegen keinen Einwand erheben würde. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, dass Änderungen in den Grenzen der

1 Schreiben: VLA LH Ender: Anschlussfrage Schweiz (1/1).

2 Das Ergebnis der Abstimmung wurde in der Vorarlberger Landes-Zeitung vom 12. Mai 1919 publiziert, vgl. [www.anno.onb.ac.at](http://www.anno.onb.ac.at).

3 Abteilung für Auswärtiges des Politischen Departements, vgl. [dodis.ch/R157](https://dodis.ch/R157).

4 Vgl. Dok. 29, [dodis.ch/55382](https://dodis.ch/55382).

5 Otto Ender (1875–1960), [dodis.ch/P38315](https://dodis.ch/P38315), Vorarlberger Landeshauptmann von 1918 bis 1930 und von 1931 bis 1934.

6 Karl Renner (1870–1950), [dodis.ch/P1424](https://dodis.ch/P1424), Kanzler der deutschösterreichischen Staatsregierung von 1918 bis 1920.

Staaten, die anlässlich der Friedensverhandlungen nicht vorgenommen werden, erledigt sind. Ohne Zustimmung des Völkerbundes werden sie später nicht möglich sein und dieser wird gewiss keine Lust haben sich wieder mit Grenzfragen zu befassen, sondern froh sein, dass die Weltaufteilung beendet ist.

Der Landesrat erhebt – darüber ist ja kein Missverständnis – nicht die Forderung, dass Vorarlberg der Schweiz angeschlossen werden. Der diesbezügliche Wille unseres Volkes ist nur ein bedingter. Er ersucht nur die Staatsregierung, dem Wunsche des Vorarlberger Volkes Rechnung zu tragen und die Möglichkeit seines Anschlusses an Deutschösterreich, an ein süddeutsches Staatsgebilde oder an die Schweiz offen und nicht präjudizieren zu lassen.

Der Landesrat hat daher in seiner Sitzung vom 14. Juni folgende Beschlüsse gefasst:

1. die d. ö. Regierung ist zu ersuchen, sie möge ausdrücklich anerkennen, dass sie dem Lande Vorarlberg die Wahl zuerkenne, welchem Staatswesen es sich anschliessen will, dass sie also sein Selbstbestimmungsrecht anerkenne;
2. die d. ö. Regierung wolle bei der Entente die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes für Vorarlberg ehestens erwirken.

Der Vorarlberger Landesrat bittet um dringliche Behandlung der Sache, weil er durch weitere Verschleppung derselben eine Präjudizierung auf der Friedenskonferenz ernst befürchtet. Er ersucht auch, ihn möglichst rasch in Kenntnis zu setzen, ob die d. ö. Regierung der schweizerischen Bundesregierung eine Mitteilung gemacht hat und welche Schritte sie bei der Entente zu unternehmen gedenkt und in welchem Zeitpunkt.

Wenn die d. ö. Regierung es vorzieht, der schweizerischen Bundesregierung nicht selbst eine Mitteilung zu machen, sondern diese Sache den Vorarlberger Landesrat besorgen zu lassen, so nehmen wir davon gerne Kenntnis.

[dodis.ch/44229](https://dodis.ch/44229)

*Séance du Conseil fédéral du 15 juillet 1919<sup>1</sup>*

#### AGRÉGATION DE TAUFERS

[Berne,] 15 juillet 1919

Par sa décision du 9 mai, le Conseil fédéral a approuvé la proposition du département politique et a pris la résolution que l'incorporation de Taufers ne devait pas être prise en considération. Depuis lors, Monsieur le Conseiller aux États Brügger<sup>2</sup> a transmis au département politique des pièces,<sup>3</sup> émanant de la commune de Münster, en demandant au département politique d'examiner à nouveau la question de l'agrégation de Taufers. Le département politique n'a pas manqué de transmettre tous ces documents au département militaire, en le priant de vouloir bien lui faire connaître son opinion. Le département militaire<sup>4</sup> a remis au département politique un rapport<sup>5</sup> de l'État-Major de l'Armée. Celui-ci aboutit à la conclusion qu'au point de vue strictement militaire une incorporation de Taufers apporterait de précieux avantages et aucun inconvénient, tandis qu'au point de vue politico-militaire, cette agrégation serait plutôt désavantageuse. Les avantages positifs l'emportent de beaucoup sur les inconvénients, mais la question ne présente qu'une importance très inférieure dans l'ensemble du système défensif de la Suisse, et l'agrégation de Taufers n'empêcherait pas la vallée de Münster de rester militairement un poste très exposé.

Malgré les avantages militaires que présenterait l'incorporation de Taufers, et même si ces avantages étaient beaucoup plus considérables, le département politique maintient sa proposition de ne pas prendre en considération la requête des habitants de Taufers. Le département estime en effet qu'il est de la plus grande importance d'éviter en ce moment toute discussion territoriale dans les régions qui touchent aux frontières italiennes et aux contrées dont la possession peut être contestée par l'Italie. Le mouvement nationaliste italien est exaspéré par les derniers événements et certains éléments italiens suivent de très près les manifestations de l'opinion publique tessinoise, ou tout au moins de la petite fraction de la population de ce canton qui s'appuie sur la Dante Alighieri<sup>6</sup> et cherche un contact

1 PVCF No 2547: CH-BAR#E1004.1#1000/9#272\*. Il s'agit d'une proposition du Département politique du 3 juillet 1919. Sont absents: les Conseillers fédéraux E. Müller, R. Haab, et E Schulthess.

2 Friedrich Brügger (1854–1930), [dodis.ch/P35506](https://dodis.ch/P35506), Conseiller aux États PDC pour les Grisons de 1907 à 1930 et Président du Conseil des États de 1918 à 1919.

3 Cf. [dodis.ch/55245](https://dodis.ch/55245), qui est relié au doc. 10, [dodis.ch/55325](https://dodis.ch/55325) et doc. 11, [dodis.ch/55326](https://dodis.ch/55326).

4 Cf. [dodis.ch/56922](https://dodis.ch/56922).

5 Cf. [dodis.ch/56921](https://dodis.ch/56921).

6 La Société Dante Alighieri, nommée d'après l'écrivain et homme politique italien Dante Alighieri (1265–1321), est une institution culturelle italienne d'apprentissage de la langue et de promotion de la culture italienne, [dodis.ch/R9141](https://dodis.ch/R9141).

151

plus étroit avec l'Italie. L'Italie ne fait rien pour améliorer les relations de frontière entre les deux pays et pour régler d'une manière satisfaisante les petites questions en cours, et la légation d'Italie à Berne ne paraît pas animée d'un esprit conciliant. Dans un moment délicat comme celui que la Suisse traverse, il faut absolument éviter toute contestation territoriale avec l'Italie, et la question de Taufers serait de nature à créer des difficultés avec nos voisins du sud.

En se basant sur ces considérations, le Conseil fédéral décide de maintenir sa décision du 9 mai, à teneur de laquelle l'incorporation de Taufers n'est pas prise en considération.<sup>7</sup>

---

<sup>7</sup> Cette information est transmise au Président du Conseil des États, Friedrich Brügger, par lettre du 7 août 1919. [dodis.ch/55240](https://dodis.ch/55240).



[dodis.ch/55384](https://dodis.ch/55384)

*A. Zumtobel an die Gläubigerschaft im Konkurse der Firma Brüder Fitz in Lustenau*<sup>1</sup>

Dornbirn, 26. Juli 1919

Das Bezirksgericht Dornbirn hat erlassen nachstehende *Kundmachung*:

Im Konkurse über das Vermögen der Firma Brüder Fitz<sup>2</sup> in Lustenau werden gemäss Beschlusses der Gläubigerschaft die in diese Konkursmasse gehörigen, bisher nicht realisierten Forderungen beim gefertigten Gerichte, Amtszimmer No. 36, am 12. August 1919 vormittags 10 Uhr gegen Barzahlung öffentlich versteigert, wozu Kaufliebhaber hiemit eingeladen werden.

Bezirksgericht Dornbirn  
Abteilung I, am 17. Juli 1919  
Dr. Walter<sup>3</sup>

Zur Versteigerung gelangen die Ihnen bereits mittels Aufstellungen bekannt gegebenen in- und ausländischen Forderungen und ersuche ich Sie um Teilnahme bei der Versteigerung.

---

<sup>1</sup> Schreiben: AT-HistAL Amtsakten II 191. Verfasst von Anton Zumtobel (1876–1947), [dodis.ch/P38871](https://dodis.ch/P38871), einem führenden Vertreter der Gegner eines Beitrittes von Vorarlberg zur Schweiz, gerichtet an die Gläubigerschaft im Konkurs der Firma Brüder Fitz in Lustenau.

<sup>2</sup> Die von den Brüdern Albert, Robert und Gottfried Fitz geführte Firma «Gebrüder Fitz» betrieb um 1900 in Lustenau über 100 Handstickmaschinen und verfügte über eine Handelsniederlassung in Wien.

<sup>3</sup> Anton Walter (\*1873), [dodis.ch/P61241](https://dodis.ch/P61241), österreichischer Jurist aus Bludenz.

[dodis.ch/55224](https://dodis.ch/55224)

*Die Vorarlberger Landesregierung an den Bundesrat<sup>1</sup>*

Bregenz, 15. August 1919

Sehr weite Kreise des Vorarlberger Volkes sind über den Umstand, dass die Friedensverhandlungen bald zu Ende gehen und die Frage des Anschlusses Vorarlbergs an die Schweiz dort noch immer nicht zur Sprache kamen, sehr beunruhigt. Bekanntlich weigert sich die d. ö. Regierung, das Selbstbestimmungsrecht Vorarlbergs nicht nur stillschweigend, sondern auch ausdrücklich anzuerkennen und die Anschlussfrage auf der Friedenskonferenz zur Sprache zu bringen. Das Volk beharrt aber auf seinem Selbstbestimmungsrechte und wünscht unbedingt, dass seine Sache auf der Friedenskonferenz zur Sprache komme.

Am Sonntag, den 10. August, fanden in allen grösseren Orten des Landes Volksversammlungen statt und zwar teilweise unter freiem Himmel, zu denen auch die Nachbargemeinden eingeladen waren. Diese Versammlungen fanden in folgenden Gemeinden statt:

A. Bezirk Bregenz

1. Au, 2. Bezaun, 3. Bregenz, 4. Hörbranz, 5. Kennelbach, 6. Lauterach, 7. Mellau, 8. Schwarzach.

B. Bezirk Feldkirch

1. Altach, 2. Dornbirn, 3. Feldkirch, 4. Frastanz, 5. Götzis, 6. Hohenems, 7. Koblach, 8. Lustenau, 9. Rankweil, 10. Sattens, 11. Weiler.

C. Bezirk Bludenz

1. Bürserberg, 2. Bludenz, 3. Dalaas, 4. Garsella, 5. Gaschurn, 6. Lorüns, 7. Nenzing, 8. St. Anton, 9. St. Gallenkirch, 10. Schruns, 11. Silbertal, 12. Thüringen, 13. Tschagguns, 14. Stallehr, 15 Vandans

Am Montag, den 11. August, erschienen über 100 Vertreter aus allen Teilen des Landes bei der Landesregierung und überreichten die Entschliessung, wobei sie auch das Ersuchen stellten, die Landesregierung wolle den an das Schweizer Volk gerichteten Aufruf dem eidgenössischen Bundesrat übermitteln.

Die Vorarlberger Landesregierung kommt dem Wunsche nach und übermittelt anbei den Wortlaut der an die Vorarlberger Landesregierung gerichteten und der an das Schweizer Volk gerichteten Entschliessung. Es dürfte eine Abordnung des Volkes in nächster Zeit persönlich in Bern vorsprechen.

<sup>1</sup> Schreiben: CH-BAR#E2001B#1000/1503#175\* (B.14.211.P.21.2). Unterzeichnet von Otto Ender (1875–1960), [dodis.ch/P38315](https://dodis.ch/P38315), Landeshauptmann der vorarlbergischen Landesregierung.

[dodis.ch/55223](https://dodis.ch/55223)

*Les délégués du Vorarlberg, P. Pirker et G. Neubner, au Président de la Conférence de Paix, G. Clemenceau<sup>1</sup>*

Hotel Bären [Berne, 17 août 1919]

Monsieur le Président, agissant au nom du peuple du Vorarlberg les soussignés dûment mandatés à cet effet par leur concitoyens ont l'honneur de vous exposer respectueusement ce qui suit en vous priant de bien vouloir en avertir les puissances alliées et associées: le 3 novembre 1918 le Vorarlberg faisant usage de sa souveraineté retrouvée s'est proclamé indépendant le 11 mai par un plébiscite régulier et a une majorité écrasante il a chargé son gouvernement de négocier avec la Suisse pour obtenir son admission dans la confédération suisse à laquelle le peuple du Vorarlberg se sent étroitement lié par le géographie, la race, les souvenirs historiques et un amour commun de la liberté.<sup>2</sup> Malheureusement le délégué du Vorarlberg, Dr. Ender,<sup>3</sup> qui s'était rendu à St. Germain sur l'invitation de l'Autriche, s'est vu interdire par le chef<sup>4</sup> de la délégation autrichienne de traduire devant la conférence les revendications légitimes et inébranlable volonté de ses commettants. Le gouvernement de l'Autriche en agissant de cette manière, n'a pas seulement renié le droit des peuples et tous ses principes qu'il invoque sans cesse pour lui-même, il s'est en outre mis en contradiction avec ses déclarations et son comportement par lesquelles il avait lui-même reconnu l'indépendance et le droit de libre disposition du Vorarlberg. Nous protestons ici solennellement contre un procédé, qui prive le Vorarlberg de tout moyen régulier de faire entendre sa voix et nous déclarons au nom de nos concitoyens unanimes que nous ne reconnaissons pas à la délégation autrichienne le droit moral de représenter le peuple du Vorarlberg et d'interpréter ses vœux, puisque notre délégué Dr. Ender, qui est encore aujourd'hui membre de la délégation autrichienne, peut lui-même traduire notre volonté, et que nous ne nous sentons pas liés par les déclarations qu'il peut faire en notre nom. C'est que le peuple du Vorarlberg a affirmé de nouveau avec force, le dimanche 10 août dans de nombreuses assemblées publiques qui ont unanimement réitéré la volonté du pays de se séparer de l'Autriche pour se réunir à la

<sup>1</sup> Lettre: CH-BAR#E2001B#1000/1503#175\* (B.14.211.P.21.2). Rédigée et signée par les délégués du Vorarlberg, Paul Pirker (1880–1963), [dodis.ch/P38804](https://dodis.ch/P38804), et Gustav Neubner (1886–1949), [dodis.ch/P38788](https://dodis.ch/P38788), adressée au Président de la Conférence de Paix, Georges Clemenceau (1841–1929), [dodis.ch/P1253](https://dodis.ch/P1253).

<sup>2</sup> Le résultat du plébiscite est publié dans la *Vorarlberger Landes-Zeitung* du 12 mai 1919, cf. [www.anno.onb.ac.at](http://www.anno.onb.ac.at).

<sup>3</sup> Otto Ender (1875–1960), [dodis.ch/P38315](https://dodis.ch/P38315), Gouverneur du Vorarlberg de 1919 à 1930 et de 1931 à 1934.

<sup>4</sup> Karl Renner (1870–1950), [dodis.ch/P1424](https://dodis.ch/P1424), Chancelier du gouvernement de l'État République d'Autriche allemande de 1918 à 1920.

Suisse que nous regardons comme notre vraie patrie d'élection.<sup>5</sup> Les soussignés, convaincus que la force de cette résolution, dont une décision contraire ne saurait briser la persistance, a échappé jusqu'ici à la conférence de la paix vous ont fait demander respectueusement par l'intermédiaire de vos représentants accrédités à Berne l'autorisation de se rendre à Paris afin d'exposer aux puissances alliées et associées la situation réelle du pays et les vœux inébranlables de leurs commettants. Nous aurons l'honneur de vous exposer notamment pourquoi le peuple de Vorarlberg demande que le traité de paix, qui sera conclu entre l'Autriche et les puissances alliées et associées reconnaisse expressément le droit de libre disposition du Vorarlberg. Les soussignés se déclarent persuadés que les alliées après avoir détruit la puissance des Habsbourg pour rendre la liberté aux peuples de la double monarchie et assurer leur droit de libre disposition, ne refuseront pas d'entendre les délégués réguliers d'une population montagnarde qui aspire à être libre non pour échapper aux conséquences d'une guerre qui a été décidée sans son consentement mais par un amour traditionnel et désormais inflexible de l'indépendance. C'est dans cet espoir et dans ces sentiments, que les soussignés ont l'honneur Monsieur le Président, de vous exprimer la reconnaissance anticipée du peuple du Vorarlberg.

---

5 De telles assemblées publiques ont eu lieu dans 34 communes du Vorarlberg, cf. doc. 33, [dodis.ch/55224](http://dodis.ch/55224).

[dodis.ch/55385](https://dodis.ch/55385)

*Resolution from the British Delegation to the Supreme Council of the Paris Peace Conference<sup>1</sup>*

NO. 471. RESOLUTION FOR SUBMISSION TO THE SUPREME COUNCIL

Secret

[Paris,] 19 August 1919

That the Central Committee on territorial questions in Europe be instructed to consider the question of Liechtenstein and of Vorarlberg, and the desirability of acceding to the requests which have been made that Vorarlberg should be permitted to join the Swiss Federation, and that the Committee be also instructed to consider the question whether it is desirable to insert in the Treaty with Austria a clause to the effect that the international status of Austria and the frontiers as defined in the Treaty shall not be altered without the consent, whether of the Five Principal Allied and Associated Powers or of the League of Nations.

---

<sup>1</sup> Resolution No 471: UK-NA FO 608/27/6. Written by Sir Horace Rumbold (1869–1941), [dodis.ch/P34287](https://dodis.ch/P34287), British envoy to Switzerland from 1916 to 1919.

[dodis.ch/55386](https://dodis.ch/55386)

*Zeitungsartikel in der Neuen Zürcher Zeitung*<sup>1</sup>

ZUR VORARLBERGER FRAGE

Zürich, 9. November 1919

Die politisch-wirtschaftliche Lage ist im neuen Österreich derart unsicher, dass ein Zusammenbruch jeden Moment erfolgen kann. Faktisch wird er nur verhindert durch die dem österreichischen Organismus innewohnende Inertie. Die Abneigung gegen Wien hat in Innsbruck, Linz usw. zur Sammlung von Kräften geführt, die bereit sind, dem neuen Zusammenbruch durch einen separaten Anschluss zuvorzukommen. Diese Anschlussbestrebungen bewegen sich nun allerdings in einer Richtung, die der herrschenden politischen Partei in Österreich nur genehm ist. Das Alldeutschtum tut das Menschenmögliche, diese Anschlussgedanken zur Reife zu bringen. Naturgemäss entfaltet es die grössten Anstrengungen im Vorarlberg, um es für die «grossdeutsche Idee» zu gewinnen. Sein Organ ist das «Vorarlberger Tagblatt»,<sup>2</sup> das den Vorwurf, dass es im Solde deutscher Interessen – im konkreten Falle ausgedrückt durch die AEG<sup>3</sup> – stehe, ruhig über sich ergehen lassen muss. Dieses Blatt mit verkaufter Seele überbietet sich Tag für Tag, alles, was mit der Schweiz im Zusammenhang steht, zu travestieren, ins Gegenteil zu verkehren, zu verunglimpfen. Wir hegen indessen eine zu hohe Meinung von der Standhaftigkeit des Vorarlberger Volkes, um auch nur einen Moment zu glauben, dass das alldeutsche Getue und Geschimpf Eindruck gemacht habe.

Von den mannigfachen schweren Sorgen Vorarlbergs steht die *Ernährungsfrage* obenan. Die bekannte, durch eine starke Volksmehrheit bekundete politische Hinneigung zur Schweiz war nicht dazu angetan, das Versorgungsproblem zu erleichtern. Dazu kommen die ungeheuren Valutaschwierigkeiten. Vorarlberg hat sich direkt und indirekt an Württemberg, Berlin, Italien, den tschechoslowakischen Staat gewendet. Die württembergische Presse gab zur Zeit der Verhandlungen in Stuttgart Winke mit dem Zaunpfahl. Wenn auch der Reichsvertreter in Stuttgart sich grösserer Zurückhaltung befliss, so unterliess indessen auch er es nicht, die politische Seite zu streifen. Es schien daher Vorarlberg angezeigt, von der Absendung einer offiziellen Persönlichkeit nach Berlin abzusehen. In Berlin ist denn auch die politische Seite nicht berührt worden. Dass sie aber ganz delikater zu werden beginnt, steht ausser Frage.

<sup>1</sup> *Zeitungsartikel*: NZZ, Nr. 1732 II, Sonntagsausgabe, 9. November 1919. Verfasst von Ernst Rietmann (1870–1945), [dodis.ch/P5377](https://dodis.ch/P5377), Redaktor der NZZ. Der Artikel führte zur Klage des Vorarlberger Tagblatts gegen die NZZ. Vgl. dazu Dok. 46, [dodis.ch/55393](https://dodis.ch/55393); Dok. 47, [dodis.ch/55394](https://dodis.ch/55394) sowie Dok. 48, [dodis.ch/55395](https://dodis.ch/55395).

<sup>2</sup> *Das Vorarlberger Tagblatt war eine Tageszeitung, die in Dornbirn von 1919 bis 1945 erschien und aus dem Vorarlberger Volksfreund hervorgegangen war. Einer der Chefredakteure war Hans Nägele (1884–1973)*, [dodis.ch/P59120](https://dodis.ch/P59120).

<sup>3</sup> *Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft*, [dodis.ch/R15283](https://dodis.ch/R15283).

[dodis.ch/56196](https://dodis.ch/56196)

*Der Bund Schweizerischer Frauenvereine an die Bundesversammlung<sup>1</sup>*

Genf, 15. November 1919

Der Bund schweizerischer Frauenvereine hat in seiner Generalversammlung vom 11./12. Oktober in Basel durch einstimmigen Beschluss seinen Vorstand beauftragt, den schweizerischen Volksvertretern das Bedauern auszusprechen, dass es den Schweizerfrauen nicht vergönnt sei,<sup>2</sup> an der Abstimmung teilzunehmen, die über den Eintritt der Schweiz in den Völkerbund entscheiden soll. Diese wichtige Frage wird die Seelen aller Schweizerfrauen mächtig bewegen, darum stehen sie ihr nicht gleichgültig gegenüber.

In den meisten der uns umgebenden Länder sind die Frauen, gleich den Männern, berufen, zu dieser überaus wichtigen Frage, von der die Zukunft des Vaterlandes abhängt, Stellung zu nehmen.<sup>3</sup>

Der Entwurf des Völkerbundvertrages sieht bei allen Volksabstimmungen, die das Wohl eines Staates bestimmen, die Beteiligung der Frauen neben den Männern vor.

Wir benutzen daher diese Gelegenheit, um Ihnen,<sup>4</sup> den Vertretern des Schweizervolkes, erneut unsere Wünsche auszusprechen, die wir schon in unserm Brief<sup>5</sup> vom Monat März im Anschluss an die Motionen<sup>6</sup> Scherrer-Füllemann,<sup>7</sup> Greulich<sup>8</sup> und Göttisheim<sup>9</sup> niedergelegt haben.

Sie werden in nächster Zeit in die Behandlung dieser Motionen eintreten, und da empfehlen wir Ihnen Berücksichtigung unserer gerechten Wünsche.

<sup>1</sup> Schreiben: CH-AGoF 350-05-77 920. Verfasst vom Bund schweizerischer Frauenvereine, unterzeichnet von der Präsidentin, Pauline Chaponnière-Chaix (1850–1934), [dodis.ch/P58442](https://dodis.ch/P58442) und der Sekretärin, Adeline Du Pasquier (1857–1939), [dodis.ch/P58443](https://dodis.ch/P58443), gerichtet an die schweizerische Bundesversammlung.

<sup>2</sup> Handschriftliche Korrektur aus: ist.

<sup>3</sup> Vgl. Dok. 22, [dodis.ch/55333](https://dodis.ch/55333), Dok. 16, [dodis.ch/54284](https://dodis.ch/54284).

<sup>4</sup> Heinrich Hüberlin (1868–1947), [dodis.ch/P4279](https://dodis.ch/P4279), Präsident der schweizerischen Bundesversammlung von 1918 bis 1919.

<sup>5</sup> Vgl. Dok. 16, [dodis.ch/54284](https://dodis.ch/54284).

<sup>6</sup> Sessionsnummer 85 (868) Scherrer-Füllemann. Totalrevision der Bundesverfassung und Sessionsnummer 114. (973) Motion Greulich. Frauenstimmrecht.

<sup>7</sup> Joseph Anton Scherrer-Füllemann (1847–1924), [dodis.ch/P34806](https://dodis.ch/P34806), St. Galler demokratischer Nationalrat von 1890 bis 1922 und Mitglied des Rats der Interparlamentarischen Union von 1902 bis 1922.

<sup>8</sup> Hermann Greulich (1842–1925), [dodis.ch/P37279](https://dodis.ch/P37279), Zürcher sozialdemokratischer Nationalrat von 1908 bis 1925.

<sup>9</sup> Emil Göttisheim (1863–1938), [dodis.ch/P58441](https://dodis.ch/P58441), liberaler Nationalrat aus Basel-Stadt von 1905 bis 1919.



[dodis.ch/55387](https://dodis.ch/55387)

*The British Envoy to Switzerland, T. Russell, to the Secretary of State for Foreign Affairs, G. Curzon of Kedleston<sup>1</sup>*

Berne, 25 November 1919

With reference to my despatch No. 634 of the 12th instant<sup>2</sup> I have the honour to inform Your Lordship that, in the course of the recent debate in the National Council on the Vorarlberg question, Monsieur Calonder<sup>3</sup> made a long speech<sup>4</sup> of which the following is a summary.

After having outlined the latest development of the question, he pointed out that the situation of the Vorarlberg had become so critical that the inhabitants of the Vorarlberg could expect help only from Germany or Switzerland. There was no doubt that Germany was working for a union with the Vorarlberg and that Vienna was in favour of such a union, should the Vorarlberg become separated from Austria. In spite of all pro-German propaganda, the great majority of the Vorarlberg people were for a union with Switzerland and there could be no doubt that an eventual union would from many points of view be of advantage to Switzerland, while union with Germany would constitute a political danger for Eastern Switzerland.

There had, Monsieur Calonder continued, been rumours that Italy would, in case of a union between the Vorarlberg and Switzerland, demand compensation, but such rumours were without foundation and Monsieur Tittoni<sup>5</sup> had made a statement to that effect to the Swiss Minister at Rome.<sup>6</sup> Switzerland, for her part, would never consent to any question of compensation being connected with the Vorarlberg question.

<sup>1</sup> Letter: UK-NA FO 608/27/6. Written by the British Ambassador in Bern, Theo Russell (1870–1951), [dodis.ch/P38817](https://dodis.ch/P38817), addressed to the Secretary of State for Foreign Affairs, George Curzon of Kedleston (1859–1925), [dodis.ch/P37180](https://dodis.ch/P37180), British politician, delegate to the Versailles Peace Conference 1919 and British Foreign Secretary from 1919 to 1924. A copy of this dispatch has been sent to the British Delegate at the Peace Conference.

<sup>2</sup> Not located.

<sup>3</sup> Felix Calonder (1863–1952), [dodis.ch/P333](https://dodis.ch/P333), Swiss Federal Council, Head of the Political Department from 1918 to 1920 and President of the Confederation in 1918.

<sup>4</sup> Calonder's speech of November 1919 in the Federal Assembly of Switzerland was the Federal Council's answer to the Interpellation Winiger (1159). In the first part, Calonder gave an overview of developments to date; recalling the Federal Council's reticence, he emphatically rejected the accusation that Switzerland had pursued an annexation policy. Then he mentioned the «strong current» of public opinion in favor of Vorarlberg and deduced from this a duty of the provincial government not to let the Vorarlberg question be prejudged «for all future». In the second place he went into the Swiss motivation for the Anschluss and named some economic and all transport policy reasons for and against the annexion. Finally, he placed the conclusion of the Federal Council in a closer connection with the German connection efforts. Cf. [dodis.ch/59533](https://dodis.ch/59533).

<sup>5</sup> Tomasso Tittoni (1855–1931), [dodis.ch/P34343](https://dodis.ch/P34343), Italian politician and delegate of the Italian government to the 1919 Peace Conference and Italian Minister of Foreign Affairs in 1919.

<sup>6</sup> Georges Wagnière (1862–1948), [dodis.ch/P5461](https://dodis.ch/P5461), Swiss diplomat and envoy in Rome from 1918 to 1936.

Speaking on behalf of the Federal Council, the Minister for Foreign Affairs came to the following conclusions: Switzerland would not interfere in any internal question between the Vorarlberg and Austria. Should however the former desire to be separated from Austria, the Federal Council would support the Vorarlberg people, as far as their desire for a realisation of the right of auto-decision was concerned, in any appeal they might make either to the League of Nations or to the Paris Conference. Moreover, the Federal Council were ready to give economic support to the Vorarlberg, particularly in the shape of credits and food-supplies. This speech has attracted considerable attention as marking the end of the policy of complete disinterestedness which the Federal Council appear to have followed hitherto in regard to the question. I understand that some assurance of Switzerland's benevolent intentions will now be sent to the Vorarlberg authorities.

In the course of an interview yesterday with the local correspondent of the «Journal de Genève», Monsieur Bovet<sup>7</sup> informed me that, a really determined effort was now being made by Germany, and especially by Württemberg, to secure the annexation of the Vorarlberg. The campaign was apparently being conducted under Count Moltke<sup>8</sup> at Stuttgart. From the best possible source, he had been informed that the present Austrian Government were seriously considering a scheme to declare the dissolution of the Austrian Republic and to give the various provinces of the country a free decision as to their future lot. In practice, however, the scheme of the Württemberg propagandists and of the Austrian Government was so to arrange matters that, when the decision in favour of dissolution came about, the Vorarlberg would go over to Germany. The present tendency of the Vorarlberg to play with the question of annexation to Germany was due, Monsieur Bovet thought, primarily to the difficulties in connection with the exchange, the Vorarlberg finding it much more advantageous to buy in Germany than in Switzerland; unless something positive was done to counteract the present German effort, the Allies might find themselves faced with a «fait accompli». The present idea of the Federal Council was, Monsieur Bovet said, to submit the matter to the League of Nations and to endeavour to secure complete independence for the Vorarlberg, which would then enter into some form of customs union with Switzerland. The exchange question could, in such an event, be put right by an advance of, say, thirty million francs to the Vorarlberg; it would of course be understood that the Vorarlberg would remain responsible for her share of the Austrian war debt.

Monsieur Bovet left with me an interesting and comprehensive memorandum on this question, a copy of which I transmit to Your Lordship herewith. Monsieur Bovet observed that he personally was opposed to the immediate union of the Vorarlberg with Switzerland as advocated in the memorandum, but that he concurred generally in favour of the terms of this document, which contained a useful history of the case.

7 *Richard Bovet-Grisel (1879–1955)*, [dodis.ch/P7583](https://dodis.ch/P7583), local correspondent of the *Journal de Genève*.

8 *Hans Adolf von Moltke (1884–1943)*, [dodis.ch/P4874](https://dodis.ch/P4874), German diplomat.

[dodis.ch/55388](https://dodis.ch/55388)

*Le Président de la Conférence de Paix, G. Clemenceau, au Chancelier d'État de la République d'Autriche, K. Renner<sup>1</sup>*

Paris, 16 décembre 1919

L'attention des Puissances Alliées et Associées a été appelée sur certaines agitations qui menacent, de divers côtés, la cohésion et l'intégrité territoriale même de la République d'Autriche.

Les démarches faites par le Landtag du Vorarlberg auprès du Gouvernement de Vienne,<sup>2</sup> en vue de faire reconnaître à cette province son droit de libre disposition, coïncident avec les mouvements qui tendent à attirer, soit le district de Salzbourg, soit le Tyrol, dans l'orbite économique d'États voisins et avec la campagne menée dans les anciens Comitats de Hongrie occidentale pour instituer un plébiscite non prévu par le Traité qui a attribué cette région à l'Autriche.

Les Puissances Alliées et Associées estiment que si les forces de dissociation devaient triompher sur l'un quelconque de ces points, une telle séparation risquerait d'entraîner la désagrégation complète de l'État autrichien et de ruiner l'équilibre de l'Europe centrale. Elles désirent en conséquence ne laisser subsister aucun doute sur leur volonté de maintenir dans leur intégrité toutes les clauses, territoriales ou autres, du Traité de Saint-Germain et d'en poursuivre la stricte application.

C'est dans cet esprit que le Conseil Suprême a adopté aujourd'hui la résolution suivante dont il est décidé à assurer l'exécution et que j'ai l'honneur de vous communiquer en son nom:

«Les Puissances Alliées et Associées, désireuses d'assurer l'existence de l'Autriche dans les frontières qui lui ont été assignées, et décidées à faire respecter les dispositions du Traité de Saint-Germain en Laye, déclarent qu'elles s'opposeront à toutes tentatives de nature à porter atteinte à l'intégrité du territoire autrichien, ou qui, contrairement aux stipulations de l'article 88 du susdit Traité,<sup>3</sup> auraient pour effet de compromettre d'une manière quelconque, soit directement, soit indirectement, l'indépendance politique ou économique de l'Autriche.»<sup>4</sup>

<sup>1</sup> Lettre: AT-VLA LH Ender: Anschlussfrage Schweiz (1/1). Rédigée par le Président de la Conférence de Paix, Georges Clemenceau (1841–1929), [dodis.ch/P1253](https://dodis.ch/P1253), adressée au Chancelier d'État de la République d'Autriche, Karl Renner (1870–1950), [dodis.ch/P1424](https://dodis.ch/P1424). Il s'agit d'une copie que Karl Renner a reçu de Georges Clemenceau. Cette copie est également remise à Otto Ender (1875–1960), [dodis.ch/P38315](https://dodis.ch/P38315).

<sup>2</sup> Cf. doc. 30, [dodis.ch/55383](https://dodis.ch/55383).

<sup>3</sup> L'art. 88 du traité de St. Germain prévoit que: «L'indépendance de l'Autriche allemande est inaltérable, si ce n'est du consentement du Conseil de la Société des Nations. En conséquence, l'Autriche s'engage à s'abstenir, sauf le consentement dudit Conseil, de toute acte de nature à compromettre son indépendance, directement ou indirectement et par quelque voie que ce soit, notamment et jusqu'à son admission comme Membre de la Société des Nations, par voie de participation aux affaires d'une autre Puissance.»

<sup>4</sup> Cf. doc. 40, [dodis.ch/55389](https://dodis.ch/55389).

[dodis.ch/55389](http://dodis.ch/55389)

*Notice de la Section juridique de la Société des Nations sur le Vorarlberg<sup>1</sup>*

[Décembre 1919]

En dépit de l'article 27<sup>2</sup> du Traité de Saint-Germain, quelques personnes ne considèrent pas la question du Vorarlberg comme définitivement tranchée. Cela vient de ce que la discussion du Conseil Suprême à ce sujet a été hâtive et superficielle. Malgré la proposition des délégués anglais et américains tendant à l'insertion dans le traité d'une clause prévoyant que «*si le peuple du Vorarlberg devait exprimer le désir de se rattacher à la Suisse et que celle-ci manifeste le désir de recevoir cette province dans la Confédération l'Autriche s'engagerait à accepter la solution que proposerait le Conseil de la Société des Nations*» il fut décidé «*de ne pas mentionner le Vorarlberg dans le traité et de laisser la question entièrement ouverte*».<sup>3</sup>

La paix de Saint-Germain fait du Vorarlberg une partie du territoire autrichien, inaliénable aux termes de l'article 88<sup>4</sup> du dit traité.

A. Si le Vorarlberg se déclare indépendant *de facto* avant la ratification du traité de St-Germain, la question appartient au Conseil Suprême et ne regarde pas la Société des Nations.

Si le Vorarlberg se proclame indépendant après la mise en vigueur du dit traité, son indépendance devra, pour avoir force de droit, être reconnue par les puissances et par l'Autriche, et celle-ci ne pourra, aux termes de l'article 88 donner son consentement qu'avec l'autorisation de la Société des Nations. Si en effet l'aliénation d'un territoire ne devait pas être considéré comme une aliénation d'indépendance, il serait possible à l'Autriche de se dissoudre par morceaux. Le Conseil de la Société des Nations ne pourrait prendre en ce cas aucune initiative. Il serait simplement appelé à autoriser l'Autriche lorsque celle-ci le lui demanderait, à reconnaître l'indépendance du Vorarlberg.

Il en serait exactement de même si l'Autriche cédaient purement et simplement le Vorarlberg à la Suisse.

<sup>1</sup> Notice: AT-VLA LH Ender: Anschlussfrage Schweiz (1/1). Rédigée par Georges Kaeckenbeeck (1892–1973), [dodis.ch/P586](http://dodis.ch/P586).

<sup>2</sup> L'article 27 régleme la détermination des frontières de l'Autriche allemande. Ses frontières avec la Suisse et le Liechtenstein doivent rester telles quelles.

<sup>3</sup> Les passages sont extraits des protocoles du Conseil Suprême.

<sup>4</sup> L'art. 88 du traité de St. Germain prévoit que: «L'indépendance de l'Autriche allemande est inaliénable, si ce n'est du consentement du Conseil de la Société des Nations. En conséquence, l'Autriche s'engage à s'abstenir, sauf le consentement dudit Conseil, de toute acte de nature à compromettre son indépendance, directement ou indirectement et par quelque voie que ce soit, notamment et jusqu'à son admission comme Membre de la Société des Nations, par voie de participation aux affaires d'une autre Puissance.»

B. Si, le traité étant ratifié, mais en dehors de l'agrément du Gouvernement autrichien, la demande est faite à la Ligue de modifier le traité en conformité des vues de la population du Vorarlberg et du Gouvernement suisse, que peut faire la Ligue? En vertu de l'article 19<sup>5</sup> du Pacte, et dans la supposition que la question du Vorarlberg aurait pris une tournure de nature à mettre en danger la paix, la Société des Nations pourrait émettre un avis public, d'un grand poids moral, à vrai dire, mais sans valeur obligatoire. En dehors de l'article 19, le Conseil où l'Assemblée pourraient se baser sur l'article IV, § 4<sup>6</sup> ou l'article III, § 3<sup>7</sup> pour offrir sa médiation ou des suggestions. D'ailleurs, si les choses en étaient au point de mettre la paix directement en danger, il ne serait pas nécessaire d'invoquer ces articles car le Conseil ou l'Assemblée pourraient certainement se saisir de la question, de leur propre initiative sur la base de l'article XI, § 1,<sup>8</sup> et chacun de leurs membres pourrait les en saisir sur la base de l'article XI, § 2.<sup>9</sup>

Si la question prend le caractère d'une dispute, de nature à conduire à une rupture, et impropre à l'arbitrage, le Conseil pourrait faire des recommandations sur la base de l'article 15.<sup>10</sup> Ces recommandations n'auraient d'ailleurs qu'une autorité morale, à moins qu'elles ne soient unanimement acceptées. Auquel cas il est interdit aux membres de faire la guerre avec la puissance qui les admet.

En résumé, la Société des Nations ne peut pas résoudre d'elle-même la question du Vorarlberg; mais elle peut prendre l'initiative d'un règlement et coopérer à le faire accepter. Quant à l'application de l'article 15, le Vorarlberg ne saurait l'invoquer de lui-même, la Suisse seule le pourrait.

5 *L'art. 19 du pacte de la Société des Nations prévoit que:* «L'Assemblée peut, de temps à autre, inviter les Membres de la Société à procéder, à un nouvel examen des traités devenus inapplicables ainsi que des situations internationales, dont le maintien pourrait mettre en péril la paix du monde.»

6 *L'art. 4, § 4 du pacte de la Société des Nations prévoit que:* «Le Conseil connaît de toute question rentrant dans la sphère d'activité de la Société ou affectant la paix du monde.»

7 *L'art. 3, § 3 du pacte de la Société des Nations prévoit que:* «L'Assemblée connaît de toute question qui rentre dans la sphère d'activité de la Société ou qui affecte la paix du monde.»

8 *L'art. 11, § 1 du pacte de la Société des Nations prévoit que:* «Il est expressément déclaré que toute guerre ou menace de guerre, qu'elle affecte directement ou non l'un des Membres de la Société tout entière et que celle-ci doit prendre les mesures propres à sauvegarder efficacement la paix des Nations. En pareil cas, le Secrétaire général convoque immédiatement le Conseil, à la demande de tout Membre de Société.»

9 *L'art. 11, § 2 du pacte de la Société des Nations prévoit que:* «Il est, en outre, déclaré que tout Membre de la Société a le droit, à titre amical, d'appeler l'attention de l'Assemblée ou du Conseil sur toute circonstance de nature à affecter les relations internationales et qui menace par suite de troubler la paix ou la bonne entente entre nations, dont la paix dépend.»

10 *L'art. 15 § 1 du pacte de la Société des Nations prévoit que:* «S'il s'élève entre les Membres de la Société un différend susceptible d'entraîner une rupture et si ce différend n'est pas soumis à l'arbitrage prévu à l'article 13, les Membres de la Société conviennent de le porter devant le Conseil. A cet effet, il suffit qu'un d'eux avise de ce différend le Secrétaire général, qui prend toutes dispositions en vue d'une enquête et d'un examen complets.»

[dodis.ch/55390](https://dodis.ch/55390)

*Der Vorarlberger Landeshauptmann, O. Ender, an den Staatskanzler der  
deutschösterreichischen Republik, K. Renner<sup>1</sup>*

Bregenz, 3. Januar 1920

Ich erhielt die offizielle Verständigung über die Ihnen vom Obersten Rate zugekommene Note.<sup>2</sup> Der Oberste Rat ist, wie Ihrer Aufmerksamkeit nicht entgangen sein wird, in einem Irrtum, wenn er glaubt, die vom Vorarlberger Landtag unternommenen Schritte fallen mit jenen in Tirol und Salzburg sowie in Westungarn zusammen. Bekanntlich ist im Lande Vorarlberg schon seit Herbst 1918 eine starke Bewegung vorhanden<sup>3</sup> und hat die Landesversammlung schon im März des Jahres 1919 für das Land das Selbstbestimmungsrecht gefordert<sup>4</sup> und den am 3./11.1918 vollzogenen Anschluss an Deutschösterreich für provisorisch erklärt, während in Tirol und Salzburg die Forderung sich auf den wirtschaftlichen<sup>5</sup> Anschluss an Deutschland beschränkt und viel neueren Datum ist, und die Bewegung in Westungarn schon gar nichts mit unserer Bewegung zu schaffen hat.

Aus der Terminologie ist auch zu schliessen, dass Herr Präsident Clemenceau<sup>6</sup> den Charakter und die rechtliche Stellung der Länder verkennt. Es geht dies aus der Bezeichnung «Provinz» und «Distrikt» hervor.<sup>7</sup>

Ich will es Ihnen, sehr geehrter Herr Staatskanzler, auch nicht verhehlen, dass man in den breitesten Schichten der Bevölkerung sich nicht von der Überzeugung abbringen lässt, dass die österreichische Regierung dafür gesorgt habe, dass die erwünschte Note des Herrn Präsidenten Clemenceau erscheine. Über den Weg, der dabei eingeschlagen wurde, gehen die Meinungen auseinander. Die einen glauben, dass es durch die ausländischen Missionen in Wien, andere, dass es durch den Presseattaché<sup>8</sup> bei der österreichischen Gesandtschaft in Paris und wieder andere, dass es durch den Kanzler selbst in seiner Privatbesprechung beim Herrn Präsidenten besorgt wurde. Letzteres wurde vom

<sup>1</sup> Schreiben: AT-VLA LH Ender: Anschlussfrage Schweiz (1/1). Verfasst vom Vorarlberger Landeshauptmann, Otto Ender (1875–1960), [dodis.ch/P38315](https://dodis.ch/P38315), gerichtet an den Staatskanzler der deutschösterreichischen Republik, Karl Renner (1870–1950), [dodis.ch/P1424](https://dodis.ch/P1424).

<sup>2</sup> Vgl. Dok. 39, [dodis.ch/55388](https://dodis.ch/55388).

<sup>3</sup> Vgl. Dok. 1, [dodis.ch/55207](https://dodis.ch/55207) und Dok. 5, [dodis.ch/55320](https://dodis.ch/55320).

<sup>4</sup> Vgl. dazu [dodis.ch/55538](https://dodis.ch/55538).

<sup>5</sup> Handschriftlich korrigiert aus: «wissenschaftlichen».

<sup>6</sup> Georges Clemenceau (1841–1929), [dodis.ch/P1253](https://dodis.ch/P1253), französischer Ministerpräsident von 1917 bis 1920 und Präsident der Pariser Friedenskonferenz 1919.

<sup>7</sup> Vgl. Dok. 39, [dodis.ch/55388](https://dodis.ch/55388).

<sup>8</sup> Nicht identifiziert.



Herrn Staatskanzler dementiert.<sup>9</sup> Das ist daher für den Landesrat kein Gegenstand der Erörterung.<sup>10</sup>

Herr Staatskanzler! Sie ersuchen alle Landeshauptleute, ihren Einfluss dahin aufzubieten, dass Bestrebungen und Versuche zur Loslösung der Länder von Österreich unterbleiben, die nach der Lage der Dinge zweifellos von vorneherein zur völligen Unfruchtbarkeit verurteilt wären. Ihr Schreiben ist an alle Landeshauptleute gerichtet und ich kann daher demselben nicht entnehmen, ob sie auch alle diesbezüglichen Bemühungen der Vorarlberger für aussichtslos halten, oder ob diese Bemühungen zu jenen zu zählen sind, denen eventuell ein Erfolg beschieden sein könnte. Aus dem Umstande, dass Herr Kanzler mir seinerzeit in St. Germain zusicherten, nach Friedensschluss könne die Vorarlberger Frage besprochen und verhandelt werden, und aus dem Umstande, dass Herr Kanzler mich verständigten, die Staatsregierung sei bereit, ein von uns auszuarbeitendes Memorandum<sup>11</sup> (mit der Begründung unserer Forderung des Selbstbestimmungsrechtes und der darauf gegründeten Forderungen) beim Obersten Rate oder beim Völkerbund zu überreichen und aus dem Umstande, dass diese Bereitwilligkeit Ihrerseits auch nach Entgegennahme der Note des Obersten Rates wiederholt wurde, muss ich schliessen, dass auch Herr Kanzler unserem Lande eine Ausnahmsstellung zuzubilligen. Ich kann daher unserem Volke nicht zumuten, dass es jede Hoffnung fahren lasse. Ich kann ihm auch unmöglich in diesem Sinne zureden, weil das Beginnen nutzlos und daher unklug wäre.

In den anderen Ländern mag das das beste sein; sie sind uns durch die Erhebung ihrer von vorneherein aussichtslosen Forderung in den Rücken gefallen und haben der Staatsregierung einen Dienst erwiesen, der den gewünschten Erfolg hatte. Nun kann dort die Aktion natürlich ruhen.

Der Herr Staatssekretär Löwenfeld-Russ<sup>12</sup> hat vor einiger Zeit unseres Staates als den Staat der ungelösten und unlösbaren Probleme bezeichnet. Wenn das ein Staatssekretär sagte – er sprach nach meiner persönlichen Anschauung die Wahrheit – so kann man es dem Vorarlberger Volke nicht verargen, wenn es ähnlich denkt und seine Schicksalsfrage nach wie vor als offen betrachtet.

Darüber, dass wir voll und ganz an der Schaffung des Verfassungswerks mit-helfen wollen, besteht bei uns kein Zweifel. Unser Landtag hat dem Landesrate und der Landesregierung die Weisung gegeben, in der Verwaltung dem Umstande, dass wir vorläufig Österreich angeschlossen sind, voll und ganz Rechnung zu tragen. Landesrat und Landesregierung tun das auch.<sup>13</sup> Mag die Entwicklung gehen, wie sie will, wir halten es jedenfalls für unsere Pflicht, am Verfassungswerke ernstlich mitzuarbeiten. Man kann nicht wissen, von welchen Folgen für

<sup>9</sup> *Handschriftlich korrigiert aus:* «Letzteres darf ich und die Landesregierung nicht annehmen, da es vom Herrn Staatskanzler dementiert wird.»

<sup>10</sup> *Handschriftlich ergänzt.*

<sup>11</sup> *Vgl. dazu die Denkschrift des Vorarlberger Landesrates an den Völkerbund von 1920, [dodis.ch/55246](https://dodis.ch/55246).*

<sup>12</sup> *Johann Löwenfeld-Russ (1873–1940), [dodis.ch/P59385](https://dodis.ch/P59385), Staatssekretär für Volksernährung im Staat-samt für Volksernährung von 1918 bis 1921.*

<sup>13</sup> *Folgende maschinenschriftliche Passage wurde nachträglich gestrichen:* «Wir können uns zwar nicht vorstellen, dass Österreich auf die Dauer in der heutigen Form bestehen soll. Es sieht aber niemand in die Zukunft.»



unser Volk der Ausfall des Verfassungswerkes begleitet ist. Die Mitarbeit ist ein selbstverständliches Gebot.

Herr Staatskanzler! Wollen Sie noch eine Mitteilung gestatten. Wir lesen in der Zeitung, dass der Verfassungsentwurf der Staatsregierung oder wesentliche Parteien desselben<sup>14</sup> in Salzburg so öffentlich vorgetragen wurden, dass die Presse über den Inhalt berichten konnte. Es gefällt uns nicht, dass wir den Verfassungsentwurf der Regierung auf diesem Wege zur Kenntnis bekommen. Wenn man denselben schon der Behandlung in der Presse preisgeben wollte, so konnten wir doch den berechtigten Wunsch hegen, dass er zuerst den Landesräten zugestellt werde.

Schliesslich bitte ich um gütige Übersendung des französischen Textes des Schreibens des Herrn Präsidenten Clemenceau.<sup>15</sup>

---

<sup>14</sup> *Handschriftlich ergänzt.*

<sup>15</sup> *Vgl. Dok. 39, [dodis.ch/55388](https://dodis.ch/55388).*

[dodis.ch/55225](http://dodis.ch/55225)

*Bericht des Komitees Pro Vorarlberg*<sup>1</sup>

DIE VORARLBERGERFRAGE

21. Januar 1920

Im letzten Bericht erwähnten wir eine der «Times» entnommene Sp. t.-Meldung über die Ausführungen *Hoovers*,<sup>2</sup> die für uns beachtenswert sind. Diese Meldung bestätigt sich nicht nur, sondern es hat sich *Hoover*, (siehe «Bund» No. 13) in einem Bericht an eine Kommission des Kongresses noch deutlicher und energischer ausgesprochen: Unter den gegenwärtigen Bedingungen sei Österreich zum «*ewigen Bettler*» verdammt. Auch sei es das letzte Mal, dass die Vereinigten Staaten den Europäern helfen, wenn keine Kursänderung in der Politik der Alliierten gegenüber Österreich eintrete. Diese Politik wird also in Amerika offiziell missbilligt.

Das Abtreten *Clémenceaus*<sup>3</sup> von der politischen Bühne wird einen solchen Umschwung zweifellos erleichtern, und ist insofern für uns von grösster Bedeutung. Auch in Frankreich macht die Erkenntnis Fortschritte, dass die Friedensverträge revisionsbedürftig sind.

In Österreich ist die Lage nach wie vor bitterbö, und die zuversichtliche Stimmung, die nach dem Erfolg Renners<sup>4</sup> in Paris, wie auf Kommando in der Presse aufgekommen war, hat einer dumpfen Hoffungslosigkeit und Verzweiflung Platz gemacht. (Der Kurs der Krone ist am 21. Jan. in Bern auf 1.85 gesunken.)

Dass auch in *Vorarlberg* die Not die denkbar grösste ist, zeigen folgende Zahlen: Eine *sechsköpfige* Familie des Mittelstandes in Bregenz erhält täglich  $\frac{1}{2}$  Liter Milch,  $\frac{1}{2}$  Pfund Fleisch, pro Monat  $\frac{1}{2}$  Pfund Butter. Während des letzten Jahres konnte sie sich ganze 14 Eier verschaffen. Kartoffeln sind kaum aufzutreiben.

Man möge daraus ersehen, wie sehr unsere Hilfsaktion berechtigt ist, und wie notwendig es ist, sie mit aller Energie durchzuführen. Die *Unabhängigkeitsbestrebungen* sind neuerdings im Wachsen begriffen. Nicht nur beharren die *Bauern* zähe auf ihrem Standpunkt, sondern die *Anhänger Österreichs* haben den Mut vollständig verloren. In der Sozialdemokratie Vorarlbergs ist die Begeisterung für die Solidarität mit Österreich sehr merklich gesunken. Auch unter den *Beamten*, die bisher

<sup>1</sup> Bericht: CH-BAR#J1.122#1000/1284#13\* (B). Den Politischen Situationsbericht Nr. 2 des Komitee Pro Vorarlberg verfasste der Presseausschuss des Komitees, der unter der Leitung von Präsident Paul de Vallière, [dodis.ch/P8582](http://dodis.ch/P8582), stand.

<sup>2</sup> Herbert Hoover (1874–1964), [dodis.ch/P1794](http://dodis.ch/P1794), Administrator des United States Food Administration von 1917 bis 1919.

<sup>3</sup> Clemenceau, Georges (1841–1929), [dodis.ch/P1253](http://dodis.ch/P1253), französischer Premierminister von 1917 bis 1920 und Präsident der Pariser Friedenskonferenz 1919.

<sup>4</sup> Karl Renner (1870–1950), [dodis.ch/P1424](http://dodis.ch/P1424), deutschösterreichischer Staatskanzler von 1919 bis 1920.

den grössten Teil der Opponenten darstellen, ist ein Umschwung zu verzeichnen zugunsten der Lostrennung von Österreich mit Anlehnung an die Schweiz.

In der *Schweizerpresse* herrscht vollständige Ruhe über die Vorarlbergerfrage. Nur der stets gut dokumentierte «Bund» setzt zielbewusst seine Aufklärungsarbeit fort. – Herr *Dr. Pirker*<sup>5</sup> aus Bregenz erntet mit seinen Vorträgen und Lichtbildern über «Land und Leute im Vorarlberg» überall in der deutschen Schweiz warme Sympathien und grossen Erfolg. Dies ist ein guter Anfang zur allgemeinen Orientierung unseres Publikums über die Vorarlbergerfrage. Auch in der Westschweiz, insbesondere im Waadtland, beginnt man sich an die Idee eines unabhängigen Vorarlbergs unter Schutz der Schweiz zu gewöhnen, während man bisher dem Standpunkt des Obersten Rates<sup>6</sup> allgemein und strikte beipflichtete. Für unsere Sache bedeutet das einen grossen Schritt vorwärts.

---

<sup>5</sup> *Paul Pirker (1880–1963)*, [dodis.ch/P38804](https://dodis.ch/P38804), *Vorarlberger Lehrer und Aktivist für den Beitritt seiner Heimat zur Schweiz.*

<sup>6</sup> *Oberster Rat der Alliierten Mächte.*

[dodis.ch/55392](https://dodis.ch/55392)

*Der Delegierte der Vorarlberger Landesregierung, P. Pirker, an den Redaktor des Vorarlberger Volksblattes, H. Nägele<sup>1</sup>*

Feldkirch, 18. Juni 1920

Ich danke Ihnen bestens für Ihren w. Brief und kann Ihnen mitteilen, dass ich den Prozess bereits anhängig machte. Über die Ausführungen des E. Schmid<sup>2</sup> in betreff Ihrer Frage werden Sie schon die rechte Antwort finden. Der Brief v. No. 277 des V. T. vom 4. Dezember<sup>3</sup> stellt keine Kneiferei, sondern Frotzelei dar. Sollten Sie aber wünschen, dass die Bücher eingesehen werden, dann wird Riedmann<sup>4</sup> bestimmt dieselben zeigen können. Ich schrieb ihm umgehend und teile Ihnen gleich mit.

Was nun mich betrifft; ich war im Auftrage des Volkes v. Vorarlberg vom 13. August–15. September 1919 in der Schweiz, und hatte nichts anderes als in Bern auf die Einreise nach Paris zu warten. Finanziert wurde ich durch meine Landsleute, welche uns beiden 3000 Fr. zur Verfügung stellten. Das Geld war von unserm Lande, das kann ich beeden.

Dann war ich vom 6.–9. Dez., 13.–16. Dez 1919, 7.–12. Januar 1920, 16.–23. Januar 1920, 4.–14. Februar 1920, zu Ostern war ich 6 Tage in Genf und Basel, in der Schweiz über spezielle Einladung der neuen helvetischen Gesellschaft; ich hielt an verschiedenen Orten Lichtbildvorträge über unser Land, ausdrücklich war jede politische Note ausgeschaltet und in den meisten Berichten stellten die Rezensenten fest. Die Vorträge wurden 2.) von den einzelnen Ortsgruppen in der Weise finanziert, dass mir ein runder Betrag gegeben wurde, oder man (Also im «letzten Jahr» war ich doch nur 1 Monat u. nicht auf Propaganda in der Schweiz, der Mann sagt einen Unsinn, was immer er behauptet) fragte mich was ich verlange, oder gab mir überhaupt nichts.

Ich teile Ihnen mit, was ich bekam.

<sup>1</sup> Schreiben: AT-VLA NL Hans Nägele (14-183). Verfasst von Paul Pirker (1880–1963), [dodis.ch/P38804](https://dodis.ch/P38804), gerichtet an Hans Nägele (1884–1973), [dodis.ch/P59120](https://dodis.ch/P59120).

<sup>2</sup> Edgar Schmid, [dodis.ch/P59394](https://dodis.ch/P59394), Zürcher Rechtsanwalt, der das Vorarlberger Tagblatt im Presseprozess gegen die NZZ vertrat. Zum Presseprozess vgl. Dok. 46, [dodis.ch/55393](https://dodis.ch/55393); Dok. 47, [dodis.ch/55394](https://dodis.ch/55394) sowie Dok. 48, [dodis.ch/55395](https://dodis.ch/55395).

<sup>3</sup> Es handelt sich dabei um einen offenen Brief von Bruno Karrer, [dodis.ch/P40566](https://dodis.ch/P40566), Mitglied des Schwabenkapitels, an Ferdinand Riedmann, [dodis.ch/P59162](https://dodis.ch/P59162), in welchem er den Anschlussfreunden vorwirft, dass sie ihre Finanzquellen nicht offenlegen vgl. Vorarlberger Tagblatt Nr. 277 vom 4. Dezember 1919, S. 3, [www.anno.onb.ac.at](http://www.anno.onb.ac.at). Vgl. zudem die Entgegnung von Karrer auf Pirkers Schrift Das Vorarlberg von 1919, [dodis.ch/55544](https://dodis.ch/55544).

<sup>4</sup> Ferdinand Riedmann (1886–1968), [dodis.ch/P59162](https://dodis.ch/P59162), Volksschullehrer in Lustenau, Abgeordneter zum Vorarlberger Landtag von 1919 bis 1924, Obmann des Lustenauer «Werbeausschusses für den Anschluss an die Schweiz», Gemeinderat und Vizebürgermeister Lustenau von 1919 bis 1924.

Winterthur		100 Fr.	Luzern	50 Fr.
St. Gallen		50 Fr.	Bern	50 Fr.
Baden		18.50 Fr.	Genf	200 Fr.
	Dezember	150 Fr.	Basel	38 Fr.
Zürich	Dezember	100 Fr.		
	Januar	0 Fr.		816.50 Fr.
Herisau		30 Fr.		150 Fr.
Chur		30 Fr.		966.50 Fr.
Solothurn		100 Fr.		
Lichtensteig		50 Fr.	3000 Kronen	

Dass ich von dieser Summe auf der Bahn 300 Fr. brauchte, ist sicher, denken Sie, Bern–Bregenz, Genf–Bregenz, Basel–Bregenz, Chur–Solothurn–Bregenz, 2 mal Zürich–Bregenz, können Sie leicht ausrechnen und ich bringe gleich den Beweis, dass ich mit eigenem Geld fest draufzahlte, was mir eben möglich war, weil ich durch meine Artikel und Ihre Liebenswürdigkeit zu Franken kam. Für meine Broschüre<sup>5</sup> bekam ich bis heute aus der Schweiz 240 Franken. Sie können ruhig fragen, dass alldeutsche Propag. für einen Tag 150 Franken rechnen und ich mich schämte und weigerte, soviel anzunehmen; mit 25 Fr. war ich bei den vielen Reisen nicht ausgekommen. Meine Vorträge waren für das Hilfswerk von Vorarlberg, ohne polit. Tendenz. Die Reise Bregenz–Basel–Bregenz kostete mich allein 38 Fr. ich musste aber aus eigenem 3 Tage leben. Zur Publizierung der französischen Artikel bekam ich von Dr. Vetsch<sup>6</sup> einen 3. Betrag, meine Broschüre ist aber nur für die Schweiz bestimmt. Ich bekam noch nie einen Heller vom Lande, oder von der Schweiz und meines Wissens ist noch kein Rappen herüber, wie ja auch unsere Kasse stets leer ist und wir auch nicht für diesen Zweck Bettelei trieben. Inwieweit Herr Riedmann Aufschluss geben kann, weiss ich nicht, verlange aber jetzt Bescheid.

Über meine Person können Sie restlos in dieser Sache verfügen, ich habe vollkommen reine Hände und ich bin darauf stolz.

Also steht fest, dass «letztes Jahr» nur einen und nicht «mindestens drei Monate» in der Schweiz war, dass ich überhaupt nie 3 Monate in der Schweiz war, und meine Reisen nicht mehr Recht Propagandareisen genannt werden können, als jene, die mit Lichtbildervorträgen über Kamtschatka verbunden sind; sie standen nur uns in charitativem Dienst und war ich vielleicht eingeladen, da ich eben mit der Geschichte und den Verhältnissen meiner Heimat gut vertraut bin, was ich literarisch bewies.

Für meine Arbeit wurde ich bezahlt, da ich grosse Auslagen zur Herstellung der Lichtbilder hatte und eben die Bahnfahrt teuer war; *über* diesen Betrag von 966.50 bekam ich nichts, wofür ich jederzeit einstehe.

<sup>5</sup> Vgl. [dodis.ch/55543](http://dodis.ch/55543).

<sup>6</sup> Ulrich Vetsch (1856–1920), [dodis.ch/P38859](http://dodis.ch/P38859), Augenarzt, Gemeinderat von 1888 bis 1918 und Kantonsrat von 1898 bis 1920 der FDP aus St. Gallen und Präsident des St. Galler Komitees Pro Vorarlberg von 1919 bis 1920.

Ich will Ihnen die Bahnfahrt spezifizieren

- |  |               |
|--|---------------|
| 1.) Bregenz– <u>Zürich</u> –Bregenz                        | 6.–9.XII.     |
| 2.) Bregenz– <u>Zürich</u> –Bregenz                        | 13.–16.XII    |
| 3.) <u>St. Gallen–Winterthur–Lichtensteig</u> –Bregenz     | 7.–12.I.      |
| 4.) Bregenz– <u>Baden–Bern–Luzern</u> –Bregenz             | 16.–23.II.    |
| 5.) Bregenz– <u>Herisau–Chur–Zürich–Solothurn</u> –Bregenz | 4.–14.II.     |
| 6.) Bregenz– <u>Genf</u> (30. März) Bregenz                | 29.III.–2.IV. |
| 7.) Bregenz– <u>Basel</u> (7. April) Bregenz               | 6.IV.–8.IV.   |

Ich benützte immer 3. Klasse Schnell- oder Personenzug.

4.) Die unterstrichenen Orte bezeichnen den Vortrag.

Wenn Sie meine Reisespesen ausrechnen, werden Sie finden, dass ich sehr knapp bemessen war, u. z. B. in Luzern abends 8 Uhr nüchtern den Vortrag hielt, und einen schwarzen Kaffee hatte ich mittags, weil ich mich fürchtete, zu wenig Geld zur Rückreise zu haben. In Chur und Baden wurden mir *erst nach Monaten* die ausgewiesenen Beträge gesandt, sodass ich z. B. in Solothurn betteln musste, da ich sonst nicht hätte heimfahren können. Ich sage das Ihnen, damit Sie fühlen können, wie mich solche Anklagen schmerzen, da ich doch meine Person ganz zurückstellte. Diese meine Ausführungen können Sie jederzeit verwenden, sie sind wahr.

Ich bin auf den 4. Juli begierig. Nun habe ich lange Zeit geschwiegen und erlaube mir nächstens wieder mit etwas aufzuwarten. Bleiben Sie gesund und kommen Sie einmal ins Ländle; geht jetzt etwas aufgeregt zu; wir werden aber leicht fertig.

[dodis.ch/55226](https://dodis.ch/55226)

Auszug

*Mitteilung des Schweizer Hilfswerk für Vorarlberg<sup>1</sup>*

## SCHWEIZERHILFE FÜR VORARLBERG

Bregenz, 31. August 1920

Die Schreckensjahre des Krieges haben unser früher vielgeliebtes Vaterland Österreich vernichtet. Der gesamte Organismus des Staates blutet an offenen, schmerzvollen Wunden, klafft von Rissen, ist zermürbt und zermartert von Not und Elend. Zu Bettlern sind wir durch den unglückseligen Krieg und den hierauf folgenden Friedens-, besser gesagt Straf-Vertrag von St. Germain geworden. Das Los unserer armen Bevölkerung, deren Schicksal infolge der enormen Teuerung, verbunden mit der entsetzlichen Entwertung unseres Geldes, auch unser Mittelstand und die Festbesoldeten mitzutragen haben, vermindern sich von Tag zu Tag, und sehnsuchtsvoll suchte unsere unschuldig so hart betroffene Bevölkerung nach Rettung in der Not.

Als äusserst willkommene Hilfe wurde daher im Dezember vorigen Jahres die frohe Kunde vernommen, dass unsere lieben Schweizer Nachbarn sich auch unserer notleidenden Bevölkerung annehmen und durch Spendung von Liebesgaben aller Art über die ärgste Not hinweghelfen wollen. Alsogleich wurden von der Vorarlberger Landesregierung aus allen Teilen des Landes und allen Schichten der Bevölkerung Leute zusammenberufen, die sich zu dem sogenannten «Grossen Ausschuss» vereinten, dessen Aufgabe es ward, aus ihrer Mitte den

«*Arbeitsausschuss des Schweizerhilfswerkes für Vorarlberg*»

wie der offizielle Titel lautet, zu bestellen. Dieser Ausschuss kam nun alsbald in die angenehme Lage, seine Tätigkeit in grossem Umfange anzunehmen. Ein Waggon Liebesgaben nach dem anderen rollte aus der Schweiz ein; ausserdem kamen ansehnliche Geldspenden. Insgesamt konnten seit Dezember vorigen Jahres zusammen an Schweizerliebesgaben

39 176 kg Kleider und Wäsche  
132 810 kg verschiedene Lebensmittel

unentgeltlich, und

<sup>1</sup> Mitteilung: CH-BAR#J1.122#1000/1284#14\* (B). Verfasst und unterzeichnet von Luzian Hämmerle (1882–1928), [dodis.ch/P61365](https://dodis.ch/P61365) und Stefan Kohler (1870–1951), [dodis.ch/P61363](https://dodis.ch/P61363), im Namen des Arbeitsausschusses des Schweizerhilfswerkes für Vorarlberg. Auf das Schreiben folgen mehrere Verzeichnisse, welche die Schweizerhilfe für Vorarlberg dokumentieren. Für das vollständige Dokument inklusive aller Verzeichnisse vgl. das Faksimile [dodis.ch/55226](https://dodis.ch/55226).



68 980 kg verschiedene Lebensmittel und  
607 838 kg Kartoffeln

gegen geringes Entgelt, zusammen also rund 85 Eisenbahnwaggons Waren, welche viele Millionen im Werte repräsentierten, auf unsere Bevölkerung verteilt werden. Im Einvernehmen mit dem Komitee pro Vorarlberg in Zürich wurden einzelne Lebensmittel, insbesondere Kartoffeln, gegen ein sehr niedrig bemessenes Entgelt auch an anscheinend Bemittelte abgegeben, welchen sonst damals die Beschaffung von Lebensmitteln nicht möglich gewesen wäre. Aus diesem Erlös wurden wiederum Waren erworben, die den Armen zugute kamen. Die unentgeltliche Verteilung erfolgte im Verhältnis der Einwohnerzahl der einzelnen Gemeinden durch hierfür extra bestellte ortskundige Komitees, in welchen womöglich auch hier anwesende Schweizer-Angehörige vertreten waren. Die allgemeine Verteilung erfolgte, soweit nicht bestimmte Widmung vorgeschrieben war, nach dem svt. Schweizerischen Monopolwarenschlüssel durch Zuhilfenahme der Kriegs-Getreide-Anstalt im Wege der Gemeinden. All diese Komitees sowie die Kriegs-Getreide-Anstalt besorgten diese grossen Arbeiten zugunsten der edlen Sachen vollständig kostenlos. Ihnen gebührt daher Dank und Anerkennung. In allererster Linie sind wir aber allen jenen lieben Schweizern Nachbarn zu innigem Danke verpflichtet, die ihre mildreichen Gaben in so reichlichem Ausmasse in selbstloser Liebe für unsere so hart betroffene Bevölkerung spendeten, und nicht zuletzt jenen sei herzlichst gedankt, die drüben in der Schweiz Anregung und werktätige Mithilfe – wie insbesondere die vielen Komitees pro Vorarlberg es taten – zum Gelingen der Aktion beistellten.

Diese Tausende aufrichtige «Vergelt's Gott!» schallten hinüber über den Rhein und ob der reichlichen Beschenkung mit Schweizerliebesgaben glückselige, hungergestillte Kinderfreuden mögen die Dankeskundgebung noch vervollständigen.

Der Arbeitsausschuss des Schweizer Hilfswerkes für Vorarlberg schliesst sich seinerseits mit inniger Genugtuung dieser Dankeskundgebung an, und legt hiermit genau Abrechnung für alle bis 31. August d. J. bei ihm eingelangten schweizerischen Liebesgaben, deren Verteilung ihm anvertraut ward.

*Schweizer Hilfswerk für Vorarlberg – Verzeichnis über die Eingänge an Natural-Liebesgaben beim Verteilungsausschuss in Bregenz*

(Geldspenden siehe Kassa-Ausweis.)

Herkunft	Station	Kleider und Wäsche in Kilo	Diverse Lebensmit- tel in Kilo	Kartoffel in Kilo	Anmerkung
Vaterländische Vereinigung	Aarau	2450	450		
Hilfskomitee	St. Gallen	5302	18 286	139 180	
Vereinigung weiblicher Ge- schäftsangestellten	Bern	119			
Rotes Kreuz Appenzell	Teufen	4531			
Hilfskomitee	Waldstatt	55			
Hilfskomitee	Herisau	1078			
Fricktalisches Hilfskomitee	Laufenburg	8290	18 480	29 940	
Komitee pro Vorarlberg <sup>2</sup>	Zürich	7852	69 095		
Hilfskomitee	Münster		1045		Widmung für Ferienkinder
Hilfskomitee	Meilen	1080	350		
Hilfskomitee	Luzern	5520	33 782		
Erziehungs- direktion	Zug	305	3443		
Komitee pro Vorarlberg <sup>3</sup>	Bern	1053	3347		
Hilfskomitee	Rotenschwyl		3500	10 000	
Hilfskomitee	Arbon	500	900		
Hilfskomitee	Solothurn			21 000	
Hilfskomitee	Subingen			12 180	Bestimmte Widmung
Hilfskomitee	Gerlafingen			10 780	Bestimmte Widmung
Hilfskomitee	Chur	1041	2768		Bestimmte Widmung
Hilfskomitee	Basel		5000		
Hilfskomitee	Freiburg		6153	12 500	
Einkäufe aus Barspenden oder dem Erlös der gegen Entgelt verkauften Lebensmittel				407 449	
		39 176	166 599	643 029	

<sup>2</sup> Vgl. Dok. 45, [dodis.ch/55228](https://dodis.ch/55228).

<sup>3</sup> Vgl. Dok. 45, [dodis.ch/55228](https://dodis.ch/55228).

*Kassagebarung*

Benanntlich	Franken	Kronen
	Einnahmen   Ausgaben	Einnahmen   Ausgaben
Spende vom Zweigverein Appenzell Ausserhoden des Roten Kreuzes	10 700.–	
Spende der Vereinigten Kamm- garn-Spinnereien Schaffhausen- Derendingen	10 000.–	
Spende des Verkehrsvereins Rorschach	1024.45	
Spende des Fricktaler Hilfskomitees	2526.30	
Spende des Frauenvereines Aarau	200.–	
Spende durch Herrn Landes- hauptmann Dr. Ender	6010.–	
Bankzinsen	138.75	
Für angekaufte Kleidungsstoffe		2810.60
Für angekaufte Kartoffeln		26 510.–
Für die Kranken angekaufte Kondensmilch		450.–
Spesen der Speditionsfirma Schenker & Co.		487.40
Verschiedene Auslagen		341.50
Spenden durch das «Aargauer Volksblatt»		17 727.25
Spenden vom Frauenverein Brugg		2073.90
Spenden durch das Hilfskomitee Zürich		5327.20
Spenden vom Hilfskomitee St. Gallen		1160.–
Spenden vom Hilfskomitee Solithurn		1000.–
Einnahmen durch die Kriegs- Getreide-Anstalt für die gegen Entgelt abgegeben Lebensmittel		704 852.78
An das Hilfskomitee in Zürich für Kartoffeln		492 700.–

176	An die Kriegs-Getreide-Anstalt für Kartoffeln				204 321.–
	Zuwendungen an die Säuglings- und Wöchnerinnen-Fürsorge im Lande				19 000.–
	Zuwendungen an die Lagerhaus- spesen				4852.–
	Zuwendungen an die Kriegs- Getreide-Anstalt für Frachten und Spesen				4070.76
	Zuwendungen an Schenker & Co. Und Gebr. Weiss für Spesen				1380.70
	Zuwendungen an Druckerei- kosten				1964.–
	Zuwendungen an Bankzinsen				309.80
	Zuwendungen an Fuhrwerk, Arbeitslöhne u. Packungs- material				3172.50
	Zuwendungen an Porto, Telefon- und Telegrammspesen sowie Frachtbriefstempel				370.37
		30 599.50	30 599.50	732 141.13	732 141.13

Die Kassabestände erscheinen somit aufgebraucht.

Bregenz, am 31. August 1920.

Stefan Kohler,<sup>4</sup>  
Rechnungsleger.

Die gefertigten Rechnungsprüfer haben vorstehende Abrechnung mit den vor-  
gelegten Ausweisen übereinstimmend und richtig befunden.

Direktor Karl Bitz,<sup>5</sup>  
Vorstand des Schweizervereins.

Dr. Ferdinand Kinz,<sup>6</sup>  
Bürgermeister.

[...]<sup>7</sup>

<sup>4</sup> (Gebhard) Stefan Kohler (1870–1951), [dodis.ch/P61363](https://dodis.ch/P61363), Geschäftsführender Gesellschafter der Firma Pircher von 1912 bis 1946, Sohn des 1916 verstorbenen Landtags- und Reichsratsabgeordneten Johann Kohler (1839–1916).

<sup>5</sup> Carl Bitz (1887–1966), [dodis.ch/P267](https://dodis.ch/P267), Schweizer Diplomat, Technik-Direktor der «Elektra» in Bregenz.

<sup>6</sup> Ferdinand Kinz (1872–1935), [dodis.ch/P61054](https://dodis.ch/P61054), Bürgermeister von Bregenz von 1906 bis 1929.

<sup>7</sup> Für das vollständige Dokument vgl. das Faksimile [dodis.ch/55222](https://dodis.ch/55222).

[dodis.ch/55228](https://dodis.ch/55228)

*Mitgliederliste des Hilfsausschusses des bernischen Pro Vorarlberg Komitees*<sup>1</sup>

BERNISCHES KOMITEE «PRO VORARLBERG».<sup>2</sup> MITGLIEDER DES  
HILFSAUSSCHUSSES

[Bern, Oktober 1920]

Präsident: Dr. H. G. Wirz,<sup>3</sup> Bierhübeliweg 11, Bern  
 Sekretär: E. Meyer,<sup>4</sup> Ingenieur, Kursaalstr. 6, Bern  
 Kassier: Eugen Flückiger,<sup>5</sup> Gutenbergstr. 18, Bern  
 Frl. Bertha Trüssel,<sup>6</sup> Präsidentin des schweiz. gemeinnützigen  
 Frauenvereins, Fischerweg  
 Fr. Dr. Merz,<sup>7</sup> Depotstr. 14, Bern  
 Herr Schläfli, Parteisekretär, Bürgerhaus, Bern  
 Herr Dr. Ernst Röthlisberger,<sup>8</sup> Sekretär, Beundenfeldstr. 41  
 Herr C. Pfister, Beamter, Berchtoldstr. 13, Bern  
 Herr K. Imhof, Beamter, Lentulusstr. 23, Bern  
 Herr A. J. Badrutt, Bankbeamter, Neubrückestr. 71, Bern  
 Herr Otto Eichmann, eidg. Beamter, Flurstr. 29, Bern  
 Herr David Perret, Beamter, Murifeldweg 24, Bern  
 Frau Dr. von Sinner,<sup>9</sup> Engeried, Bern  
 Frl. Henne, Sekretärin pro Juventute, Junkerngasse, Bern  
 Frau Dr. A. Munzinger, Wildheimweg, Bern  
 Frl. Kistler, Wabernstrasse 24, Bern

1 *Mitgliederliste: CH-BAR#J1.122#1000/1284#14\* (B). Verfasst von E. Meyer (Vorname nicht ermittelt), [dodis.ch/P59013](https://dodis.ch/P59013), Sekretär des Hilfsausschusses des bernischen Komitees Pro Vorarlberg. Undatiert, gemäss Begleitschreiben im Dossier lässt sich ein Entstehungsdatum im Oktober 1920 vermuten.*

2 *Vgl. auch Dok. 44, [dodis.ch/55226](https://dodis.ch/55226).*

3 *Hans Georg Wirz (1885–1972), [dodis.ch/P23091](https://dodis.ch/P23091), Präsident des Hilfsausschusses des Komitees Pro Vorarlberg.*

4 *E. Meyer, [dodis.ch/P59013](https://dodis.ch/P59013), Ingenieur, Sekretär des Hilfsausschusses des bernischen Komitees Pro Vorarlberg.*

5 *Eugen Flückiger (1859–1923), Säckelmeister der Sektion Bern der Kontrollstelle der schweizerischen Vereinigung für Heimatschutz 1916, Kassier des Hilfsausschusses des bernischen Komitees Pro Vorarlberg.*

6 *Bertha Trüssel (1853–1937), [dodis.ch/P38025](https://dodis.ch/P38025), Präsidentin des Schweizerischen Gemeinnützigen Frauenvereins.*

7 *Julie Merz (1865–1934), [dodis.ch/P59018](https://dodis.ch/P59018), Redakteurin des Zentralblattes des Schweizerischen Gemeinnützigen Frauenvereins sowie Vorstandsmitglied und Präsidentin des Frauenstimmrechtsvereins Bern von 1922 bis 1925.*

8 *Ernst Röthlisberger (1858–1926), [dodis.ch/P37865](https://dodis.ch/P37865), Sekretär des bernischen Komitees Pro Vorarlberg.*

9 *Helene von Sinner (\*1895), geborene Schneeli aus Zürich.*

Herr E. Schürch,<sup>10</sup> Redaktor des «Bund»  
Frl. H. Rubeli,<sup>11</sup> Alpeneckstr. 7  
Frl. Zürrer,<sup>12</sup> Apotheke Weil. Hirschengraben  
Frau M. Lüdi,<sup>13</sup> Gurtenbergstrasse 1.  
Frl. G. Küpfer,<sup>14</sup> Neufeldstr. 39.

---

**10** *Handschriftlich ergänzt. Ernst Schürch (1875–1960), [dodis.ch/P5398](https://dodis.ch/P5398), Redaktor des «Der Bund» von 1912 bis 1924 und Chefredaktor von 1925 bis 1941.*

**11** *Handschriftlich ergänzt.*

**12** *Handschriftlich ergänzt.*

**13** *Handschriftlich ergänzt. Martha Lüdi-Scherb (1880–1938), Kassierin und Präsidentin des Finanzkomitees des Frauenkongresses in Bern von 1920 bis 1922.*

**14** *Handschriftlich ergänzt.*

[dodis.ch/55393](https://dodis.ch/55393)

Auszug

*Urteil des Obergerichts des Kantons Zürich<sup>1</sup>*URTEIL DER II. KAMMER DES OBERGERICHTES  
DES KANTONS ZÜRICH VOM 12. SEPTEMBER 1921  
IN SACHEN

1. DES DR. HANS NÄGELE, BREGENZ,  
2. DER VORARLBERGER BUCHDRUCKEREI GMBH, DORNBIRN,  
KLÄGER UND APPELLANTEN GEGEN  
1. DIE NEUE ZÜRCHER ZEITUNG AG, ZÜRICH, 2. DR. A MEYER, ZÜRICH 1,  
3. ERNST RIETMANN, ZÜRICH 7,  
BEKLAGTE UND APPELLANTEN BETREFFEND FORDERUNG.

Zürich, 12. September 1921

Die II. Kammer des Obergerichtes des Kantons Zürich hat in ihrer Sitzung vom 12. September 1921,<sup>2</sup> an welcher teilnahmen: Die Oberrichter Dr. Keller,<sup>3</sup> Präsident, Dr. Kunz,<sup>4</sup> Zöbeli,<sup>5</sup> Dr. Kern<sup>6</sup> und Dr. Vollenweider<sup>7</sup> sowie der Sekretär Dr. Mörikofer,<sup>8</sup> in Sachen:

1. *des Dr. Hans Nägele,*<sup>9</sup> Redaktor des Vorarlberger Tagblattes, Bregenz,
2. *der Vorarlberger Buchdruckerei GmbH, Dornbirn*

1 *Gerichtsurteil:* AT-VLA NL Hans Nägele (14-183). Verfasst im Namen des Präsidenten, Karl Jakob Keller, [dodis.ch/P59393](https://dodis.ch/P59393), und dem Sekretär des Bezirksgerichts, Emil Mörikofer, [dodis.ch/P59392](https://dodis.ch/P59392).

2 *Die Anklage gegen die Beklagten wurde abgewiesen.*

3 *Karl Jakob Keller (1858–1944), [dodis.ch/P59393](https://dodis.ch/P59393), Oberrichter des Kantons Zürich von 1900 bis 1927, Vizepräsident des Obergerichts des Kantons Zürich von 1910 bis 1924; Präsident von dessen zweiter Kammer von 1912 bis 1923 und von dessen dritter Kammer von 1910 bis 1912.*

4 *Alfred Kunz (1871–1948), [dodis.ch/P59395](https://dodis.ch/P59395), Oberrichter des Kantons Zürich von 1916 bis 1936, Präsident des Obergerichts des Kantons Zürich von 1933 bis 1936, Vizepräsident des Obergerichts des Kantons Zürich von 1927 bis 1933, Präsident von dessen zweiter Kammer von 1928 bis 1933.*

5 *Hans (Johannes) Zöbeli (\*1865), [dodis.ch/P59396](https://dodis.ch/P59396), Oberrichter des Kantons Zürich von 1917 bis 1935, Vizepräsident des Obergerichts des Kantons Zürich von 1929 bis 1935, Präsident von dessen dritter Kammer von 1929 bis 1931 und von dessen vierter Kammer von 1931 bis 1935.*

6 *Hans Kern (1876–1936), [dodis.ch/P61313](https://dodis.ch/P61313), Oberrichter des Kantons Zürich von 1920 bis 1936.*

7 *Wilhelm Vollenweider (1876–1928), [dodis.ch/P59397](https://dodis.ch/P59397), Oberrichter des Kantons Zürich von 1920 bis 1928.*

8 *Emil Mörikofer (1883–1931), [dodis.ch/P59392](https://dodis.ch/P59392), Sekretär des Obergerichts des Kantons Zürich von 1920 bis 1929.*

9 *Hans Nägele (1884–1973), [dodis.ch/P59120](https://dodis.ch/P59120), Redaktor des Vorarlberger Tagblattes von 1919 bis 1944.*



Kläger und Appellanten, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Edgar Schmid,<sup>10</sup>  
Zürich 1, gegen

1. *Neue Zürcher Zeitung AG*, Falkengasse 9, Zürich 1,
2. *Dr. A. Meyer*,<sup>11</sup> Chef-Redaktor der Beklagten Nr. 1, Zürich 1
3. *Ernst Rietmann*,<sup>12</sup> Redaktor der Beklagten Nr. 1, Zürich 7

Beklagte und Appellanten, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. R. Schmid,<sup>13</sup>  
Zürich 1.

Betreffend Forderung (Genugtuung), über die Streitfragen:

1. «Ist der Beklagte Ernst Rietmann, zusammen mit Nationalrat Dr. Albert Meyer in Zürich und der Neuen Zürcher Zeitung, und unter Solidarhaft eines jeden für das Ganze, zur Zahlung von Frk. 30 000 an die Kläger zu verurteilen?»
2. «Ist der Beklagte 3, zusammen mit Nationalrat Dr. Albert Meyer und der NZZ und unter Solidarhaftung eines jeden für das Ganze, zur Zahlung sämtlicher Gerichtskosten, sowie der gerichtlichen und aussergerichtlichen Prozesskosten der Kläger zu verurteilen?»
3. «Ist das Urteil auf Kosten des Beklagten 3 sowie des Dr. Albert Meyer und der NZZ in folgenden Blättern zu veröffentlichen:

[...] <sup>14</sup>

Mit der Vorinstanz ist deshalb zu sagen, dass, wenn sich der Beklagte darauf beschränkt hätte, zu behaupten, das Vorarlberger Tagblatt sei in reichsdeutschem Interesse tätig, um für den Anschluss Vorarlbergs an das Deutsche Reich Propaganda zu machen, hierin keine ernstliche Verletzung der persönlichen Verhältnisse der Kläger hätte erblickt werden können, die die Zusprechung einer Genugtuungssumme auf Grund von Art. 49 OR. gerechtfertigt hätte. Allein der Beklagte ist bei dieser blossen Feststellung nicht stehen geblieben, sondern er hat weiter behauptet, dass das *Vorarlberger Tagblatt den Vorwurf, dass es im Solde deutscher Interessen – im konkreten Falle ausgedrückt durch die AEG<sup>15</sup> – stehe, ruhig über sich ergehen lassen müsse*, und im Anschluss hieran spricht er *«von einem Blatte mit verkaufter Seele»*.<sup>16</sup>

[...]

<sup>10</sup> Edgar Schmid, [dodis.ch/P59394](https://dodis.ch/P59394), Zürcher Rechtsanwalt.

<sup>11</sup> Albert Meyer (1870–1953), [dodis.ch/P5881](https://dodis.ch/P5881), Schweizer Politiker, ab 1915 FDP-Nationalrat und Chefredakteur der NZZ von 1915 bis 1929.

<sup>12</sup> Ernst Rietmann (1870–1945), [dodis.ch/P5377](https://dodis.ch/P5377), Schweizer Redaktor der NZZ.

<sup>13</sup> Robert Schmid, Zürcher Rechtsanwalt.

<sup>14</sup> Für das vollständige Dokument vgl. das Faksimile [dodis.ch/55393](https://dodis.ch/55393).

<sup>15</sup> Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, [dodis.ch/R15283](https://dodis.ch/R15283).

<sup>16</sup> Vgl. Dok. 36, [dodis.ch/55386](https://dodis.ch/55386).

IV. Ist somit die objektive Widerrechtlichkeit zu bejahen, so bleibt noch die subjective Seite zu untersuchen, und namentlich zu prüfen, ob die vom Gesetze verlangte besondere Schwere des Verschuldens beim Beklagten gegeben sei. Mit der Vorinstanz ist zu sagen, dass ein *Beweis* dafür, dass das Vorarlberger Tagblatt durch die AEG finanziell unterstützt worden sei, nicht erbracht worden ist.

[...]

Von einem schweren Verschulden kann aber auch deshalb nicht gesprochen werden, weil der Artikel im Verlaufe einer Zeitungsfehde entstanden ist, in welcher vorgängig das Vorarlberger Tagblatt nicht nur die Schweiz, sondern auch die Schweizerpresse und vor allem die NZZ in schmähstüchtiger Weise verunglimpft und damit den Beklagten Rietmann als Redaktor, Journalist und Schweizer in ganz erheblicher Weise provoziert hat. Was in dieser Hinsicht das Vorarlberger Tagblatt geleistet hat, überschreitet alle Grenzen des journalistischen Anstandes.

[...]

Die Appellation erscheint aus allen diesen Gründen nicht als begründet, weshalb auch auf die Frage der Kompensation nicht einzutreten ist. Das Urteil der Vorinstanz ist zu bestätigen.

V. Die Kosten sind den Klägern zu gleichen Teilen aufzuerlegen; auch sind sie ebenfalls zu gleichen Teilen zu verpflichten, die Beklagten prozessualisch angemessen zu entschädigen; gefunden:

Die Berufung ist nicht begründet; und erkannt:

1. Die Klage wird abgewiesen,
2. Die zweitinstanzliche Gerichtsgebühr wird auf Frk. 150.– Rp. festgesetzt; die übrigen Kosten betragen:
  - 47.– Schreibgebühren,
  - 6.60 Vorladungsgebühren,
  - 2.80 Stempel,
  - 3.– Zustellungsgebühren und Porti.
3. Die Kosten werden den Klägern zu gleichen Teilen aufgelegt.
4. Die Kläger haben die Beklagten im gleichen Verhältnis für die zweite Instanz mit weiteren Frk. 400.– prozessualisch zu entschädigen.
5. Mitteilung an die Parteien sowie – unter Rücksendung der Akten – an das Bezirksgericht Zürich 3. Abteilung, je gegen Empfangsschein.

[dodis.ch/55394](https://dodis.ch/55394)

Auszug

*Urteil des Schweizerischen Bundesgerichts<sup>1</sup>*

URTEIL DES SCHWEIZERISCHEN BUNDESGERICHTS VOM 18. JANUAR 1922  
 IN SACHEN  
 DR. HANS NÄGELE, REDAKTOR DES VORARLBERGER TAGBLATTES IN  
 BREGENZ, UND DER VORARLBERGER BUCHDRUCKEREI,  
 GMBH IN DORNBIRN,  
 GEGEN  
 NEUE ZÜRCHER ZEITUNG AG IN ZÜRICH, ALBERT MEYER,  
 CHEFREDAKTOR DER NZZ IN ZÜRICH UND ERNST RIETMANN,  
 REDAKTOR DER NZZ IN ZÜRICH,  
 BETREFFEND UNERLAUBTE HANDLUNG

Lausanne, 18. Januar 1922

Anwesend die Herren:

Bundesgerichtspräsident Ostertag,<sup>2</sup> Präsident der II. Zivilabteilung,  
 Bundesrichter Soldati,<sup>3</sup> Jäger,<sup>4</sup> Rossel,<sup>5</sup> Oser,<sup>6</sup> Rambert<sup>7</sup> und Strebel.<sup>8</sup>

In Sachen:

1. *Dr. Hans Nägele*,<sup>9</sup> Redaktor des «Vorarlberger Tagblattes» in Bregenz.  
 2. *Vorarlberger Buchdruckerei GmbH* in Dornbirn. Kläger und Berufungs-  
 kläger, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Edgar Schmid<sup>10</sup> in Zürich,  
 gegen

1. *Neue Zürcher Zeitung AG*, in Zürich,  
 2. *Albert Meyer*,<sup>11</sup> Chefredaktor der NZZ in Zürich,

<sup>1</sup> Gerichtsurteil: AT-VLA NL Hans Nägele (14-183). Das Urteil des Schweizerischen Bundesgerichts nimmt Bezug auf das Urteil der II. Kammer des Obergerichtes des Kantons Zürich vom 12. September 1921, vgl. Dok. 46, [dodis.ch/55393](https://dodis.ch/55393).

<sup>2</sup> Fritz Ostertag (1868–1948), [dodis.ch/P59403](https://dodis.ch/P59403), Schweizer Bundesrichter von 1903 bis 1926 und Präsident des Bundesgerichtes von 1921 bis 1922.

<sup>3</sup> Agostino Soldati (1857–1938), [dodis.ch/P47475](https://dodis.ch/P47475), Schweizer Bundesrichter von 1892 bis 1936.

<sup>4</sup> Carl Jäger (1869–1947), [dodis.ch/P8327](https://dodis.ch/P8327), Schweizer Bundesrichter von 1900 bis 1937.

<sup>5</sup> Virgile Rossel (1858–1933), [dodis.ch/P28507](https://dodis.ch/P28507), Schweizer Bundesrichter von 1912 bis 1932.

<sup>6</sup> Hugo Oser (1863–1930), [dodis.ch/P59404](https://dodis.ch/P59404), Schweizer Bundesrichter von 1912 bis 1930.

<sup>7</sup> Paul Rambert (1866–1932), [dodis.ch/P59405](https://dodis.ch/P59405), Schweizer Bundesrichter von 1919 bis 1932.

<sup>8</sup> Josef Jakob Strebel (1887–1965), [dodis.ch/P1345](https://dodis.ch/P1345), Schweizer Bundesrichter von 1921 bis 1954.

<sup>9</sup> Hans Nägele (1884–1973), [dodis.ch/P59120](https://dodis.ch/P59120), Redaktor des Vorarlberger Tagblattes von 1919 bis 1944.

<sup>10</sup> Edgar Schmid, [dodis.ch/P59394](https://dodis.ch/P59394), Zürcher Rechtsanwalt.

<sup>11</sup> Albert Meyer (1870–1953), [dodis.ch/P5881](https://dodis.ch/P5881), Schweizer Politiker, ab 1915 FDP-Nationalrat und Chefredakteur der NZZ, von 1915 bis 1929.

3. *Ernst Rietmann*,<sup>12</sup> Redaktor der NZZ, in Zürich,  
Beklagte und Berufungsbeklagte, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Robert Schmid<sup>13</sup> in Zürich,

betreffend unerlaubte Handlungen, hat sich ergeben:

[...] <sup>14</sup>

In Nummer 1732 vom 9. November 1919 erschien in der NZZ aus der Feder Redaktor Rietmanns ein Artikel,<sup>15</sup> in dem einleitend von einer in Innsbruck, Linz etc. zutage tretenden Bewegung für den Anschluss an Deutschland die Rede ist, und der sodann den folgenden Passus enthält: «Das Alldeutschtum tut das Menschenmögliche, diese Anschlussgedanken zur Reife zu bringen. Naturgemäss entfaltet es die grössten Anstrengungen im Vorarlberg, um es für die grossdeutsche Idee zu gewinnen. Sein Organ ist das «Vorarlberger Tagblatt», das den Vorwurf, dass es im Solde deutscher Interessen – im konkreten Fall ausgedrückt durch die AEG<sup>16</sup> – stehe, ruhig über sich ergehen lassen muss. Dieses Blatt mit verkaufter Seele überbietet sich Tag für Tag, alles was mit der Schweiz in Zusammenhang steht, zu travestieren, ins Gegenteil zu verkehren, zu verunglimpfen. Wir hegen indessen eine zu hohe Meinung von der Standhaftigkeit des Vorarlberger Volkes, um auch nur einen Moment zu glauben, dass das alldeutsche Getue und Geschimpf Eindruck gemacht habe.»

[...]

- B. Beide Vorinstanzen, das Obergericht des Kantons Zürich mit Urteil vom 12. September 1921,<sup>17</sup> haben festgestellt, dass die von Redaktor Rietmann aufgestellte Behauptung, das VT arbeite mit Unterstützung der AEG nicht beweisen sei, sie haben aber die Klage dennoch abgewiesen indem sie mit den Beklagten davon ausgingen, Dr. Meyer und die NZZ seien nicht passiv legitimiert, und mit Bezug auf Redaktor Rietmann sei die eine Voraussetzung der Haftung aus Art. 49, die besondere Schwere des Verschuldens, nicht gegeben.

- C. Gegen das obergerichtliche Urteil haben die Kläger die Berufung an das Bundesgericht ergriffen mit dem Antrag auf Zusprechung der Klage.

[...]

Wenn nun Redaktor Rietmann ausführte, das VT sei das Organ der Alldeutschen, «das den Vorwurf, dass es im Solde deutscher Interessen – im konkreten Fall ausgedrückt durch die AEG – stehe, ruhig über sich ergehen lassen müsse», so ist damit für jeden Dritten klar gesagt, das VT und sein Redaktor lassen sich ihre politische Stellungnahme bezahlen. Die Notiz konnte auch nicht bloss als Zitat oder als die blosse

<sup>12</sup> *Ernst Rietmann (1870–1945)*, [dodis.ch/P5377](https://dodis.ch/P5377), *Schweizer Redaktor der NZZ*.

<sup>13</sup> *Robert Schmid*, [dodis.ch/P59398](https://dodis.ch/P59398), *Zürcher Rechtsanwalt*.

<sup>14</sup> *Für das vollständige Dokument vgl. das Faksimile* [dodis.ch/55393](https://dodis.ch/55393).

<sup>15</sup> *Vgl. Dok. 36*, [dodis.ch/55386](https://dodis.ch/55386).

<sup>16</sup> *Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft*, [dodis.ch/R15283](https://dodis.ch/R15283).

<sup>17</sup> *Vgl. Dok. 46*, [dodis.ch/55393](https://dodis.ch/55393).

Wiedergabe eines Gerüchtes aufgefasst werden. Die Feststellung, das VT *müsse* den Vorwurf über sich ergehen lassen, enthält vielmehr die positive Behauptung, der Vorwurf sei tatsächlich nicht widerlegbar. Dieser Sinn wird übrigens durch den folgenden Satz, in welchem von dem Blatte mit verkaufter Seele die Rede ist, noch verdeutlicht.

[...]

Liegt schon in dieser Wiedergabe von durch keine tatsächlichen Grundlagen gestützten Gerüchten als bewiesene Tatsachen ein grobes Verschulden des Beklagten, so ist dieses noch schwerer zu bewerten angesichts der der Anschuldigung gegebenen besonderen Form. Dass der Beklagte dem VT ein stillschweigendes Zugeständnis unterschob, war geeignet, zum vornherein alle Zweifel an der Richtigkeit seiner Darstellung auszuschliessen; Gerade die Behauptung aber, das VT habe den Vorwurf über sich ergehen lassen müssen, hätte der Beklagte ohne weiteres als unrichtig erkennen können, wenn er nur den Gang der Polemik in der von ihm angegriffenen Zeitung sorgfältig verfolgt hätte. Entgegen der Ansicht der Vorinstanz kann aber auch davon nicht die Rede sein, dass der Beklagte Rietmann durch das VT in einem Masse provoziert worden sei, dass sein Verschulden nicht mehr als besonders schweres im Sinne von Art 49. OR erscheinen lasse.

[...]

Schliesslich aber übersieht die Vorinstanz, dass der Beklagte auf Beschimpfungen mit einer Verleumdung, d. h. mit positiv unwahren Anschuldigungen antwortete. Rechtfertigte das Verhalten des VT auch noch so sehr eine scharfe Zurückweisung, so durfte doch Rietmann nicht zu einem solchen Mittel der Gegenwehr greifen.

[...]

*Demnach erkennt das Bundesgericht:*

1. Die Berufung wird hinsichtlich der Beklagten Dr. Meyer und NZZ abgewiesen, hinsichtlich des Beklagten Rietmann dagegen teilweise gutgeheissen und dieser letztere verpflichtet, den Klägern als Genugtuung Fr. 500.– zu bezahlen und das Dispositiv dieses Urteils 1 Mal auf seine Kosten in der NZZ zu publizieren.<sup>18</sup>

2. Die Gerichtskosten vor allen Instanzen, die bundesgerichtlichen mit Fr. 400.– Gerichtsgebühr, Fr. 43.– Schreibgebühren und Fr. 5.70 Kanzleiauslegungen hat der Beklagte Rietmann zu bezahlen. Die ausserrechtlichen Kosten vor den kantonalen Instanzen werden wettgeschlagen. Dagegen hat der Beklagte Rietmann die Kläger für das bundesgerichtliche Verfahren mit Fr. 200.– zu entschädigen.

3. Dieses Urteil ist den Parteien und dem Obergericht des Kantons Zürich schriftlich mitzuteilen.

<sup>18</sup> Vgl. Dok. 48, [dodis.ch/55395](http://dodis.ch/55395).

[dodis.ch/55395](https://dodis.ch/55395)

*Zeitungsartikel in der Neuen Zürcher Zeitung*<sup>1</sup>

EIN PRESSEPROZESS

[Zürich,] 24. Februar 1922

Wir haben unsern Lesern das bundesgerichtliche Urteil<sup>2</sup> im Pressprozess zwischen dem «Vorarlberger Tagblatt» und der «Neuen Zürcher Zeitung» seinerzeit mitgeteilt. Wir möchten ihnen zunächst einen Bericht unseres Bundesgerichtsberichterstatters unterbreiten, dem einige Bemerkungen von unserer Seite folgen mögen.

Wp. *Lausanne*, im Januar.

Die Entstehungsgeschichte des Presseprozesses zwischen der «NZZ» und dem «VT» dürfte unserer Leserschaft grösstenteils bekannt sein, doch sei sie hier nochmals kurz zusammengefasst.

Der Friedensschluss liess Deutsch-Österreich in verzweifelter Lage und im Jahre 1919 schien es, als könne nach dem wirtschaftlichen Zusammenbruch auch der gänzliche politische Zerfall jeden Augenblick eintreten. In dem uns benachbarten Vorarlberg machte sich das Bestreben des Anschlusses an die Schweiz geltend und fand, wie die bekannte Volksabstimmung bewies,<sup>3</sup> bei der grossen Mehrheit des Vorarlberger Volkes Anklang; ein weit geringerer Teil der Bevölkerung erstrebte dagegen den Anschluss an Deutschland.<sup>4</sup> Während das Organ der Vorarlberger Hauptpartei, das «Vorarlberger Volksblatt», für den Anschluss an die Schweiz eintrat, stand das in Dornbirn gedruckte «Vorarlberger Tagblatt» – das sich übrigens neuerdings selber «grossdeutsche Zeitung» nennt – gänzlich im Banne alldeutscher Ideen und verfocht den Plan des Anschlusses an das Deutsche Reich. Seine Kampfweise war eine ausserordentlich unfeine und kennzeichnete sich durch beständige Schmähungen gegen die Schweiz, ihre Bevölkerung, ihre Behörden und ihre Presse, «die man nur mit Ekel lesen könne». Bald hoffte es, die Industrie Grossdeutschlands werde diejenige der Schweiz so überflügeln, «dass die wirtschaftliche Selbständigkeit dabei flöten gehe,» bald flunkerte es von den

<sup>1</sup> *Zeitungsartikel*: NZZ, Nr. 250, 24. Februar 1922, S. 1. Verfasst vom Bundesgerichtsberichterstatter der NZZ mit dem nicht identifizierten Kürzel Wp.

<sup>2</sup> Vgl. Dok. 46, [dodis.ch/55393](https://dodis.ch/55393).

<sup>3</sup> Das Ergebnis der Abstimmung wurde in der Vorarlberger Landes-Zeitung vom 12. Mai 1919 publiziert, vgl. [www.anno.onb.ac.at](http://www.anno.onb.ac.at).

<sup>4</sup> Ein überparteilicher Verein namens «Vorarlberger Schwabenkapitel» forderte einen Anschluss an Deutschland, vgl. dazu Dok. 24, [dodis.ch/55336](https://dodis.ch/55336).

riesigen Mitteln des schweizerischen Werbeausschusses,<sup>5</sup> «über deren Herkunft in Vorarlberg allerlei, nicht immer saubere Gerüchte umgingen,» bald richteten sich seine Angriffe gegen einzelne schweizerischen Persönlichkeiten oder Pressorgane. Diesem Grimme entging auch die «NZZ» nicht, welche die Anschlussfrage in den Kreis der Diskussion gezogen hatte; sie wurde als charakterlos, verjudet, deutschfeindlich und franzosenfeindlich, imperialistisch und annexionssüchtig hingestellt und ein «berüchtigtes» Blatt, «Aasgeier» usw. genannt. Dabei ging im Vorarlberg das Gerücht um, das «VT» werde von Deutschland aus finanziell unterstützt, namentlich von der AEG<sup>6</sup> in Berlin, welche den Anschluss Vorarlbergs an Deutschland wegen der Wasserkräfte des Gebirgslandes wünsche. Dieses Gerücht wurde in der «Tribune de Lausanne»<sup>7</sup> erwähnt, dann auch im «Berliner Tageblatt», worauf das «VT» allerdings mit der Bemerkung antwortete: «Auf derlei blödsinnige Behauptungen einzugehen, wäre schade um die Druckerschwärze.»

In Nr. 1732 vom 9. November 1919 brachte die «NZZ» einen redaktionellen Artikel «Zur Vorarlberger Frage»,<sup>8</sup> in welchem auf die einen Anschluss an Deutschland bezweckenden Bestrebungen hingewiesen wurde. Es hiess darin: «Das Alldeutschtum tut das Menschenmögliche, diese Anschlussgedanken zur Reife zu bringen. Naturgemäss entfaltet es die grössten Anstrengungen im Vorarlberg, um es für die «grossdeutsche Idee» zu gewinnen. Sein Organ ist das «VT», das den Vorwurf, dass es im Solde deutscher Interessen – im konkreten Falle ausgedrückt durch die AEG – stehe, ruhig über sich ergehen lassen muss. Dieses Blatt mit verkaufter Seele überbietet sich Tag für Tag, alles, was mit der Schweiz in Zusammenhang steht, zu travestieren, ins Gegenteil zu verkehren, zu verunglimpfen...»

Als man dergestalt endlich auf sein Geschimpf reagiert, wurde das «VT» plötzlich sehr feinfühlig! Sein Redakteur *Dr. Hans Nägele*<sup>9</sup> in Bregenz und die *Vorarlberger Buchdruckerei GmbH* in Dornbirn verlangten wegen des in der NZZ wiedergegebenen Gerüchtes und des Ausdrucks «Blatt mit verkaufter Seele»<sup>10</sup> die Veröffentlichung von Berichtigungen und 1000 Fr. in bar. Als die «NZZ» sich bloss zur Aufnahme einer Gegenbemerkung bereit erklärte, sofern diese keine neuen Beschimpfungen enthalte, belangten sie die *Aktiengesellschaft «Neue Zürcher Zeitung»*, ihren *Chefredakteur Dr. A. Meyer*<sup>11</sup> und den Verfasser des Artikels, *Redakteur Rietmann*,<sup>12</sup> auf eine Genugtuungszahlung von 30 000 Fr. und Veröffentlichung des Urteils in sechs schweizerischen Zeitungen, dem «Berliner Tageblatt», der «Täglichen Rundschau»<sup>13</sup> und sämtlichen Vorarlberger Blättern.

5 Gemeint ist der Lustenauer Werbeausschuss für den Anschluss an die Schweiz, [dodis.ch/R34377](https://dodis.ch/R34377). Vgl. dazu auch Dok. 5, [dodis.ch/55320](https://dodis.ch/55320).

6 Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, [dodis.ch/R15283](https://dodis.ch/R15283).

7 Les pangermanistes et la question du Vorarlberg, in: *Tribune de Lausanne*, Nr. 260 vom 22. September 1919.

8 Es handelt sich dabei um den Artikel von Ernst Rietmann, [dodis.ch/P5377](https://dodis.ch/P5377), welcher zur Klage des Vorarlberger Tagblatts gegen die Neue Zürcher Zeitung geführt hatte, vgl. Dok. 36, [dodis.ch/55386](https://dodis.ch/55386).

9 Hans Nägele (1884–1973), [dodis.ch/P59120](https://dodis.ch/P59120), Redakteur des Vorarlberger Tagblattes von 1919 bis 1944.

10 Vgl. Dok. 36, [dodis.ch/55386](https://dodis.ch/55386).

11 Albert Meyer (1870–1953), [dodis.ch/P5881](https://dodis.ch/P5881), Schweizer Politiker, ab 1915 FDP-Nationalrat und Chefredakteur der NZZ von 1915 bis 1929.

12 Ernst Rietmann, [dodis.ch/P5377](https://dodis.ch/P5377), Schweizer Redakteur der NZZ.

13 Die «Tägliche Rundschau» war eine von 1881 bis 1933 in Berlin erscheinende Tageszeitung.



Im bezirksgerichtlichen Verfahren machte die klägerische Partei geltend, an ihrem Unternehmen sei nur Vorarlberger Kapital beteiligt und die Redaktion arbeite im Einverständnis und unter ausschliesslicher Aufsicht des Presseausschusses des «Deutschen Volksvereins für Vorarlberg», dessen Mitglieder alle Vorarlberger seien; sie wagte auch die kühne Behauptung, sie habe sich nie gegen die Schweiz und die Schweizer beleidigend geäussert. Sowohl das *Bezirksgericht* als auch das *Zürcher Obergericht*<sup>14</sup> wiesen die Klage ab. Bei der Aktiengesellschaft «NZZ» und ihrem Chefredakteur wurde die Passivlegitimation verneint und die Klage gegen Redakteur Rietmann materiell abgelehnt. Allerdings war ein Wahrheitsbeweis für den Inhalt des eingeklagten Artikels weder angeboten noch geleistet worden; doch stützten die Zürcher Gerichte ihre Abweisung der Klage auf die Erwägung, dass Redakteur Rietmann, der die Verantwortlichkeit für den Artikel übernahm, in gutem Glauben gehandelt habe. Bei einer gemeinsamen Reise schweizerischer Journalisten war ihm, wie andern Mitreisenden, dieses Gerücht von durchaus seriösen Leuten mitgeteilt worden, auch war ihm dessen Kenntnissgabe durch die «Tribune de Lausanne» und das «Berliner Tagblatt» bekannt, während ihm die kurze Erwiderung des «VT» an die letztere Zeitung entgangen war.

Wie wir bereits telegraphisch gemeldet haben, ist die von den Klägern ergriffene Berufung durch das *Bundesgericht* (II. Zivilabteilung) am 18. ds. M.<sup>15</sup> *teilweise geschützt* worden.

In der Frage der *Passivlegitimation* der beiden ersten Beklagten nahm das Bundesgericht dieselbe Stellung ein, wie die Zürcher Gerichte. Was zunächst die Aktiengesellschaft «Neue Zürcher Zeitung» betrifft, so ist für diese eine Haltung gemäss Art. 55 des Zivilgesetzbuches ausgeschlossen (Verpflichtung der juristischen Person durch Handlungen ihrer Organe); denn die Redakteure sind gemäss den Statuten der «NZZ» nicht Organe, sondern vertraglich Angestellte, können also durch ihre Handlungen keine Schadenersatz- oder Genugtuungspflicht der Zeitung begründen. Die eigentlichen Organe der Zeitung aber sind nicht zur Überprüfung jedes einzelnen Artikels verpflichtet, sondern haben bloss über die allgemeinen Richtlinien, die Tendenz der Zeitung zu wachen. Somit käme ein eigenes Verschulden der «NZZ» nur noch dann in Frage, wenn sich die Zeitung bei der Wahl der Redakteure eine Nachlässigkeit hätte zu schulden kommen lassen (*culpa in eligendo*); davon kann indessen angesichts der Qualifikation der Betroffenen keine Rede sein. Die Passivlegitimation des Chefredakteurs Dr. Meyer ist deswegen zu verneinen, weil diesem laut der Statuten nicht die Überprüfung jedes Artikels, sondern gleichfalls nur eine allgemeinere Kontrolle über die Zeitung und über die Beobachtung der politischen Richtlinien obliegt. Allerdings hat er in wichtigen Fällen über das Erscheinen eines Artikels zu entscheiden, doch fehlt jeder Nachweis, dass ihm der eingeklagte Artikel zur Entscheidung unterbreitet worden ist oder dass er von diesem vor seiner Veröffentlichung auch nur Kenntnis gehabt hat.

Ist dermassen den einzelnen Redakteuren für die ihnen speziell zugeteilten Arbeitsgebiete (z. B. «Innere Politik») weitgehende Selbständigkeit eingeräumt, so sind sie andererseits für den Inhalt der betreffenden Rubriken des Blattes verantwortlich. Der beklagte Redakteur Rietmann ist sonach für den eingeklagten Ar-

<sup>14</sup> Vgl. Dok. 46, [dodis.ch/55393](http://dodis.ch/55393).

<sup>15</sup> Vgl. Dok. 47, [dodis.ch/55394](http://dodis.ch/55394).

tikel sowohl als Redakteur wie als Verfasser haftbar. Der Genugtuungsanspruch der Kläger stützt sich auf Art. 49 des Obligationenrechts (Verletzung in den persönlichen Verhältnissen) und setzt sowohl eine besonders schwere Verletzung der Kläger als ein besonders schweres Verschulden des Beklagten voraus.

Bei der Prüfung der Frage, ob *eine besonders schwere Verletzung* gegeben sei, ist nicht darauf abzustellen, welchen Inhalt der Verfasser dem Artikel geben wollte, sondern auf den Eindruck, den der Artikel bei einem unbefangenen Leser erwecken musste. Der Inhalt der eingeklagten Stellen kann nun nur so verstanden werden, dass sich das «VT» für seine alldeutsche Propaganda bezahlen lasse; darin liegt ein sehr schwerer Vorwurf, der geeignet ist, das «VT» vor seinem Leserkreis zu diskreditieren und seine Leiter bei den Berufsgenossen unmöglich zu machen. Die Voraussetzung der schweren Verletzung war damit gegeben.

Im Gegensatz zu den Vorinstanzen bejahte das Bundesgericht auch die Frage des schweren Verschuldens. Allerdings ging es, wie die Züricher Gerichte, davon aus, dass Redakteur Rietmann in *gutem Glauben gehandelt* und das von ihm wiedergegebene Gerücht für wahr gehalten habe. Die Annahme einer absichtlichen widerrechtlichen Handlung war damit ausgeschlossen, dagegen erblickte das Gericht eine Fahrlässigkeit darin, dass ein so schwerwiegender Vorwurf ohne nähere Prüfung veröffentlicht und das Gerücht auch nicht als solches wiedergegeben, sondern durch Anwendung der Bezeichnung «Blatt mit verkaufter Seele» als Tatsache hingestellt wurde. Von der beklagten Partei war allerdings die Einrede der *Provokation* erhoben worden unter Hinweis auf die vorhergehenden Angriffe und Beschimpfungen, die sich das «VT» hatte zu schulden kommen lassen. Das Vorliegen einer Provokation wurde jedoch verneint, weil der Artikel nicht den Eindruck einer in der Gemütsregung niedergeschriebenen Abwehr, sondern den einer kaltblütigen «Abschüttelung» erwecke. Die *Kompensation* mit den vom «VT» begangenen Beschimpfungen war nicht möglich, weil der Beklagte auf diese nicht mit gleicher Münze geantwortet hatte, sondern sich zur übeln Nachrede hinreissen liess.

War demnach der grundsätzliche Zuspruch einer Genugtuungssumme gegeben, so zog der Gerichtshof bei der Bemessung ihres *Vertrages* in Berücksichtigung, dass der eingeklagte Artikel im Verlaufe einer Presspolemik geschrieben wurde, die gerade vom «VT» in leidenschaftlichen Weise und unter *steten Schmähungen* geführt worden war und dass das Gebaren des «VT» wohl eine Zurückweisung, wenn auch in anderer Form, verdient hatte. Angesichts des Tones, den die Klägerschaft in ihren Zeitungsartikeln angeschlagen hatte, konnte bei ihr unmöglich ein sehr feines Empfinden angenommen werden, was bei einem Genugtuungsanspruch wegen Verletzung in den persönlichen Verhältnissen ebenfalls ins Gewicht fällt. Aus diesen Erwägungen konnte von einem Zuspruch der Klage im vollen Betrage nicht die Rede sein; die von Redakteur Rietmann zu leistende Genugtuungszahlung wurde deshalb auf nur 500 Franken festgesetzt und die Veröffentlichung des Dispositives des Urteils in gewöhnlicher Schrift in der «NZZ» als hinreichend erachtet. Diesem Ergebnis des Prozesses entspricht auch das Kostenurteil, indem der Beklagte zwar die Gerichtskosten und 200 Fr. bundesgerichtliche Parteikosten zu leisten hat, die Parteikosten vor den kantonalen Instanzen dagegen wettgeschlagen wurden.

Es wäre unrecht, in diesem Berichte nicht auch der «grossdeutschen» Prozessführung ein Wort zu widmen. Die Art, wie das «VT» seine Sache vor Gericht vertreten liess, machte den Umstand erklärlicher, dass das Blatt auch im politischen Kampfe seine eigenen Anstandsregeln hat. Selbst vor Bundesgericht holte sich der Vertreter der Kläger einen Ordnungsruf des Bundesgerichtspräsidenten. Dieses Hineintragen der politischen Leidenschaft in den Gerichtssaal wirkte befremdend, denn eine ununterbrochene Schmähung der Gegenpartei und der Andersdenkenden hat sich zum Glück noch nicht in unsere Prozesssitten eingebürgert. Das stete Geschimpfe auf alles, was weniger alldeutsch und weniger «völkisch» denkt, vermochte höchstens den Beweis zu liefern, dass bei Kindern jenes Geistes blinde Überhebung und ungeschlachte Ellbogenmanieren immer noch als «forsch» gelten – wenigstens bei jenen Unentwegten, die nichts gelernt und nichts vergessen haben.

Res judicata! So gedenken wir auch vom Appenzellerrecht keinerlei Gebrauch zu machen. Wir möchten uns mit einigen weniger sachlichen Bemerkungen begnügen, wozu uns der Umstand zu berechtigen scheint, dass das zürcherische Bezirksgericht und Obergericht nach sehr sorgfältiger Prüfung des Falles in wohl motivierten Entscheiden zu einer andern Erledigung der Prozesssache gelangt sind, zur gänzlichen Abweisung der Klage unter Auferlegung einer Entschädigung an die beklagte Partei. Die Divergenz in der Beurteilung des Falles zwischen dem Bundesgericht einerseits, den kantonalen Instanzen andererseits liegt in einer unterschiedlichen Auffassung begründet, und da sich auf die Dauer eine verschiedene Spruchpraxis nicht denken lässt, so wäre die Folge des bundesgerichtlichen Urteils für *die gesamte schweizerische Presse* die, dass sie sich inskünftig auf einen *sehr strengen Massstab* gefasst machen müsste.

Diese sehr strenge Auffassung von den Pflichten der schweizerischen Presse stände nun allerdings in krassem Kontrast zum vollkommen ungezügelter Tone, dessen sich ein ansehnlicher Teil der ausländischen Presse gegenüber der Schweiz und schweizerischen Pressorganen bedient. Der Krieg mit seiner Aufpeitschung der Leidenschaften hat auch auf die internationalen Presssitten eingewirkt; man schreckte vor keiner Verdächtigung, keiner Verleumdung zurück, wenn sie nur dem ins Auge gefassten Zwecke diene.

Die Stellung der «NZZ» hat es mit sich gebracht, dass sie sich besonderer Aufmerksamkeit der verschiedensten Kreise zu erfreuen hatte, namentlich aber der extremen, der «Kriegs»-Presse par excellence, so in Deutschland der alldeutschen Zirkel und ihrer Presse. Eine stete Flut von Schmähungen hat sich seit Jahren über unser Blatt ergossen, die auch heute noch nicht eingedämmt ist. Um nur eine einzige Probe aus jüngster Zeit zu geben – das grossdeutsche, in Tirol erscheinende Blatt «Alpenland» leitete am 3. November 1921 einen Artikel «Deutsch-Südtirol» mit folgenden Worten ein:

«Eigentlich sollte man zuerst die «Schweizer» Blätter um Entschuldigung bitten, dass man von der «Neuen Zürcher Zeitung» als einem der ihren spricht; lediglich der Umstand, dass eine rein territoriale Bezeichnung notwendig ist, um den politischen Resonanzboden anzudeuten, für den das Blatt seine Stimme erhebt, mag als Entschuldigung gelten. Es gibt jedenfalls in der Schweiz eine ganze Reihe

von französischen Zeitungen, die aus Frankreich, von italienischen (im Tessin), die aus Italien ihre finanzielle Unterstützung erhalten; der niedrige Kursstand der Mark im Verhältnis zum Schweizerfranken enthebt wohl von dem ausdrücklichen Hinweis, dass das deutsche Volk nicht mitkonkurrieren kann, es wäre denn durch die Sympathie, die ihm doch ein grosser Teil der Ostschweizer entgegenbringt. Dass aber ein deutsch geschriebenes Blatt in der Schweiz die anerkannte Vertreterin französischer Industrie-Interessen ist und sich dabei dem Auslande gegenüber als neutrales, deutsches Schweizerblatt gibt, das ist eine Schande, die man sehr zu Unrecht dem Schweizervolke aushalten würde.»

In diesem Strom ist das «Vorarlberger Tagblatt» von Anfang an kräftig mitgeschwommen. Welcher Schreibart uns gegenüber es sich heute noch befleissigt, haben wir jüngst (in Nr. 215 vom 16. Februar) gezeigt. Man hat zu Lausanne gefunden, dass «in allen Beschimpfungen, die sich gegen die «NZZ» richten, nicht so sehr eine Provokation des Beklagten, als vielmehr der «NZZ» zu sehen» ist. So lange aber Wesen von Fleisch und Blut, Menschen mit warmen Gefühlen, und nicht Automaten, die Zeitungen redigieren, wird man – leider – nicht verhindern können, dass derartige stete Befehdung schliesslich vom gelassensten Temperament als Provokation empfunden wird. Wozu noch kommt, dass Klageerhebung von vornherein als völlig aussichtslos nicht in Frage kommen konnte.

Nun hat sich aber der Spezialfall in einem ganz bestimmten Rahmen zuge tragen. Er gehört hinein in ein Sondergebiet der Polemik, in die Auseinandersetzungen über die Vorarlberger Anschlussfrage. Wir haben die Frage neulich (in Nr. 191 vom 11. Februar) behandelt; der Leser, der diesen Abhandlungen zu folgen pflegte, wird sich erinnern, dass wir denselben, gewiss sehr sachlichen Standpunkt schon 1918/19 eingenommen haben. Weil wir aber diese Anschlussfrage diskutierten, sie nicht von Anbeginn an als undiskutierbar bezeichneten, verfielen wir der besondern Aufmerksamkeit derjenigen Kreise innerhalb und noch mehr ausserhalb Vorarlbergs, die den Anschluss an die Schweiz mit allen möglichen Mitteln bekämpften, so durch die Gründung des «VT». Man lese einen einzigen Jahrgang dieses Blattes, und wir sind überzeugt, dass jeder unbefangene Schweizer mit den widerwärtigen Gefühlen diesen Band zur Seite legen müsste.

Nun hat man in Lausanne gefunden, Provokation liege nicht in genügendem Masse vor, und damit auch nicht Anlass zur Kompensierung. Das Gericht hat gesprochen: aber in welche Lage wird damit die schweizerische Presse in den internationalen Pressepolemiken versetzt? Was den Eidgenossen und Patrioten erbittern muss, was die Zeitung schmerzt, gilt nicht als entschuldigend, als entlastend für den Redakteur, der ja nicht persönlich angegriffen wird. Damit wird gerade dasjenige von ihm weggestrichen, was ihn zum Redakteur tauglich macht: *das Schreiben und Schildern aus dem Miterleben!* Der schweizerische Journalist wird – und das scheint uns die Folge der Rechtsprechung des Bundesgerichts sein zu müssen – *recht unsicher* werden in der Anwendung der scharfen Zurückweisung, die auch das Bundesgericht dem «Vorarlberger Tagblatt» gegenüber als vollkommen am Platze erachtete. Denn was ist scharfe Zurückweisung einem Gegner, wie beispielsweise dem «VT» gegenüber, dass sich tagtäglich aufs gröblichste verfehlt? Der Journalist befindet sich so wie so in einer wenig beneidenswerten Lage. Es ist für ihn – und es war für ihn im fraglichen Fall – völlig ausgeschlos-

sen, dass er die sehr ehrenwerten Gewährsmänner nennt. – Man kennt die wenig freundlichen Auslassungen des Blattes Mussolinis gegenüber der Schweiz. Wir haben schweizerische Blätter gesehen, die Mussolini<sup>16</sup> sehr derb geantwortet haben; niemand wird sagen unverdient. Aber, müsste mit dem Lausanner Massstab gemessen werden, – es stände nicht besonders gut um unsere Kollegen.

Der Prozess hat eine übermässige Ausdehnung erhalten, für welche das Urteil des Bundesgerichtes die Art der Prozessführung der Klägerin in erster Linie verantwortlich macht. Die Art, wie der Anwalt der Klägerin, Herr Dr. Edgar Schmid,<sup>17</sup> den Prozess führte, hat auch in Lausanne eine Intervention des Präsidenten veranlasst; die Klagevertretung, die sich einen vollkommen alldeutschen Standpunkt zu eigen machte, hat in der schweizerischen Presse nicht den geringsten Widerhall gefunden. Der Vertreter der Beklagten, Herr Dr. Robert Schmid,<sup>18</sup> hat sich übrigens keine Mühe verdriessen lassen, auch hier die Sachen richtig zu stellen. Wir glauben, dass ihm dies auch durchweg gelungen ist. Damit Schluss – Lausanna locuta, causa finita!

---

<sup>16</sup> Benito Mussolini (1883–1945), [dodis.ch/P741](https://dodis.ch/P741), italienischer Politiker, Gründer der faschistischen Bewegung und Regierungschef von Italien von 1922 bis 1943.

<sup>17</sup> Edgar Schmid, [dodis.ch/P59394](https://dodis.ch/P59394), Zürcher Rechtsanwalt.

<sup>18</sup> Robert Schmid, [dodis.ch/P59398](https://dodis.ch/P59398), Zürcher Rechtsanwalt.

[dodis.ch/55396](https://dodis.ch/55396)

Auszug

*Gendarmerie-Chronik über Begebenheiten im Walsertal. Tageseintrag vom  
1. September 1922<sup>1</sup>*

[Mittelberg,] 1. September 1922

[...]²

Im Tale ist eine *Selbständigkeitsbewegung*, die beabsichtigt eine eigene Republik unter dem Protektorat Frankreichs zu errichten an deren Spitze Gemeindevorsteher Adalbert Fritz³ steht und der zu diesem Zwecke mit England und Frankreich in Verbindung getreten sei, wobei ein gewisser HUT (richtig genannt Adolf Trumpf⁴) eine nicht ganz einwandfreie Persönlichkeit aus Deutschland den Vermittler gespielt haben soll. Die ganze Angelegenheit ist jedoch gescheitert, weil sich der Völkerbund, an den sich die Gemeinde auch gewendet hatte, mit der Sache nicht befasste.

[...]

1 Bericht: Gemeindearchiv Mittelberg. Gendarmerieberichte. Tageseintrag vom 1. September 1922. Verfasst vom Postenkommandant der Gendarmerie Mittelberg, Johann Steigner (1885–1928), [dodis.ch/P61772](https://dodis.ch/P61772). Die Gendarmerie-Chronik über Begebenheiten im Walsertal vom 1. Mai 1891 bis 31. Dezember 1971 wurde von Alfons Köberle 1972 transkribiert.

2 Für das vollständige Dokument vgl. die Transkription von Alfons Köberle, [dodis.ch/55396](https://dodis.ch/55396).

3 Adalbert Fritz (1870–1940), [dodis.ch/P59409](https://dodis.ch/P59409), Gemeindevorsteher von Mittelberg von 1919 bis 1929.

4 Adolf Trumpf, [dodis.ch/P59627](https://dodis.ch/P59627).

[dodis.ch/55397](https://dodis.ch/55397)

*Der Hofrat und Leiter der Bezirkshauptmannschaft Bregenz, K. Ritter von Koepf, an den Gemeindevorsteher von Mittelberg, A. Fritz<sup>1</sup>*

Bregenz, 6. Oktober 1922

Laut mehrfach h. a. eingelangter Nachrichten<sup>2</sup> werden Bestrebungen zur Selbständigmachung des «Kleinen Walsertales» von einigen Personen in der Gemeinde Mittelberg schon seit längerer Zeit verfolgt und sollen diesbezüglich seinerzeit mit Ausländern Verbindungen angeknüpft worden sein und auch weiter unterhalten werden. Man spricht sogar, dass der Gemeindevorsteher an der Spitze dieser Bewegung stehe.

Wenn auch bei der klaren Aussichtslosigkeit solcher Losreissungsbestrebungen – es genüge allein schon der Hinweis auf die Bestimmungen des Friedensvertrages von Saint Germain<sup>3</sup> und die neuerlich von den im Völkerbunde vertretenen Mächten im ersten Genfer Staatsvertrags-Protokolle<sup>4</sup> feierlich garantierte Unverletzlichkeit des d. ö. Bundesstaatsgebietes – wohl nicht anzunehmen ist, dass ernst denkende Männer derlei utopischen Ideen nachhängen, so darf doch nicht geduldet werden, dass das immer als loyal geschätzte Land und Volk des kleinen Walsertales solcher Art kompromittiert und dessen Gemeindefunktionäre des *Hochverrates* verdächtigt werden.

Der Herr Gemeindevorsteher wird daher beauftragt mit aller Energie und Umsicht und mit aller Beschleunigung diesen wilden Gerüchten aufklärend entgegen zu treten und die Mitglieder der Gemeindevertretung zur Mitwirkung hiebei aufzufordern.

Über die Befolgung dieses Auftrages wird ehestens Bericht<sup>5</sup> gewärtigt.

<sup>1</sup> Schreiben: AT-VLA LH Ender Korrespondenz 1921–1929 T–Z (8). Verfasst vom Hofrat und Leiter der Bezirkshauptmannschaft Bregenz, Karl Anton Josef Ritter von Koepf (1868–1941), [dodis.ch/P59410](https://dodis.ch/P59410), gerichtet an den Gemeindevorsteher von Mittelberg, Adalbert Fritz (1870–1940), [dodis.ch/P59409](https://dodis.ch/P59409).

<sup>2</sup> Vgl. Dok. 49, [dodis.ch/55396](https://dodis.ch/55396).

<sup>3</sup> In den Bestimmungen des Friedensvertrages von St. Germain wurde ein Anschluss Deutschösterreich an das Deutsche Reich verboten. Somit war eine Loslösung der Gemeinde Mittelberg rechtlich nicht möglich.

<sup>4</sup> Mit der Bezeichnung «Genfer Staatsvertrag» sind die Genfer Protokolle vom 4. Oktober 1922 gemeint. Es handelt sich dabei um einen Staatsvertrag zwischen der österreichischen, britischen, französischen, italienischen und tschechoslowakischen Regierung. Unter anderem wurde die internationale Garantie der Souveränität der Republik Österreich beschlossen. Als Gegenleistung verpflichtete sich die österreichische Regierung ihre territoriale Integrität zu bewahren, vgl. dazu Dok. 40, [dodis.ch/55389](https://dodis.ch/55389).

<sup>5</sup> Vgl. Dok. 51, [dodis.ch/55398](https://dodis.ch/55398).



[dodis.ch/55398](https://dodis.ch/55398)

*Der Bezirksinspektor in Riezlern, K. Felder, an den Hofrat und Leiter der  
Bezirkshauptmannschaft Bregenz, K. Ritter von Koepf<sup>1</sup>*

Sehr vertraulich

Riezlern, 8. Oktober 1922

Mit Staunen in den Besitz Euer Hochwohlgeb. Zeilen<sup>2</sup> gelangt, beeile ich mich weiter zu berichten, dass hier jetzt die bewusste Sache ganz offen besprochen wird und dass mir gestern eine rechte Hand<sup>3</sup> des Vorstehers<sup>4</sup> sagte, es wissen die ersten Herren des Landes Vorarlberg schon längst von den Plane «der nächster Tage» schon ein fester Bau sei.

Ein Herr aus Berlin<sup>5</sup> glaublich hoher politischer Beamter des Ruhestandes, der schon durch 1½ Jahre bei Witwe Müller<sup>6</sup> am Erlenboden in Mittelberg wohne, habe mit seiner Frau,<sup>7</sup> die die Notenträgerin mache, die Angelegenheit in der Hand.

Wie der Herr heisst, trage ich nach.

Die Gendarmerie hier weiss bestimmt schon länger von dem Plane, sagte mir aber heute auf meine Frage, ob sie schon einer Behörde berichtet habe, sie habe sich bis jetzt noch nicht verpflichtet gefühlt.<sup>8</sup>

Ich machte den Kommandanten<sup>9</sup> ganz aus eigenem Antriebe auf seine diesbezügliche Pflicht aufmerksam, worauf er gleich zur Feder griff.

Mehr weiss ich heute nicht, trage aber solches nach.

<sup>1</sup> Schreiben: AT-VLA LH Ender Korrespondenz 1921–1929 T–Z (8). Verfasst vom Bezirksinspektor in Riezlern, Kaspar Felder (1874–1931), [dodis.ch/P59411](https://dodis.ch/P59411), gerichtet an den Hofrat und Leiter der Bezirkshauptmannschaft Bregenz, Karl Anton Josef Ritter von Koepf (1868–1941), [dodis.ch/P59410](https://dodis.ch/P59410).

<sup>2</sup> Vgl. Dok. 50, [dodis.ch/55397](https://dodis.ch/55397).

<sup>3</sup> Nicht identifiziert.

<sup>4</sup> Adalbert Fritz (1870–1940), [dodis.ch/P59409](https://dodis.ch/P59409), Gemeindevorsteher von Mittelberg von 1919 bis 1929.

<sup>5</sup> Es handelt sich vermutlich um Adolf Trumpf, [dodis.ch/P59627](https://dodis.ch/P59627). Vgl. dazu auch Dok. 49, [dodis.ch/55396](https://dodis.ch/55396).

<sup>6</sup> Karolina Müller (1857–1924).

<sup>7</sup> Nicht identifiziert.

<sup>8</sup> Vgl. Dok. 49, [dodis.ch/55396](https://dodis.ch/55396).

<sup>9</sup> Johann Steigner (1885–1928), [dodis.ch/P61772](https://dodis.ch/P61772), Postenkommandant der Gendarmerie Mittelberg.

[dodis.ch/55227](https://dodis.ch/55227)

*Der schweizerische Gesandte in Wien, Ch. D. Bourcart, an den Vorsteher des Politischen Departements, G. Motta<sup>1</sup>*

Wien, 28. November 1922

Unter Bezugnahme auf meinen Bericht<sup>2</sup> vom 13. ds. Mts. betreffend die unabhängige Republik Mittelberg im Kleinen Walsertal beehre ich mich Ihnen mitzuteilen, dass der Landeshauptmann vom Vorarlberg<sup>3</sup> mir heute einen schon seit langer Zeit angesagten Höflichkeitsbesuch abstattete. Bei diesem Anlasse kam naturgemäss die Rede auch auf obige Angelegenheit die Dr. Ender, wie schon in meinem letzten Berichte erwähnt, nicht tragisch nimmt. Immerhin wies der Landeshauptmann darauf hin, dass nach seinen Informationen die Frage der Republik Mittelberg von irgend einer, ihm aber nicht bekannten Seite, dem Völkerbunde unterbreitet worden sein soll; er würde einigen Wert darauf legen zu erfahren, wer in dieser Sache beim Völkerbund den Vermittler spiele.<sup>4</sup>

Dr. Ender fügte im Übrigen bei, dass die Lage der Einwohner des kleinen Walsertales allerdings nicht immer eine leichte sei; es treten bisweilen schwierige Probleme auf. Wirtschaftlich und zollpolitisch gehört das Tal zu Deutschland, es musste daher ein Modus gefunden werden, um die dort residierenden Staatsangestellten (Schullehrer, Pfarrer, Gendarmen) den Verhältnissen entsprechend zu besolden. Mit österreichischen Kronen wären sie früher nicht ausgekommen, während sie sich jetzt infolge des Sinkens des Markkurses, besser stellen würden als die Staatsbeamten im übrigen Vorarlberg. Die Bevölkerung dagegen unterscheidet sich stark von der bayrischen in Sprache und Sitten, sei ganz vorarlbergisch und speziell walserisch.

<sup>1</sup> Schreiben: CH-BAR#E2001B#1000/1503#179\* (B.14.211.P.21.2). Verfasst vom schweizerischen Gesandten in Wien, Charles Daniel Bourcart (1860–1940), [dodis.ch/P19421](https://dodis.ch/P19421), gerichtet an den Vorsteher des Politischen Departements, Giuseppe Motta (1871–1940), [dodis.ch/P729](https://dodis.ch/P729).

<sup>2</sup> Vgl. das Schreiben von Charles Daniel Bourcart (1860–1940), [dodis.ch/P19421](https://dodis.ch/P19421), an den Vorsteher des Politischen Departements, Giuseppe Motta (1871–1940), [dodis.ch/P729](https://dodis.ch/P729), vom 13. November 1922, [dodis.ch/55242](https://dodis.ch/55242).

<sup>3</sup> Otto Ender (1875–1960), [dodis.ch/P38315](https://dodis.ch/P38315), Vorarlberger Landeshauptmann von 1919 bis 1930 und von 1931 bis 1934.

<sup>4</sup> Handschriftliche Notiz an Paul Rüeegger (1897–1988), [dodis.ch/P88](https://dodis.ch/P88), Gesandtschaftssekretär des Politischen Departements und Sekretär der Schweizer Delegation an den ersten sechs Völkerbundsversammlungen in Genf: «Dr. Rüeegger. Ist über die gestellte Frage etwas zu erfahren? 2. Dezember 1922.»

[dodis.ch/55399](https://dodis.ch/55399)

*Der Sektionschef des österreichischen Bundesministeriums für Äusseres, F. Peter,  
an den Vorarlberger Landeshauptmann, O. Ender<sup>1</sup>*

Wien, 29. November 1922

Mit Beziehung auf unser neuliches Gespräch über die seinerzeitigen Unabhängigkeitsbestrebungen des Walser-Tales, beehre ich mich mitzuteilen, dass die Nachforschungen, die unser Vertreter<sup>2</sup> in Genf in der Angelegenheit geführt hat, ergeben haben, dass der Völkerbund nie mit der Frage der Selbständigmachung des Walser-Tales befasst worden ist. Herr Pflügl erhielt vom Generalsekretär des Völkerbundes<sup>3</sup> zuerst eine vertrauliche Mitteilung und dann eine offizielle Verständigung, beide dahin lautend, dass keine Spur einer von der Gemeinde Mittelberg an den Völkerbund gerichteten Eingabe auffindbar sei.

---

<sup>1</sup> Schreiben: AT-VLA LH Ender Korrespondenz 1921–1929 T–Z (8). Verfasst vom Sektionschef des österreichischen Bundesministeriums für Äusseres, Franz Peter (1866–1957), [dodis.ch/P59413](https://dodis.ch/P59413), gerichtet an den Vorarlberger Landeshauptmann, Otto Ender (1875–1960), [dodis.ch/P38315](https://dodis.ch/P38315).

<sup>2</sup> Emmerich von Pflügl (1873–1956), [dodis.ch/P23409](https://dodis.ch/P23409), österreichischer Gesandter beim Völkerbund von 1921 bis 1938.

<sup>3</sup> James Eric Drummond (1876–1951), [dodis.ch/P22567](https://dodis.ch/P22567), Generalsekretär des Völkerbundes von 1920 bis 1933.

[dodis.ch/55400](https://dodis.ch/55400)

*Der Vorarlberger Landeshauptmann, O. Ender, an den Bundesminister für Äusseres  
in Wien, A. Grünberger<sup>1</sup>*

Bregenz, 16. Jänner 1923

Von Mittelberg bekomme ich die Nachricht, die Eingabe der Mittelberger an den Präsidenten des Völkerbundes<sup>2</sup> sei in Genf nicht offiziell behandelt worden, da sich der Völkerbundsrat nicht für zuständig hielt. Man habe dort für die Lösung der Selbständigkeitsfrage Mittelbergs die Mächte für zuständig gehalten, die den Friedensvertrag von St. Germain unterzeichnet haben. Aus diesem Grunde sei das Schreiben der Botschafterkommission ausgehändigt worden. In Mittelberg habe man inzwischen nur gehört, dass Verhandlungen mit der Regierung in Wien begonnen haben oder bald beginnen werden.

Ich hoffe, dass Sie mich über solche Verhandlungen nicht in Unkenntnis lassen und überhaupt mir auch mitteilen, was Sie in der Sache hören.

---

<sup>1</sup> Schreiben: AT-VLA LH Ender Korrespondenz 1921–1929 T–Z (8). Verfasst vom Vorarlberger Landeshauptmann, Otto Ender (1875–1960), [dodis.ch/P38315](https://dodis.ch/P38315), gerichtet an den Bundesminister für Äusseres in Wien, Alfred Grünberger (1875–1935), [dodis.ch/P39120](https://dodis.ch/P39120).

<sup>2</sup> Agustín Edwards Mac-Clure (1878–1941), [dodis.ch/P22574](https://dodis.ch/P22574), chilenischer Jurist, Diplomat und Geschäftsmann. Präsident der Generalversammlung des Völkerbundes von 1922 bis 1923.

[dodis.ch/55401](https://dodis.ch/55401)

*Der Bundesminister für Äusseres in Wien, A. Grünberger, an den Vorarlberger  
Landeshauptmann, O. Ender<sup>1</sup>*

Wien, 20. Jänner 1923

Eben in den Besitz Ihres freundlichen Schreibens<sup>2</sup> vom 16. d. M. gelangt, eile ich, Sie zu versichern, dass ich bei dem grossen Interesse, das ich für die Angelegenheit des Walsertales habe, unter keinen Umständen ermangelt hätte, Ihnen alle mir in dieser Sprache zugekommenen Nachrichten, wie bisher, unverweilt zur Kenntnis zu bringen. Im höchsten Grade hätte das für eventuelle Verhandlungen gegolten, wenn solche von irgend einer Seite angebahnt worden wären.

Wie Ihnen über meinen Auftrag Sektionschef Peter<sup>3</sup> mit Brief<sup>4</sup> vom 29. November v. J. mitgeteilt hatte, wurde damals unserem Vertreter<sup>5</sup> in Genf vom Generalsekretär<sup>6</sup> des Völkerbundes erklärt, dass keine Spur einer von der Gemeinde Mittelberg an den Völkerbund gerichteten Eingabe auffindbar sei. Da die Ihnen seither aus Mittelberg zugekommene Nachricht<sup>7</sup> über die angebliche Abtretung einer Eingabe der genannten Gemeinde an die Botschafterkonferenz mit dem seinerzeitigen Erhebungsergebnisse nicht im Einklange steht, so veranlasse ich unter einem eine Aufklärung dieses behaupteten Vorganges. Ich kann Sie versichern, dass von keiner Seite bisher irgendwelche Verhandlungen in der in Rede stehenden Sache mit der Bundesregierung angeknüpft wurden und behalte mir vor, alle mir im Gegenstande zukommenden Nachrichten Ihnen auf dem kürzesten Wege mitzuteilen.

<sup>1</sup> Schreiben: AT-VLA LH Ender Korrespondenz 1921–1929 T–Z (8). Verfasst vom Bundesminister für Äusseres in Wien, Alfred Grünberger (1875–1935), [dodis.ch/P39120](https://dodis.ch/P39120), gerichtet an den Vorarlberger Landeshauptmann, Otto Ender (1875–1960), [dodis.ch/P38315](https://dodis.ch/P38315).

<sup>2</sup> Vgl. Dok. 54, [dodis.ch/55400](https://dodis.ch/55400).

<sup>3</sup> Franz Peter (1866–1957), [dodis.ch/P59413](https://dodis.ch/P59413), Sektionschef des Bundesministeriums für Äusseres in Wien von 1919 bis 1932.

<sup>4</sup> Vgl. Dok. 53, [dodis.ch/55399](https://dodis.ch/55399).

<sup>5</sup> Emmerich von Pflügl (1873–1956), [dodis.ch/P23409](https://dodis.ch/P23409), österreichischer Gesandter beim Völkerbund von 1921 bis 1938.

<sup>6</sup> James Eric Drummond (1876–1951), [dodis.ch/P22567](https://dodis.ch/P22567), Generalsekretär des Völkerbundes von 1920 bis 1933.

<sup>7</sup> Vgl. Dok. 54, [dodis.ch/55400](https://dodis.ch/55400).

Im vorliegenden Band sind 55 Dokumente publiziert, die durch die zahlreichen Querverweise und Verknüpfungen im Anmerkungsapparat und in den digitalen Registern auch als Orientierungshilfe zu weiteren Dokumenten, Themen, Personen, Körperschaften und geografischen Bezeichnungen dienen.

Dans le présent volume, 55 documents sont publiés. Ceux-ci, grâce aux nombreux renvois et liens dans l'appareil d'annotation et dans les index numériques, servent également de guide pour d'autres documents, thèmes, personnes, organisations et noms géographiques.

Nel presente volume sono pubblicati 55 documenti che, attraverso numerosi riferimenti incrociati e rimandi presenti nell'apparato delle note e nei registri digitali, servono anche da guida per ulteriori documenti, argomenti, persone, organizzazioni e denominazioni geografiche.

**Abkürzungen**

**Abréviations**

**Abbreviazioni**



<https://dodis.ch/dds/abbreviations>

Unter dem angegebenen Link befindet sich eine vollständige Liste aller Abkürzungen, die in den Publikationen der Forschungsstelle Dodis vorkommen.

Ce lien renvoie à une liste complète de toutes les abréviations qui apparaissent dans les publications de Dodis.

Questo link rimanda a un elenco completo di tutte le abbreviazioni dei volumi utilizzate nelle pubblicazioni del centro di ricerca Dodis.

200

**Thematisches Verzeichnis**  
**Table méthodique**  
**Tavola metodica**



<https://dodis.ch/index/des/qdd17>

Unter dem angegebenen Link befindet sich ein dynamisches thematisches Verzeichnis der Dokumente des vorliegenden Bandes sowie aller Dokumente zum Thema *Vorarlberger Frage* in der Datenbank Dodis.

Ce lien renvoie à une table méthodique dynamique des documents du présent volume et de tous les documents liés au thème *La question du Vorarlberg* dans la base de données Dodis.

Questo link rimanda a una tavola metodica dinamica dei documenti del presente volume come pure di tutti i documenti sul tema della *La questione del Vorarlberg* che si trovano nella banca dati Dodis.

**Verzeichnis der benutzten Dossiers**  
**Liste des dossiers utilisés**  
**Elenco dei dossiers utilizzati**



<https://dodis.ch/index/dos/qdd17>

Unter dem angegebenen Link befindet sich ein dynamisches Verzeichnis der benutzten Archivdossiers des vorliegenden Bandes sowie aller Dokumente zum Thema *Vorarlberger Frage* in der Datenbank Dodis.

Ce lien renvoie à un index dynamique des dossiers d'archives utilisés pour le présent volume et de tous les documents du thème *La question du Vorarlberg*.

Questo link rimanda a un elenco dinamico dei dossieri d'archivio utilizzati per il presente volume come pure i documenti sul tema della *La questione del Vorarlberg*.



201 **Register**  
**Index**  
**Indici**

Unter den angegebenen Links befinden sich dynamische Register der Personen, Körperschaften und geografischen Bezeichnungen, die in den Dokumenten des vorliegenden Bandes erwähnt sind.

Ces liens renvoient aux index dynamiques des personnes, organisations et noms géographiques mentionnés dans les documents du présent volume.

Questo link rimanda agli indici dinamici delle persone, delle organizzazioni e delle denominazioni geografiche menzionate nei documenti del presente volume.

**Personen**  
**Personnes**  
**Persone**



<https://dodis.ch/index/bio/qdd17>

**Körperschaften**  
**Organisations**  
**Organizzazioni**



<https://dodis.ch/index/org/qdd17>

**Geografische Bezeichnungen**  
**Noms géographiques**  
**Denominazioni geografiche**



<https://dodis.ch/index/geo/qdd17>

## Quaderni di Dodis

### **Band 1**

Antoine Fleury und Sacha Zala (Hg.)  
Wissenschaft und Aussenpolitik

### **Band 2**

Bernd Haunfelder (Hg.)  
Aus Adenauers Nähe

### **Band 3**

Timothee Feller  
Le Collège des Diplomates

### **Band 4**

Bernd Haunfelder (Hg.)  
Österreich zwischen den Mächten

### **Band 5**

Dominik Matter  
«SOS Biafra»

### **Band 6**

Christiane Sibille  
«Harmony Must Dominate  
the World»

### **Band 7**

Ivo Rogic  
Diplomazia e «rivoluzione»

### **Band 8**

Thomas Bürgisser  
Wahlverwandtschaft zweier Sonderfälle  
im Kalten Krieg

### **Band 9**

Thomas Bürgisser und Sacha Zala (Hg.)  
«Die Revolte der Jungen»

### **Band 10**

P.-Y. Donzé, C. Hauser,  
P. Lottaz et A. Maître (éd.)  
«Journal d'un témoin»

### **Band 11**

Josef Zwicker  
Der Fall Charles Davis

### **Band 12**

Marc Dierikx and Sacha Zala (eds.)  
When the Wall Came Down

### **Band 14**

Sacha Zala et Marc Perrenoud (éd.)  
Documents diplomatiques suisses  
sur l'histoire de la Société  
des Nations 1918–1946

### **Band 16**

Beat Hodler (Hg.)  
«Unsere jungen Ambassadoren»

### **Band 17**

Daniel Marc Segesser, Wolfgang Weber  
und Sacha Zala (Hg.)  
Sehr geteilte Meinungen

### **Band 18**

Jonas Hirschi  
Der unsichtbare Dienst



# Quaderni di Dodis

fonti

Daniel Marc Segesser, Wolfgang Weber und Sacha Zala (Hg.)

## Sehr geteilte Meinungen

Dokumente zur Vorarlberger Frage 1918–1922

Mit der Aufforderung «Eidgenossen helfe euren Brüdern in Not!» machte 1919 ein Pro Vorarlberg Komitee in der Schweiz Werbung für einen Beitritt des bei Ende des Ersten Weltkrieges neu gegründeten österreichischen Bundeslandes Vorarlberg zur Eidgenossenschaft. Am 11. Mai 1919 hatte ein Plebiszit eine Zustimmung von 80% für die Aufnahme von Verhandlungen mit Blick auf einen möglichen Beitritt zur Schweiz ergeben. Die in diesem Band versammelten Dokumente aus den nationalen Archiven in Bern, London und Wien sowie aus Regionalarchiven links und rechts des Rheins ermöglichen die Rekonstruktion der sog. Vorarlberger Frage der Jahre 1918–1922 und geben zudem Antwort auf die Frage, wie es den «Schwestern in Not» im alemannischen österreichischen Landesteil erging.

**Daniel Marc Segesser (\*1967)**, Priv.-Doz. Dr. phil., Studienleiter und Dozent für die Sozial-, Kultur- und Umweltgeschichte des Militärischen am Historischen Institut der Universität Bern.

**Wolfgang Weber (\*1964)**, Priv.-Doz. Dr., Gastprofessor an der Fachhochschule Vorarlberg und habilitierter Dozent an der Universität Innsbruck.

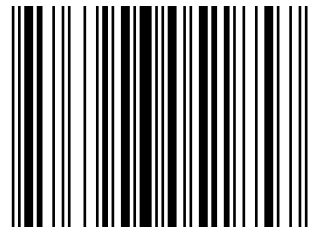
**Sacha Zala (\*1968)**, Prof. Dr. phil., Historiker, Direktor der Forschungsstelle Diplomatische Dokumente der Schweiz (Dodis) und Professor an der Universität Bern.



UniBern | **Forschungstiftung**  
Berne University Research Foundation



ISBN 978-3-906051-85-7



9 783906 051857 >